



Nobelpreis für eine Israel-Hasserin

SEITE 3

Hessen-SPD gratuliert Juden in Deutschland zu Jom Kippur mit Felsendom-Bild

SEITE 12



Neue Hoffnung am Literaturhorizont: Finn Jobs Debütroman „Hinterher“

SEITE 31



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser, das jüdische Jahr 5783 ist bereits in vollem Gange. Die hohen Festtage und der jüdische Feiertagszyklus der letzten beiden Monate liegen bereits hinter uns.

Wie gewohnt wird die Jüdische Rundschau auch in diesem Jahr ohne Scheu die Themen aufgreifen, die im Focus des Interesses unserer Leser stehen, Brisantes und Wissenswertes berichten, politisches Geschehen unabhängig kommentieren und besonders zu Missständen, Israel-Diffamierung und Antisemitismus ungeschminkt und kompromisslos Stellung beziehen.

Anlass gibt es auch jenseits aber nicht zuletzt ebenso vor dem Hintergrund des Ukraine-Geschehens leider mehr als genug. Deshalb darf es hier besonders von jüdischer Seite keine Ermüdung geben und schon gar keine Zustimmung oder auch nur Appeasement, wie es fataler Weise durch Teile der bestens von unserer Politik domestizierten offiziellen, aber nicht wirklichen jüdischen Vertreter jüdischer Interessen in Deutschland immer wieder geschieht, etwa durch die falsche Signale setzende falsche Verleihung jüdischer Auszeichnungen an die falschen politischen Preisträger.

Gerade die neuesten Ereignisse und Entwicklungen erlauben uns auch zur Zeit der jüdischen Feiertage weder einen Stillstand noch eine Verschonungspause. Antisemitismus und massive Israel-Delegitimierung, letztere besonders von linker und grüner Seite kennen nur 84 Jahre nach den Pogromen, Judenmorden und Synagogen-Brandstiftungen Nazi-Deutschlands vom 9. November 1938 keine Auszeit.

Längst ist die nahezu Unnütz-Organisation UNO mit ihren Unterorganisationen wie etwa der UNHRW – jetzt wieder begünstigt und gestärkt durch die unsägliche US-Präsidentschaft Joe Bidens -- nahezu vollständig zur kritiklosen Pro-Islam-Arena des militanten muslimischen Welteroberungsanliegens und islamischen Israel- und Judenhasses degeneriert und hat auch mit der Stimme der meisten europäischen Länder bösest und gegen jedes bessere Wissen

►► Fortsetzung auf Seite 2

Genauere Erscheinungstermine unter <https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €



Außenministerium finanziert Thinktank eines Mullah-Lobbyisten



Von Mirjam Lübke

»Zoff um Iran-Experten beim WDR« titelte eine große deutsche Boulevardzeitung am 23. Oktober. »Er nennt sich Baerbocks Berater«. Das lässt aufhorchen: Die Ereignisse im Iran finden derzeit weltweit Beachtung. Nach dem gewaltsamen Tod von Mahsa Amini, die von Sittenwächtern des Regimes misshandelt wurde, weil sie ihr Kopftuch »nicht richtig trug«, brach sich die aufgeregte Wut über die jahrzehntelange Unterdrückung der Frauen durch die Mullahs Bahn. In den Jahren zuvor gab es bereits immer wieder Proteste durch Organisationen wie »My Stealthy Freedom«. Frauen stiegen auf Podeste und Stromkästen und hielten ihren Hijab an einem Stock von sich fort. Viele von ihnen wurden verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Doch nun finden diese Proteste in der Bevölkerung endlich breite Unterstützung – auch zahlreiche junge Männer stellen sich an die Seite der unterdrückten Frauen. Die Welt fragt sich: Kommt es nun endlich zu einer Wende im Iran? In Berlin kam es kürzlich zu einer Solidaritätskundgebung, an der etwa 80.000 Menschen teilnahmen. Das öffentliche Interesse in Deutschland ist groß, zumal auch hier immer wieder die Diskussion aufflammt, wie mit dem politischen Islam umzugehen sei.

Außenministerin Annalena Baerbock solidarisierte sich ebenfalls mit den Protesten der iranischen Bevölkerung, ruderte aber bezüglich des religiösen Hintergrunds sogleich zurück. Damit habe das alles nichts zu tun, es ginge allgemein um Unterdrückung und Unfreiheit. Das heiße Eisen »politischer

Islam« mochte sie nicht anfassen, obwohl sie sich als eine Vorreiterin »feministischer Außenpolitik« sieht. Im Iran müssen die Frauen ihr Haar allerdings nicht aus einer Laune der Regierung heraus bedecken, sondern weil die religiösen Führer des Landes es aufgrund der Scharia so fordern. Das wirft zugleich einen Schatten auf die Kopftuchdebatte in Deutschland und darauf, ob muslimische Frauen es hierzulande tatsächlich so freiwillig tragen, wie uns von Lobbyistinnen wie Sawzan Chebli oder Kübra Gümüşay gebetsmühlenartig suggeriert wird. Nimmt man nun noch die Tatsache hinzu, dass deutsche Politiker wie Claudia Roth, Frank-Walter Steinmeier oder Heiko Maas stets gute Kontakte zum Mullah-Regime pflegten, schaut man genau hin, wer die Außenministerin in dieser Angelegenheit berät. Adnan Tabatabai heißt der Mann, der sich selbst als Berater des Ministeriums ins Spiel gebracht hat. Es lohnt sich, einen Blick auf diese Personalie zu werfen.

Nehmen wir es gleich vorweg: Das Außenministerium hat bereits demontiert, jemals von Tabatabai beraten worden zu sein. Der in Deutschland ansässige Politikwissenschaftler hatte es mit der Eigenwerbung wohl ein wenig übertrieben. Dennoch ist das kein Grund, Entwarnung zu geben und sich erleichtert zurückzulehnen. Denn Adnan Tabatabai arbeitet für den Verein »CARPO e.V.«, der durchaus mit Fördergeldern des Ministeriums bedacht wurde und auch mit der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung kooperiert, wie aus seiner Homepage hervorgeht. CARPO e.V. befasst sich mit allerlei Projekten rund um den Nahen und Mittleren Osten, unter anderem mit

den Beziehungen des Irans zum Jemen. Gemeinsam mit dem DAAD unterhält man ein Programm für Genderforschung an der Universität Sana'a. Teheran ließ sich für derlei Themen offenbar noch nicht begeistern.

Pikant dabei ist, dass Adnan Tabatabais Vater Sadegh zu den engen Vertrauten des verstorbenen Revolutionsführers Ayatollah Khomeini zählte. Dafür allein kann man den Sohn nicht verantwortlich machen. Weil er sich aber im Moment sehr medienpräsent zeigt und sowohl vom WDR als auch vom Deutschlandfunk als Experte zur aktuellen Lage im Iran hinzugezogen wird, fragten Journalisten genauer nach. Immer wieder war der Politikwissenschaftler in den letzten Jahren mit außerordentlich großem Verständnis für die Untaten des Mullah-Regimes aufgefallen: Internetsensur? Lediglich eine Maßnahme zur Bekämpfung von Fake-News. Todesstrafe? Man habe das Drogenproblem im Iran in den Griff bekommen müssen. Kopftuchzwang? Eine Möglichkeit, den Frauen mehr Spielräume im öffentlichen Leben einzuräumen. Schaut man sich Bilder aus den frühen Siebziger an, so sieht man junge iranische Studentinnen in der damals modischen knappen Bekleidung, welche offenbar keinerlei Beschränkungen unterlagen und emanzipiert auftraten. Diese Beschränkungen prasselten erst mit Khomeinis islamischer Revolution auf sie herab. Will uns Tabatabai weismachen, die Mullahs schützten die Iranerinnen mit dem Bekleidungszwang vor den eigenen religiösen Regeln?

►► Fortsetzung auf Seite 2

◀ Fortsetzung von Seite 1

Außenministerium finanziert Thinktank eines Mullah-Lobbyisten

Der Mullah-nahe und einschlägig allzu parteiische „Iran-Experte“ Adnan Tabatabaei bezeichnete sich als „Berater“ des Auswärtigen Amtes und ist Mitbegründer des Think-Tanks „CARPO e.V.“ in Bonn, das vom Auswärtigen Amt finanziell gefördert wird und mit der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung kooperiert. Der WDR, die Zeit oder auch Deutschlandfunk zogen ihn als Experten zur aktuellen Lage im Iran hinzu. Adnan Tabatabaeis Vater Sadegh zählte zu den engen Vertrauten des verstorbenen Revolutionsführers Ayatollah Khomeini. Daraus machte Tabatabaei selbst dem WDR gegenüber keinerlei Hehl. Ganz im Gegenteil, er betont mit großer Genugtuung die guten familiären Beziehungen zu den Herrschenden in Teheran als vorteilhafte Netzwerk-Kontakte. (JR)

Tabatabaei prahlt mit Mullah-Netzwerk

Tabatabaei selbst macht dem WDR gegenüber keinerlei Hehl daraus, gute familiäre Beziehungen zu den Herrschenden in Teheran zu unterhalten: »Mein Familienhintergrund eröffnet mir Wege, ein weitreichendes Netzwerk an Gesprächspartner:innen in Iran aufzubauen. Denn neben der akademischen Ausbildung gehört zu jeder policyorientierten Forschung ein solches Netzwerk an Gesprächspartner:innen«, erklärt er freimütig und korrekt gegendert. Gleichwohl bemüht er sich in aktuellen Interviews, seine Sympathien für das Regime, die er 2019 noch weitaus offener äußerte, etwas im Zaum zu halten. Die Erfolgsaussichten der iranischen Freiheitsbewegung malt er dennoch in düsteren Farben aus und rät zu einem Arrangement mit den Mullahs. Denn nicht die protestierende Bevölkerung

würde sich mit ihrem Wunsch nach Demokratie und Menschenrechten durchsetzen, sondern höchstwahrscheinlich das Militär. Das spielt in der öffentlichen Diskussion bisher kaum eine Rolle. Malt Tabatabaei einen Putsch als Schreckbild an die Wand, damit dem Westen die Theokratie als das kleinere Übel erscheint? Auch mit seinem guten Draht zu den Herrschenden wäre es selbstverständlich vorbei, wenn das Regime gestürzt wird.

Das wirft auch kein gutes Licht auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Selbstverständlich haben auch Experten wie Tabatabaei ihren legitimen Platz in der öffentlichen Debatte. Allerdings fällt schon seit längerer Zeit gerade beim WDR eine gewisse Affinität zu muslimischen Lobbygruppen auf. Denken wir nur an die aus „Palästina“ stammende Ärztin Nemi al-Hassan, die das WDR-Wissensmagazin »Quarks« mo-

derieren sollte. Allerdings kam heraus, dass sie sich 2014 am antiisraelischen Al-Quds-Marsch beteiligt und sich in diesem Zusammenhang antisemitisch geäußert hatte. Nach öffentlichem Protest ruderte der WDR zurück, nachdem den Kritikern al-Hassans zunächst Rassismus unterstellt worden war. Sie fand daraufhin eine Anstellung beim ZDF.

Es ist die Gesamtheit dieser Vorfälle, die einen die Frage stellen lässt: Wie halten es Medien und Politik in Deutschland mit dem Regime in Teheran? Auf öffentlichen Druck hin äußert man sich zwar ab und an zu Menschenrechtsverletzungen. Doch der Iran ist auch ein fleißiger Abnehmer deutscher Produkte und Technologien, unter anderem auch von Reaktortechnik, die nicht nur zur friedlichen Nutzung gebraucht werden kann. Darüber hinaus kann man sich aber auch des Eindrucks nicht erwehren, bei einigen deutschen Politikern und Medien-

machern schwinde eine gewisse Sympathie für die religiösen Autokraten in Teheran mit, ein Rest der Begeisterung, die vor allem linke Kreise 1979 während der islamischen Revolution erfasst hatte. So wird es wohl nie dazu kommen, dass von offizieller Seite das eigentliche Kernproblem angesprochen wird: Die religiös begründete Diktatur.

Wer sich nun selbst ein Bild von Adnan Tabatabaeis Tätigkeit machen möchte und auf sein Profil bei CARPO e.V. klickt, wird übrigens enttäuscht: »Oops! That page can't be found« liest man dort, wo noch vor ein paar Tagen Tabatabaeis Lebenslauf und seine Rolle in der Organisation nachgelesen werden konnten. »Ups!«, sage ich da nur. Hat sich da jemand heimlich aus der Affäre gezogen? Oder will CARPO selbst nichts mehr mit dem umstrittenen Mitarbeiter zu tun haben? Wir dürfen gespannt sein.

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

dem jüdischen Volk und dem Staat Israel jeden historischen und politischen Bezug zu dem alten jüdischen Tempel und dem Tempelberg in Jerusalem abgesprochen.

Diskriminierung der Juden im eigenen Land

Gerade dies ist aber an Absurdität kaum zu überbieten: Geht es nach der UNO und unserer linken und grünen Politik, dann dürfen Juden ihren eigenen Tempelberg kaum besuchen, geschweige denn dort beten. Die Diskriminierung und Verweigerung des jüdischen Gebets ausgerechnet an der heiligsten Stätte des Judentums und gleichzeitig dem Fanal des islamischen Unrechts, das der frühmittelalterliche Bau der Eroberungs- und Demütigungsmoschee Al-Aqsa gegenüber den Juden darstellt, wird besonders auch durch Jordanien geschürt. Dabei ist es Jordanien, das im seinerseits 1948 eroberten und nahezu 20 Jahre bis 1967 okkupierten Ostjerusalem rücksichtslos und brutal 58 der 59 im Ostteil Jerusalems aktiven jüdischen Synagogen zerstört hat. Auch der vermeintlich westlich orientierte jordanische König Abdullah unterstützt den faktenwidrigen arabischen Geschichtsrevisionsismus und bietet „palästinensischen“ Terroristen sogar einen sicheren Hafen vor internationaler Strafverfolgung.

Seit der Übernahme der USA durch die weit in linksextreme Richtung abgedrifteten Democrats und ihren Präsidenten Biden wird die auf dem jüdischen Tempelberg zur Tagesordnung gehörenden islamischen Gewalterruptionen gegen Juden kaum noch verurteilt. Stattdessen fordert Biden ein an die arabischen Täter und jüdischen Opfer gleichermaßen gerichtetes nichtssagendes Ende des „Kreislaufs der Gewalt“, ganz so als ob beide Parteien gleichermaßen gewaltbereit oder im Unrecht seien. Folgt man dieser linken Logik, dann hätte er mit gleicher Äquidistanz zwischen Tätern und Opfern ein Ende



der Gewalt zwischen den Nazis und den von ihnen ermordeten Juden fordern können.

Trotz allen zweifelsfrei ebenfalls bestehenden tradierten rechten Antisemitismus ist es schon bezeichnend, dass überall dort, wo Linke und Grüne an Machteinfluss gewonnen haben sofort auch Islam-Appeasement, unkontrollierter Einlass gewalttätigen islamischen Judenhasses und massive Israel-Delegitimierung massiv zunehmen. Venezuela ist ein enger Verbündeter der Hamas-Terroristen, Großbritannien zeichnete sich unter dem Labour-Führer Corbyn durch klare Israel-Feindlichkeit aus, Australien erkennt unter der neuen Labour-Regierung von Anthony Albanese den zuvor von der konservativen Regierung anerkannten Status Jerusalems als Hauptstadt Israels wieder ab, das Nobelpreiskomitee verleiht den Literatur-Nobelpreis an eine als Antisemitin

und BDS-Unterstützerin bekannte drittklassige Schriftstellerin und in den USA der Democrats ändern Universitäten ihre liberalen Satzungen um im Sinne eines linken McCarthyismus die Meinungsfreiheit kritische Stellungnahmen gegenüber dem neuen linken Cancel-Culture-Wahn zu unterdrücken und ganz besonders um zu verhindern, dass etwa Israel-freundliche Referenten Lesungen oder Vorträge halten dürfen.

Der Israel-Komplex der Linken

Auch in Deutschland mangelt es nicht an skandalösen Enttarnungen der Juden-aversen Haltung unserer linken- und grünen politischen Exponenten. So beschäftigen die linkslastigen öffentlich-rechtlichen Medien mit Vorliebe Israel-kritische Mitarbeiter und zahlen tatsächlich und noch dazu, wie im Falle Mohammad Safady aus unseren Zwangs-

gebühren Honorare an Olympia-Mörder von 1972, die dazu auch noch ihre Opfer und deren Angehörige verhöhnen dürfen. Die durch ihre distanzlose Iran-Nähe ohnehin schon auffällig gewordenen grüne Kulturministerin Claudia Roth missbraucht u.a. ungeahndet und ohne zurücktreten zu müssen die traditionelle Institution der Documenta dazu, islamischen Antisemiten aus Indonesien ein breites internationales Forum für die Zuschaustellung ihrer antisemitischen Schmierexponate im Stürmer-Stil zu bieten.

Von Willi Brandt bis Olaf Scholz, haben vor allem auch die deutschen Sozialdemokraten ein gestörtes Verhältnis zu Israel. Im rot-rot-grün regierten Berlin fallen die Genossen notorisch mit ihrer Nähe zu Israel-Feinden auf. Nun hat die Senatskulturverwaltung ein Fest mit über 10.000 Euro aus öffentlichen Geldern mitfinanziert, das – besonders anrühlich angesichts der jüngsten Ereignisse im Reich der frauen- schwulen- und judenfeindlichen Mord-Mullahs – von Yakup Kilic moderiert worden ist. Kilic ist Vertreter des hiesigen Iran-Hauses, der Kulturabteilung des Mullah-Regimes, und hatte öffentlich den Tod des iranischen Terror-Generals Qassem Soleimani betrauert, der für Anschläge auf israelische und amerikanische Stützpunkte verantwortlich war.

Symptomatisch für das gestörte Verhältnis der Linken gegenüber Israel und den Juden dürfte auch der Umstand sein, dass die hessische SPD zum höchsten jüdischen Fest in den Sozialen Medien mit dem Bild der Al Aksa Moschee gratuliert, die den seinerzeit besiegten Juden durch den damaligen Umayyaden-Kalifen Abdul Malik bin Marwan im Jahre 638 zur Demütigung und Zeichen ihrer Unterwerfung aufgezwungen worden ist. Die Moschee auf dem Tempelberg in Jerusalem gilt unter Muslimen als Sinnbild für den „Triumph“ des Islam über Judentum und Christenheit.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 10

Nobelpreis für eine Israel-Hasserin

Die Schriftstellerin Annie Ernaux erhält den Nobelpreis für Literatur, obwohl sie immer wieder Boykott-Aufrufe gegen Israel unterstützt hat und die Diffamierung Israels als „Apartheidstaat“ öffentlich mitträgt. Im Nobelpreiskomitee scheint ganz offensichtlich eine vorsätzliche Erblindung gegenüber Antisemitismus zu herrschen. (JR)

Gerd Buurmann/Achgut.com

Am 6. Oktober titelte die Internetseite des Kölner Stadt-Anzeigers: „Nobelpreis für Literatur – Annie Ernaux ist ein weiblicher Marcel Proust“. Wer ist dieser weibliche Marcel Proust? Vor der Lektüre schnallen Sie sich bitte an.

Annie Ernaux unterzeichnete im Mai 2019 einen Brief, in dem zum Boykott des Eurovision Song Contest aufgerufen wurde, da der Wettbewerb in Tel Aviv ausgetragen wurde und jede Zusammenarbeit mit dem jüdischen Staat zu unterbinden sei. Der Brief forderte zudem das französische Fernsehen auf, die Veranstaltung nicht zu übertragen.

Bereits im Jahr 2018 unterzeichnete die Schriftstellerin einen Brief, in dem die Empörung formuliert wurde, dass die französische Regierung kulturell mit Israel zusammenarbeitet. In dem Brief wurde behauptet: „Es ist eine moralische Verpflichtung für jeden Menschen mit Gewissen, die Normalisierung der Beziehungen mit dem Staat Israel abzulehnen.“

In Israel sind Juden, Muslime und Christen Nachbarn. Über zwanzig Prozent aller Israelis sind Muslime. Gegen all diese Menschen stellt sich Annie Ernaux, weil sie in einem jüdischen Staat leben. All diese Menschen diskriminiert die Nobelpreisträgerin für Literatur 2022.

Israel ist das einzige Land im ganzen Nahen Osten, in dem das Volk seine Regierung wählen und vor allem abwählen kann. Die israelische Regierung ist somit die einzige auch von Muslimen und Arabern demokratisch gewählte Vertretung eines Landes im Nahen Osten. Gegen diese Demokratie hetzt der weibliche Marcel Proust.

Annie Ernaux hat noch einen weiteren Brief unterzeichnet, in dem die Freilassung eines libanesischen Militanten gefordert wird, der im Jahr 1980 eine marxistisch-leninistische Terrorgruppe mitgegründet hatte. Er sitzt zur Zeit in Frankreich im Gefängnis aufgrund der Ermordung des US-Militärattachés Charles R. Ray und des israelischen Diplomaten Yaakov Bar-Simantov.

Für diesen Hass fordert die Nobelpreisträgerin Freiheit

Im Libanon gehört Judenhass zum Alltag. Bei der Fußballweltmeisterschaft 2010 zum Beispiel erklärte der libanesischer Minister Wiam Wahhab am 4. Juli 2010 auf Al-Jadid/New TV: „Ich unterstütze Deutschland in der Politik und Brasilien im Sport. Ich mag die Art, wie Brasilien Fußball spielt, aber ich mag die Deutschen, weil sie die Juden hassen und sie verbrannt haben.“

Für diesen Hass fordert die Nobelpreisträgerin Freiheit. Der Hass im Libanon erinnert an den Hass der Hamas im Gazastreifen. Die Gründungscharta der Hamas fordert, dass alle Juden weltweit vernichtet werden sollen (Artikel 7) und dass es keinen Frieden mit Israel geben darf (Artikel 13). Der stellvertretende Minister für religiöse Stiftungen der Hamas, Abdallah Jarbu, erklärte öffentlich im Februar 2010:

„Juden sind fremdartige Bakterien, sie sind Mikroben ohne Beispiel auf dieser Welt. Möge Gott das schmutzige Volk der Juden vernichten, denn sie haben keine Religion und kein Gewissen! Ich



Nobelpreisträgerin und BDS-Unterstützerin Annie Ernaux

verurteile jeden, der glaubt, eine normale Beziehung mit Juden sei möglich, jeden, der sich mit Juden zusammensetzt, jeden, der glaubt, Juden seien Menschen! Juden sind keine Menschen!“

Im Jahr 2021 unterzeichnete Annie Ernaux keinen Brief gegen diesen Judenhass, sondern ein Dokument mit dem Titel „Ein Brief gegen die Apartheid“. Sie meinte damit jedoch nicht die oben erwähnte institutionalisierte und in der Verfassung verankerte Apartheid gegen Juden und Israelis im arabischen Raum. Auch in diesem Brief wurde wieder gegen Israel gehetzt.

Warum hetzt die Nobelpreisträgerin gegen Israel?

Im Gegensatz zu der Gründungscharta der Hamas, in dem der Krieg gegen Israel und der Hass auf Juden propagiert wird, findet sich in der Unabhängigkeitserklärung von Israel das genaue Gegenteil:

„Wir bieten allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und guter Nachbarschaft und rufen zur Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe mit dem selbständigen jüdischen Volk in seiner Heimat auf. Der Staat Israel ist bereit, seinen Beitrag bei gemeinsamen Bemühungen um den Fortschritt des gesamten Nahen Ostens zu leisten.“

Dieser Hass sorgt dafür, dass in den letzten Jahren immer wieder tausende Raketen und Granaten auf Israel abgefeuert wurden. Alle Raketen wurden bewusst in die Richtung von Schulen, Hospitälern, Altenheimen und Kindergärten abgefeuert. Das Ziel jeder Rakete war und ist es bis heute, so viele Israelis wie möglich zu töten, mögen es Kinder oder Greise sein. Die Motivation für

die Angriffe auf Zivilisten ist die bereits erwähnte im Artikel 7 der Gründungscharta geforderte Vernichtung des jüdischen Volkes. Die Intention jedes Geschosses ist der Massenmord.

Der Massenmord misslingt der Hamas jedoch, weil Israel ein hervorragendes Abwehrsystem errichtet hat. Israel nutzt Waffen, um Menschen zu schützen. Die Hamas jedoch nutzt Menschen, um ihre Waffen zu schützen.

In Gaza sterben die Menschen, weil die Hamas ihre Bevölkerung missbraucht. Die Hamas beschießt israelische Schulen und nutzt gleichzeitig die eigenen Schulen, in denen der Hass auf Juden in Kinderhirne gehämmert wird, als Schutzschild für die Waffen, die auf Israel abgefeuert werden, nur um dann umso lauter zu lamentieren, wenn jene Kinder sterben, die sie als Schutzschilder und Kindersoldaten für ihren Judenhass missbraucht haben. Das ist der Grund, warum auf der Seite Israels weniger Menschen sterben als auf der Seite des Gazastreifens. Die Hamas ist zu schwach, ihren Massenmord zu exekutieren. Schwäche ist keine moralische Überlegenheit.

Ein Nobelpreis, wenigstens nicht der für Frieden

Es ist gut, wenn Israelhasser zu schwach sind, ihren Hass auf das Volk Israels zu exekutieren. Jeder Tote ist ein Toter zu viel. Deshalb unternimmt Israel unglaublich viel, um die Opferzahlen auch bei den Feinden gering zu halten. Bei einem Feind jedoch, der sich hinter Kindern versteckt, seine Waffen in Schulen hortet und von den Dächern von Krankenhäusern aus Raketen abfeuert, sind unschuldige Opfer für Israel nicht zu vermeiden.

Die Hamas will in Masse morden, sie kann es aber nicht. Israel könnte in Masse töten, tut es jedoch nicht. Israel liebt das Leben und will es schützen, selbst das Leben der Kinder und der Unschuldigen auf der Seite der Feinde, die in ihren Schulen, Moscheen, Parlamenten und Fernsehsendungen erklären, dass alle Juden vernichtet gehören. Kein Land der Erde würde auf die offizielle Erklärung und den mehrfachen Versuch zum Völkermord so besonnen handeln wie Israel.

Annie Ernaux jedoch kritisiert Israel. Sie nennt den jüdischen Staat und nicht seine hasserfüllten Nachbarregime einen Apartheidstaat. Dennoch bekommt sie einen Nobelpreis, wenigstens nicht den für Frieden.

Für den Kölner Stadt-Anzeiger und viele andere Medien ist dieser Hass kein Problem. Sie kritisieren lieber J.K. Rowling. Am gleichen Tag, an dem der Bericht über Ernaux erschien, titelte man auf der Internetseite: „Ärger um ‚Harry Potter‘ Autorin – Rowling kritisiert Gesetz zugunsten von Transmenschen“ Was hat diese „Harry Potter“-Autorin angestellt, um Ärger zu bekommen? Hasst sie Juden? Unterstützt sie den Krieg gegen Israel? Nein. Sie ist lediglich eine Feministin.

Eine unfassbare Blindheit gegenüber Antisemitismus

J.K. Rowling hat sich mit der Erklärung schuldig gemacht, dass für sie das Geschlecht eine biologische Realität ist. Sie ist der unfassbaren Überzeugung, dass es keine exklusiven männlichen und weiblichen Gefühle gibt, sondern dass alle Gefühle menschlich sind. Sie spricht sich dagegen aus, Kinder und Jugendliche dazu zu drängen, sich einer Operation an den Geschlechtsteilen zu unterziehen, wenn sie Gefühle, Gedanken oder Emotionen haben, die für ihr Geschlecht angeblich unpassend seien und angeblich zum anderen Geschlecht gehören sollen. Sie erklärt, dass es nicht falsch ist, in einem männlichen oder weiblichen Körper zu sein, ebenso wenig, wie es falsch ist, homosexuell oder heterosexuell zu sein. Einer Konversionstherapie zur anderen Seite steht sie skeptisch gegenüber. Dafür wird sie als TERF gebrandmarkt, was folgendes bedeutet: „Trans-ausschließende radikale Feministin“.

Es ist somit offensichtlich schlimmer, eine Feministin zu sein, die weiß, dass das Geschlecht eine biologische Realität ist, über die dann sozial konstruiert diskriminiert wird, als gegen Israel zu hetzen, Juden zu diskriminieren und die Freilassung von judenfeindlichen Terroristen und Mördern zu fordern.

Wie auf der kürzlich zu Ende gegangenen documenta in Kassel herrscht im Nobelpreiskomitee eine unfassbare Blindheit gegenüber Antisemitismus. Dafür setzten sich immer mehr toxische Männer und Frauen durch, die gegen Feministinnen hetzen, wenn diese Hexen es auch nur wagen, nicht an die einzig wahre Trans-Religion zu glauben und stattdessen ketzerisch mit der Biologie und der Wissenschaft buhlen. Wie sagte die Schriftstellerin Hedwig Dohm einst vor über hundert Jahren:

„Man kommt sich auf dem Gebiete der Frauenfrage immer wie ein Wiederkäufer vor.“ Wenn es um Israel und Juden geht, gilt das selbe Prinzip.

US-Akademiker solidarisieren sich mit Antisemiten

In den USA schreitet der von den Democrats ideologisch geschürte Antisemitismus mit schnellen Schritten voran. Weil ein Professor in Denver wegen antisemitischer Verschwörungstheorien von seiner Universität kritisiert wurde, sieht die einflussreiche BDS-unterstützende und Israel-diffamierende Middle East Studies Association die Meinungsfreiheit in Gefahr. Laut MESA ist es demnach ganz offensichtlich legitim, sich antisemitisch zu äußern, Kritik daran hingegen ein hinterhältiger Anschlag auf die Meinungsfreiheit. (JR)

Von Stefan Frank/Achgut.com

Der Antisemitismus ist, wie Adorno schreibt, „das Gerücht über die Juden“. Den Juden wurde im Lauf der Geschichte unter anderem nachgesagt, Kinder zu töten, um mit ihrem Blut Matzen zu backen; Hostien zu schänden; Brunnen zu vergiften und die heimlichen Drahtzieher und Profiteure hinter Kriegen, Wirtschaftskrisen und Revolutionen zu sein. Nie bedarf ein solches Gerücht irgendwelcher Beweise, um von vielen geglaubt zu werden, die Behauptung allein schon reicht aus.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA wurde vor allem in arabischen Staaten das Gerücht verbreitet, „viertausend Juden“, die in den Büros des World Trade Centers tätig waren, hätten sich am Vormittag des 11. Septembers krankgemeldet und seien nicht zur Arbeit erschienen. Das schrieb etwa die syrische Regierungszeitung Al Thawra in einem Beitrag am 15. September, der möglicherweise der Ausgangspunkt dieses Gerüchts war. Die Meldung suggerierte, Juden hätten vorab von den Anschlägen Kenntnis gehabt. In Wahrheit waren unter den Opfern zahlreiche Juden. Die Al-Qaida-Mörder töteten unterschiedslos Christen, Juden und Muslime.

Eine Variante dieser Verschwörungstheorie machte den israelischen Auslandsgeheimdienst Mossad zum Urheber der Anschläge, der auf diese Weise die amerikanische Öffentlichkeit gegen die islamische Welt aufbringen wollte.

Von ähnlicher Qualität ist ein neues Gerücht, das den Mossad bezichtigt, hinter dem jüngsten versuchten Mord an Salman Rushdie zu stecken. Der britisch-indische Schriftsteller war am 12. August dieses Jahres während eines Vortrags in New York durch mehrere Stiche an Hals, Gesicht, Leber und Arm verletzt worden.

Über den Täter Hadi Matar ist bekannt, dass er Sympathien für den schiitischen politischen Extremismus und das iranische theokratische Regime hegt. Dem Regime nahestehende Kommentatoren lobten dann auch die Tat. Doch es gibt keinen begründeten Zweifel daran, dass es Khomeinis Mord-Fatwa des Jahres 1989 gegen den Schriftsteller war, die den Täter motivierte. Irans aktueller geistlicher Führer, Ajatollah Khamenei, hatte sie im Februar 2019 für weiterhin gültig und „unwiderlich“ erklärt.

Das iranische Regime werde unschuldig verdächtigt

Es wäre kaum wert, sich mit der Behauptung zu beschäftigen, der Mossad habe den Anschlag auf Salman Rushdie geplant und umgesetzt – wie er ja in der Vergangenheit auch schon für Haiangriffe auf Badegäste in ägyptischen Gewässern und allerlei andere abenteuerliche Dinge verantwortlich gemacht wurde. Sie ist eine von vielen antisemitischen Gerüchten, die allein deswegen in Umlauf gebracht werden, um Hass auf Juden und den Staat Israel zu schüren. Doch diese Unterstellung stammt von einem amerikanischen Universitätspro-



Viele US-Universitätsfakultäten haben einen akademischen Boykott gegen Israel geschworen

fessor, der dafür auch noch die Deckung einer ehemals renommierten akademischen Organisation erhielt.

Nader Hashemi ist Direktor des Center for Middle East Studies an der Joseph Korbel School of International Studies der Universität Denver, Colorado. Er spekulierte am 20. August in einem Podcast, dass jemand, der fälschlich vorgegeben habe, Unterstützer der iranischen Revolutionsgarden zu sein, Hadi Matar im Internet zu dem Attentat auf Salman Rushdie „verlockt“ zu haben. Die Person, mit der Matar sich unterhielt, könn-

habe. Ohne solche Ränke hätte das iranische Regime dieser Logik zufolge eine weiße Weste, und niemand würde zögern, ihm die Hand zur Vertragsunterzeichnung zu reichen.

Die Universität Denver distanzierte sich von Hashemis Äußerung:

„Professor Hashemi sagte dies als einzelnes Fakultätsmitglied und spricht nicht für die Universität. Während wir die akademische Freiheit und Meinungsfreiheit aus ganzem Herzen respektieren, spiegeln seine Äußerungen weder den Standpunkt der Universität

„ Viele antisemitische Gerüchte werden in Umlauf gebracht, um Hass auf Juden und den Staat Israel zu schüren. “

te ein Mossad-Agent gewesen sein, mutmaßte Hashemi. Israel sei schließlich gegen das Atomabkommen mit dem Iran, das er verhindern wolle. „Ich denke, das ist eine mögliche Interpretation und ein Szenario, das den Zeitpunkt erklären könnte, jetzt, während dieser wichtigen politischen Diskussionen in Zusammenhang mit dem iranischen Atomprogramm“, meinte er.

Nicht der Täter und diejenigen, die zum Mord an Rushdie aufgerufen haben, wären also verantwortlich, sondern der jüdische Staat, weil diesem ja jede böse Tat zuzutrauen sei. Ganz nebenbei suggerieren Hashemis Worte, das iranische Regime werde unschuldig verdächtigt und an den Pranger gestellt. Nicht wegen seiner Taten werde es in der zivilisierten Welt geächtet, sondern allein, weil der Mossad ihm einen Mord anhängen will, den es nicht begangen

wider, noch sind uns Tatsachen bekannt, die seine Ansicht stützen. Die Sicherheit jedes Redners und jedes Studenten auf unserem Campus und allen anderen ist für unsere Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. Wir verurteilen den Messerangriff auf Salman Rushdie. Und es versteht sich von selbst, dass wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die jüdischen Studenten und Mitarbeiter sich sicher, unterstützt, respektiert und willkommen gefühlt fühlen.“

„Waffe der Unterdrückung“

Diese Erklärung empörte die Middle East Studies Association (MESA), eine Akademikervereinigung, die sich einst der Forschung und dem akademischen Austausch widmete, aber von Anti-Israel-Aktivistinnen seit Jahren zu einer Organisation umfunktioniert wurde, die offen den Boykott des jüdischen Staates

propagiert.

In einem Schreiben an die Universität bezeichnen MESA-Präsidentin Eve Troutt Powell und Laurie Brand, Vorsitzende eines von MESA eingesetzten Komitees für akademische Freiheit, Hashemis antisemitische Gerüchteküche als „legitime Spekulation“ und beklagen eine Verschwörung, die Meinungen zensuriere:

„Allein die Andeutung, dass der Mossad beteiligt gewesen sein könnte“, habe „schnell dazu geführt“, dass Hashemi „auf verschiedenen Websites und Medien beschimpft und angegriffen“ worden sei, so MESA. Dazu gehörten „Vorwürfe des Antisemitismus“, die, „wie wir nur allzu gut wissen, nicht selten von Organisationen und Medien als Waffe benutzt werden, um die Äußerung von Meinungen zu unterdrücken, mit denen sie nicht einverstanden sind“. Der eine habe also eine „Meinung“, während jene von anderen keine Meinung, sondern eine „Waffe der Unterdrückung“ sei.

MESA wirft der Universität vor, ihre Erklärung signalisiere „Zustimmung zu den bösartigen Angriffen“ auf Hashemi. Welche „Angriffe“ gemeint sind und was an ihnen „bösartig“ sein soll, wird als bekannt vorausgesetzt. Weiters kritisiert die Organisation, die Universität habe Hashemi als „Bedrohung für die Universitätsgemeinschaft und insbesondere für ihre jüdischen Mitglieder“ dargestellt, weswegen sie ihre Erklärung „umgehend und öffentlich zurückziehen“ und sich bei Hashemi „entschuldigen“ müsse. Nur so werde die „akademische Freiheit“ und das „Recht auf freie Meinungsäußerung“ gewahrt.

Verrat am Bildungsauftrag der Universität

Es ist nicht das erste Mal, dass MESA sich unter dem Deckmantel des Kampfes für die Freiheit der Wissenschaft dafür einsetzt, dass Lehrende, die eine Anti-Israel-Haltung vertreten, dafür nicht öffentlich kritisiert werden. 2019 unterstützte MESA einen Professor, der einer jüdischen Studentin, die ein Auslandssemester in Tel Aviv absolvieren wollte, das für einen Auslandsaufenthalt notwendige Empfehlungsschreiben mit der Begründung verweigert hatte, er unterstütze den Boykott Israels.

John Cheney-Lippold, Professor für amerikanische Kultur an der University of Michigan, hatte der Studentin, die ein Seminar bei ihm belegt hatte, aufgrund ihrer Leistungen das Empfehlungsschreiben bereits zugesagt. Erst nachdem er erfahren hatte, dass sie sich an der Universität in Tel Aviv bewerben wollte, zog er das Angebot zurück:

„Wie du weißt, haben viele Universitätsfakultäten einen akademischen Boykott gegen Israel geschworen, um die in Palästina lebenden Palästinenser zu unterstützen. Von diesem Boykott betroffen ist auch das Ausstellen von Empfehlungsschreiben für Studenten, die dort studieren wollen. Ich hätte dich das eher wissen lassen sollen, und dafür entschuldige ich mich. Doch aus Gründen dieser Politik muss ich mein Angebot,

deinen Brief zu schreiben, zurückziehen. Lass mich wissen, ob ich dir andere Briefe schreiben soll, was ich mit Freude tun würde.“

Der Fall sorgte für große Empörung. In einem Brief an die Universitätsgemeinschaft erklärten Universitätspräsident Mark Schlissel und Provost Martin Filbert:

„Die persönlichen politischen Überzeugungen der Fakultätsmitglieder dürfen ihre Verpflichtungen gegenüber unseren Studenten in Bezug auf das Schreiben von Briefen und alle anderen Formen der akademischen Unterstützung nicht beeinträchtigen.“

Das Zurückhalten eines Empfehlungsschreibens verletze die akademische Freiheit und sei Verrat am Bildungsauftrag der Universität, die anschließend auch Sanktionen gegen Cheney-Lippold verhängte: Er erhielt ein Jahr lang keine Gehaltserhöhung und musste auf ein Forschungsjahr verzichten, das er antreten wollte.

Selektive Meinungsfreiheit

MESA unterstützte Cheney-Lippold mit dem skurrilen Argument, dessen Weigerung, den zugesagten Empfehlungsbrief nicht zu schreiben, sofern die Studentin weiterhin beabsichtige, in Tel Aviv zu studieren (ihr aber einen solchen für jede andere Universität außerhalb Israels auszustellen), wäre eine „Meinungsäußerung“, weshalb die ihm auferlegten Sanktionen folglich die „Unterdrückung“ einer Meinung darstellten. Die Meinungsfreiheit der Studentin und ihr Recht, selbst zu entscheiden, welche Hochschule der Welt ihr die für ihre akademische Entwicklung und Forschungsvorhaben besten Bedingungen bietet, zählte für MESA hingegen nicht.

Laut MESA ist es demnach legitim, sich antisemitisch zu äußern, Kritik daran hingegen ein hinterhältiger Anschlag auf die Meinungsfreiheit. Jüdische Israelis und israelische Wissenschaftler zu boykottieren ist eine

legitime „Meinung“. Dies abzulehnen und von Professoren zu verlangen, Studenten nicht nach Maßgabe ihrer eigenen politischen Standpunkte zu diskriminieren und ein von einer Universität genehmigtes Austauschprogramm zu untergraben, gilt als ungeheurer Affront. Wissenschafts- und Meinungsfreiheit? Soweit es Israel berührt, soll es diese nach dem Willen der MESA-Führer nur für Akademiker geben, die genauso antisemitisch sind wie sie selbst.

Die verfolgende Unschuld

Das kennt man aus der deutschen Debatte der letzten Jahre. Ob es um den Anti-BDS-Beschluss des Deutschen Bundestages, den Philosophen und BDS-Unterstützer Achille Mbembe oder die antisemitische Documenta ging: Immer wieder fanden sich Kommentatoren, die den Judenboykott unter dem BDS-Banner als legitime Meinungsäußerung darstellten, die

geschützt werden müsse – geschützt vor jeglicher Kritik vonseiten Andersdenkender, denen unterstellt wird, die heimliche, bösartige Agenda zu verfolgen, „kritische Stimmen“ zum „Schweigen bringen“ zu wollen.

Es ist das Prinzip der verfolgenden Unschuld. In der bigotten Weltsicht der Antisemiten haben sie Anspruch auf das Recht, ihre Propaganda unwidersprochen zu verbreiten. Im Vorwort zu ihrem auf der Grundlage von Theodor Fritschs Antisemiten-Katechismus (1887) herausgegebenen Handbuch der Judenfrage verlieh die Redaktion des nationalsozialistischen Hammer-Verlags dieser Weltsicht 1939 mit folgenden Worten Ausdruck: „So ist es unleugbare Tatsache, dass jeder, der gegen den Juden Stellung nimmt, in schärfster Weise boykottiert wird.“

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Iran kontrolliert strategische Handelsruten

Die imperialen Ambitionen der Islamischen Republik bedrohen, wie nicht zuletzt auch die Jüdische Rundschau bereits seit Jahren ohne Resonanz durch unsere Politik anmahnt, zwischenzeitlich die ganze Welt. Der Iran kontrolliert bereits die Wasserstraße von Hormus, durch die täglich etwa 20 Millionen Barrel Öl transportiert werden und fernab des eigenen Landes die jemenitische Meerenge Bab al-Mandab, wo der gesamte Verkehr zwischen dem Suezkanal und dem Indischen Ozean durchgeleitet wird. Bereits damit hat das verbrecherische Mullah-Regime, ungehindert von der westlichen Welt, seine Macht über den Welthandel massiv ausgeweitet. (JR)

Amir Avivi/JNS.org

Globale Versorgungsketten und Seeschiffahrtsrouten haben dem Durchschnittsbürger wahrscheinlich nicht viel bedeutet, bis COVID-19 eintraf, das Schiff Evergreen im Suezkanal feststeckte oder Babynahrung, Computerchips und andere Konsumgüter nicht entsprechend unseren Erwartungen geliefert wurden. Wie vielen von uns war bewusst, wie wichtig ukrainisches und russisches Getreide für den größten Teil der Welt ist und wie abhängig wir alle von der globalen Schifffahrt für Lebensmittel, Heizung, Kleidung und Konsumgüter aller Art sind?

Heute jedoch verstehen viele Menschen die globale Versorgungskette und wie verbunden und voneinander abhängig wir alle sind, unabhängig von unserer Nationalität oder politischen Agenda. Die Seeschifffahrt ist das Skelett, die Arterien und die Eingeweide unserer globalen Wirtschaft, und wie bei einem menschlichen Körper ergeben sich alle möglichen Herausforderungen, wenn eines dieser Systeme überlastet oder blockiert ist.

Meistens aufgrund physischer und politischer Zwänge gibt es auf den Seeschiffahrtsrouten eine Reihe von Engpässen, in der Regel Meerengen oder von Menschenhand geschaffene Kanäle, die den Verkehr kanalisieren und riesige Schiffe zum Abbremsen oder Ankers zwingen, während sie darauf warten, dass sie an der Reihe sind, die Straße zu passieren. Die Straße von Malakka zwischen der malaysischen Halbinsel und Sumatra ist eine der meistbefahrenen der Welt. Weitere stark befahrene Schifffahrtswege sind der Panama- und der Suezkanal, die Dänemarkstraße, die Straße von Hormus und der Ärmelkanal. Der einzige Zugang zum belebten Mittelmeer über den Atlantik – die Straße von Gibraltar – ist eine weitere.

Stadtstaaten, Nationen, multinationale Unternehmen und internationale Organisationen haben sich jahrhun-

dertelang um das Recht gestritten, die endlosen Warenströme zu kontrollieren und zu besteuern, die durch diese strategischen Passagen fließen. Dieser geschichtliche Hintergrund führt uns zur heutigen Machtpolitik im Nahen Osten und dazu, wie ein bestimmter Staat versucht, eine rücksichtslose Strategie umzusetzen.

Strategisches Nadelöhr

Der Iran genießt eine natürliche und uneingeschränkte Vorherrschaft über ein maritimes Nadelöhr – die Straße von Hormus. Seit Jahrzehnten sind iranische Militärschiffe und Raketenwerfer an den Ufern dieser strategischen Wasserstraße, durch die täglich etwa 20 Millionen Barrel Öl fahren, ständig präsent. Dies signalisiert den regionalen und globalen Mächten, dass der Iran in der Lage ist, die weltweiten Öllieferungen einseitig zu unterbrechen, wenn er dies wünscht.

Es ist mehr als wahrscheinlich, dass die iranische Führung, als sie die diplomatischen Vorteile sah, die sie dank dieser Taktik erzielt hatte, eine umfassende Strategie zur Kontrolle der Meerengen formulierte, die sich bis heute entfaltet.

So übernahmen die Iraner 2015 mithilfe ihrer regionalen Houthi-Vertreter im Jemen und ihrer eigenen Revolutionsgarden – einer als terroristisch eingestuft Organisation – die Kontrolle über die Meerenge Bab al-Mandab. Durch dieses 28 Kilometer breite Tor wird der gesamte Verkehr zwischen dem Suezkanal und dem Indischen Ozean geleitet. Mit der Übernahme der Meerenge haben die Iraner ihre Macht über den internationalen Handel verdoppelt.

Aber der Iran hat es nicht dabei belassen. Parallel zu den Atomverhandlungen mit dem Westen setzte der Iran



Der Iran kontrolliert die Wasserstraße von Hormus, durch die täglich etwa 20 Millionen Barrel Öl fahren.

seine Pläne zur Manipulation der weltweiten Schifffahrt fort. Im Jahr 2020 berichtete Sky News, dass geheime iranische Cyber-Einheiten verwertbare Informationen über verschiedene zivile Ziele im Westen gesammelt hatten. Zu den Zielen gehörten GPS-Navigationssysteme für Tanker und Frachtschiffe sowie die Kontrollsysteme, die das Ballastwasser verwalten, mit dem sich jedes Schiff stabilisiert. Die iranischen Hacker wiesen darauf hin, dass diese Systeme bei erfolgreicher Manipulation „ein Schiff zum Sinken bringen“ können.

Marokko steht im Weg

Der aktuelle Schwerpunkt der iranischen Expansionsbestrebungen liegt mehr als 5.000 Kilometer von Teheran entfernt, in einem sunnitischen Königreich an der Nordwestspitze Afrikas – Marokko. Und warum? Weil das südliche Ufer der Straße von Gibraltar marokkanisch ist, und wenn der Iran dort Einfluss nehmen könnte, hätte er die Möglichkeit, den gesamten Verkehr in und aus dem Mittelmeer zu beeinflussen.

Die Beziehungen zwischen Marokko und dem Iran sind seit der islamischen Revolution von 1979 angespannt, aber im Mai 2021 schienen die Beziehungen einen Siedepunkt zu erreichen,

als der marokkanische Außenminister Nasser Bourita den Iran öffentlich anprangerte, weil er versuche, sich in marokkanische Angelegenheiten einzumischen. Er beschuldigte den Iran, dies durch die Verbreitung des schiitischen Islam zu tun. Mit anderen Worten: Der Iran wendet dieselbe Taktik an, die er im Libanon, in Syrien, im Irak, im Jemen, im Gazastreifen und teilweise in Bahrain erfolgreich eingesetzt hat. In all diesen Fällen versuchte der Iran, ethnische Verwerfungen und bestehende Konflikte und Spannungen auszunutzen, um seine imperialen Ambitionen zu befriedigen. Marokko ist jedoch nicht der Irak. Der Iran ist weit weg und hat nur begrenzte Mittel, um aus dieser Entfernung echten Schaden anzurichten.

In Anbetracht der Tatsache, dass Marokko ein wachsames Auge auf ruchlose, mit dem Iran verbündete Aktionen in Westsahara und im benachbarten Algerien geworfen hat, ist es nicht verwunderlich, dass es sich dem Abraham-Abkommen angeschlossen und seine militärische Zusammenarbeit mit Israel verstärkt hat. Der Westen, Russland, China und Indien sollten jedoch die Marokko-Strategie des Irans aufmerksam verfolgen, die zweifellos zu weitaus mehr Leid führen wird als dem verspäteten Erhalt von Computerchips oder Babynahrung.

Sollte es dem Iran gelingen, sich zu einem Abkommen durchzuringen, das ihm auch noch nukleare Fähigkeiten verleiht, wären die Folgen für die Welt noch katastrophaler. Ein nuklearer Schutzschirm würde es dem islamischen Regime ermöglichen, nicht nur den Nahen Osten, sondern die ganze Welt zu stören.

Brigadegeneral (a.D.) Amir Avivi ist Gründer und Geschäftsführer des Israel Defense and Security Forum, einer Nichtregierungsorganisation, der mehr als 6.000 ehemalige Mitglieder israelischer Sicherheitsorganisationen angehören.

Nach dem Krieg: Die Hölle in den Flüchtlingsheimen

Nachdem sie der Hölle des Krieges entkommen sind, stehen viele ukrainische Frauen und Mädchen einer anderen Gefahr gegenüber. In den westeuropäischen Flüchtlingsunterkünften werden sie von vorwiegend muslimischen Männern bedroht und sexuell belästigt. Laut Statistik des Bundeskriminalamtes (BKA) gibt es täglich zwei Gruppenvergewaltigungen im Land, über die Hälfte der Vergewaltiger sind Einwanderer aus dem Nahen Osten und Afrika. Ein Thema, das bewusst von unseren Medien ausgeblendet wird und dessen Nennung nicht nur ein Tabu ist, sondern auch zur Diffamierung der Mahner führt. (JR)

Von Alexander MAISTROVOY

Russlands Invasion in der Ukraine hat Millionen von Menschen unsägliches Elend und Leid zugefügt. Dieses Drama hat viele Facetten. Berichte vom Schlachtfeld und den Flüchtlingslagern sind nur die Spitze des Eisbergs. Über einige der Nebenwirkungen, die durch den Krieg verursacht wurden, wissen wir fast nichts. Eine davon ist die Tragödie ukrainischer Frauen und Kinder in Westeuropa, wo sie sich mit der multikulturellen Realität auseinandersetzen mussten.

Gefährliches Rendezvous

An der Grenze zu Polen und anderen Ländern Osteuropas kam es zu Massengewalt gegen geflüchtete Frauen. Im Frühjahr berichteten die Bild-Zeitung und andere Quellen, dass sich viele Afghanen, Afrikaner und Araber an der Ostgrenze Deutschlands versammelt hätten und mit ukrainischen Flüchtlingen angekommen seien. Sie mischten sich unter die Menge und behaupteten, sie hätten in der Ukraine studiert, ihre Dokumente in Eile verloren und seien auf der Flucht vor dem Krieg.

Die "Gewohnheiten" dieser "Studenten" wurden in einem Interview mit AUF1 und Christian Zeitz beschrieben, der viele Jahre in Osteuropa und der Ukraine gearbeitet hat. Ihm zufolge belästigten Migranten aus Syrien, den Maghreb-Ländern und Schwarzafrika ukrainische Frauen auf jede erdenkliche Weise, beleidigten sie, nannten sie "christliche Huren", "Halbmenschen", Belästigung und sogar Gewalt waren die Norm. "Ich kenne dokumentierte Fälle von Vergewaltigung ... Diese Menschen (Migranten) – natürlich nicht alle, aber viele von ihnen – haben sich in jeder Hinsicht unglaublich grausam verhalten, ihnen sollte das Recht verweigert werden, Flüchtlinge genannt zu werden", sagte Zeitz.

Das war noch nicht alles. Diejenigen der Frauen, die erwarteten, die lang ersehnte Sicherheit zu finden, nachdem sie das wohlhabende Westeuropa erreicht hatten, waren bald ernüchtert. Frauen und Kinder, die vor den Schrecken des Krieges fliehen, sind immer leichte Beute für Kriminelle, kriminelle Banden und den Bodensatz der Gesellschaft. Früher, schreibt die indische Ausgabe des Deccan Herald, waren die Opfer von Vergewaltigern und Kartellen Flüchtlinge aus Afrika und Lateinamerika. Nun gesellen sich ukrainische Frauen dazu: "Nach Angaben humanitärer Organisationen wird jede fünfte Flüchtlingsfrau und jedes fünfte Flüchtlingsmädchen auf Reisen sowie in Flüchtlingslagern und Unterkünften sexuell missbraucht. Viele fallen in die Netzwerke der Menschenhändler: Sie werden getäuscht, sie werden angelockt, Gewalt wird



Manchmal müssen Flüchtlinge aus der Ukraine Schutz im scheinbar sicheren Westen suchen.

gegen sie angewendet. Kriminelle Kartelle in Ländern wie Mexiko und Libyen machen Jagd auf Frauen und Mädchen auf Migrationsrouten."

Nicht bereit für diese Art von Gefahr, besonders in Ländern, die als zivilisiert gelten, wurden hilfsbedürftige ukrainische Frauen sofort zum Objekt der Aufmerksamkeit verschiedener Arten von "Raubtieren".

Am helllichten Tag...

In Linz, Österreich, versuchten Anfang April vier muslimische Einwanderer, ein ukrainisches Mädchen in der Nähe einer Flüchtlingsunterkunft zu vergewaltigen.

Der Linzer Bahnhofist in der einheimischen Bevölkerung längst bekannt

heit von Linz. Eine von ihnen entfernte sich versehentlich von dem Haus in der Nähe des Bahnhofs, in dem sich die Flüchtlinge aufhielten, und erregte sofort die Aufmerksamkeit von vier eingewanderten Teenagern – Irakern und Afghanen. Sie waren alle 14 oder 15 Jahre alt. Die Aktion fand bei Tageslicht während der Hauptverkehrszeit statt. Zum Glück für das Mädchen fing die Polizei gerade in diesem Moment einen lokalen kriminellen "Baron" in der Nähe der Station und der Polizeihubschrauber bemerkte, wie vier "junge Männer" eine Person belästigten. Das Mädchen wurde gerettet und die Minderjährigen festgenommen. Als Minderjährige werden sie jedoch wahrscheinlich nicht be-

Vergewaltiger und ihre Opfer wurden im selben Hotel, dem Schiffshotel Oscar Wilde untergebracht. Es ist, als würde man hungrige Wölfe und ein Lamm in dasselbe Gehege stecken, aber die multikulturelle Doktrin geht davon aus, dass alle Flüchtlinge gleich sind und die gleiche Fürsorge verdienen.

In Deutschland sorgte diese Geschichte für Empörung, aber die Sache schlug nicht weiter hohe Wellen. Hier, wie in den Nachbarländern Österreich und Schweden, ist seit langem bekannt, dass Gewalt durch Migranten eine „Lebensnorm“ ist, die toleriert werden muss.

Laut Statistik des Bundeskriminalamtes (BKA) gibt es täglich zwei Gruppenvergewaltigungen im Land, die Hälfte der Vergewaltiger sind Einwanderer aus dem Nahen Osten und Afrika. In einigen der bekanntesten Fälle waren bis zu zehn Migranten an Vergewaltigungen beteiligt. Nach der massenhaften sexuellen Gewalt gegen deutsche Frauen durch Migranten aus dem Nahen Osten und Nordafrika in der Silvesternacht 2015 in Köln wundern sich die Deutschen kaum noch. Gleichzeitig sind die Trends sehr enttäuschend. Nach Angaben der Bundesregierung stieg zwischen 2000 und 2020 der Anteil der Migranten aus Asien und Afrika an Sexualdelikten von 35 auf 42,44 Pro-

„ Die Hälfte der Vergewaltiger sind Einwanderer aus dem Nahen Osten und Afrika. “

geworden als ein Ort, der von kriminellen Elementen aus Afrika, Afghanen und anderen Einwanderern frequentiert wird. Drogen, Kriminalität und sexuelle Belästigung wurden hier zur Norm, und österreichische Frauen mieden diese „Kloake“ so gut sie konnten. Ukrainische Frauen wussten natürlich nichts von dieser Besonder-

straft.

Das Mädchen hatte großes Glück, denn oft endet die "Jagd" für die "Jäger" recht erfolgreich. So wurde im März in Düsseldorf eine 18-jährige Ukrainerin von zwei Migranten aus Nigeria und dem Irak vergewaltigt. Die Umstände, unter denen sich das Verbrechen ereignete, sind frapierend. Die

zent der Gesamtzahl dieser Straftaten (obwohl Einwanderer aus Afrika und dem Nahen Osten nur etwa 7 Prozent der Bevölkerung Deutschlands ausmachen). Die häufigsten Täter sind Afghanen, Iraker und Syrer. Viele, die so unerbittlich gegenüber "Sexismus" und "männlichem Chauvinismus" sind, sind überraschend nachsichtig mit eingewanderten Vergewaltigern. Zum Beispiel erhielten fünf Einwanderer, die wegen Gruppenvergewaltigung einer Frau in Berlin verurteilt wurden, kürzlich Bewährungsstrafen im Austausch für das Geständnis des Verbrechens.

Sexuelle Belästigung und Vergewaltigung finden in Deutschland häufig in der Öffentlichkeit statt: an Bahnhöfen, Schwimmbädern, öffentlichen Parks, Supermärkten, Restaurants, sogar in städtischen Einrichtungen und Kirchen. Opfer sind nicht nur Frauen; übergriffige "Flüchtlinge" unterscheiden nicht zwischen Alter und Geschlecht des Opfers. In Kamen (Nordrhein-Westfalen) wurde ein 35-jähriger Einwanderer aus Pakistan von einem kleinen Mädchen angegriffen; in Ampfing (Bayern) versuchten acht "Flüchtlinge", eine Frau direkt in einem Lebensmittelgeschäft zu vergewaltigen; in Solingen bei Düsseldorf griff ein 36-jähriger Einwanderer ein 8-jähriges Mädchen in einem Park an; in Mudersbach (Rheinland-Pfalz) griff ein syrischer Flüchtling einen 12-jährigen Jungen an. Ein "Flüchtling" griff in Bayern eine 21-jährige Frau in der Kirche an, zuvor versuchte er, zwei Frauen im Gebäude des Gemeinderats und eine weitere in einem Altenheim zu vergewaltigen. Ein tragikomischer Vorfall ereignete sich in Hannover: Hier wurde sogar eine polizeiliche Einsatzkraft belästigt.

Anfang 2017 gaben 48% der deutschen Frauen in einer Umfrage des Forschungszentrums TNS Emnid für die Bild-Zeitung zu, Angst zu haben, bestimmte Stadtteile zu betreten, und 44% gaben an, dass das Sicherheitsniveau nach dem Zustrom von "Flüchtlingen" alarmierend gesunken sei. Laut 58% der befragten Frauen sind öffentliche Orte nicht mehr sicher, 16% gaben zu, Pfefferspray gekauft zu haben. Die Situation wird immer schlimmer, und das erklärt die stabile Popularität der Partei Alternative für Deutschland.

Vor diesem Hintergrund wird die Tragödie eines 18-jährigen ukrainischen Mädchens nichts anderes bleiben als ein weiterer trauriger Vorfall dieser Art. "Weißes Fleisch" aus der Ukraine ist bei den sogenannten "neuen Deutschen" beliebt, und kleine Kinder sind nicht immun gegen ihre Aufmerksamkeit.

Ende Mai veröffentlichte der SWR einen Bericht mit dem Titel "Untersuchung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Flüchtlingszentrum Meßtetten (Zollernalb)", in dem beschrieben wurde, wie ein afghanischer Einwanderer unzuchtige Handlungen gegen zwei ukrainische Mädchen im Alter von sechs und sieben Jahren begangen hatte. Ein 24-jähriger Afghane war Angestellter einer Sicherheitsfirma, die Flüchtlinge schützen sollte. Die Mädchen erzählten es den Müttern, und diese beschwerten sich bei der Polizei. Der Afghane wurde festgenommen, aber die nationalen Medien entschieden sich, den Vorfall zu ignorieren. Wie viele ähnliche. Die Polizei berichtete lapidar, dass sie ähnliche Fälle im Zusammenhang mit Sexualverbrechen gegen ukrainische

Frauen und Kinder durch Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes, in dem der Afghane arbeitete, untersucht.

Eine merkwürdige Tatsache: Ukrainische Mädchen, junge Frauen und Frauen werden von Einwanderern aus Afghanistan und anderen Ländern der Dritten Welt bewacht, wo eine Frau aufgrund ihres sozialen Status traditionell einen Platz zwischen einer Ziege und einem Kamel einnimmt.

Wenn es unter Bomben sicherer ist
Es dauerte nicht lange, bis die Flüchtlinge, die nach Schweden kamen, erkannten, dass sie hier willkommen waren, aber nicht, wenn sie in ihrer Umgebung sehen wollten.

Im Flüchtlingszentrum in Olofström wurden Frauen und Mädchen schnell gewarnt, sich so bescheiden wie möglich zu kleiden und Männer anderer Kulturen nicht zu provozieren, schreibt Nyheter Idag. Als Gitan Bengtsson, die Flüchtlingen hilft, gefragt wurde, wie sich ukrainische Frauen kleiden und warum diese Frage plötzlich an Relevanz gewinnt, antwortete sie: "Sie kleiden sich genau wie du und ich. Sie fallen nicht durch ihre Kleidung oder ihr Verhalten auf, sie sehen überhaupt nicht wie Prosti-

tuierte aus." Dennoch fürchten die Behörden von Olofström "unerwünschte Zwischenfälle". Sie kennen die Sitten von "Gästen" aus Ländern der Dritten Welt und wissen, dass jede Aktion gegen sie als Rassismus angesehen wird. Ein Sprecher der Flüchtlingslagerverwaltung warnte, dass die Bewohner keine Kleidung tragen sollten, die "Männer aus anderen Kulturen" provozieren könnte. Aber geschlossene Kleidung bewahrt Flüchtlingsfrauen nicht davor, dass sich diese Art von Männern für sie interessieren. Nyheter Idag schreibt, dass ukrainische Frauen im Flüchtlingszentrum in Angst leben, weil Afrikaner und Araber ständig versuchen, in das Heim einzudringen.

Dieses Zentrum ist natürlich keine Ausnahme. Im März berichtete die schwedische Nachrichtenagentur Samnytt über ukrainische Frauen in einem Flüchtlingslager in der Stadt Örebro, die Opfer von Angriffen von Einwanderern wurden, die das Gebäude betraten und versuchten, sie zu vergewaltigen. "Uns wurde gesagt, dass Schweden ein sicheres Land ist", sagte eine der Frauen einem Reporter, "aber wir fühlen es nicht."

In der Zwischenzeit funktioniert "Mundpropaganda", und ukrainische Flüchtlinge sind nicht mehr so bereit wie früher, in Polen in Busse zu steigen, wissend, dass die Endstation Schweden sein wird. Viele weigern sich, in dieses Land zu gehen, das bis vor kurzem in der Ukraine als irdisches Paradies wahrgenommen wurde. Laut Jimmy Hemmingsson, einem Sprecher der schwedischen humanitären Mission, der in Warschau mit Flüchtlingen aus der Ukraine arbeitet, sind seine Klienten durch Berichte über Massengewaltfälle in Schweden alarmiert und haben Angst, mit ihren Kindern dorthin zu gehen.

Wie in Deutschland, Österreich und anderen westeuropäischen Ländern sprechen wir nicht über die spezifischen Probleme der ukrainischen Frauen. In der Atmosphäre des Diktats der "multikulturellen Toleranz" ist

eine Frau allgemein dazu bestimmt, die Rolle eines wortlosen sexuellen Objekts der "fortschrittlichen Schichten der Bevölkerung" zu spielen. Laut einem Bericht des schwedischen Rates für Verbrechenverhütung (BRA) hat sich die Zahl der Sexualverbrechen nach einem massiven Zustrom muslimischer Einwanderer zwischen 2014 und 2018 verdreifacht, wobei 5% der muslimischen Bevölkerung etwa 77,6% der Vergewaltigungen und anderer Sexualverbrechen ausmachen. Im Jahr 2018 lieferte SVT Informationen, wonach in Fällen, in denen die Frau den Angreifer nicht kannte, 80 Prozent der Vergewaltigter Einwanderer waren. Oft sprechen wir von Gruppenvergewaltigungen.

Vertreter der schwedischen herrschenden Elite, einschließlich Feministinnen, schieben alles auf schwedische Männer. Im Jahr 2016, auf dem Höhepunkt des Zustroms von Migranten, erklärte der schwedische Linkspartei-Politiker Barbro Sorman, dass die Gewalt durch schwedische Männer "schlimmer ist als bei Einwanderern". Die Begründung war, dass schwedische Männer eine bewusste Wahl treffen, während Einwanderer lediglich nach den Normen

„ Sie nannten sie "christliche Huren" “

von Kulturen handeln, in denen Frauen als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Die Mädchen und Frauen selbst, die vergewaltigt oder belästigt wurden, sind ebenfalls schuld, da die Kleidung und das Verhalten die kulturellen Besonderheiten der Einwanderer aus Asien und Afrika nicht berücksichtigten.

Bei einer solchen Haltung ist es kaum verwunderlich, dass Fälle von Vergewaltigung schwedischer Frauen durch Einwanderer zur Norm geworden sind. Eine Untersuchung der schwedischen Zeitung Expressen aus dem Jahr 2018 ergab, dass in zwei Jahren 43 Männer wegen Gruppenvergewaltigung verurteilt wurden, 40 von ihnen waren entweder Einwanderer aus Ländern der Dritten Welt oder deren Kinder.

Blonde Mädchen aus den Vororten von Stockholm sind es bereits gewohnt, öffentlich als Huren bezeichnet zu werden. Viele färben ihre Haare schwarz, um sexuelle Belästigung zu vermeiden. Auch Mona Saline, die ehemalige Vorsitzende der schwedischen Sozialdemokraten, färbte sich die Haare schwarz: In Schweden blond zu sein ist politisch inkorrekt, es kann Migranten beleidigen. Wir sprechen über ein Land, in dem in den 1960er und 1970er Jahren der Prozentsatz der Vergewaltigungen gegen Null tendierte.

Die Medien und die Regierung tun so, als ob nichts passiert, obwohl die oben genannten Zahlen nur die Spitze des Eisbergs sind: Die genaue Zahl der Fälle sexueller Gewalt ist unbekannt. Die Zahlen spiegeln nur Verbrechen wider, wenn Vergewaltigter gefasst und angeklagt werden. Das wahre Ausmaß dieser sozialen Katastrophe ist viel größer, und BRA gibt dies zu: "Nur 10-20% der Opfer sexueller Gewalt gehen zur Polizei ... In einem Drittel der Fälle sind die Opfer Mädchen unter 15 Jahren."

Angesichts des jungen Alters der Vergewaltigter ("das sind noch Kinder!") sind fast alle Strafen ungewöhnlich milde. Im Januar 2017

vergewaltigten fünf afghanische Jugendliche im Alter von 16 bis 17 Jahren eine 14-jährige Schwedin in Uppsala. Sie griffen das Mädchen an, bedrohten es mit einem Messer, zerrten es in den Wald, schlugen es schwer und vergewaltigten es abwechselnd, hielten ihm den Mund zu und hielten ihm ein Messer an die Kehle. Sie filmten dies auf Mobiltelefonen und stellten es ins Internet. Das Gericht entschied, dass es inakzeptabel sei, "Kinder" nach Afghanistan zu schicken, "wegen ihres geringen Alters und der Gefahr, der sie dort ausgesetzt sein könnten". Sie erhielten 13 bis 15 Monate Haftstrafe.

Im Juli 2017 verurteilte ein Gericht in Malmö einen 19-jährigen "Flüchtling" aus Afghanistan (der bereits die schwedische Staatsbürgerschaft besaß), der einen 13-jährigen Jungen vergewaltigt hatte, zu einem Monat Gefängnis.

Im Oktober 2016 vergewaltigte ein in Göteborg lebender "Flüchtling" aus dem Irak ein 14-jähriges Mädchen und entging der Abschiebung, weil er nach Angaben der Richter an einer Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung litt. Darüber hinaus "wie sich herausstellte, verstand er nicht, dass das Opfer keine sexuellen Beziehungen mit ihm haben wollte". Als Ergebnis der Berufung wurde beschlossen, dass der Vergewaltiger seinem Opfer 20.000 Kronen Entschädigung zahlen würde (anstelle von etwa 140.000 nach der ursprünglichen Entscheidung des Bezirksgerichts), aber als Person mit psychischen Problemen in das Sozialprogramm aufgenommen werden würde. Doch auch die Staatsanwaltschaft forderte nicht seine Ausweisung.

Laut Statistiken, die im März 2017 in der englischen Ausgabe der Daily Mail veröffentlicht wurden, werden nur 13% der Einwanderer, die ein Sexualverbrechen gegen Kinder begangen haben, in ihre Heimat geschickt - Afghanistan, Pakistan, Somalia, Syrien oder Irak. Aus dem Grund, dass ihre Rückkehr in das Herkunftsland "zu gefährlich" sei.

Die schwedische Polizei verschweigt Sexualverbrechen, wenn sie nicht von einheimischen Schweden oder Europäern, sondern von Einwanderern begangen werden. Ende 2017 klagte die schwedische Staatsanwaltschaft Peter Springar, einen Polizisten aus Örebro, wegen Verbreitung von Hass und Rassismus an. Alles, was er getan hatte, war, Polizeiberichte aufzulisten, die in einer Woche zusammengestellt wurden, die Täter und ihre Herkunftsländer benannten. In einem Interview mit der Sunday Times erlaubte er sich zu sagen: "Die gefährlichsten und brutalsten Verbrechen wie Vergewaltigung und Mord werden von Einwanderern begangen. Es ist ein anderes Verbrechen, brutaler und derber. Das ist nicht das, was wir ein gewöhnliches schwedisches Verbrechen nennen würden. Sie sind eine andere Art von Person."

Ergebnis? 34% der Schweden wechselten laut Umfragen im Jahr 2017 ihre üblichen Routen und Verkehrsmittel; 12% geben die gewohnte Lebensweise auf und bleiben aus Angst lieber zu Hause; 23% (13% mehr als 2016) gaben zu, dass ihre Lebensqualität gesunken ist und das Maß an Angst und Furcht dramatisch zugenommen hat.

Das ist die finstere Realität, in die sich ukrainische Frauen und Mädchen wiederfinden. Nachdem sie einer Hölle entkommen waren, fielen viele von ihnen in eine andere. "Als die Bomben fielen, wusste ich, dass ich wenigstens in den Keller gehen konnte", erzählte eine Flüchtlingsfrau Samnytt.

Ein absurdes Theater namens UNO

In über 110 UN-Mitgliedsländern kommen Regimekritiker regelmäßig ins Gefängnis, es sind aber eben diese Unrechtsstaaten, die mehrheitlich den Ton angeben. So gehört es auch zum Tagesgeschäft der Vereinten Nationen, vor allem und permanent Israel zu verurteilen. Alleine zwischen 2006 und 2022 hat der sogenannte UN-Menschenrechtsrat gegenüber Israel insgesamt 95 Verurteilungen ausgesprochen. Schurkenstaaten wie Syrien oder Nordkorea sind weit abgeschlagen. Ein Mord-Regime wie der Iran wurde nur ganze 11-mal verurteilt. Durch die manische Fixierung auf Israel führen sich die Vereinten Nationen selbst ad absurdum. (JR)

Von Stefan Frank/Achgut.com

Kann man noch von einem Skandal sprechen, wenn das, was eigentlich von jedem Menschen als skandalös betrachtet werden sollte, das normale Tagesgeschäft einer Institution ist und kaum jemandem auffällt? Das ist der Fall bei den Vereinten Nationen. Sie haben sich in den letzten 50 Jahren kaum verändert – und schon gar nicht, was ihr Verhältnis zu Diktaturen (gut) und Israel (schlecht) betrifft.

Laut dem Bericht Freedom in the World der amerikanischen NGO Freedom House gibt es weltweit etwa 80 Staaten, die als „frei“ bezeichnet werden können. Eine verblüffend hohe Zahl, auf die man aber auch nur kommt, weil es so viele Zwergstaaten mit demokratischer Ordnung gibt, nämlich Länder wie San Marino, Tuvalu, Liechtenstein oder Saint Lucia. Die anderen 113 UN-Mitgliedsländer, also die Mehrheit, sind Staaten, in denen Regimekritiker im Gefängnis landen oder um ihr Leben fürchten müssen. Die Regierungschefs dieser Länder, sozusagen die Kerkermeister, geben in der UNO den Ton an.

Sie nutzen die Vereinten Nationen als Bühne, um einander zu bescheinigen, wie großartig sie alle seien, gerade, was die Menschenrechte betrifft. So wurde der Iran letztes Jahr in die UN-Kommission für Frauenrechte gewählt und das syrische Assad-Regime in das Exekutivkomitee der Weltgesundheitsorganisation WHO. Eine vom UN-Menschenrechtsrat (UNHRC) eingesetzte Sonderberichterstatterin für den negativen Einfluss unilateraler Zwangsmaßnahmen – auch so ein Amt gibt es bei der UNO – reiste nach Venezuela und kam mit der Erkenntnis zurück, dass alle humanitären Probleme und Menschenrechtsverletzungen im Land allein Folge von US-Sanktionen seien.

UN-Menschenrechtsrat preist Sklavenhalter

Die regelmäßigen „Überprüfungen“ jedes Mitglieds des UNHRC, bei denen die anderen Mitglieder die Lage der Menschenrechte in dem jeweiligen Land überprüfen und kommentieren sollen (eigentlich als Prozedur gedacht, um Licht auf Missstände zu werfen), dient fast nur der Lobhudelei. Selbst der Sklavenhalterstaat Mauretanien wurde bei der letzten Überprüfung 2021 im UN-Menschenrechtsrat mit Lob überschüttet.

„Es ist beschämend, dass nur eine sehr kleine Minderheit von fünfzehn Ländern ihre Redezeit von einer Minute genutzt hat, um die Menschenrechtsbilanz Mauretaniens zu überprüfen“, sagte Hillel Neuer, Exekutivdirektor von UN Watch, einer unabhängigen Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Genf. „Beschämenderweise verschließt die überwiegende Mehrheit der Sprecher die Augen vor Mauretaniens 500.000 Sklaven, der Verhaftung von Anti-Sklaverei-Aktivistinnen wie Biram Dah Abeid, der Anwendung von Folter zur Erpressung von Geständnis-



Der Iran wurde letztes Jahr in die UN-Kommission für Frauenrechte gewählt.

sen und der Todesstrafe für Homosexualität.“

Nach Zählung von UN Watch haben 83 der 98 Länder des UN-Menschenrechtsrats Mauretanien für seine Menschenrechtsbilanz gelobt, darunter China, Russland, Kuba, der Iran, der Irak, Indien, Indonesien, Kuwait, Jordanien, Ägypten und die Philippinen.

Dahinter steckt Methode: Derjenige, dessen Hände mit Schmutz behaftet sind, ist daran interessiert, dass noch Schmutzigere die Macht bekommen: Wählt man die allerschlimmsten Verbrechen in UN-Gremien, müssen die anderen, die Menschenrechte verletzen, nicht befürchten, von diesen gemäßregelt zu werden, sondern können unbehelligt weitermachen.

UN-Mission Nummer eins: Verurteilung Israels

Gleichzeitig besteht Konsens darüber, bei jeder UN-Abstimmung stets Israel zum Sündenbock zu erklären. Im UNHRC ist das bekanntlich ein eigener Tagesordnungspunkt bei jeder Sitzung: den Tagesordnungspunkt „Item 7“. Kein anderes Land wird in jeder Sitzung automatisch angeprangert und verurteilt. Nicht Russland, nicht Venezuela, nicht Nordkorea, nicht Syrien, nicht die Volksrepublik China oder der Iran. Einzig Israel. Soweit das Tagesgeschäft.

Daneben gibt es aber auch noch Dinge, die so schockierend sind, dass man meinen sollte, sie würden von der Öffentlichkeit registriert werden und für einige Empörung sorgen – was aber nicht der Fall ist. Nehmen wir etwa den UN-Mitarbeiter Miloon Kothari (Indien), der kürzlich behauptete, die

sozialen Medien würden von einer „jüdischen Lobby“ kontrolliert. Welches Amt Kothari bekleidet? Er ist beim UN-Menschenrechtsrat eines von drei Mitgliedern einer „Internationalen Unabhängigen Untersuchungskommission zu den besetzten palästinensischen Gebieten, darunter Ostjerusalem“. Weiters sagte Kothari, er verstehe nicht, wieso Israel überhaupt noch Mitglied der Vereinten Nationen sei.

Beide Äußerungen wurden in sehr ähnlichem Wortlaut auch von Ugandas früherem Diktator Idi Amin getätigt, und zwar auf der Sitzung der UN-Generalversammlung am 1. Oktober 1975. Die USA seien von Zionisten „kolonisiert“, denen „die großen Kommunikationsmittel“ gehörten; Israel müsse aus der UNO „ausgestoßen“ werden, so der Diktator, der den Nil mit Leichen füllte und Hitler für den Holocaust pries. „Als Hitler Ministerpräsident (sic!) und oberster Führer war, hat er über sechs Millionen Juden verbrannt. Das tat er, weil Hitler und das ganze deutsche Volk wussten, dass Israelis (sic!) keine Menschen sind, die im Interesse der Völker der Welt arbeiten“, schrieb Idi Amin 1972 in einem Brief an den damaligen UN-Generalsekretär Kurt Waldheim.

In dieser Tradition steht UN-Funktionär Miloon Kothari. Mit anderen Antisemiten teilt er die Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung. Im Interview mit der dezidiert antiisraelischen Website Mondoweiss wurde ihm vom Interviewer David Kattenburg eine Frage gestellt, die gar nichts mit Juden zu tun hatte, sondern mit dem kanadischen Regierungschef Justin Trudeau: „Ihre Vorsitzende [Nava-

nethem] Pillay war in der Vergangenheit ein spezifisches Ziel von Angriffen aus Kanada. Die kanadische Regierung hat offenbar ausdrücklich ihren Missmut über Pillays Präsenz als Vorsitzende ausgedrückt.“

Kothari schlug nicht etwa gegen Kanada und dessen Regierung zurück, sondern gegen eine imaginierte „jüdische Lobby“. Er sprach von „den sozialen Medien, die weitgehend von der jüdischen Lobby oder bestimmten NGOs kontrolliert werden; viel Geld wird in den Versuch gesteckt, uns zu diskreditieren“. Eine nicht näher bezeichnete „jüdische Lobby“ mit ihrem Geld ziehe also die Fäden, wenn Kanadas Regierung etwas sagt. So stellt Kothari sich das vor. Navanethem Pillay selbst hat sich übrigens zu Wort gemeldet und behauptet, Kotharis Äußerungen seien „aus dem Zusammenhang gerissen“ worden. Wie man diese anders verstehen könne, erklärte sie nicht.

Gefeuert wegen Kritik an Kriegsverbrechen des Islamischen Dschihad

Konsequenzen haben die antisemitischen Äußerungen bei der UNO nicht, Sarah Muscroft bekommt sie aber zu spüren. Sie war Leiterin des UN-Büros „für die Koordination humanitärer Angelegenheiten in den besetzten palästinensischen Gebieten“ und wurde entlassen, nachdem sie am 9. August auf dem Kurznachrichtendienst Twitter den Waffenstillstand zwischen der Terrororganisation Palästinensischer Islamischer Dschihad und dem Staat Israel begrüßt hatte, der einen dreitägigen Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen beendete. Muscroft fügte hinzu,

sie verurteile „das wahllose Raketenfeuer des Islamischen Dschihad“.

Sie hatte Kritik an den Kriegsverbrechen einer „palästinensischen“ Terrororganisation geübt, womit sie ihren Job bei den Vereinten Nationen los war und ihn auch nicht zurückbekommt. Dies erinnert an den Fall des ehemaligen UNRWA-Direktors Matthias Schmale, der seinen Posten verlor, weil er israelische Angriffe auf militärische Einrichtungen der Hamas als „präzise“ bezeichnet hatte. Hätte Muscroft Israel kritisiert und Schmale behauptet, die Raketen der Hamas seien präzise, beide wären vermutlich noch im Amt.

UN-Sonderberichterstatter trägt PLO-Orden

Das von einem UN-Funktionär erwartete Verhalten legte hingegen der kanadische Jurist Michael Lynk an den Tag. Er war, vor der jetzigen Amtsinhaberin Francesca Albanese, Sonderberichterstatter des UN-Büros „für die Situation der Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten“. Den Staat Israel diffamierte Lynk im März dieses Jahres mit der „Apartheid“-Lüge. Dafür wurde er kaum zwei Monate später von der PLO mit einem Orden ausgezeichnet. Wer das für einen Witz hält, kann sich eines Besseren belehren lassen: Es stimmt wirklich.

Währenddessen hat sich der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten

Nationen, in dem 54 Staaten vertreten sind, mit der Situation der Frauenrechte befasst und exakt ein Land dafür verurteilt, diese Rechte zu verletzen. Welches Land? Afghanistan, Pakistan, den Iran? – Nein, Israel.

Israel verletze angeblich die Rechte „palästinensischer“ Frauen. In der Resolution heißt es, die „israelische Besatzung“ sei ein „großes Hindernis für palästinensische Frauen und Mädchen“ bei der „Erfüllung ihrer Rechte, ihrer Entwicklung, ihrer Selbstständigkeit und Integration in die Entwicklung ihrer Gesellschaft“. Man fragt sich, auf welchen Fakten diese Einschätzung beruht. Auf der Website der UN-Frauenagentur UN Women heißt es über die Lage der Frauen in den palästinensischen Autonomiegebieten:

„Zu den häufigsten Arten von Gewalt gegen Frauen, die in Palästina beobachtet werden, gehören häusliche Gewalt, sexuelle Belästigung, Frühverheiratung und Femizid sowie öffentliche und private Bereiche wie die Straße, der Arbeitsplatz, die Wohnung und Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte wie Flüchtlingslager, insbesondere in Gaza.“

Die veralteten und diskriminierenden Gesetze in Palästina hindern Überlebende von Gewalt daran, auf geschlechtsspezifische Dienste zuzugreifen und Gerechtigkeit zu erlangen. Darüber hinaus sind Überlebende von Gewalt oft mit sozialer Stigmatisierung

konfrontiert und werden beschuldigt, für die ihnen widerfahrene Gewalt verantwortlich zu sein.“

An alldem einzig und allein Israel Schuld

Ist es denkbar, dass an alldem einzig und allein Israel schuld ist und überhaupt nicht die Palästinensische Autonomiebehörde und die in Gaza regierende Hamas? Und dass in Gaza Frauen, die keinen Hidschab tragen, verprügelt werden und es Gesetz ist, dass unverheiratete Frauen nicht ohne Zustimmung des Vormunds reisen dürfen, soll die Schuld Israels sein?

Zu den Staaten, die die Resolutions-Farce gegen Israel verurteilt haben, gehörten die USA, Kanada und Großbritannien. Zugestimmt haben hingegen etliche EU-Staaten.

Vierzig Staaten stimmten mit „Ja“: Argentinien, Bangladesch, Belgien, Belize, Benin, Bolivien, Botswana, Bulgarien, Chile, China, Kolumbien, Kongo, Elfenbeinküste, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kasachstan, Lettland, Libyen, Mauritius, Mexiko, Montenegro, Neuseeland, Nicaragua, Nigeria, Oman, Panama, Peru, Portugal, Südkorea, Russland, Thailand, Tunesien, Tansania, Zimbabwe.

Sechs stimmten mit „Nein“: USA, Kanada, Großbritannien, die Tschechische Republik, Israel, Liberia. Vier Länder

enthielten sich: Österreich, Kroatien, Guatemala, die Solomon-Inseln.

Großes Theater

Die UNO verfügt über eine Fülle von Gremien, die wohl kaum jemand alle kennt. Sie alle agieren so, als wären sie Parlamente, allen voran die UN-Generalversammlung. Die Abstimmungen (von denen es unendlich viele gibt) und die Auszählung und Verkündung der Ergebnisse sind dramatische Augenblicke, also großes Theater. Doch im Unterschied zu einem echten Parlament sind die UN-Versammlungen nicht demokratisch legitimiert und haben auch nichts zu entscheiden (jedenfalls nicht etwas, das greifbare Ergebnisse zeitigen würde).

Wenn aber die Diktatoren der Welt sich regelmäßig auf großer Bühne treffen und so tun dürfen, als wären sie unabhängige Richter, die darüber zu urteilen haben, welcher Staat wegen der Verletzung von Menschenrechten an den Pranger gestellt wird, dann ist das eine moralische Realität: eine Perversion, die es zu benennen und bekämpfen gälte. Leider fühlt sich nur eine winzige Zahl von Regierungen dafür zuständig, während EU-Länder entweder abseitsstehen oder gar bei diesem konzertierten Angriff auf Moral, Vernunft und Menschenrechte mitmachen.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Juden-freie Zonen an der Universität von Berkeley in Kalifornien

Neun verschiedene Gruppen von Jurastudenten in Berkeley haben ihre ursprünglichen, Meinungsfreiheit garantierenden Satzungen dahingehend geändert, um sicherzustellen, dass sie keine Redner einladen, die etwa Israel und seine Positionen unterstützen könnten. Die linke Interpretation des Postkolonialismus ist durchsetzt von Antisemitismus und Israel-Hass obwohl weder das Judentum noch Israel mit der Geschichte des Kolonialismus belastet sind. (JR)

Von Kenneth L. Marcus/JNS.org

Neun verschiedene Jurastudenten-Gruppen an der University of California, Berkeley's School of Law, meiner eigenen Alma Mater, haben das neue akademische Jahr mit einer Änderung der Satzung begonnen, um sicherzustellen, dass sie niemals Redner einladen werden, die Israel oder den Zionismus unterstützen.

Dies sind keine Gruppen, die nur einen kleinen Prozentsatz der Studentpopulation ausmachen. Dazu gehören Women of Berkeley Law, Asian Pacific American Law Students Association, Middle Eastern and North African Law Students Association, Law Students of African Descent und der Queer Caucus.

Der Dekan von Berkeley Law, Erwin Chemerinsky, ein progressiver Zionist, hat festgestellt, dass selbst er nach diesem Standard verboten werden würde, ebenso wie 90% seiner jüdischen Studenten.

Es ist jetzt ein Jahrhundert her, seit sich Juden-freie Zonen zum ersten Mal in der San Francisco Bay Area ausbreiteten ("No Dogs. Keine Juden."). Trotzdem ist dieser Schritt beängstigend und unerwartet, wie ein Knall an der Tür in der Nacht.

Berkeley-Jurastudenten sind nicht die ersten, die Zionisten ausschließen. An der State University of New York in New Paltz vertrieben Aktivisten zwei Opfer sexueller Übergriffe aus einer Überlebendengruppe, weil sie Zionisten waren. An der University of Southern California vertrieben sie die Vizepräsidentin der jüdischen Studentenregierung Rose Ritch. An der Tufts

University versuchten sie, das Mitglied des studentischen Justizausschusses, Max Price, wegen seiner Unterstützung für Israel aus dem Justizausschuss der Studentenregierung zu verdrängen.

Ausgrenzung jüdischer Amerikaner

Diese Ausschlüsse spiegeln das sich wandelnde Gesicht des Campus-Antisemitismus wider. Bei den bekanntesten Vorfällen geht es nicht mehr nur um eine toxische Sprache, die die Campusumgebung vergiftet. Jetzt zielen antizionistische Gruppen direkt auf jüdische Amerikaner ab.

Antizionismus ist schlichtweg antisemitisch. Die Verwendung von "zionistisch" als Euphemismus für "Jude" ist nichts anderes als ein Trick. Wie andere Formen der Judenfeindlichkeit ist es eine Ideologie des Hasses, die Israel als den "kollektiven Juden" behandelt und den jüdischen Staat mit Diffamierungen beschmiert, die denen Methoden ähneln, die seit Jahrhunderten verwendet werden, um einzelne Juden zu verunglimpfen. Diese Ideologie etabliert eine verschwörerische Weltanschauung, die gelegentlich in Gewalt ausgebrochen ist, einschließlich Massenerschießungen. Darüber hinaus ist der Zionismus ein integraler Bestandteil der Identität vieler Juden. Seine Abweisung ist auf diese Weise analog zu anderen Formen von Hass und Bigotterie.

Antisemitismus nicht von Meinungsfreiheit gedeckt

Einige Kommentatoren verteidigen diese Ausschlüsse aus Gründen der freien Rede und argumentieren, dass "Gruppen auch das Recht haben, se-

lektiv zu sein und ihre eigenen Regeln für die Mitgliedschaft festzulegen". Da irren sie sich. Wie Dean Chemerinsky erklärt, gehen die Argumente der Redefreiheit in die andere Richtung: Berkeleys antizionistische Satzung schränkt die Redefreiheit zionistischer Studenten ein.

Diskriminierendes Verhalten, einschließlich antizionistischer Ausschlüsse, ist nicht als freie Meinungsäußerung geschützt. Während Hassreden oft verfassungsrechtlich geschützt sind, kann ein solches Verhalten gegen eine Vielzahl von Bürgerrechtsgesetzen verstoßen, wie z.B. Artikel VI des Civil Rights Act von 1964. Es ist nicht immer so, dass Studentengruppen das Recht haben, Mitglieder auf eine Weise auszuschließen, die Hass und Bigotterie widerspiegeln. In der Rechtssache Christian Legal Society v. Martinez bestätigte der Oberste Gerichtshof der USA das Recht einer anderen juristischen Fakultät der Bay Area University of California, des Hastings College of the Law, von Studentengruppen zu verlangen, dass sie alle Studenten unabhängig von Status oder Glauben akzeptieren. Insbesondere billigte das Gericht die Entscheidung von Hastings, christliche Gruppen zu verpflichten, schwule Mitglieder aufzunehmen.

Abgesehen von rechtlichen Präzedenzfällen verlangen große Universitäten im Allgemeinen, dass Studentengruppen „alle Ankömmlinge“ akzeptieren, unabhängig vom „Status der Überzeugungen“. Sie verabschieden auch Regeln, die an Bundes- und Landesrecht angepasst sind und Diskriminierung aufgrund verschiedener Klassifizierungen wie Rasse, ethnische

Zugehörigkeit, Erbe oder Religion verbieten. Diejenigen, die solche Regeln annehmen, dürfen Juden nicht von diesem Schutz ausschließen.

Unmoralische Satzungsbestimmungen

Vom eigentlichen Problem, der Diskriminierung, nicht hier nicht die Rede. Durch die Annahme antijüdischer Satzungsbestimmungen hindern diese Gruppen ihre Nachfolger daran, mit pro-israelischen Sprechern und Gruppen zusammenzuarbeiten. Auf diese Weise funktionieren die ausschließenden Statuten wie rassistisch restriktive Vereinbarungen, die die Beteiligung von Minderheiten auf Dauer ausschließen.

Universitäten sollten rechtlich nicht gezwungen sein müssen, das zu tun, was offensichtlich richtig ist. Antizionistische Politik wäre immer noch monströs unmoralisch, auch wenn sie nicht auch rechtswidrig wäre. Die Schüler sollten sich schämen. Ebenso wie Erwachsene, die still daneben stehen oder sanftmütig über die Redefreiheit murmeln, während Teile der Universitäten den Weg des berüchtigten Aufrufs der Nazis, „Juden-frei“, gehen.

Kenneth L. Marcus ist Gründer und Vorsitzender des Louis D. Brandeis Center for Human Rights Under Law, das jüdische Studenten in den oben diskutierten Fällen New Paltz, Tufts und USC vertreten hat. Er diente als 11. stellvertretender US-Bildungsminister für Bürgerrechte.

Dieser Artikel wurde ursprünglich von The Jewish Journal veröffentlicht.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

Islam-Anbiederung der Kirchen

Führende Vertreter der hiesigen christlichen Kirchen, deren Fortbestand und Erhaltung ihrer historischen Gebetsorte und heiligen Stätten im Wirkungsgebiet des Juden Jesus einzig dem konsequenten Schutz vor islamischem Atavismus durch den Staat Israel zu verdanken ist, üben sich – in unwürdigem Verrat ihrer zum integralen Bestandteil der christlichen Glaubenslehre gewordenen zwei Jahrtausende alten christlichen Symbolik. Noch haben wir die Bilder vor Augen wie hohe christliche Würdenträger auf Verlangen der islamischen Usurpatoren in peinlicher, selbstverleumderischer Islam anbiederung und rückgratlosem Kniefall vor den unrechtmäßigen, muslimischen Besitzern des eroberten jüdischen Tempelberges beim ohnehin fragwürdigen Besuch der dortigen, seinerzeit zum Zwecke der Demütigung des jüdischen Volkes auf den Ruinen des zerstörten jüdischen Tempels errichteten, widerrechtlichen Protz- und Eroberungsmoschee Al Aksa mit dem Kreuz die wichtigste Insignie ihres Glaubens und ihrer bischöflichen Amtswürde ablegten.

Gerade der soeben begangene Reformatorenstag der Protestanten und der Allerheiligen Tag der Katholiken führt uns das Versagen der christlichen Kirchen deutlich vor Augen. Statt klare Distanz zu den jüdenfeindlichen Exzessen der katholischen Kirche der vergangenen Jahrhunderte sowie den antisemitischen Hassattacken Luthers zu zeigen und dem historisch ebenso falschen wie dreisten Anspruch des Islam auf den geschichtlich unzweifelhaft belegbar jüdischen Tempelberg die Stirn zu bieten, solidarisieren sich die Kirchen mit ihrer von tradiertem und neuem pseudo-progressiven antijüdischen Sentiment getragenen Haltung mit dem Ziel der muslimischen Eroberer, den legitimen Anspruch Israels und der Juden auf seine historischen heiligen Stätten zu desavouieren.

Mehr an jüdenfeindlicher geschichtlicher Lüge und an Bauchkriecherischem Islam-Appeasement der internationalen Staatengemeinschaft und der christlichen Religionen ist kaum denkbar. Ebenso dummdreist verlogen könnte man behaupten, die Chinesische Mauer hätte nichts mit den Chinesen und der Petersdom nichts mit dem Vatikan zu tun.

Die nahezu weltweite selbstmörderische Anbiederung an den Islam, auch unter den Vertretern der christlichen Kirchen, lässt einen nahezu unentwegte Verleumdung Israels und der Juden zu, findet aber keine Worte der Kritik etwa für die sich häufenden islamischen Diskriminierungen, Gewalttaten und Morde an Christen, deren systematische Vertreibung aus historisch christlich besiedelten Teilen des Nahen Ostens oder aber auch den geschichtlichen Raub Konstantinopels durch die Türken und die vorsätzliche, bis heute bestehende Entweihung der für das Christentum an hervorragender Stelle bedeutsamen Kirche Hagia Sophia durch die islamischen Usurpatoren.

” Nur die ungebrochene Bereitschaft zur Verteidigung der freiheitlichen und demokratischen Werte wird den jüdischen Staat zum Wohle und zur Sicherheit seiner Menschen weiter gedeihen lassen. “

Ein ähnlich erbärmliches und in Richtung auf den Islam charakterloses suizidales Bild gibt auch, freudig und einseitig orchestriert durch unsere Nachrichten-filternden Mainstream-Medien, die übrige Politik der bislang noch freiheitlichen westlichen Demokratien ab.

Ebenso wenig Chancen auf eine Änderung der weltpolitischen Konstellation im Hinblick auf die iranische Atombombe, das Totalversagen im Kriegs- und Krisengebiet Mittlerer Osten, die Verschärfung des osteuropäischen Konfliktes und die zunehmende islam-generierte Terrorbedrohung sind auch künftig besonders wegen der unsäglichen Präsidentschaft Joe Bidens und der nicht minder unerträglichen, durch den Wählerverrat der Liberalen unter Lindner in Amt und Würden gelangten, Ampelregierung.

Fahrlässige Ignoranz der Ampelregierung

Die Ignoranz und Leistungsunfähigkeit dieser Regierung und der meisten ihrer Ministeri-

en offenbaren sich neben der erbärmlichen Talfahrt, in die der linksgrün ideologisierte Kurs unsere über alle Nachkriegsjahrzehnte bewährte Wirtschaftsordnung und Wohlstandsgesellschaft gebracht hat, unter vielem anderen auch am Umgang mit dem Geschehen in der Ukraine, das nicht nur zu einem Vernunft-verlassenen Bellizismus, allem voran der grünen vormals geradezu infantilen Pazifisten geführt hat und als Erklärung für den nunmehr par force versuchten Systemchange in Richtung grün und links herhalten muss. Besonders empörend ist, um nur ein widerwärtiges Detail zu nennen, das Schicksal der sich uns anvertrauenden Ukraine-Flüchtlinge und hier vor allem der

öffentlich-rechtlichen Medien und gegenwärtiger politischer Führung.

Israel ist ein Hort der Freiheit

Das kleine, von eben dieser oben beschriebenen Pseudo-Gutmensch-Klientel durchweg angefeindete und dämonisierte Israel, dessen neue Existenz die damals noch nicht von heutigen islamaffinen Judenfeinden dominierte UNO vor 75 Jahren am 29. November 1947 beschlossen hat und das gerade während der jüdischen Feiertage tourismusmäßig aus den Angeln platzt, zeigt im Gegensatz zu den regelhaft diffamierenden und düstere Farben zeichnenden islam-beflissenen Faktenverdrehungen unserer hiesigen Medien seinen von Jahr zu Jahr zahlreicheren Besuchern aus aller Welt das freundliche und lebensfrohe Gesicht einer freien, demokratischen und durch und durch lebensbejahenden Gesellschaft, in der sich Menschen aus aller Welt und gleich welchen Glaubens wohlfühlen können.

Es bleibt zu hoffen, dass die gerade abzuhaltenden Neuwahlen den von der gegenwärtigen dortigen Lapid-Regierung verzapften fahrlässigen und Existenz-gefährdenden politischen Fehleinschätzungen wie etwa dem zum Nachteil Israels unausgewogenen Libanon-Grenzabkommen ein Ende bereiten werden und die israelischen Wähler zur bewährten und prosperierenden Politik der vorangehenden Zeit zurückkehren werden.

Nur die ungebrochene Bereitschaft zur Verteidigung der auch für die nächsten Generationen essentiellen freiheitlichen und demokratischen Werte, die der deutschen, vor der militanten Expansion des Islam zumeist einknickenden politischen Verantwortlichen und anderen politischen Führungen unseren westlichen Gesellschaften zusehends verloren zu gehen scheint, wird den jüdischen Staat zum Wohle und zur Sicherheit seiner Menschen weiter gedeihen lassen.

In diesem Sinne dem Staate Israel, dem jüdischen Volk, unseren Lesern und uns allen Frieden und Wohlergehen in Freiheit und Sicherheit.

*Am Israel Chai !!!
Ihr Dr. Rafael Korenzecher*

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (03222) 13 24 601 (Aboverwaltung)

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)



redaktion@juedische-rundschau.de



(03222) 13 24 601



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Linke australische Regierung widerruft Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels

2018 hat die konservative Vorgängerregierung des australischen Premierministers Scott Morrison, ebenso wie die USA, Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt. Nachdem im Mai 2022 die linkslastige Labor-Partei mit Premierminister Anthony Albanese die Regierungsgeschäfte in Australien übernommen hat, revidierte Außenministerin Penny Wong nun die Anerkennung Jerusalems als israelische Hauptstadt. Sie erklärte, man wolle keinen Ansatz unterstützen, der die Zwei-Staaten-Lösung untergrabe. Wie erwartet bekam die linke Regierung für diese anti-israelische Politik neben vielen Sympathien aus der EU auch Applaus von der terrornahen „Palästinensischen“ Autonomiebehörde. (JR)

JNS.org

Die von der Labor Party geführte australische Regierung widerrief am 18. Oktober offiziell die Anerkennung Westjerusalems als Hauptstadt Israels und bestätigte einen Bericht des Guardian vom Vortag, aus dem hervorging, dass Canberra die Zusage des ehemaligen Premierministers der Liberalen Partei, Scott Morrison, zurückgenommen hatte.

Das australische Kabinett stimmte stattdessen zu, dass der letztendliche Status Jerusalems durch Friedensverhandlungen mit den „Palästinensern“ gelöst werden muss, die zu einer Zwei-Staaten-Lösung führen sollen.

„Wir werden keinen Ansatz unterstützen, der diese Aussicht untergräbt“, wurde die australische Außenministerin Penny Wong Mitte Oktober von der Associated Press zitiert.

Die Labor Party mit Anthony Alba-

nese als Premierminister und Wong als Top-Diplomatin kam im Mai 2022 an die Macht.

Laut dem Bericht des Guardian vom 17. Oktober hat das australische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel kürzlich die folgenden zwei Textzeilen von seiner Website entfernt:

„In Übereinstimmung mit dieser langjährigen Politik hat Australien im Dezember 2018 Westjerusalem als Hauptstadt

Israels anerkannt, da es Sitz der Knesset und vieler Institutionen der israelischen Regierung ist.“

„Australien freut sich darauf, seine Botschaft nach Westjerusalem zu verlegen, wenn dies praktikabel ist, zur



Die australische Außenministerin Penny Wong mit Premierminister Anthony Albanese

Unterstützung und nach der endgültigen Statusbestimmung einer Zwei-Staaten-Lösung.“

Die Zeilen wurden gelöscht, nachdem der Guardian Australia der aktuellen Regierung Fragen zu dieser Ange-

legenheit gestellt hatte.

Als Reaktion darauf verurteilte der israelische Premierminister Yair Lapid Canberas Schritt und sagte in einer Erklärung: „Jerusalem ist die ewige ungeteilte Hauptstadt Israels und nichts wird das ändern.“

„Angesichts der Art und Weise, wie diese Entscheidung in Australien getroffen wurde, als übereilte Reaktion auf einen falschen Bericht in den Medien, können wir nur hoffen, dass die australische Regierung andere Angelegenheiten ernsthafter und professioneller behandelt“, fügte Lapid hinzu.

Das israelische Außenministerium teilte mit, den australischen Botschafter wegen dieser Angelegenheit einbestellt zu haben, um offiziell Protest einzulegen.

Woker Bildersturm auf jüdischen Bildhauer Moses Jacob Ezekiel

Eine „Benennungskommission“ des US-Kongresses investiert 62 Millionen Dollar, um „Rassengerechtigkeit“, die sich nach Ansicht des woken Cance-Culture-Trends vermeintlich in Statuen, Denkmälern oder Gebäuden manifestiert hat, auszumerzen. Dabei ist auch die Konföderierten-Statue auf dem Nationalfriedhof Arlington des jüdischen Bildhauers Moses Jacob Ezekiel ins Visier der neuen Wokeness-Polizei geraten. Unbeachtet bei dem Denkmal-Gemetzel bleibt allerdings, dass Ezekiel das Monument vor allem als Symbol des Friedens und der Überwindung von Hass entworfen hatte. (JR)

Von Filip Gašpar

Der US-Kongress investiert über 62 Millionen US-Dollar in den Abriss von Denkmälern. Darunter auch die Grabstätte des weltberühmten jüdisch-amerikanischen Künstlers Moses Jacob Ezekiel und seines Konföderierten-Denkmal.

In der vielleicht rückständigsten Bewegung der gesamten „tear down the statues“-Bewegungen (Reißt die Statuen nieder) wird die „Naming Commission“ des US-Kongresses bald versuchen, das „Confederate Memorial“ in Arlington, Virginia, abzureißen, das vom ersten zu weltweiter Bekanntheit erlangten jüdisch-amerikanischen Künstler, Moses Ezekiel, entworfen wurde. Ezekiel selbst ist am Fuße der Statue begraben.

Moses Jacob Ezekiel, der auch als Moses „Ritter von“ Ezekiel in den USA bekannt ist, erblickte am 28. Oktober 1917 in Richmond, Virginia, als Sohn des Ashkenazen Jacob Ezekiel und der Sephardin Catherine de Castro Ezekiel, das Licht der Welt. Die Großeltern waren zu Beginn des 18. Jahrhunderts aus Holland in die USA emigriert.

Vater Jacob verdiente den Unterhalt als Baumwollhändler und Buchbinder, und gründete während seiner Zeit in Baltimore die „Hebrew Benevolent Society of Baltimore“. Später zog die Familie nach Richmond, wo er in das Kurzwarengeschäft seines Schwagers mit einstieg. Er war Sekretär der Synagoge „Kahal Kadosh Beth Shalom“ und wurde als „Sprecher der Juden von Richmond“ bezeichnet. Außerdem war er Gründungsmitglied des B'nai B'rith.

Moses war das siebte von zwölf Kin-

dern, doch die religiöse Erziehung übernahmen seine Großeltern, zu denen er geschickt wurde, weil die Eltern in finanziellen Nöten steckten. Seine Großeltern unterhielten ein Geschäft, in dem Bekleidung für Sklaven angeboten wurde, die verkauft werden sollen. Die Familie selbst soll auch einige Sklaven besessen haben.

Ezekiel schrieb sich am Virginia Military Institute in Lexington, Virginia ein, das als erstes Militär-College der USA gilt und das als erster jüdischer Kadett. Er kämpfte 1864 in der Schlacht von New Market und wurde in einem Kampf gegen Truppen der Unionsarmee unter Franz Sigel verwundet.

Nach dem Bürgerkrieg kehrte Ezekiel ans Virginia Military Institute zurück, um 1866 seine Ausbildung abzuschließen. Danach wechselte er für zwei Jahre von 1866 bis 1868 ans „Medical College of Virginia“ mit der Absicht Arzt zu werden. Doch 1868 zog er zu seinen Eltern nach Cincinnati, die mittlerweile bei ihrer ältesten Tochter Hannah lebten.

In Cincinnati, das er als sein Zuhause bezeichnete, obwohl er dort nicht lange lebte, begann er das Studium der Bildhauerei an der Art School von J. Insko Williams und im Atelier von Thomas Dow Jones. 1869 zog er nach Berlin, um sein Studium an der Preußischen Akademie der Künste bei Professor Albert Wolf fortzusetzen.

Er wurde in die Gesellschaft der Künstler aufgenommen und erhielt mit 29 Jahren als erster Ausländer überhaupt den „Michael Beer Prix de Rome“ für ein Flachrelief mit dem Titel „Israel“. Das Preisgeld von 1.000 Dollar sah auch ein zweijähriges Studium in Rom vor.



Konföderierten-Statue am Nationalfriedhof Arlington

Als er 1874 in Rom ankam, sollte die „Ewige Stadt“ seine Heimat werden. Dort fertigte er die Skulpturen und Gemälde an, für die er berühmt ist und die ihm den Vergleich mit Michelangelo einbrachten.

Und auf diesen Künstler und sein Werk zielt die von Demokraten und Republikanern unterstützte „Naming Commission“. Diese hat im September bekannt gegeben, dass der „gesamte Versuch, die amerikanische Geschichte neu zu schreiben“, rund 62 Millionen US-Dollar kosten und rund 1.100 Stätten, Statuen und Grundstücke umfassen wird.

Die Kommission hat es ganz besonders auf das Grab und das Konföderierten-Denkmal von Ezekiel abgesehen und nennt es „von oben bis unten problematisch“.

Das Problem, so behaupten sie, ist, dass das Denkmal die Konföderation als „edle“ Sache lobt. Doch das war weder Ezekiels Intention, noch scheint sich dieser Anspruch selbst in den liberalen Medienberichten jener Zeit widerzuspiegeln. Ezekiels Statue konzentrierte sich ursprünglich auf die Rechte des Staates sowie auf den Freihandel. Der Bau wurde 1906 beschlossen und 1914 unter großem Beifall enthüllt.

Damals beschrieb sogar die Washington Post das Denkmal als Zeichen des „Friedens“ und Nachrichtenagenturen aus der ganzen Welt lobten das zukunftsweisende Denkmal.

Tatsächlich sagte Ezekiel damals selbst, dass er das Denkmal modellieren würde, um den Süden darzustellen, der sich über seine Opfer und Entbehrungen erhebt.

„Die Absicht ist, dass es ein Friedensdenkmal ist“, sagte er.

Aber jetzt versucht eine woke Clique von Militär veteranen und Politikern, Ezekiels Idee umzukehren – die Vergangenheit nicht loszulassen, sondern gleichzeitig zu versuchen, diese in Vergessenheit geraten zu lassen.

In ihrer Rage werden sie die Gräber vieler entweihen, darunter auch Ezekiels selbst, der 1921 auf dem Arlington National Cemetery begraben wurde. Er ist berühmt für Dutzende von Werken, darunter das Konföderierten-Denkmal, sowie eine B'nai Brith-Statue zur Religionsfreiheit in Philadelphia, und sogar Statuen von Columbus, Jefferson, Stonewall Jackson und Edgar Allan Poe. All dies wird nun sicher in Frage gestellt werden, um dem woken Narrativ zu gefallen. Ezekiel würde sich im Grab umdrehen.

Hessen-SPD gratuliert Juden zu Jom Kippur mit dem Bild der islamischen Eroberungsmoschee „Al-Aqsa“

Es fällt schwer, hier nur von einem dummen Missgeschick auszugehen: Zum höchsten jüdischen Fest gratuliert die hessische SPD in den Sozialen Medien mit dem Bild des Felsendoms, der den besiegten Juden durch den damaligen Umayyaden-Kalifen Abdul Malik bin Marwan im Jahre 638 zur Demütigung und Zeichen ihrer Unterwerfung aufgezwungen worden ist. Die Moschee auf dem Tempelberg in Jerusalem gilt unter Muslimen als Sinnbild für den „Triumph“ des Islam über Judentum und Christenheit. Mit einer „Bildungslücke“ des Verantwortlichen ist die Sache nicht abgetan. Dieser Akt ist eher symptomatisch für die Islamanbiederung sowie die tiefsitzende Ablehnung des Staates Israel der deutschen Sozialdemokraten. (JR)

Von Mirjam Lübke

War es antisemitisch oder einfach nur dumm? Das fragt man sich oft in Deutschland und möchte den Kopf auf die Tischkante schlagen. Auch als die SPD Hessen zu Jom Kippur dieses Jahres allen Jüdinnen und Juden zwar korrekt »Gmar Chatima Tova« wünschte, aber den Gruß mit einem Bild des Felsendoms versah. Es hagelte sogleich Protest, denn der verunglückte Festtagsgruß stand ganze 12 Stunden im Netz. Man spekulierte, ob die SPD sich ihre muslimischen Wähler nicht verprellen wolle, oder gar das Foto bewusst gewählt hätte, weil der Felsendom für viele Muslime den Sieg über das Judentum symbolisiert. Meines Erachtens trifft ein Kommentar die Situation am besten: Man hat »irgendwas mit Jerusalem« gemacht! Etwas kleinlaut entschuldigte sich daraufhin der Pressesprecher der hessischen SPD, Christoph Gehring, für die begangene Dummheit. Aber ist es damit getan?

Mich juckt es in den Fingern, der SPD böswillige Motive zu unterstellen, weil aus ihren Reihen immer wieder antisemitische Kommentare kommen, bei denen BDS-Parolen einfach nachgeplappert werden. Mit etwas bösem Willen könnte man also durchaus einen antisemitischen Zwischenfall konstruieren, wie es die SPD selbst wahrscheinlich dem politischen Gegner gegenüber tun würde. Aber das wäre zu simpel und ein reines »Heimzahlen«. Vielleicht sollten sich die Genossen aber einmal zu Herzen nehmen, wie schnell ein solcher Vorwurf zustande kommen kann. Guten Gewissens kann ich allerdings meine Enttäuschung über so viel Lieblosigkeit äußern. In einem Land, in dem lediglich 120.000 Juden leben – Tendenz fallend – hat man gewiss nicht immer einen Vertreter des Judentums zur Hand, den man um Rat zur Gestaltung fragen kann. Aber wir leben im Internetzeitalter, daher wäre es nicht zu viel verlangt gewesen, die Suchfunktion von Google aufzurufen. Dort findet man im Bereich »Bilder« unzählige passende Grußmotive, jene, die sich auch Juden selbst untereinander in den sozialen Medien schicken. Das dauert ungefähr eine Minute. So aber kommt einem die Botschaft zum Versöhnungstag wie eines jener Geburtstagsgeschenke vor, die einem nicht wirklich Freude bereiten: Das Geschenkpapier ist offensichtlich wiederverwertet und auf dem Geschenk selbst klebt noch der Rest des roten Etiketts vom Wühltisch. Da kommt einem der Dank nur zähneknirschend über die Lippen, man weiß, der Geber hat sich keine Mühe gemacht. Geschweige denn Gedanken, was dem Beschenkten gefallen könnte.

Ritualisierte Gedenkkultur

Die verunglückte Jom-Kippur-Botschaft zeigt allerdings auch auf, wie wenig die meisten Deutschen über geleb-

tes Judentum wissen. Zwar gibt es in diesem Land eine streng ritualisierte Gedenkkultur, die den Verantwortlichen schon fast heilig ist. Besonders das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin ist zum Sinnbild dieser Gedenkkultur geworden, an dem nicht gerüttelt werden darf. Jede Kritik daran, jede Unachtsamkeit gleicht einem Sakrileg, dabei plante sein Schöpfer Peter Eisenmann, es zum belebten Teil der Hauptstadt werden zu lassen. Einen Teil dieser Achtsamkeit wünschte man sich oft den in Deutschland lebenden Juden gegenüber, die im Gegensatz zu Eisenmanns Werk oft fast stiefmütterlich behandelt werden. Die deutsche Gedenkkultur hat es in den meisten Fällen versäumt, die Brücke in die Gegenwart zu schlagen und ein Interesse am gelebten Judentum zu wecken. Shoa, Israel, vielleicht noch Klezmer, das fällt den meisten zum Thema ein, wobei das Verhältnis zu Israel quer durch alle politischen Kreise angespannt ist und die Musik des ermordeten osteuropäischen Judentums nur wenig mit deutsch-jüdischer Kultur zu tun hat. Nun, die hessische SPD hätte immerhin ein Bild im Chagall-Stil wählen können, der bei vielen Deutschen populär ist, aber auch diese Assoziation ist den Machern wohl nicht in den Sinn gekommen. Man verzeihe mir den Sarkasmus, aber wahrscheinlich können wir noch froh sein, dass die Macher kein



Es fällt schwer, hier nicht an Böswilligkeit zu denken.

kann man fast ein bisschen neidisch werden, der Mitarbeiterstab hat sich offensichtlich ausreichend informiert. Wahrscheinlich liegt der muslimische Feiertagskalender griffbereit auf dem Schreibtisch, es wird nichts verpasst. Denn das würde wohl als Zeichen gewertet, dass »der Islam noch immer nicht in Deutschland angekommen

„**Juden in Deutschland wollen nicht nur bedauertes Opfer, Exot oder Mülleimer für Beschwerden über den Staat Israel sein.**“

Bild von einem KZ genommen haben – manchmal wundert einen in Deutschland nichts mehr.

Perfekte muslimische Feiertagsgrüße

Vielleicht sah sich die SPD auch bemüht, »auch mal etwas für die Juden zu machen«. Wir sind zwar nur eine kleine Minderheit in Deutschland, aber immerhin in aller Munde. So wie die Muslime in Deutschland, bei denen man allerdings nicht mehr von einer »kleinen« Minderheit sprechen kann. Es hat sich daher, auch wegen des angewachsenen Wählerpotentials, unter deutschen Politikern eingebürgert, zu jeglichem muslimischen Feiertag eine Grußbotschaft zu versenden. An diesen Festtagsgrüßen sieht man, dass es funktionieren kann, wenn man will: Sie sind hübsch gestaltet und meines Wissens wurde darauf noch nie versehentlich ein Schofar oder eine Synagoge abgebildet. Angesichts dieser Aufmerksamkeit

ist«. Da kann man als Jude nur den Kopf schütteln über so viel Ungeduld: Wir leben in Deutschland immerhin schon seit 1700 Jahren, in großer Zahl spätestens seit dem Hochmittelalter – und werden trotzdem noch immer als etwas diffus Fremdes betrachtet. Nicht unbedingt mit Feindseligkeit, aber großer Verkrampftheit. Zwar würdigt man ab und an den Beitrag deutscher Juden zur heimischen Kultur und Wissenschaft, aber selbst das wirkt oft bemüht. Heinrich Heine, zu seinen Lebenszeiten oft in verzweifelter Lage, hat es immerhin geschafft, heute einer der meistzitierten deutschsprachigen Dichter zu sein: »Denk ich an Deutschland in der Nacht...«

Deutschland erinnert nur widerwillig

Darf man den nichtjüdischen Deutschen mehr Interesse am modernen Judentum aufdrängen? Das wäre sicherlich keine kluge Idee, vielmehr würde es

den Graben noch weiter vertiefen. Aufgezwungenes weckt bei niemandem einen positiven Eindruck, und seien wir einmal ehrlich, es würde die Gereiztheit einiger Nichtjuden eher steigern. Da stellen sich die Nackenhaare hoch und ein »Nicht schon wieder!«-Gefühl kommt auf. »Haben wir uns nicht schon genug über die Juden angehört? Seit 1945 sind die doch Dauertema!«, wird sich mancher denken und die Ohren zuklappen. Man erwartet eine neue Strafpredigt, denkt im Zusammenhang mit Synagogen an die Pogromnacht von 1938, sieht sich einem kollektivem Schuldvorwurf ausgesetzt und mag es nicht mehr hören. Hannah Arendt hat schon früh vorausgesehen, dass ein solches Vorgehen nicht von Erfolg gekrönt sein würde, vor allem in der Nachkriegsgeneration nicht, die noch ihre eigenen Wunden leckte. Das kann man angesichts der Ermordung des jüdischen Volkes grauenvoll und geschmacklos finden, aber es ist nun einmal die Situation, vor der wir stehen. Wie geht man in Anbetracht nachgewachsener Generationen damit um? Sollen wir die weiße Fahne schwenken und uns dafür entschuldigen, Deutschland mit unserer Geschichte belästigt zu haben? Genau das wird häufig von Juden verlangt, aber warum sollten wir die Erlebnisse unseres Volkes aus unserem Gedächtnis verdrängen? Das kann niemand ernsthaft von uns verlangen, und es geht auch nicht darum, einer sinnvollen Vergangenheitsbewältigung aus dem Weg zu gehen.

Juden sind mehr als nur „Opfer“

Martin Buber sagte: »Wo zwei Menschen sich authentisch begegnen, findet Heilung statt.« Genau dieser Mangel an Authentizität ist es, der letztlich zu »Pannen« wie dem missglückten Jom-Kippur-Gruß der hessischen SPD führt. Man sah sich in der Pflicht, auch mal etwas zu jüdischen Feiertagen zu machen, weil diese oft in der Öffentlichkeit unter den Tisch fallen – es sei denn, es ereignen sich dramatische Anschläge wie der 2019 in Halle, an dem die Bürger sehr viel Anteil nahmen. Allerdings wäre es wünschenswert, dass die Menschen jüdisches Leben häufiger von seiner schönen Seite erleben können, wie etwa bei den großen Chanukka-Feiern in Berlin. Das schafft die Möglichkeit, einander kennenzulernen, innerhalb eines entspannten Rahmens. Denn Juden in Deutschland wollen Teil der Gesellschaft sein, nicht nur bedauertes Opfer, Exot oder Mülleimer für Beschwerden über den Staat Israel. So wird das dann auch etwas mit ernstgemeinten, freundlichen Feiertagsgrüßen und wir hören uns gemeinsam das jiddische Lied »Lomir sich iberbetn« an. Mit oder ohne Samowar.

ARD missbraucht Zwangsgebühren für Honorar an Terroristen

Einer der Olympia-Mörder von 1972 erhielt erst kürzlich 2000 US-Dollar für ein Interview über das bestialische Mord-Attentat an 11 israelischen Athleten und einem bayerischen Polizisten. In der ARD-Dokumentation „Tod und Spiele“ durfte Mohammed Safady auch noch die Toten und ihre Angehörigen verhöhnen und auch verkünden, seine Taten nicht zu bereuen. (JR)

Boris Reitschuster/reitschuster.de

Es ist eine unglaubliche Geschichte, die mein geschätzter Kollege Josef Hufelschulte – wieder einmal – aufgedeckt hat. Eine Geschichte, die in einer funktionierenden Demokratie weitreichende Folgen hätte. Und die im zunehmend demokratiefeindlichen „besten Deutschland aller Zeiten“ mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit so gut wie keine Folgen haben wird. Es sei denn, dass irgendein „Bauer“ auf unterer Ebene geopfert wird.

Man traut sich kaum, es wiederzugeben: „Für seine Aussagen in der ARD-Dokumentation „Tod und Spiele“ hat ein „palästinensischer“ Terrorist von Olympia 1972 ein exklusives Honorar von 2000 US-Dollar bekommen. Die Hinterbliebenen der ermordeten Sportler sind fassungslos und sprechen von einem „Medienkandal“. Das schreibt Hufelschulte, ein Journalist der alten Schule, mit dem ich viele Jahre beim Focus in einer Redaktion gearbeitet und so manche gemeinsame Schlacht geschlagen habe, auf FOL. Die ARD habe

ihm bestätigt, dass das Honorar geflossen sei. Entlohnt wurde damit eine Aussage des Terroristen in einer Doku über den grausamen Terrorakt, der die Welt erschütterte.

Terrorist zeigt keine Reue

Hufelschulte schreibt weiter: „Mohammed Safady (69) rühmte sich in der im September ausgestrahlten vierteiligen ARD-Dokumentation ‚Tod und Spiele‘ für den Überfall auf die israelische Mannschaft und die Tötung der elf Sportler sowie eines bayerischen Polizisten. Die Tat sei heroisch gewesen und habe erstmals die Welt auf das Schicksal des „palästinensischen“ Volkes hingewiesen, sagte Safady in der Doku. Er bereue nichts. Jederzeit, so das frühere Mitglied der Terrorgruppe Fatah, würde er einen neuen Auftrag zur Ermordung von Juden übernehmen.“

Mit den an der Dokumentation beteiligten Sendern SWR, rbb und BR war laut Kollege Hufelschulte „vorab vereinbart, dass keine Honorare an noch lebende palästinensische Geiselnahmer gezahlt werden.“ Eine Schutzbe-

hauptung? Später habe sich jedenfalls herausgestellt, dass der verantwortliche Produzent der Dokumentation ein Exklusivhonorar von 2000 Dollar ausgezahlt habe, sagte eine Sprecherin der ARD laut Hufelschulte.

Verhöhnung der Angehörigen

Die Sprecherin der Opfer-Familien, Ankie Spitzer, deren Ehemann André gefesselt im Hubschrauber saß und mutmaßlich von Mohamed Safady erschossen wurde, sagte zu Hufelschulte auf Anfrage: „Für mich ist es ein Medienkandal der ARD, dass Killer für ihre menschenverachtenden Aussagen mit Geld bezahlt werden.“

Es fehlen einem die Worte, was in diesem „besten Deutschland aller Zeiten“ geschieht. Was man allein an einem einzigen Tag aus den Nachrichten an Irrsinn erfährt, war früher auf ein Jahr hochgerechnet kaum denkbar. Heute kam neben diesem ARD-Skandal ans Licht, dass ein Mörder und Kinderschänder nach seiner Verurteilung auf freien Fuß kam, weil das Verfahren zu lange dauerte. Ausschlaggebend war

dafür ausgerechnet, dass die Staatsanwaltschaft Rechtsmittel gegen das Urteil einlegte, um eine Sicherheitsverwahrung zu ermöglichen – also zu verhindern, dass der Mann nach Abbüßen seiner Haftstrafe auf freien Fuß kommt, weil er allgemeingefährlich ist. Nun ist er vor seiner Haftstrafe wieder frei.

Geht es Ihnen wie mir, dass man sich manchmal fragt: Bin ich selbst verrückt geworden oder unsere Gesellschaft?

Was stimmt nicht mit Journalisten, die es zulassen, dass Mörder sich vor der Kamera mit ihren Taten brüsten, und dann auch noch Honorar dafür bezahlen? Wie massiv muss der moralische Kompass dafür verstellt sein?

Das Unterschreiten jeglicher moralischer Mindestanforderungen geht einher mit einer völligen moralischen Selbsterhöhung: Medien und Politik wollen die Welt bzw. das Weltklima retten und am deutschen Wesen genesen lassen, sind aber nicht in der Lage, die allereinfachsten Hausaufgaben zu erfüllen.

Die Geschichte zeigt uns, wo das hinführen kann. Leider.

Das Hamburger Schmuddelkind: Staatsvertrag mit Antisemiten und Israel-Hassern

Das Islamische Zentrum Hamburg ist laut Verfassungsschutz ein Außenposten des iranischen Mullah-Regimes und ist dennoch ungekündigt am Staatsvertrag mit dem Land Hamburg beteiligt. Die rot-grüne Landesregierung der Hansestadt unterstützt und arbeitet zusammen mit einem offenkundigen Israel-feindlichen Vertragspartner, dessen Schirmherr die Vernichtung des jüdischen Staates anstrebt. (JR)

Von Vincent Steinkohl

Niemand will es gewesen sein, alle distanzieren sich, dennoch passiert es. Die Debatte um das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) zeigt die selbstgefällige Ignoranz gegenüber den Gefahren islamistischer Unterwanderung, sowie die Feigheit, in weiten Teilen der Politik Fehler anzuerkennen. Nicht nur in der Hansestadt. Doch von vorne: Das IZH ist laut Verfassungsschutz ein Ableger des iranischen Mullah-Regimes, dennoch ist es seit November 2012 an einem Staatsvertrag mit der Stadt beteiligt.

Die Hamburger CDU fordert seit langem, den Staatsvertrag mit der islamischen Lobbyorganisation Schura auszusetzen, solange das IZH daran beteiligt ist. Fraktionschef Dennis Thering sagte, es sei „schier unerträglich, dass SPD und Grüne seit Jahren antisemitische Vertragspartner dulden und die schützende Hand über sie halten“. Zudem warf er der rot-grünen Landesregierung falsch verstandene Toleranz vor. Den Hamburger Oberbürgermeister Peter Tschentscher (SPD) ging er zudem hart an: Die Verträge seien eine Farce und sollten unverzüglich ausgesetzt werden. Seine Aufgabe als Bürgermeister sei es, die Stadt von Antidemokraten, Antisemiten und Terrorsympathisanten zu schützen.

Der Hamburger SPD-Fraktionschef Dirk Kienscherf sprang seinem Parteifreund Tschentscher zur Seite und erinnerte seine Kontrahenten der CDU daran, dass sie an dem ganzen Fiasko nicht unschuldig seien. „Es war die CDU, die 2007 beantragt hatte, Gespräche mit den muslimischen Gemeinden aufzunehmen – trotz des Wirkens des IZH.“ Schon damals sei das Islamische Zentrum Hamburg, das vom Iran unterhalten wird, vom Verfassungsschutz beobachtet worden. „Wir erleben einen Oppositionsführer, der hilflos um sich schlägt, um von der inhaltlichen Leere der CDU abzulenken.“ Die Christdemokraten instrumentalisierten den Freiheitskampf im Iran, um dem SPD-Bürgermeister Tschentscher zu schaden. Selbst für die CDU sei das ein neuer Tiefpunkt.

Die jahrelange Förderung der IZH zeigt die Ignoranz der deutschen Politik

Der Hamburger Oppositionsführer Dennis Thering (CDU) teilte indes weiter gegen die Landesregierung und deren Verstrickungen mit dem IZH aus. Gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“ sagte er: „Das islamistische Mullah-Regime in Teheran bekämpft



Das Islamische Zentrum Hamburg wird von der Imam-Ali-Moschee getragen

unsere Werte von Menschenrechten, Demokratie und Freiheit.“ Gerade mit Blick auf den gewaltsamen Tod der 22-jährigen Mahsa Amini seien „unzählige Menschen bei Protesten getötet“ worden. Auch beteilige sich der Iran mit Waffenlieferungen an Moskau am Angriffskrieg gegen die Ukraine. Der Hamburger Senat ließ inzwischen verlautbaren, man habe immer verdeutlicht, dass Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht geduldet würden. Die Evaluierung des Staatsvertrags sei noch nicht fertig, ein Bericht an die Bürgerschaft mit Auswertungen werde noch im laufenden Kalenderjahr erstellt.

Möglicherweise ist die nun entflammte Debatte ein Startschuss, um ernsthaft über die eigenen Prioritäten nachzudenken. Was die politisch Verantwortlichen über Jahre nicht interessiert hat, rückt nun zunehmend ins Bewusstsein der Menschen in Hamburg. Wieso hat eines der brutalsten Regime der Welt eine Vertretung in Deutschland, zusätzlich zu seiner Botschaft? Was erhofft sich die Politik davon, Organisationen wie das IZH und die Blaue Moschee zu hofieren? Dass der Iran Frauen wegen fehlender Kopfbedeckung zu Tode prügelt, Homosexuelle an Kränen aufhängt und weltweit Terrorismus finanziert, ist alles seit Jahrzehnten bekannt. Eines muss den Mullahs in Teheran jedoch zugestanden werden: Sie sind offensichtlich weniger weltfremd als die politische Klasse in Deutschland. Wie viele staatliche Fördermittel bekäme im Iran eine ausländische Organisation, die Weltanschauungen vertritt, die der Staatsräson des Gastgeberlandes eindeutig widersprechen? Jeder kennt die Antwort.

Das Verhältnis zum Iran ist sinnbildlich für die Scheuklappen der Politik, ob auf Länder- oder Bundesebene. Während es hierzulande vor lauter Toleranzbesoffenheit zugelassen wird, Kleinkindern Hormone zu geben, weil sie sich im falschen Geschlecht fühlen, müssen die wachsenden islamischen Gemeinden durch Fördergelder und Lobeshymnen besänftigt werden.

Antisemitismus-Bekämpfung in Baden-Württemberg: Keine Erfolgsgeschichte (Teil II)

Die Skandale um den Antisemitismus-Beauftragten Michael Blume reißen nicht ab. Blume hat den hoch dekorierten Offizier der britischen Armee und Vater der IDF Orde Wingate wahrheitswidrig als „Kriegsverbrecher“ und „britischen Mörder“ diffamiert und verunglimpft. Internationale Militärexperten und Historiker werfen Blume Geschichtsrevisionismus sowie Antisemitismus vor und fordern seinen Rücktritt. Aus der grünen baden-württembergischen Regierung sind, wie nicht anders erwartet, bislang keinerlei Konsequenzen gegenüber Blume erfolgt. (JR)

Von Benjamin Weinthal

Die NZZ stellt die folgende Frage bezüglich Michael Blume: „Kann ein Antisemitismusbeauftragter ein Antisemit sein?“ Natürlich kann ein Beamter, dessen Aufgabe es ist, gegen Antisemitismus vorzugehen, ein Antisemit sein. Henryk Broder brachte es wie folgt auf den Punkt: „Ich will nur sagen, es gibt homosexuelle Schwulenfeinde, es gibt Frauen hassende Frauen, Feminismus hassende Frauen, also warum nicht auch jüdische Antisemiten.“

Gerd Buurmann, Autor der 'Achse des Guten', schrieb auf Twitter: „Wir brauchen einen Antisemitismusbeauftragten für den Antisemitismusbeauftragten von Baden-Württemberg.“

Blume umgibt sich mit ein paar „Alibi-Juden“, die er nutzt, um den Anschein zu erregen, er sei von Antisemitismus-Vorwürfen und anti-israelischen Vorwürfen absolviert. Ein abgestandener Trick, der schon lange von deutschen Antisemiten und anti-israelischen Aktivisten verwendet wird.

Einer dieser „Alibi-Juden“ heißt „Gaby Spronz“, der eine obskure Facebook-Seite namens 'Aktionforum Israel' betreibt, die sich als pro-Israel versteht. Es ist unklar, ob Gaby Spronz sein richtiger Name ist. Spronz ließ eine Presseanfrage seitens der JR unbeantwortet und zeigte fortwährend keine Reaktion auf Fragen - einschließlich der Frage, ob Blume die Beendigung der Partnerschaft zwischen dem iranischen Regime in Isfahan und der Stadt Freiburg fordern soll. Im Oktober 2021 berichtete die JR darüber: „Die skandalöse Städtepartnerschaft Freiburgs mit der Hinrichtungs-Metropole Isfahan.“

Merkwürdig ist, dass der Bürokrat Blume, dessen Aufgabe die Bekämpfung des Vernichtungsantisemitismus gegen Juden und Israel ist, scheinbar kein Problem damit hat, dass Freiburg eine Partnerschaft mit dem Regime in Isfahan pflegt. Das Mullah-Regime, welches jedes Jahr in Isfahan die Vernichtung Israels fordert und außerdem an der Weiterentwicklung des Nuklearwaffenprogramms des Irans arbeitet.

Scharfe Kritik von der Achse

Henryk Broder hat Blumes Versagen als Antisemitismusbeauftragter in seiner gewohnt klugen Art auf der Blog-Seite „Die Achse des Guten“ offengelegt: „Man kann dem Antisemitismusbeauftragten des Landes Baden-Württemberg so manches vorwerfen, nur nicht eines: dass er erfolgreich agiert.“ Wie alle lokalen Medien Anfang März berichteten, habe es im Jahre 2021 in BW „eine Zunahme antisemitisch motivierter Straftaten von 228 (2020) auf 337 Fälle – ein Zuwachs von fast 50 Prozent“ gegeben.

Broder schrieb: „Damit kann man [Blume] es in BW weit bringen, einem Land, in dem ein ehemaliger NS-Marinerichter Ministerpräsident werden konnte.“

Blume ist Teil eines antisemitischen Netzwerks auf Twitter, das die Werbung der pro-israelischen Seite „Die Achse des



Der britische Generalmajor Orde Wingate wird in Israel als Held verehrt.

Guten“ ausmerzen will. Blumes Anhängerschaft zeigt sich als ein Sammelbecken, das aus Antisemiten, Islamisten, Faschisten, Israel-Hassern, Anti-Demokraten und Pädophilie-Versteher besteht.

Juden als „rechtsextrem“ betitelt Die Antisemitismus-Skandale um Blume reißen nicht ab. Dr. Marcus Ermeler schrieb in „Die Achse des Guten“ im Februar: Dass ein Antisemitismusbeauftragter Juden öffentlich „rechtsextrem“ nennt, darunter seit Neuestem auch ein-

auf eine JR-Presseanfrage nicht reagiert.

Existiert eine Art von Dhimmitum-Problem in einigen Gemeinden in Baden-Württemberg? Suliman und Traub haben definitiv den Satz des ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin nicht internalisiert. „I am not a Jew with trembling knees.“ - denn sie verteidigen ihre Mitglieder gegen die Hetze von Blume nicht.

Der Zentralrat der Juden und die jüdischen Gemeinden werden vom Bund und der BW-Landesregierung subventi-

Aussage, die im Kern exakt jenes antisemitische Stereotyp reproduziert, das sie selbst vorgibt, auf humoristische Weise kritisch zu reflektieren.“

Der deutsch-israelische Autor Chaim Noll forderte die „Absetzung“ Blumes in einer Nachricht an die JR. Noll schrieb: Er [Blume] belästigt und beleidigt mich als Israeli durch dauernde Anspielungen und sagt, ich würde für eine „rechtsradikale“ Website schreiben - damit meint er die von einem Juden herausgegebene Seite namens 'Achse des Guten'. Eine Frechheit. Was ist das für ein Antisemitismusbeauftragter, der Juden nicht schützt, sondern beleidigt und öffentlich denunziert? Sofort rauschmeißen! Der deutsche Regierungsapparat scheint voller heimlicher Antisemiten zu sein.“

Twitter-Regierungsaccount wird missbraucht

Die deutsch-jüdische Anti-BDS-Aktivistin Malca Goldstein-Wolf sagte der JR: „Als Antisemitismus-Beauftragter von Baden-Württemberg steht er regelmäßig auf Seiten derer, die Judenhass schüren oder unkommentiert lassen, wie z.B. Nemi El-Hassan, Teilnehmerin am antisemitischen Al Quds-Marsch oder Dunja Hayali, Fernsehjournalistin, die nicht eingreift, wenn in ihrer Sendung ein sogenannter Experte sich übelster antisemitischer Klischees bedient, in dem er über eine „jüdische Lobby“ fabuliert, die angeblich die US-Regierung steuert.“

Einen Großteil seiner Zeit verbringt er damit, nicht etwa Judenhasser zu bekämpfen, sondern unbequeme jüdische Stimmen durch die sozialen Netzwerke zu jagen.“

Goldstein-Wolf fügt zu: „Er missbraucht sein Regierungsaccount auf Twitter, in dem er in seiner Rolle als Antisemitismus-Beauftragter einen Tweet liked, in dem Werbung für den Blog des angesehenen jüdischen Autors Henryk Broder auf der Seite einer Organisation gestoppt wird, die einem antisemitischen Hetzer auf den Leim gegangen ist. Blume beschmutzt sein Amt und ist nicht etwa die Lösung, sondern Teil des Problems. Sein Abgang ist überfällig, seine kontroproduktive Arbeit mit einem Preis zu würdigen, ist eine Farce.“

Orde Wingate verleumdet

Blume ist seit Monaten in einen Riesenskandal verwickelt, bei dem es um die Israel-Feindschaft auf den britischen Generalmajor Orde Wingate, den Vater der Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF), geht. Blume hat Wingate als „Kriegsverbrecher“ und „britischen Mörder“ diffamiert. Blumes Diffamierung von Wingate löste heftige Kritik an dem Antisemitismus-Beamten aus, u.a. in Israel.

Oberstleutnant Richard Hecht, Sprecher der Israelischen Verteidigungskräfte, sagte gegenüber Fox News: „Wingates Geist und revolutionäres Denken war eine Inspiration für die Gründerväter der IDF und wird bis heute tiefbewundert.“

Wingate setzte sich seit 1937 für die Schaffung eines jüdischen Staates ein und versuchte den Naziführer Adolf

Was ist das für ein Antisemitismusbeauftragter, der Juden nicht schützt, sondern beleidigt und öffentlich denunziert?

fache Mitglieder jüdischer Gemeinden, ist ein in Deutschland bislang einmaliger Vorgang.“

Blume hat, ohne jegliche Grundlage, deutsche Juden als „rechtsextrem“ bezeichnet. Der Zentralrat der Juden, Barbara Traub und Rami Suliman, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Baden, schweigen zu Blumes Diffamierung der deutschen Juden in Baden-Württemberg. Suliman machte zu der antisemitischen Partnerschaft zwischen Freiburg und Isfahan auch keine Aussage. Er hat

oniert. Daher sind sie nicht unabhängig. Ihre Politik spiegelt oft die Politik der Bundesregierung und der Landesregierung wider.

Auf der fragwürdigen Blogseite Sci-Logs, die antisemitische Texte von Blume publiziert hat, hat Blume am 6. Februar 2022, geschrieben: „mit seinem Auftritt bei Servus.TV hat Henryk Broder doch gerade das Klischee vom stets klugen Juden überaus gekonnt widerlegt“. Markus Ermeler hat Blumes Antisemitismus so beschrieben: „Eine

Hitler davon abzuhalten, Europas jüdische Bevölkerung auszulöschen. In Israel sind Straßen und Plätze nach ihm benannt, dazu das Orde Wingate Institute for Physical Education and Sports (Orde Wingate-Institut für körperliche Bildung und Sport). Er kam während des Zweiten Weltkriegs ums Leben und wurde auf dem Arlington National Cemetery in Virginia beerdigt.

Sandra Hagee Parker, Vorsitzende des Christians United for Israel (CUFI) Action Fund, sagte gegenüber Fox News über Blumes Äußerungen zu Wingate: „Dass ihm erlaubt wird in seinem aktuellen Amt zu bleiben ist angesichts der Geschichte judenfeindlicher Bigotterie eine Peinlichkeit für das deutsche Volk und führt den Kampf gegen Antisemitismus ad absurdum. Herr Blume ist schlicht ein Antisemit, der sofort entlassen werden sollte.“

Oberst a.D. Nelson Mellitz, National Commander der Jüdischen Kriegsveteranen der USA, sagte, Blume solle zurücktreten oder die offiziellen Vertreter Baden-Württembergs sollten „ihn auf der Stelle aus seinem Amt entfernen“. Mellitz fügte hinzu: „Als hoch dekoriertes Offizier der britischen Armee während der 1930-er Jahre und im Zweiten Weltkrieg wird Wingate für seinen Dienst von Israel, Amerikanern und den Briten verehrt.“

Der Historiker und ehemalige israelische Botschafter in den USA, Michael Oren, der gleichzeitig ein Militärhistoriker und Experte zu Wingate ist, forderte Blume ebenfalls zum Rücktritt auf, genauso Oberst a.D. Richard Kemp, der die britischen Truppen in Afghanistan befehligte.

Internationale Stimmen fordern Rücktritt

Wingate hat „die Juden in Palästina in den 1930-er Jahren mutig gegen mörderische Araberbanden verteidigt. Er war ein engagierter Zionist, in Israel als Held und Freund verehrt“, sagte Kemp gegenüber Fox News.

„Ausgerechnet Deutschland hat von allen Ländern der Welt die Verantwortung, Juden Hass auf Schritt und Tritt zu bekämpfen“, sagte er. „Und dass einer seiner öffentlichen Beamten – ob nun Antisemitismus-Beauftragter oder nicht – diese Abartigkeit unterstützt ist eine Ursache nationaler Schande. Herr Blume beschämt Deutschland und sollte zurücktreten oder entlassen werden.“

Nitsana Darshan-Leitner, die berühmte israelische Anwältin und Präsidentin des The Israeli Law Center Shurat Hadin, sagte der JR: „Wenn Michael Blume seinen Anschuldigungen wirklich glaubt, die er so gedankenlos ausgespuckt hat, ist er völlig ungeeignet, als gewählter Beamter in einem Land zu dienen. Wingate wird weltweit von Personen verehrt, die etwas über die Bewegung und die Geschichte der israelischen Unabhängigkeit wissen. Er war ein wahrer Held und gottesfürchtiger Soldat, der zur Verteidigung einer isolierten, umzingelten, zahlenmäßig unterlegenen und bewaffneten Gemeinschaft kam und ihnen durch seinen Mut und seinen Wagemut beibrachte, wie man getarnte Krieger und die Kommandotruppen einer modernen Armee wird. Jeder Israeli verneigt sich vor diesem heiligen britischen General, der der Vater der IDF und eine Inspiration für die jüdische Verteidigung weltweit war. Dass ein Deutscher nur 80 Jahre nach der Shoah die Geschichte verdreht und einen israelischen Helden als Kriegsverbrecher bezichtigt, ist zu ungeheuerlich. Der UNHRC, der den Zionismus ebenfalls als Kriegsverbrechen bezeichnet,

könnte einen Antisemiten mit seinen Fähigkeiten gebrauchen.“

Orde Wingate war ein Held

Nitsana Darshan-Leitner fügte hinzu: „Er ist entweder Antisemit oder völlig ahnungslos oder höchstwahrscheinlich eine Kombination aus beidem. Er hat keine Ahnung, was dem Yishuv bevorstand, der wahren Angst und Hoffnungslosigkeit eines isolierten Volkes, als die arabischen Milizen und ihre britischen Verbündeten diese kleine und fast wehrlose jüdische Gemeinde umzingelten und ihr täglich Gräueltaten antaten. Wohin, glaubt Blume, hätten die Juden fliehen können, als die arabischen Staaten und der lokale Mob sie umzingelten und schworen, sie ins Meer zu werfen? Zurück nach Europa? Es war ein Wunder, dass Gott dieses militärische Genie in unsere Mitte sandte, um unsere unerfahrenen Truppen zu lehren und auszubilden, wie man den Yishuv verteidigt. Der neue Trend unter Geschichtsrevisionisten wie Blume besteht darin, zu versuchen, Ereignisse umzuschreiben und die Juden als Aggressoren darzustellen. Sie stellen Juden als diejenigen dar, die zum Krieg aufstacheln.“

Der neue Trend unter den Judenhassern besteht nicht nur in der Aufforderung, dass Israel den „Palästinensern“ Land zuerkennen sollte, sondern auch in der Darstellung Israels, dessen bloße Existenz als Kriegsverbrechen gilt und die illegale Aneignung rechtmäßigen „palästinensischen“ Landes vorgeworfen wird. Blume versucht, wie viele andere auf der ganzen Welt, erneut die Flagge von „Zionismus ist Rassismus“ zu hissen. Er ist zu feige, um Israel direkt anzugreifen, also zielt er auf einen Helden wie Orde Wingate.“

Keine Reaktion auf Presseanfrage

The Israel Law Center Shurat Hadin in Tel Aviv führt den juristischen Kampf gegen Israels Feinde vor Gerichten weltweit. Nitsana Darshan-Leitner und ihre Kollegen leisteten Pionierarbeit bei der Bekämpfung der Terrorfinanzierung, der Anti-Israel-Boykott Kampagnen (BDS) und der Vielzahl von Lawfare-Drohungen gegen den jüdischen Staat durch seine Feinde mit Zivilklagen, schreibt Shurat Hadin auf seiner Homepage.

Blume und Kretschmann haben auch auf eine Presseanfrage in Bezug auf die Stellungnahme von Shurat HaDin nicht reagiert.

„Honestly Concerned“, der sich als pro-israelischer Verein in Deutschland versteht, hat Blumes Blog, in dem er Wingate diffamiert hat, veröffentlicht. Der Betreiber der Seite, Sacha Stawski, hat auf eine JR-Presseanfrage diesbezüglich nicht reagiert. Es ist seltsam, dass eine vermeintlich pro-israelische Website die Hetze gegen den Vater der IDF Orde Wingate schürt.

Stawski steht wegen seinem Verhalten gegenüber einer Israelin, die seine Unterstützung dringend gebraucht hat, schon länger in der Kritik. In 2020, hat die junge israelische Musikerin Ana Agre mit einer israelischen Fahne gegen eine antisemitische Demonstration vor der pro-„palästinensischen“ Organisation Samidoun, die von Israel als Terror-Gruppe eingestuft wurde, protestiert. Die Frankfurter-Polizei hat Agre daraufhin einen Platzverweis erteilt.

Noll schrieb auf „Die Achse des Guten: „Ana zog sich schließlich zurück, wie polizeilich angeordnet, und glaubte, die Sache hätte damit ein Ende gehabt. Weit gefehlt. Wenige Tage später flatterte ihr ein Schriftstück ins Haus, eine polizeiliche Vorladung der Kriminaldirektion

Frankfurt wegen „Beleidigung gemäß Paragraph 185 Strafgesetzbuch“ für den 7. Oktober 2020. Das Schriftstück mit dem Aktenzeichen ST 0697601/2020, gezeichnet von Polizei-Hauptkommissar J. Schmidt, endet mit dem Hinweis: „Sollten Sie zu Ihrer Vernehmung/Anhörung nicht erscheinen oder nicht rechtzeitig Hinderungsgründe benennen, wird davon ausgegangen, dass Sie bei der Polizei keine Angaben machen wollen. Der Vorgang wird dann an die zuständige Verfolgebeförde abgegeben (...)“.

Laut dem Text von Noll spielte Stawski „eine dubiose Rolle“ bei diesem antisemitischen Skandal. „Doch als es darauf ankam, eine Israelin, die im Wortsinn „Flagge zeigte“, zu schützen, schlug er sich lieber auf die Seite der Gemeindeoberen und der Frankfurter Polizei.“ Die ahnungslose Ana hatte sich zunächst an Stawski um Hilfe gewandt, da er in der Frankfurt Gemeinde offenbar als großer Unterstützer Israels gilt:

„I was very upset and confused because I had never dealt with the police and could not understand what I was accused of“, schrieb sie später in einer E-Mail. „There were no details or explanations in the letter from the police, only the accusation of insult. I thought that Sasha (Stawski) would be able to help me somehow, but I could not imagine that he could take the side of the police and start writing articles in which there are many lies.“

Stawski ist ebenso Vorsitzender des Vereins „I Like Israel“ in Deutschland. Jedoch fand der Gründer von „I Like Israel“, Leo Sucharewicz, im Vergleich zu Stawski, eine deutliche Sprache zu Blumes Hetze gegen Wingate. In dem Newsletter seines deutsch-jüdischen Vereins DEIN heißt es: „Was Blume zu dieser unsäglichen Geschichtsverzerrung treibt, bleibt im besten Fall seiner Tendenz zu wirren Aussagen geschuldet. Warum er zum Antisemitismusbeauftragten ernannt wurde, bleibt unerfindlich.“

Obskure Polit-Chauvinisten

Blume sympathisiert mit obskuren europäischen Polit-Chauvinisten. Nehmen wir das Beispiel Michael Thaidigsmann, der für die von der Bundesregierung finanzierten Zeitung „Jüdische Allgemeine Zeitung“ schreibt. Thaidigsmann zeigt sich als eine Art „PR-Agentur“ für Michael Blume und die Regierung in Baden-Württemberg sowohl auf Twitter als auch im Blatt (JAZ) selbst. Er schrieb den Text „Kretschmann wirft Wiesenthal Center Rufschädigung vor.“ Thaidigsmann ignoriert in seinem JAZ-Text u.a. die Kritik an Blume von Mitgliedern der jüdischen Gemeinden.

Thaidigsmann betreibt die sonderbare Website „EU Watch“. Erst nachdem der

Autor dieses Artikels ein Pro-Iran-Nuklear-Deal Interview auf der Seite „EU Watch“ kritisiert hat, löschte Thaidigsmann das Interview auf der Seite. Das Interview befürwortet den Iran-Nuklear-Deal, der nachweislich die Sicherheit Israels gefährdet. Thaidigsmann behauptet nach seiner eiligen Löschung seines Pro-Iran-Deal-Textes auf der Seite, dass man das Interview auf „EU Watch“ doch in einer anderen Sprache findet.

JR-Presseanfragen an den Zentralrat der Juden, Herrn Thaidigsmann, und den Chef-Redakteur der JAZ, David Kauschke, blieben unbeantwortet.

Die Bundesregierung ist offenbar ein Fan des lebensgefährlichen iranischen Atomabkommens, was auch bedeutet, dass sie die Sicherheit Israels missachtet.

Die Pro-Israel-Standards in Deutschland bleiben auf sehr niedrigem Niveau.

Die JR hat sich an den umstrittenen Präsidenten der „Deutsch-Israelische Gesellschaft“ Volker Beck gewandt. Beck hat nicht reagiert. Beck hat Blume auf Twitter mehrfach in Schutz genommen.

Gegen Volker Beck und die von der deutschen Regierung finanzierte Einrichtung, die Deutsch-Israelische Freundschaftsgesellschaft, wurde eine Reihe sehr schwerer Anschuldigungen erhoben.

In der September-Ausgabe hat die JR berichtet, dass Beck und dem Außenministerium vorgeworfen wird, in einem Auswahlverfahren zu ermitteln, wer die guten Juden und die bösen Juden sind, um sie zu Gesprächen einzuladen. Beck und das deutsche Außenministerium hinderten den jüdischen Israeli Yonathan Shay daran, einen Vortrag zu halten, weil er für die zionistische Organisation ImTirtzu arbeitet. Ein solcher Selektionsprozess taucht ausgerechnet bei der DIG auf.

Zurück zu der Regierungshomepage zur 70-jährigen Einheit der o.g. Länder mit dem Slogan: „Für Antisemitismus gibt es in Baden-Württemberg keinen Platz - der Rechtsstaat greift hier konsequent durch.“

In Baden-Württemberg haben die Industrien Mercedes-Benz und Judenhass Hochkonjunktur. Die Notwendigkeit einer rücksichtslosen Kritik an dem staatlichen gelenkten Antisemitismus ist überfällig. Der springende Punkt ist: Am Ende des Tages muss sich die Bevölkerung entscheiden, ob sie es möchte, dass ihre Landesregierung und Städte wie Stuttgart und Freiburg eine antisemitische und antiisraelische Politik betreiben.

Mitarbeit: Carola Baseler

Benjamin Weinthal ist ein Korrespondent der Jerusalem Post.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Was tun gegen eine wahnhaftige Regierung?

Ist es Schizophrenie oder grobe Verantwortungslosigkeit? Robert Habecks Entscheidungen werden Deutschland die Energiesicherheit kosten und die Deindustrialisierung vorantreiben. Auch im Umgang mit Israel zeigt Deutschland schizophrene Symptome: Auf der einen Seite ist die Sicherheit Israels angeblich deutsche Staatsräson, auf der anderen Seite aber wird Mahmud Abbas, der nicht legitimierte „Palästinenserpräsident“ eines erfundenen Staates, der sich mittlerweile im 17. Jahr seiner 4-jährigen Amtszeit befindet, vom Bundeskanzler mit allen Ehren im Kanzleramt empfangen und darf auf einer gemeinsam mit dem Kanzler abgehaltenen Pressekonferenz unwidersprochen Israel des 50-fachen Holocausts bezichtigen. Dafür und trotz seiner Terrornähe wurde er auch noch mit 340 Millionen Euro finanzieller Subvention aus Deutschland belohnt. (JR)

Von Annette Heinisch/
Achgut.com

„Klinisch schizophren“ nannte ein Experte neulich das Verhalten unserer Regierung. Schizophrenie wird im Allgemeinen als Persönlichkeitsspaltung angesehen, was nicht ganz treffend ist: Menschen mit Schizophrenie leiden an einem Realitätsverlust, der zu Halluzinationen, Wahnvorstellungen, gestörtem Denken und ungewöhnlichem Verhalten führen kann. Manche Betroffene verlieren den Bezug zur Realität fast vollständig. Das krasse Auseinanderfallen zwischen (angeblichem) Wollen und (tatsächlichem) Handeln unserer Politik ist als Realitätsverlust und „ungewöhnliches Verhalten“ durchaus treffend beschrieben.

Ein gutes Beispiel dafür ist das Verhältnis zu Israel. Verbal steht Deutschland aber so etwas von total auf der Seite Israels, zwischen uns passt zumindest nach den öffentlichen Verlautbarungen kein Blatt. Die Sicherheit Israels ist sogar Teil der Staatsräson, sagte Kanzlerin Merkel einst. Aber der sogenannte Palästinenserpräsident Mahmud Abbas wird vom Bundeskanzler mit allen Ehren im Kanzleramt empfangen, mehr noch, er darf nicht nur unwidersprochen Israel des 50-fachen Holocausts bezichtigen, nein, er wird dafür auch noch mit 340 Millionen Euro belohnt. Hier eine „gespaltene Persönlichkeit“ der deutschen Politik zu vermuten, ist noch geschmeichelt.

Schon zuvor war kritisiert worden, dass Deutschland größte Anstrengungen unternimmt, die Feinde der Juden zu unterstützen. Karl Lagerfeld brachte es mit seinem unvergessenen Satz auf den Punkt: „Wir können nicht, selbst wenn Jahrzehnte zwischen den beiden Ereignissen liegen, Millionen Juden töten und Millionen ihrer schlimmsten Feinde ins Land holen.“

Dasselbe Verhaltensmuster ist bei der russischen Aggression gegen die Ukraine zu erkennen. Verbal wollen wir die Guten sein, diesmal auf der Seite der Ukraine und damit auf der richtigen Seite der Geschichte stehen, so Scholz in seiner Zeitenwenderede. „Als Demokraten, als Europäer stehen wir an ihrer Seite, auf der richtigen Seite der Geschichte.“

Wirklich? Am Maßstab der Realität gemessen, mithin des Handelns, stehen wir eindeutig wieder einmal auf der falschen Seite. Denn wie sagte Scholz im Februar? „Diese neue Realität erfordert eine klare Antwort. Wir haben sie gegeben: Wie Sie wissen, haben wir gestern entschieden, dass Deutschland der Ukraine Waffen zur Verteidigung des Landes liefern wird.“

Das mit den Waffenlieferungen ging so komplett in die Hose, dass der Deutsche Bundestag im April dieses Jahres ausdrücklich die Regierung



Droht eine Deindustrialisierung Deutschlands?

angewiesen hat, der Ukraine auch schwere Waffen und komplexe Systeme zu liefern, und zwar pronto. Und was ist tatsächlich passiert?

Nicht nur schizophren, sondern indiskutabel

Tatsächlich blockiert Scholz die Lieferung schwerer Waffen. Längst hätte die Ukraine sowohl Leopard 2- als auch Leopard 1-Panzer haben können und zusätzlich die Schützenpanzer Marder, diese stehen bei den Herstellern bereit. Aber die Regierung Scholz erteilt die Ausfuhrgenehmigung nicht.

Ein solches Verhalten ist nicht nur schizophren, es ist indiskutabel, denn wenn das Parlament einen „Befehl“ gibt – und genau das ist ein solcher Beschluss – dann muss dieser ausgeführt, das heißt exekutiert werden. Deshalb heißt die Regierung auch Exekutive, sie hat auszuführen, was das Volk, vertreten durch das Parlament, ihr aufträgt. Die Regierung ist sozusagen das Ross, das Parlament der Reiter. Nur bei absolutistischen oder totalitären Herrschern ist das anders. Da wird getan, was der Herrscher befiehlt, der Rest ist unwichtiger Zierrat. Nur zur Erinnerung: Deutschland ist eine Demokratie. Zumindest steht es so in der Verfassung.

Das Versagen der Hilfe für die Ukraine hat zur Folge, dass Friedensverhandlungen erschwert werden, denn Voraussetzung dafür wäre, dass Putin die Notwendigkeit solcher Verhand-

lungen sieht. Das ist dann der Fall, wenn für ihn der Preis des Krieges höher ist als der Preis des Friedens. Aber genau das soll wohl verhindert werden. So bliebe der Ukraine nur Unterwerfung. So wie wir uns fremden Kulturen unterwerfen sollen. Wie war das noch mal? „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“

Wer sich bisher fragte, wo die Regierung wirklich steht, ist nun schlauer.

Dass die linken Parteien Putin nach wie vor unterstützen, ist kein Geheimnis. Manche von ihnen wollen offenbar gemeinsam mit einigen Top-Managern auch weiterhin ordentlich an den russischen Energielieferungen verdienen. Sie warten gemeinsam mit Putin darauf, dass die Masse als sozusagen nützlicher Idiot darauf drängt, wieder russisches Gas und Öl fließen zu lassen, weil es angeblich nicht anders ginge. Leider, leider – so ein Pech aber auch! Praktischerweise kann man das Volk zugleich besser an die Kandare nehmen, indem man ihm Geld durch Umverteilung zukommen lässt. Es ist eine alte Weisheit, dass derjenige, der die Macht über die Lebenschancen besitzt, das Volk in der Hand hat.

Staatsabhängige Bürger, die willfährig sind

Die Grünen hingegen wollten unser Land immer schon deindustrialisieren, sie haben das stets ganz offen gesagt. Durch Verknappung des An-

gebots schießen nicht nur die Energiepreise durch die Decke, sondern Gas und Strom müssen wahrscheinlich zugeteilt werden. „Angebotsorientierte Stromversorgung“ heißt das. Man bekommt also Strom oder Gas, wenn man entweder reich oder ausreichend fügsam ist. Damit können die Grünen dasselbe erreichen wie die Sozialisten, nur auf anderem Weg, nicht durch Zuteilung von Geld, sondern von Energie: staatsabhängige Bürger, die willfährig sind.

Viele sind den Grünen und ihren Utopien auf den Leim gegangen. Deren totalitärer Kern wurde ignoriert oder sogar für gut befunden, denn schließlich ging es um das ganz große Gute. Da scheint so etwas gerechtfertigt. Haben wir in unserer Geschichte alles bereits mehrfach erlebt. Tja, und nun sind die Grünen gerade dabei, ihren endgültigen Sieg einzufahren.

Schon lange staunt der Laie und der Fachmann wundert sich, warum keine der Energiereserven unseres Landes auch nur angerührt wurde oder wird; warum sich die Regierung nicht bemüht, sämtliche Kohle- und Atomkraftwerke wieder in Gang zu setzen, bei denen das noch irgendwie realisierbar ist, damit so wenig Gas wie irgend möglich für die Stromproduktion verwendet werden muss. Ganz grundsätzlich steht man staunend vor dem Rätsel, warum nicht wirklich ernsthafte Bemühungen unternommen werden, sich nicht länger von Putin erpressen zu lassen.

Viele denken, der Politik gehe es ums Wohl des Volkes. Weit gefehlt. Politik ist ein Spiel um Macht, um Einfluss und um Geld. Dabei werden Worte zumeist benutzt, um Gedanken und Taten zu verbergen. Das ist nie anders gewesen, daher der Rat der Bibel: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.

Der gnadenlose politische Machtwille der Grünen zusammen mit finanziellen Interessen sind die Gründe, weshalb Deutschland, das auch jetzt kein Energieproblem haben müsste, durch gezielte Tätigkeit in den Abgrund gestürzt wird. Unternehmen machen Pleite oder wandern ab, Bürgern geht ihr Wohlstand verloren – alles wie gehabt in sozialistischen „Paradiesen“.

Wen kümmert schon Deutschlands Zukunft?

Hatten tatsächlich einige noch darauf gebaut, dass Robert Habeck einer der Vernünftigen sei, bestimmt zur Einsicht kommen und zumindest die letzten drei AKW am Netz lassen würde, sehen sie sich nun ihrer Illusionen beraubt. Habeck mag ein Meister der Verstellung sein, ein geschickter Illusionist, aber tatsächlich ist ihm sein Volk und das Wohlergehen seines Landes egal. „Pa-

triotismus, Vaterlandsliebe also, fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht“, so Habeck in seinem Buch „Patriotismus. Ein linkes Plädoyer“. Das mit dem Linkssein haben viele bei Habeck offenbar übersehen.

Nun hat Habeck entschieden, die letzten drei AKW vom Netz zu nehmen. Nur zwei sollen als Notreserve bereitstehen. Wer immer noch meint, es ginge um reale Gefahren und nicht nur um egoistisches Machtstreben, dem sei gesagt, dass das AKW, welches unwiderruflich vom Netz gehen soll, rein zufällig in Niedersachsen steht. Dort war am 9. Oktober 2022 Landtagswahl, da wollten die Grünen doch keine schlechten Karten haben. Wen kümmert schon Deutschlands Zukunft?

Der zweite Stresstest, den die Netzbetreiber 50Hertz, TenneT, Amprion und TransnetBW im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums durchgeführt haben, hat gezeigt, dass zur Sicherung der Versorgung alle drei Kernkraftwerke am Netz bleiben müssen. Nur zwei als Reserve reichen nicht und brauchen zu lange, um im Notfall hochzufahren. Habeck ist das bekannt und egal.

Das ist nicht mehr Dummheit. Das

ist auch nicht schizophren. Das ist eine sprachlos machende Verantwortungslosigkeit. Ein bekannter Ökonom schrieb mir: „Es ist offiziell: das Land soll vor die Wand gefahren werden und wird es auch.“ Er sieht, was viele sehen: Es ist reine Absicht.

Warum hasst Habeck, warum hasst unsere Regierung Deutschland und sein Volk so sehr? Was haben wir ihnen eigentlich getan?

Die Stuttgarter Erklärung soll nicht sein

Was tun? Voll ohnmächtiger Wut stellen sich viele derzeit diese Frage. Manche erinnern sich vielleicht an die Stuttgarter Erklärung, in der vor einigen Wochen 20 aktive Hochschullehrer den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke über den 31. Dezember 2022 hinaus forderten. Es sollte eine Petition daraus werden, vorzugsweise über den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, damit dieser die Petition behandeln muss, wenn mehr als 50.000 Unterschriften zusammenkommen.

Der Plan war gut – in der Theorie. Praktisch wurde versucht, die Petenten kaltzustellen. Der Mitinitiator Prof. Dr. André Thess teilte Folgendes mit:

Mit Schreiben vom 22. August 2022 (Posteingang 31. 08.) hat der Petitionsausschuss den Initiator Prof. Dr. André D. Thess wie folgt informiert: „Ihr Anliegen ist auch von anderen Petentinnen und Petenten an den Petitionsausschuss herangetragen worden. Nach den Verfahrensgrundsätzen des Ausschusses (...) wird in einem solchen Fall eine Petition zur sog. Leitpetition bestimmt und die übrigen Petitionen – dazu gehört auch Ihre – werden als Mehrfachpetitionen geführt. Die Leitpetition finden Sie auf der Internetseite des Ausschusses unter der ID- Nummer: 131809.“ Diese Petition wurde jedoch bereits geschlossen, weil sie mit ca. 2000 Unterzeichnern nicht die nötige Unterstützung erreicht hat.

So einfach geht das. Dachte sich zumindest der Petitionsausschuss. Man könnte es einen Skandal nennen, aber dieses Verhalten ist in vieler Hinsicht geradezu typisch für die politische Kultur Deutschlands im Jahr 2022. Die Initiatoren haben sich an die Obleute des Ausschusses gewandt und gegen die Entscheidung Einspruch eingelegt. Darüber soll bereits verhandelt worden sein, offenbar hatte der Einspruch Erfolg. Es kann also demnächst mitgezeichnet werden.

Bizarre deutsche Willkommenskultur: Migrationshintergrund als Qualifikationsmerkmal

Hannover will jede dritte neue Stelle mit Migranten besetzen. Ungeachtet der Qualifikation möchte die niedersächsische Landeshauptstadt die Quote um jeden Preis erfüllen und „mehr Mitarbeitende mit Migrationsbiografie“ nachweisen. Bereits Beschäftigte sollen nun sogar freiwillig ihre „Einwanderungshistorie“ offenlegen. (JR)

Von Daniel Weinmann/
reitschuster.de

In wohl keinem anderen Land dieser Welt genießen Einwanderer einen so hohen gesellschaftlichen Stellenwert wie hierzulande. Während die illegalen Einreisen auf einen neuen Rekord zusteigern, schlägt die Stadt Hannover ein neues Kapitel im Buch der bundesdeutschen Willkommenskultur auf.

Die niedersächsische Landeshauptstadt will – man könnte es kaum gendergerechter ausdrücken – „mehr Mitarbeitende mit Migrationsbiografie“. „Wir 2.0“, nennt sich der neue Integrationsplan der Stadt Hannover. Dort leben nach Angaben der Verwaltung zurzeit 39,2 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund im beschäftigungsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren. In der Verwaltung liegt deren Zahl aber nur bei 14 Prozent.

Grund genug, die Quote zu erhöhen. Mehr noch: Um die Migranten auch genug zu würdigen, enthält „Wir 2.0“ auch den Vorschlag, migrantische Unternehmen auszuzeichnen.

Das Grundgesetz scheint überflüssig geworden

Mit der Bezeichnung „Menschen mit Migrationsbiografie“ sind nach Angaben der Verwaltung nicht nur Menschen gemeint, die eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit haben und/oder im Ausland geboren sind. Sie umfasst Eingewanderte und deren Kinder, also Menschen, die entweder selbst in einem anderen Land als Deutschland geboren wurden oder die von Eltern abstammen, von denen mindestens ein Elternteil in einem anderen Land als Deutschland geboren wurde.

„Als Einwanderungsstadt ist Han-



Bisher haben etwa 14 Prozent der Mitarbeiter im Hannoveraner Rathaus einen Migrationshintergrund.

nover geprägt von den Menschen aus aller Welt. Diese Vielfalt trägt ganz wesentlich zu einer offenen Stadtgesellschaft bei“, unterstreicht der grüne Oberbürgermeister Belit Onay, „es ist mein Anspruch, dass wir gemeinsam dafür Sorge tragen, dass alle Hannoveraner hier gut, gerne und frei von Diskriminierung leben und diese Stadtgesellschaft gleichberechtigt mitgestalten können.“

Die integrationspolitische Sprecherin der SPD, Hülya Iri, sekundierte: „Heute ist ein historischer Tag, weil wir eine neue Zeit beginnen, da wir eine Teilhabe ermöglichen für Menschen, egal welcher Herkunft.“

Das Grundgesetz scheint obsolet geworden, denn dort steht in Artikel 33: „Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte.“ In Zeiten der offenen Grenzen und überbordenden Gutmenschentums ticken die konstitutionellen Uhren hierzulande offensichtlich anders.

Mehr Ergebnis gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund geht nicht

Die Väter der Verfassung würden sich angesichts der heutigen Herausforderungen im Grabe umdrehen, das Pro-

blem bei der Umsetzung der Migrantenquote im Hannoveraner Rathaus ist Realsatire pur: Die Landeshauptstadt weiß nicht einmal, wer von ihren Mitarbeitern einen Migrationshintergrund hat. Bisher wird nur die Staatsbürgerschaft erfasst. Nun sollen alle Mitarbeiter der Landeshauptstadt angeben, ob sie über eine Einwanderungshistorie verfügen. Hannover hofft, durch diesen Bauertrick die Quote nach oben zu treiben.

Die Umfrage ist – welch Gnade – freiwillig. Um möglichst viele Antworten zu erhalten, will der Oberbürgermeister diese Aktion fast hündisch ergebnishöchstselbst mit „motivierenden Botschaften“ begleiten. Mehr Ergebnis gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund geht kaum.

Alexander Lambsdorff sieht dies kritisch: „Liebe Kollegin, was passiert denn mit den anderen 2/3? Sind die für Bio – Deutsche reserviert? Das Ganze ist evident verfassungswidrig, wenn ich unser Grundgesetz richtig verstehe“, twitterte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion. Die Grünen-Politikerin Filiz Polat verweist auf den Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien. Darin habe man sich auf mehr Vielfalt geeinigt: „Eine ganzheitliche Diversity-Strategie mit konkreten Fördermaßnahmen, Zielvorgaben und Maßnahmen für einen Kulturwandel.“

Dieser Kulturwandel ist nur eine Facette dieser auf ihr Gutmenschen-Image bedachten Politik, die auch noch den kläglichen Rest des einstigen Wohlstands dieses Landes in Gefahr bringt.

Daniel Weinmann arbeitete viele Jahre als Redakteur bei einem der bekanntesten deutschen Medien. Er schreibt hier unter Pseudonym.

Der Israel-Komplex der Sozialdemokraten

Von Willi Brandt bis Olaf Scholz, die deutschen Sozialdemokraten haben ein gestörtes Verhältnis zu Israel. Im SPD-regierten Berlin fallen die Genossen notorisch mit ihrer Nähe zu Israel-Feinden auf. Nun hat die Senatskulturverwaltung ein Fest mit über 10.000 Euro aus öffentlichen Geldern mitfinanziert, das von Yakup Kilic moderiert worden ist. Kilic ist Vertreter des hiesigen Iran-Hauses, der Kulturabteilung des Mullah-Regimes, und hatte öffentlich den Tod des iranischen Terror-Generals Qassem Soleimani betrauert, der für Anschläge auf israelische und amerikanische Stützpunkte verantwortlich war. (JR)

Von Julian Marius Plutz

Von Willy Brandt bis zum mehr als problematischen „Rosenfest“ in Berlin, das die SPD regierte Bundeshauptstadt mitfinanzierte. Seit über 50 Jahren manifestiert sich bei den Sozialdemokraten ein gestörtes Verhältnis zum Staat Israel. Den Protagonisten scheint das wenig zu stören. Bis auf halbgeklärte Erklärungsversuche und verlogene Sonntagsreden selbsternannter Antisemitismusexperten ist auch in Zukunft nicht mit einer Kursänderung zu rechnen.

Berlin ist für vieles bekannt. Für die gemeine Currywurst nebst Museum, für kernige Ureinwohner und Klebekinder, für Verwaltungen, die ihre Bürger in den Wahnsinn treiben, aber auch für regelmäßige israelfeindliche Entgleisungen. Ob üble Schmähschmäh-Angriffe auf ein jüdisches Restaurant, die steten Angriffe auf Kippa-Träger oder der jährliche, unsägliche Al-Quds-Tag, in dem antisemitische Parolen zum guten Ton gehören. Unter diesem Stern stand auch das diesjährige „Rosenfest am Rosenanger“ in Berlin-Frohnau, das die Hauptstadt mit 10.229 Euro förderte.

Die Veranstaltung, die am 3. und am 10. September stattfand, moderierte Yakub Kilic. Dieser ist kein Unbekannter und scheint ein großer Fan von Qassem Soleimani zu sein. So heißt es in einem Video von Kilic über den iranischen General: „Einen Helden haben wir verabschiedet, er hatte ein Herz voller Glauben“.

Soleimani wurde am 4. Januar 2020 auf Befehl des damaligen US-Präsidenten Donald Trump mit einer Drohne getötet. Der Iraner galt als einflussreicher Machthaber innerhalb seines Landes, aber auch weit darüber hinaus. Seine dunkle Seite war bekannt. So ordnete er laut Israel in der Nacht vom 9. auf den 10. Mai 2018 Raketenangriffe auf ein israelisches Militär auf den Golanhöhen an. Der ehemalige US-Army General und ISAF-Kommandeur Stanley A. McChrystal bezeichnete ihn 2019 als „Irans tödlichen Puppenspieler.“

Scholz fragwürdige Glaubwürdigkeit

Immer wieder tritt Kilic als Moderator in Erscheinung. Zum Beispiel bei einem Vortrag mit dem Betreiber des islamistischen Internet-Portals „Muslim-Markt“, Yavuz Özoguz, dem Bruder der heutigen Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Aydan Özgüç (SPD). Muslim-Markt ist für seine Nähe zum iranischen Terrorregime bekannt. Außerdem betreibt die Webseite regelmäßig antisemitische Hetze und steht daher auf dem Radar des Verfassungsschutzes. Der Senat selbst flüchtet sich in Allgemeinplätzen. Es sei üblich, dass Projekte erst nach erfolgter Förderzusage in die Detailplanung gehen. Auch die Moderation von Yakub Kilic sei von den Veranstaltern nicht erwähnt worden. „Die Position des Kultursenators wie der Verwal-



Die Distanzlosigkeit der SPD zu Israel-Feinden ist schier symptomatisch.

terung ist ganz klar – Antisemitismus in jedweder Form lehnen wir kategorisch ab“, so der Sprecher weiter.

Umso fragwürdiger ist die Ernsthaftigkeit des Bundeskanzlers Scholz, was seine Haltung zum Atomabkommen mit dem Iran angeht. Am Rande des Staatsbesuchs von Israels Regierungschef Lapid in Berlin betonte der SPD-Politiker: „Wir sind uns alle völlig einig, dass es darum geht, dass der Iran keine Atombomben bekommt, dass er auch nicht die Raketen besitzt, um sie zu transportieren. Das ist das, was wir als großes Ziel miteinander verfolgen“. Der Iran habe die nötigen Zusagen nicht gemacht, sagte Scholz.

„Gemeinsame Ziele und Werte“ mit der Fatah

Doch wie glaubwürdig ist der Bundeskanzler, wenn seine Partei seit Jahrzehnten durch eine problematische Haltung bezüglich Israel auffällt? Als der damalige Kanzler Brandt (SPD) im Juni 1973 das Land besuchte, erklärte sich Premierministerin Golda Meir bereit, für einen Frieden mit Ägypten, die im Sechs-Tage-Krieg eroberten Gebiete zu räumen. Doch Brandt wollte nicht selbst nach Kairo reisen und schickte den Ministerial-

direktor des Auswärtigen Amtes, Lothar Lahn. Dieser sei jedoch vom Präsidenten und seinem Stab „regelmäßig abserviert“ worden. Offensichtlich fehlte Lahn die Bereitschaft, die Botschaft von Golda Meir mit Nachdruck zu überbringen. Die Historiker Tsoref und Wolffsohn kamen zum Ergebnis, dass es „eine, wenn nicht sogar die letzte Möglichkeit war, den Jom Kippur-Krieg zu verhindern.“ Für Brandt, so die beiden Historiker, habe der Sozialdemokrat „Israel als Störfaktor“ wahrgenommen.

Als Störfaktor würde sicher auch die Fatah das Land bezeichnen. Trotzdem hielt die damalige SPD-Generalsekretärin und heutige Chefin der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, nichts davon ab, in einem Papier mit der „palästinensischen“ Organisation „die gemeinsamen Ziele und Werte“ zu betonen. Die Fatah negiert das Existenzrecht Israels und war in der Vergangenheit an einigen Anschlägen beteiligt. In ein ähnliches Horn bliesen auch die Jusos, die die Fatah-Jugend als „Schwesterorganisation“ bezeichneten. In der entsprechenden Resolution aus dem Jahr 2020 werden die Themen „Grenzen und Siedlungsbau“ und „Besatzung

und Annexion“ eigene Zwischenüberschriften gewidmet, das Wort „Terror“ kommt jedoch in dem Papier nicht einmal vor. Dazu passt der Jusos-Vorsitzende Mohammed Baaquol, der vor wenigen Wochen gegen Israel wetterte, wie „Tichy“ berichtete.

Allgemeinplätze helfen nicht weiter

Auch der Vorgänger des jetzigen SPD-Vorsitzenden Klingbeil, Norbert-Walter Borjans, bewies sein gestörtes Verhältnis zum Staat Israel. Zwar sicherte der Sozialdemokrat dem Land weiterhin Waffen zu, jedoch nicht ohne Bedingungen: „Aber haben wir nicht dann auch den Anspruch, ein Stück gehört zu werden, wenn es darum geht, deeskalierend zu wirken, sich einer Zwei-Staaten-Lösung zu öffnen, Verhandlungen zu führen?“ Ist das der Anspruch der Sozialdemokratie, einem Land die Politik zu diktieren, weil man diesem Waffen liefert? Unvorstellbar – nicht nur in der heutigen Zeit, Stichwort Ukraine-Krieg, sondern generell. Diese Herrenreiterattitüde verbietet sich gegenüber einem aufgeklärten, selbstbewussten Land.

Aber dennoch werden Sozialdemokraten nicht müde, zu mahnen. „Die geschilderten Fälle zeigen, dass Antisemitismus in allen Lebensbereichen vorkommt und die Fälle zunehmen. Wir brauchen eine breitere öffentliche Wahrnehmung für Antisemitismus“, sagte der Extremismus-Experte der Bayern SPD Florian Ritter im Zuge des Berichts der Recherche- und Informationsstelle (RIAS). „Antisemitismus muss man entgegentreten, wo immer er auftritt. Es muss klar sein, dass verbale Angriffe in unserer Gesellschaft nicht toleriert werden. Die Bayern SPD-Landtagsfraktion verlangt schon seit langem die Stärkung demokratischen Engagements und der Zivilgesellschaft im Umgang mit menschenfeindlichen Ideologien. Das von uns geforderte Landesprogramm für Toleranz und Demokratie soll Menschen ermutigen, Antisemiten klar entgegenzutreten“, so Ritter weiter. Angesichts der jahrzehntelangen Entgleisungen sind solche Aussagen Hohn und Witz zu gleich. Die Partei sollte sich ehrlich machen und anerkennen, dass sie über Jahre das Problem verschleppt und verschleierte hat. Bedeutungsschwangere Worthülsen helfen hier nicht weiter, im Gegenteil: Sie zeigen die tiefe Unehrlichkeit und Ernsthaftigkeit, wie die SPD das Thema Israel und Judenfeindlichkeit angeht.

Doch danach sieht es nicht aus. Brandt, Özgüç, Borjans, Nahles, ein Vorsitzender der Jusos oder der rot-rot-grüne Senat. Immer wieder eckt die Sozialdemokratie an, wenn es um das Thema Israel geht. Halbgeklärte Entschuldigungen und Allgemeinplätze helfen hier nicht weiter und ändern nichts an einer 50-jährigen antiisraelischen Geschichte, die das ach so moralisch sattelfeste Image der SPD nach außen beschädigt.

33 Jahre nach dem Mauerfall: Déjà-vu des Sozialismus

Wer hat sich nach dem Mauerfall 1989 eigentlich wem angeschlossen? Die DDR der BRD oder umgekehrt? Mittlerweile haben die Erben der SED mit den West-68ern dieses Land übernommen. Die Transformation der sozialen Marktwirtschaft in eine ökosozialistische Zwangswirtschaft, ist trotz des grandiosen Untergangs des Ostblocks und des Sozialismus am Ende des letzten Jahrhunderts, erneut im vollen Gange: Auch die Kommunisten sind wieder da, diesmal in grün. (JR)

Von Gunter Weißgerber

Vor 33 Jahren genehmigte Gorbatschow den Ostdeutschen, die Mauer Richtung Westen einzudrücken. Vorausgegangen war die Sowjetniederlage im Kalten Krieg, die zur Aufhebung der Breschnew- und der Verkündung der Sinatra-Doktrin seitens der Sowjetunion führte. Jeder Staat möge seinen eigenen Weg gehen, lautete die historische Erkenntnis in Moskau.

Die Mehrheit der Ostdeutschen entschied sich, die gewonnene Freiheit in der Deutschen Einheit und damit in EWG (das war die nicht linksgrünideologisch gesteuerte EU bis 1992) und NATO dauerhaft abzusichern. Wirtschaftspolitisch wollte diese Mehrheit die Ablösung der systembedingt ineffizienten Kommandowirtschaft durch die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. „Nie wieder Sozialismus!“ bedeutete nicht nur „Nie wieder Unfreiheit!“ sondern auch Partizipation an einer funktionierenden, die Kreativität ermöglichenden Marktwirtschaft nach den Vorstellungen Ludwig Erhards. Der demokratische Staat gibt den Rahmen vor und mischt sich nicht geschäftsführend ein. So die Idee und die Ostdeutschen wussten aus persönlicher Erfahrung, der Staat kann Wirtschaft nicht.

Die neuen Sozialdemokraten in der DDR gossen diese Erkenntnis sogar in eiserne Lettern ihres Parteiprogramms vom Februar 1990: »Der von der Politik gesetzte Rahmen wird immer variabel sein müssen. Denn den Gang der Geschichte können wir nicht voraussehen. Wir können und wollen über die Absichten und Entschlüsse anderer Menschen nicht verfügen, sondern erhalten über sie Aufschluss nur durch die Erfahrung und den offenen, unabschließbaren Dialog.«

Lang ist es her. Schon mit der Fusion von West-SPD und Ost-SPD im September 1990 landete dieser heroische Anspruch in der Tonne. Inzwischen würde dieser Beschluss selbst in der heutigen Union nicht mehr verstanden werden. Deutschland wurde seitdem nicht klüger. Eher bliebe zu fragen, wer sich wem 1990 anschloss. Die SED ließ 1989 den Staat sausen, um die Partei und ihre Gesellschaftsvorstellungen in die kommende Einheit zu retten. So stellte das Erich Loest fest. 2022 könnte despektierlich gesagt werden, die Bundesrepublik wurde um das Gebiet der kleineren DDR größer, die veröffentlichte Meinung der Bundesrepublik wurde im Gegenzug von den Erben der SED im Verbund mit den West-68ern übernommen. Was seit geraumer Zeit am stark eingegengten Meinungskorridor und Wahlergebnisrückholungen in Thüringen samt Schummelwahlen in Berlin deutlich erleidbar ist. Die Kommunisten sind wieder da, nun in grün.

Sozialismus mit Westgeld

Zwischen Mauerfall 1989 und Volkskammerwahl 1990 brachte die DDR-Erhaltungsfront um Modrow, Gysi, auch



Der Sozialismus kommt heute durch die Hintertür der „Haltungspolitik“.

viele Grüne waren mit dabei, einen ominösen „Dritten Weg“ ins Spiel. Nicht der Kapitalismus der Bundesrepublik, nicht die Kommandowirtschaft der DDR sollten Retter in der SED-DDR-Not sein, sondern was dazwischen – eine sozialistische DDR mit Westgeld. SED und Amt für nationale Sicherheit (vormals MfS) hätten ihren Staat behalten. Die sowjetischen Streitkräfte im Land wären heute Putins Truppen.

Die Leute rochen den Braten und gaben ihre Stimmen vor allem den Parteien der Einheit, die sich nur im Weg dahin unterschieden. Die Mehrheit der Ostdeutschen von 1990 war klüger und

rungen machen zu wollen. Jetzt erneut. Was früher „Etappen auf dem Weg zum Kommunismus“ waren, sind heute Energie-, Verkehrs-, Agrar-, Zuwander- und Geschlechterwende. Das Ziel ist dasselbe: Der neue Mensch in neuer Umgebung. Keine Sorge, daraus wird nix. Nur die Schäden an Leib, Leben und Existenzsicherungsmöglichkeiten sind sicher wie das Amen in der Klima-Kirche.

In der DDR wurde alles geplant und bilanziert. Jede Schraube, jedes Werkzeug, jedes Fahrrad, jeder Rot- und Weißkohl, jeder Trabbi und Wartburg, jede Tonne Kohle, wie die Gesellschaft funktionieren soll, wer Freund, wer Feind ist und

weis gefällig? Siehe die Landtagswahlen vom 9. Oktober 2022 in Niedersachsen. Ob das nach den kommenden Energie-rechnungen, nach dem dramatischen Absturz der Wirtschaft der kommenden Monate noch so bleibt?

Die Transformation der sozialen Marktwirtschaft in eine ökosozialistische Zwangswirtschaft ist im vollen Gange. Der Staat schreibt vor, wer welche Energie zu welchen Preisen nutzen und wer welche Fortbewegungsmittel zu welchem Zweck nutzen darf, welche Ansprüche an Lebensgewohnheiten, Ernährung und Existenzsicherung geduldet werden, welche Industrien gefördert werden und welche sich zu verabschieden haben. Waren vor wenigen Jahren noch wichtige Fragen in Wahlkreis-Konferenzen zu Bundestagswahlen Sicherheit und Schaffung von Arbeitsplätzen so dreht sich heute alles um die Verhinderung einer umstrittenen Katastrophe in 100 Jahren. Das Hier und Heute wich dem unbekannteren Übermorgen. Wenn es dem Esel zu gut geht, geht er aufs Eis.

Selbstgemachte Energiekrise

Dabei wird gelogen, dass sich die grünen Balken biegen. Ein grünlinkes Hauptziel seit Jahrzehnten sind Höchstenergiepreise. Die haben wir jetzt. Auch ohne den russischen Überfall auf die Ukraine. Der Krieg verschlimmert alles, doch die Ursache für die energetisch damit wirtschaftlich katastrophale Situation Deutschlands, ist er nicht! Sämtliche Energieverteuerungsorgane seit dem Seebeben vor Fukushima brachten und bringen den Wirtschaftsstandort Deutschland in schwerste Bedrängnis. Den bisher zwei zerstörerischen CO²-Steuerstufen soll beispielsweise demnächst die dritte folgen. An Deutschlands Talfahrt dreht allein die deutsche Politik.

Deutschland besitzt Erdgas für mindestens 50 Jahre. Wir benötigen damit weder Gas aus dem Osten noch aus Übersee. Unsere Kohlevorräte reichen noch Jahrhunderte. Atomenergie könnte beinahe unbegrenzt genutzt werden. Zusätzlich können volatile Energieträger wie Sonne und Wind ihren Beitrag leisten. Deutschlands Energieprobleme sind hausgemacht. Wichtige Stimmen im Ausland bescheinigen uns die „dümmste“ Energiepolitik der Welt. Wer wollte da ernsthaft widersprechen?

Der Mauerdurchbruch 1989 war ein Segen und ein Gewinn für Millionen Deutsche. Heute stellt sich die Frage, wann wir in der Einheit falsch abgebo-gen sind? War es schon Rot-Grün 1998 oder das Kabinett Merkel I 2005?

Das Salonfähig-machen der SED-Nachfolger durch SPD und Grüne ab 1994 beginnend mit dem sogenannten „Magdeburger Modell“ (Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung durch die PDS) bereitete den Boden für alles Kommende. Die Gesellschaftsarchitekten und Volkskontrolleure durchdrangen die bundesdeutsche Gesellschaft.

„ Sozialismus ist gleichverteilte Armut und bedarf Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl und Wahrheits- und Überwachungsministerien. “

fiel nicht auf die Leimspur rein. Sozialismus ist gleichverteilte Armut und bedarf Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl und Wahrheits- und Überwachungsministerien. Gemäß dieser Lehre hatten Ulbricht und Honecker alles richtig gemacht. Ihr Fehler lag im System, was sie nicht erkennen konnten. Das Scheitern von Sozialismus und sozialistischer Wirtschaftslenkung war vorprogrammiert.

33 Jahre später haben viele Deutsche die Lektion der Ostdeutschen vergessen. Die heroische illusionäre Aufgabe unserer Zeit heißt nicht mehr „Aufbau des Sozialismus und Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, sondern „Transformation in das grünsozialistische Paradies des ‚Club Of Rome‘“.

Bekanntlich führte der Weg in irdische Paradiese bisher immer durch Lager. Jede Generation scheint eigene Erfah-

wer nicht für den Sozialismus war galt als Friedensfeind. „Der Sozialismus braucht Busse und Straßenbahnen, keine Autos“ war ein Bonmot in den 60ern. Passend dazu ein Satz über dem Eingang eines brandenburgischen Lebensmittelladens „Was wir nicht haben, das brauchen Sie nicht“ (gefunden bei Dieter Max Moor).

Mangelwirtschaft damals und heute

Beide Sätze, der mit den Bussen und Straßenbahnen und der mit dem, was wir nicht brauchen, weil es nicht da ist, sind aktueller denn je. Ein Wimpernschlag der Zeitgeschichte, drei Jahrzehnte, und die bundesdeutsche Transformationsregierung füllt den Klamauk ohne Not wieder mit Leben. Nun nicht mehr für 17 Millionen Ostdeutsche, sondern für alle Eingeborenen der Bundesrepublik. Das Erstaunliche, die machen das weitgehend (noch?) freiwillig mit. Be-

Auf einem Auge blind: Regierung blendet die Gefahr des Islamismus aus

Die Fokussierung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser auf ausschließlich rechts macht sie offensichtlich blind für die Gefährdung, die von islamischen Hardlinern ausgeht. Die Konsequenz dieses links-grünen Zeitgeistes ist die Auflösung des Expertenkreises Politischer Islamismus, der das Innenministerium bislang beratend flankierte. Damit versagt die Regierung all jenen die Unterstützung, die am stärksten vom Islam bedroht sind: Frauen und Juden. Auch im angekündigten „Demokratiefördergesetz“, mit dem die Koalition die Leitlinien für eine Bekämpfung von Extremismus festlegen will, kommt der Islamismus als Bedrohung nicht vor. (JR)

Von Boris Reitschuster/
reitschuster.de

Verfolgt man die politische Agenda von Bundesinnenministerin Nancy Faeser aufmerksam, so kommt man zu dem Schluss, dass die Sozialdemokratin vor allem drei Prioritäten hat: „Kampf gegen Rechts, Kampf gegen Rechts und Kampf gegen Rechts“. Die SPD-Linke, die gegen Linksaußen wenig Abgrenzungshemmungen hat, wirkt völlig fixiert auf alles, was sich nicht dem linksgrünen Zeitgeist unterordnet. Und was sie deshalb als „rechts“ definiert – was im neudeutschen Sprachgebrauch gleichbedeutend mit „rechtsradikal“ ist, wenn nicht gar „Nazi“.

So wortgewaltig Faeser beim „Kampf gegen Rechts“ ist und so gewaltig die Summen sind, die sie dafür – und damit faktisch für die Bekämpfung von Regierungskritik – zur Verfügung stellt, so kleinlaut sind die Ministerin und ihr Haus, wenn es um Islamismus geht. So soll nun offenbar der Expertenkreis Politischer Islamismus im Ministerium aufgelöst werden. Mitglieder des Gremiums jedenfalls teilten der halb-offiziellen Deutschen Presse-Agentur, die immer mehr an stramm auf Linie befindliche Nachrichtenagenturen in autoritären Staaten erinnert, sie hätten eine entsprechende Meinung von der Abteilung Öffentliche Sicherheit des Ministeriums erhalten. Demnach besteht an „einer Verstetigung der gemeinschaftlichen Tätigkeit des Expertenkreises“ kein Interesse mehr. Dabei wurde das Gremium erst im Juni 2021 aus der Taufe gehoben – als noch Horst Seehofer (CSU) Innenminister war. Der beugte sich zwar auch stark dem linksgrünen Zeitgeist, aber er weigerte sich, bei der Wachsamkeit gegenüber Gefahren ausschließlich nach „rechts“ zu blicken.

Vorgeschobene Argumente?

Das Ministerium wollte zu Gründen für seinen Schritt keine Angaben machen. Ein Mitglied des Rates, der Würzburger Staatsrechtler Kyrill-Alexander Schwarz, sagte der „Bild“, das Gremium sei ohne



Vernachlässigt Innenministerin Nancy Faeser die islamistische Gefahr?

hin nur für ein Jahr angelegt gewesen. Dennoch habe er aber den Eindruck, bei der anvisierten Auflösung handle es sich um eine „politische Entscheidung“, wie die „JF“ schreibt – und ihn mit einer in einem kleinen Kniefall versteckten Kritik an der Regierung zitiert: „Die Fokussierung von Bundesinnenministerin Faeser auf den Rechtsextremismus halte er zwar nicht für falsch, andere relevante Phänomene dürften aber deshalb nicht vernachlässigt werden. Sparzwänge als Ursache für die Einstellung der Arbeit sieht Schwarz nicht. Für die Teilnahme an den meist virtuellen Sitzungen hätten die Mitglieder kein Geld bekommen.“

Der CDU-Bundestagsabgeordneter Christoph de Vries sieht die Entscheidung dem Bericht zufolge als „vorläufigen Höhepunkt einer Politik des Weg-

sehens und der Ignoranz gegenüber dem Islamismus als demokratiegefährdendem Phänomen“. Und CDU-Bundesvize Carsten Linnemann sagte demzufolge, man könne nur hoffen, „dass uns diese Naivität nicht eines Tages böse auf die Füße fällt“.

Dass sich die Bundesregierung mit der Entscheidung selbst unglaubwürdig mache, wo sie doch ständig von der Bekämpfung von Diskriminierung spreche, findet die Islamismus-Expertin Rebecca Schönenbach. Der „Bild“ sagte sie: „Leider scheint das Innenministerium unter Frau Faeser dabei zu übersehen, dass gerade Musliminnen durch Islamisten diskriminiert werden.“

Importierter Hass

Besonders pikant: Gerade erst wurde bekannt, dass wohl ein Asylbewerber aus der russischen Teilrepublik Tschetschenien, die für ihren radikalen Islam bekannt ist, auf dem Christopher Street Day in Münster den Trans-Mann Malte C. ins Koma geprügelt und dadurch getötet hat. In den Medien wird der Mann als „Russe“ bezeichnet; er ist zwar russischer Staatsbürger, aber offenbar Tschetschene. Gerade das islamische Tschetschenien ist dafür bekannt, dass die Feindlichkeit gegen Menschen „mit nicht traditionellen sexuellen Orientierungen“, wie es in Russland heißt, enorm ist.

Wenn nun ausgerechnet das Gremium aufgelöst werden soll, das die Strategien von Islamisten analysieren und Vorschläge zu Gegenmaßnahmen liefern sollte, wirkt das geradezu grotesk. „Damit versagt die Bundesregierung

ausgerechnet jenen den Schutz, die ihn dringend benötigen“, so Schönenbach im Gespräch mit der „Bild“ weiter. Neben Frauen würden vulnerable Gruppen wie Jugendliche „Islamisten überlassen, die versuchen werden, möglichst viele zu radikalisieren“.

Auch im Diskussionspapier vom Familien- und Innenministerium zum angekündigten „Demokratiefördergesetz“, mit dem die Koalition die Leitlinien für eine Bekämpfung von Extremismus festlegen will, kommt der Islamismus als Bedrohung nicht vor, wie die „JF“ beklagt: Bisher würden in diesem Zusammenhang lediglich „Islam- und Muslimfeindlichkeit“ genannt. Dabei warnt das Regierungspapier indes vor „Herausforderungen durch die Corona-Pandemie“: „Die Verbreitung von Verschwörungsideologien, eine sich zunehmend radikalisierende Szene gegen die öffentlichen Corona-Maßnahmen“, „neue Bündnisse zwischen radikalisierten Milieus“ sowie „Hass und Hetze im Internet“ würden immer weiter zunehmen.

Diese Entwicklung macht sprachlos. Es handelt sich ganz offensichtlich um eine Vogel-Strauß-Politik: Weil die Realität der rotgrünen Ideologie, über die ein Helmut Schmidt nur den Kopf schütteln würde, widerspricht, koppelt sich die Regierung noch weiter von dieser Realität ab. Und malt dafür völlig überzeichnete Gefahren an die Wand – indem sie gesetzestreue, demokratische Bürger, die ihre Corona-Politik kritisieren, als Gefährder hinstellt. Lange kann diese Politik gegen die Realität nicht gut gehen.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

9. November: Tag der Hoffnung, Abend der Freiheit, Nacht der Verzweiflung

Kein anderes Datum hat die deutsche Geschichte derart nachhaltig geprägt, wie der 9. November. Ob Novemberrevolution, Reichspogromnacht oder Mauerfall, dieser Tag war für Millionen von Menschen in Deutschland ein Schicksalstag. (JR)

Von Julian Marius Plutz

„Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind.“ Das waren die Worte des Reichskanzlers Max von Baden, der von Wilhelm II. in das Amt geholt wurde und nun gehen musste. Später gründete er zusammen mit Kurt Hahn und Max Reinhardt die reformpädagogisch ausgerichtete Internatsschule Schloss Salem, die wenig später Prinz Philip, der Gemahl von Königin Elisabeth II. besuchen würde. Staatspolitisch spielte Max von Baden seither keine Rolle mehr.

Doch die Tage davor waren turbulent. Der Kieler Matrosenaufstand wenige Tage zuvor löste die Novemberrevolution aus. Die Unzufriedenheit des Volkes über das Kaiserreich schwappte auf die Straße. In Bayern stürzte Kurt Eisner die Dynastie der Wittelsbacher. Dadurch wurde der Bundesstaat zum Freistaat, also zur Republik; als erstes deutsches Territorium.

Eisner gehörte der SPD an, die sich zwei Jahre zuvor von der Mutterpartei abgespalten hatte. Zu wenig links, zu wenig radikal gaben sich die Herren um Friedrich Ebert. Die USPD wiederum bildete den Spartakusbund, eine extremistische Brigade, die auch nicht vor Gewalt zurückschreckte. Später sollte die SA, der bewaffnete Arm der NSDAP, die größte Konkurrenz sein.

Alle Kräfte sollten gegen die Juden gebündelt werden

Vierzig Jahre später begannen Bürger der DDR, ihren Staat abzuwickeln. Die Mauer, die mit Strom aus dem Kernkraftwerk Greifswald versorgt wurde, fiel am 9. November 1989. Die Öffnung der Mauer war die denklogische Folge der montäglichen Proteste, denen sich Woche für Woche immer mehr Menschen angeschlossen hatten. Der Druck auf die Bosse stieg. Der damalige erste regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, wird später zu Protokoll geben, dass die Vorbereitung einer kontrollierten Öffnung bereits im Oktober begonnen hatte.

Das Ziel der SED war der Dezember. Dies wusste Momper aus einem Gespräch mit dem Chef der Ost-Berliner SED, Günter Schabowski und Erhard Krack, seines Zeichens Oberbürgermeister im Ostteil der geteilten Stadt. Doch die Bürger der DDR hatten keine Zeit mehr. Sie wollten jetzt und sofort ihre Freiheit. Sie hatten die ewigen Versprechen der SED satt. Ihre Lügen, die sie in gedruckter Form in den Zeitungen, von „Neues Deutschland“, bis „Junge Welt“ lesen mussten, ließen keinen Zweifel, dass es nur eine Parole geben kann: „Die Mauer muss weg!“

In Würzburg, wie auch in vielen anderen Städten Deutschlands, waren 1938 die Planungen der Ausschreitungen Chefsache. Für Mainfranken war der NSDAP-Kreisleiter Xaver Knaup



Zerstörtes jüdisches Geschäft in Berlin, November 1938

zuständig, ein Mann voller Taten drang, die Reichspogromnacht am 9. November 1938 für seine Karriere ein unvergessenes Erlebnis zu machen. Also bestellte er alle Ortsgruppenleiter zum Befehlsempfang in den Wohnsitz des Gauleiters, der Villa Mandelbaum, die einst dem jüdischen Apothekers Max Mandelbaum gehörte. Alle Kräfte sollten gebündelt werden, um jüdische Geschäfte und Wohnungen zu zerstören.

Den Kommunismus in Deutschland verhindern

Zwar regte Knaup an, dass Gewalttaten und Plünderungen zu vermeiden seien. Doch seine halbgeare Aussage hinderte die Horde nicht daran, genau das zu tun. Durch die nationalsozialistische Erziehung und Propaganda bekamen die teilweise noch jungen Täter die Judenfeindlichkeit mit der Muttermilch. Angehörige von SA und SS komplettierten die Novemberpogrome.

Besonders betroffen waren jüdische Geschäfte in der Semmelstraße, Domstraße, Eichhornstraße und Schönbornstraße. Die Nazis zerstörten u.a. die gesamte Einrichtung nebst Fenster der Hauptsynagoge in der Dommerschulstraße. Die Synagoge in Heidingsfeld, ein Stadtteil von Würzburg, wurde komplett niedergebrannt.

Zurück zum 9. November 1918. Beim Mittagessen im Reichstag ging das Gerücht um, ein gewisser Karl Liebknecht wollte in Kürze die Räterepublik ausrufen. Wollte die Sozialdemokratie das Heft in der Hand behalten, musste sie jetzt agieren und die Linken mit ihren kommunistischen

Ideen in die Schranken weisen. „Jetzt heißt es, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, sonst gibt es doch anarchistische Zustände im Reich“, rief Philipp Scheidemann, SPD.

Schabowski mit dem historischen Fehler

Scheidemann galt, im Gegensatz zu Friedrich Ebert, als herausragender Rhetoriker. Er konnte Massen bewegen und Menschen begeistern. Kurz nach 14 Uhr trat er, „zwischen Suppe und Nachspeise“, wie er später sagen wird, an das zweite Fenster des ersten Stockwerks nördlich des Hauptportals vom Reichstagsgebäude und rief nichts weiter als die Republik aus. Ebert indes kochte vor Wut und stellte seinen Genossen zur Rede. Doch Scheidemann sah sich im Recht, wollte er doch den Kommunisten zuvorkommen, während Friedrich Ebert die Entscheidung über Deutschlands künftige Staatsform der Nationalversammlung vorbehalten wollte.

Früh am Morgen zum 9. November 1989, noch bevor so manch einer seinen ersten Kaffee verdaut hatte, erhielt Oberst Gerhard Lauter, Hauptabteilungsleiter für Pass- und Meldewesen im Innenministerium der DDR, den Auftrag, ein neues Reisegesetz auszuarbeiten. Der Entwurf, der zusätzlich auch die Gestattung von Besuchsreisen beinhaltete, wurde noch am selben Tag an den Ministerrat weitergeleitet, vom Politbüro bestätigt und noch am selben Tag bis 18 Uhr gebilligt. Allerdings wurde erst am 10. November um 4 Uhr die Gesetzesänderung als Übergangsregelung über die staatliche Nachrichtenagentur ADN veröffent-

licht.

In der Hektik passieren die meisten Fehler. So legte das Justizministerium der DDR am 9. November noch Widerspruch ein. Parallel dazu wurde die Ministerratsvorlage am Nachmittag des Tages im Zentralkomitee behandelt und abgeändert. Per Handschrift übergab der Vorsitzende Egon Krenz an das Politbüro-Mitglied Günter Schabowski die Gesetzesvorlage. Krenz Fehler: Über die beschlossene Sperrfrist bis 4 Uhr morgens informierte er Schabowski nicht, der bei den vergangenen Beratungen nicht anwesend war.

Der Rest ist Geschichte. „Ab wann tritt das in Kraft? Ab sofort?“ antwortete Schabowski dann um mit dem Verlesen des ihm von Krenz zuvor übergebenen Papiers: Auf die erneute Zwischenfrage des BILD-Zeitungsreporters Peter Brinkmann: „Wann tritt das in Kraft?“ antwortete Schabowski mit den Worten, die viele mit dem 9. November 1989 verbinden: „Das tritt nach meiner Kenntnis – ist das sofort, unverzüglich.“ Westdeutsche Medien verbreiteten unverzüglich, dass die Mauer offen sei, was zu dem Zeitpunkt noch nicht der Fall war. Doch das sollte sich rasch ändern.

Es gibt keine Hoffnung ohne Verzweiflung

Allein in Würzburg starben in der Reichspogromnacht vier Menschen. Der Weinhändler Ernst Lebermann, der im ersten Weltkrieg noch für Deutschland gekämpft hatte, wurde vor seinem Haus unter der Leitung des Ortsgruppenführers Martin Neff in der Scheffelstraße derart misshandelt, so dass er noch in der Nacht einen Schlaganfall erlitt und starb. Im direkten Zusammenhang der Tat stehen die Selbstmorde von Frau Friedmann, Frau Katzmann und Frau Rosenthal.

Die Reichspogromnacht, euphemistisch von den Nazis Reichskristallnacht genannt, gilt als Startschuss für die deutsche Judenverfolgung. Nicht nur in Würzburg und auch nicht nur in Großstädten, sondern überall im Land. Der 9. November 1938 legitimierte moralisch die Höllenlager von Auschwitz-Birkenau. Spätestens jetzt war der Geist uneinbringlich aus der Flasche. Man schätzt, dass bis zu 1500 Juden in dieser Nacht ihr Leben ließen.

Der 9. November ist wahrscheinlich der geschichtsträchtigste Tag in der deutschen Geschichte. In gerade einmal 100 Jahren ereigneten sich Hoffnungsvolles, wie der Ausruf der Republik und der Fall der Mauer. Andererseits legten die Nazis mit dem 9. November 1938 den Grundstein für die Shoah. Es gibt keine Versöhnung mit diesem Tag, so wie es eine Heilung der Ereignisse durch andere geschichtliche Vorfälle gibt. Es bleibt die richtigen Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, was zugegebenermaßen und angesichts steten Judenhasses nicht leicht ist. Doch es gibt keine Hoffnung ohne Verzweiflung. In Gedenken an die Opfer vom 9. November 1938 soll die Hoffnung siegen.

Seegrenze und Gasfelder: Israels gefährliche und fahrlässige De-facto-Kapitulation vor der Hisbollah

Die Hisbollah feiert das Seeabkommen zwischen Israel und dem Libanon als Sieg. Israels unhaltbare Regierung unter Premierminister Jair Lapid und Verteidigungsminister Benny Gantz haben ohne jedes Erfordernis, ein Abkommen unterzeichnet, das Israel erheblich schadet, seine Seegrenze grundlegend verändert und das Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer ohne echte Gegenleistung dem von der Hisbollah kontrollierten Libanon überlässt. Damit fließen in Zukunft Milliarden Dollar an die iranischen Mord-Söldner im Libanon – eine verheerende Katastrophe für die Sicherheit des jüdischen Staates. (JR)

Von Caroline Glick/JNS.org

Einen Monat vor den Knessetwahlen trieb die geschäftsführende Regierung unter Premierminister Yair Lapid und Verteidigungsminister Benny Gantz mit Hochdruck ein Seeabkommen mit einem feindlichen Staat voran, das Israel auf ewig verpflichten soll. Das Abkommen über die ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ), das Israel mit dem von der Hisbollah kontrollierten Libanon abschließt, wird Israels Seegrenzen grundlegend verändern, dem jüdischen Staat Dutzende von Milliarden Dollar vorenthalten, die stattdessen an eine von der iranischen Fremdenlegion Hisbollah kontrollierte Regierung fließen werden, und die Hisbollah und den Iran zu Akteuren im östlichen Mittelmeer machen.

Über das fragliche Abkommen wird seit mehr als einem Jahrzehnt verhandelt.

Im Jahr 2010, als die Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer von Israel, Zypern, Griechenland und Ägypten zügig erkundet und erschlossen wurden, unterzeichnete Israel Abkommen mit seinen Nachbarn, um die Grenzen der AWZ jedes Staates festzulegen. Da Israel und Libanon verfeindete Staaten sind, handelte Israel kein Abkommen mit dem Libanon aus. Der Libanon handelte jedoch ein Abkommen mit Zypern aus, in dessen Rahmen er eine Linie zog, die die südliche Grenze seiner Meeressgewässer abgrenzte.

Israel akzeptierte die libanesische Linie und übermittelte den Vereinten Nationen die Grenzen seiner maritimen Wirtschaftszone auf der Grundlage des libanesisch-zyprischen Abkommens und des bilateralen Abkommens, das es mit Zypern geschlossen hatte.

Da die Hisbollah das Existenzrecht Israels ablehnt, überraschte der von der Hisbollah kontrollierte Libanon niemanden, als er sofort Einspruch gegen die israelische Karte erhob, obwohl diese auf der eigenen Grenzziehung des Libanon beruhte.

Der Libanon forderte 854 Quadratkilometer der Mittelmeergewässer, die formal zu Israel gehörten. Die libanesische Forderung beinhaltete die vollständige Kontrolle über das riesige Qana-Erdgasfeld, das zu einem großen Teil in israelische Gewässer reicht. Fred Hoff, der damals als Beauftragter der Obama-Regierung für das östliche Mittelmeer fungierte, schlug einen Kompromiss vor, der rund 55 Prozent des Gebiets dem Libanon zugesprochen und 45 Prozent unter israelischer Souveränität belassen hätte.

Der von der Hisbollah kontrollierte Libanon lehnte das Abkommen ab, und so dauerten die Verhandlungen mehr oder weniger bis zum vergangenen Juli.

In der Zwischenzeit begann Israel mit der Erschließung des Karish-Gasfeldes, das sich allem Anschein nach in seiner AWZ befindet. Karish sollte letzten Monat in Betrieb genommen werden, doch im Juli drohte Hisbollah-Chef Hassan



Das Erdgasfeld Leviathan ist ein submarines Erdgasfeld vor der Küste Israels.

Nasrallah damit, Karish anzugreifen, sollte Israel vor einer Einigung mit dem Libanon mit der Förderung beginnen. Daraufhin griff die Hisbollah Karish mit vier Drohnen an, die von den israelischen Verteidigungskräften abgefangen wurden.

Geld für den Libanon ist Geld für die Hisbollah

Aus Angst vor der Hisbollah verzögerte Israel den Beginn der Arbeiten in Karish, anstatt Vergeltung für die Aggression der Hisbollah zu üben. Zusätzlich schritt der Abgesandte der Biden-Regierung, Amos Hochstein, ein. Wie der Libanon-Experte Tony Badran von der Foundation for Defense of Democracy ausführlich dokumentiert hat, ist die Regierung Biden fest entschlossen, dem Libanon so viel Geld wie möglich zu geben – wohl wissend, dass Geld für den Libanon auch Geld für die Hisbollah ist. Der Wunsch der Regierung, einen von der Hisbollah/Iran beherrschten Staat zu bereichern, geht auf das zurück, was Badran und Michael Doran vom Hudson Institute im Mai 2021 als das übergreifende Ziel beschrieben haben, die Vereinigten Staaten von ihren traditionellen Verbündeten – Israel und den sunnitischen Staaten – weg und hin zum Iran zu führen.

Während seines Besuchs in Israel im Juli, nur wenige Tage nach den Drohnenangriffen der Hisbollah auf Karish, erhöhte Biden den Druck der USA auf Israel, ein Abkommen mit dem Libanon zu schließen und so der von der Hisbollah kontrollierten libanesischen Regierung zu ermöglichen, Milliarden von Dollar an Gaseinnahmen aus dem Qana-Feld zu erzielen. Seitdem hat sich der Druck der USA nur noch verstärkt.

Anstatt der Regierung die Stirn zu bieten und sich einem Abkommen zu widersetzen, das die Hisbollah sowohl wirtschaftlich als auch strategisch auf Kosten Israels stärkt, gab die Regierung Lapid-Gantz nach. Als Chef der geschäftsführenden Regierung begannen Lapid und seine parteiische Untergebene, die Energieministerin Karine Elharar, einen von den USA vermittelten Verhandlungsmarathon mit den von der Hisbollah kontrollierten libanesischen Unterhändlern über die Seegrenze. Gantz zwang die IDF, das Abkommen zu unterstützen und seine Kapitulation vor der Erpressung durch die Hisbollah als große strategische Errungenschaft darzustellen, die Israels Abschreckungsvorsprung gegenüber der Hisbollah stärkt.

Der vielleicht außergewöhnlichste Aspekt des Abkommens besteht darin, dass es den Libanon nicht in die Pflicht nimmt. Israel hat ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten, nicht mit dem Libanon. Und nach den Äußerungen Nasrallahs zu urteilen, betrachtet die Hisbollah das Abkommen als Ausgangspunkt und nicht als Endpunkt.

Im Laufe der Verhandlungen präsentierten die libanesischen Unterhändler plötzlich eine neue, noch weiter gehende Gebietsforderung. Der Libanon sei der rechtmäßige Eigentümer von mehr als den umstrittenen 854 km israelischer Gewässer, hieß es. Er sei auch der rechtmäßige Eigentümer großer Teile des Karish-Gasfeldes. Berichten zufolge nutzte Hochstein diesen Trick zusammen mit Nasrallahs erpresserischen Forderungen, um Lapid und Gantz zu zwingen, hundert Prozent der umstrittenen Gewässer aufzugeben. Da der Libanon jedoch bereits seine nächste

Forderung gestellt hat und die von Israel akzeptierte Grenzlinie für den Libanon nicht bindend ist, liegt es auf der Hand, dass der Libanon das Abkommen zu einem von der Hisbollah gewählten Zeitpunkt aufkündigen wird.

Lapid, Gantz und ihre Verbündeten stellen das Abkommen als eine diplomatische und strategische Meisterleistung dar. Indem sie auf alle 12 Jahre alten Forderungen des von der Hisbollah kontrollierten Libanon eingehen, prahlen sie damit, dass Israel seine Fähigkeit zur Entwicklung von Karish gesichert hat. Mit anderen Worten, sie prahlen damit, dass sie ein Schutzabkommen mit der Hisbollah unterzeichnet haben. Als Gegenleistung für 854 Quadratkilometer souveräner israelischer Gewässer glauben sie, dass die Hisbollah uns die Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen gestatten wird – zumindest so lange, bis Nasrallah beschließt, seine Drohungen und Forderungen zu erneuern.

Abgesehen von den israelischen Medien hat ihnen niemand diese Argumente abgenommen.

Daraufhin twitterte der ehemalige US-Botschafter David Friedman ungläubig:

„Wir haben jahrelang versucht, ein Abkommen zwischen Israel und dem Libanon über die umstrittenen maritimen Gasfelder zu vermitteln. Mit einer vorgeschlagenen Aufteilung von 55-60% für den Libanon und 45-40% für Israel waren wir sehr nahe dran. Niemand konnte sich damals vorstellen, dass 100% an den Libanon und 0% an Israel gehen würden. Ich würde gerne verstehen, wie es so weit kommen konnte.“

Der ehemalige Ministerpräsident Benjamin Netanjahu bemerkte auf ei-

ner Pressekonferenz, dass Lapid nach nur drei Monaten einknickte, während er ein Jahrzehnt lang gegen die Hisbollah kämpfte.

Um zu versuchen, ihre Vereinbarung als etwas anderes als eine Kapitulation vor der Erpressung der Hisbollah darzustellen, behaupten Lapid und Gantz, die Vereinbarung sei der Schlüssel zu einem Libanon ohne terroristischen Einfluss. Diese Behauptung ist auf den ersten Blick seltsam. Schließlich betonen sie, dass der Libanon, mit dem sie verhandeln, eine unabhängige Einheit ist, die nicht von der Hisbollah kontrolliert wird. Gleichzeitig wird behauptet, der Libanon benötige Dutzende von Milliarden Dollar aus den Gaseinnahmen von Qana, um sich von der Kontrolle durch die Hisbollah zu befreien.

Und das ist nicht die einzige Absurdität in ihrer Behauptung. Die Finanzgeschäfte des Libanon werden von der Hisbollah kontrolliert und sind völlig undurchsichtig. Man kann davon ausgehen, dass die Hisbollah so viel von den Gaseinnahmen einnimmt, wie sie es für richtig hält, und die Libanesen mit den Brotkrumen am Rande des Tellers stehen lässt.

Offene gesetzliche Fragen

In seiner Pressekonferenz am 3. Oktober sagte Netanjahu, das Abkommen werde eine Regierung unter seiner Führung nicht verpflichten, weil es „illegal“ sei. Und er hat Recht. Nach dem israelischen Grundgesetz von 2013 über territoriale Zugeständnisse muss die Regierung alle Abkommen, die die Abtretung von israelischem Territorium beinhalten, der Knesset zur Genehmigung vorlegen. Um rechtswirksam zu werden, muss ein Abkommen entweder von zwei Dritteln der Knesset oder von der Mehrheit der Bevölkerung in einem Referendum unterstützt werden. Entgegen dem Grundgesetz weigern sich Lapid und Gantz, das

Abkommen der Knesset zur Genehmigung vorzulegen.

Mit der Unterstützung von Generalstaatsanwältin Gali Baharav-Miara beharren sie darauf, es handle sich bei dem Abkommen um ein Wirtschaftsabkommen und nicht um ein Territorium und daher sei keine Zustimmung der Knesset erforderlich. Baharav-Miara sagte zunächst, das Sicherheitskabinett müsse das Abkommen lediglich genehmigen. Es müsse nicht einmal der Knesset zur Einsichtnahme vorgelegt werden, geschweige denn genehmigt werden.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit änderte sie ihren Standpunkt am 2. Oktober und gab bekannt, das Abkommen werde von der gesamten Regierung gebilligt und der Knesset vorgelegt, aber müsse nicht von ihr genehmigt werden. Auch dies ist weit von den gesetzlichen Anforderungen entfernt. Baharav-Miaras Verhalten ist auch ein harscher Kommentar zum korruptierten, politisierten Zustand der israelischen Juristenschaft.

Es war ihr Vorgänger Avichai Mandelblit, der darauf bestand, dass geschäftsführende Regierungen keine nicht-essentiellen Aufgaben wahrnehmen oder politischen Maßnahmen einleiten dürfen, die eine Nachfolgeregierung verpflichten würden. Auf der Grundlage seines Diktats verbot Mandelblit der geschäftsführenden Regierung Netanjahus die Ernennung eines amtierenden Staatsanwalts. Es liegt auf der Hand, dass die Übergabe von Lapid und Gantz an die von der Hisbollah kontrollierte libanesische Regierung unter die von Mandelblit festgelegten Kriterien für verbotene Maßnahmen fällt.

Baharav-Miaras Verhalten zeigt, dass es für Israels politisierte Juristen zwei Gesetze gibt, die den Staat regieren – eines für die Linke und eines für die Rechte. Für die Linken ist alles erlaubt.

Für die Rechten ist nichts erlaubt. Mit anderen Worten: Was die Juristen betrifft, so wird Israel von seinen linken Regierungsanwälten regiert, nicht von der Rechtsstaatlichkeit.

Das bringt uns zu den Medien.

Einseitige Berichterstattung

Hätte Israel funktionierende Medien, hätte man angesichts der strategischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Abkommens erwarten können, dass die Journalisten kritisch über das Abkommen berichten und eine fundierte Debatte führen. Schließlich ist das die Aufgabe der Vierten Gewalt. Aber anstatt ihre Aufgabe zu erfüllen, haben Israels liberale Medien – mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen – in einer Demonstration ihrer eigenen politischen Voreingenommenheit und Korruption bei ihrer Berichterstattung über das Abkommen so gut wie keine Sorgfalt walten lassen. Stattdessen haben sie die Argumente der Lapid-Gantz-Regierung der Reihe nach nachgeplappert.

Das einzige hebräischsprachige Medienorgan, das das radikale Kapitulationsabkommen einer eingehenden Prüfung unterzogen hat, war Israels neuer konservativer Sender Channel 14. Anfang Oktober beantragte Lapid bei der Zentralen Wahlkommission die Schließung von Kanal 14, der, wie er behauptet, Propaganda der Opposition ist, weil er nicht genügend positive Berichterstattung erhält.

Am 2. Oktober twitterte Senator Ted Cruz (R-Texas):

„Ich bin zutiefst beunruhigt, dass Bidens Regierungsvertreter unsere israelischen Verbündeten unter Druck gesetzt haben, ihr Territorium an die vom Iran kontrollierte Terrorgruppe Hisbollah zu übergeben.“

Cruz deutete an, dass die Republikaner, sollten sie bei den Wahlen im nächsten Monat die Kontrolle über

den Kongress erlangen, eine formelle Untersuchung des Vorgehens der Regierung durchführen werden. Wie Cruz es ausdrückte, ist das Abkommen „ein weiteres Thema für den nächsten republikanischen Kongress, das untersucht werden muss“.

Am 3. Oktober berichtete Globes, dass Israel bis vor ein paar Wochen die Position vertrat, ein Drittel der umstrittenen Gewässer und seine Rechte am Qana-Gasfeld zu behalten. Doch dann, bei einem verhängnisvollen Treffen im Verteidigungsministerium, gab Gantz und Lapid Vertreter, der nationale Sicherheitsberater Eyal Hulata, Israels lange vertretenen Standpunkt auf und stimmte zu, die gesamten umstrittenen Gewässer und Israels wirtschaftliche Rechte an Qana aufzugeben. Israels Chefunterhändler Udi Adiri lehnte die Kapitulation vehement ab und trat aus Protest zurück. Hulata wurde zum neuen Leiter des israelischen Teams ernannt.

Ob die Republikaner die zwanghaften Bemühungen der Biden-Administration untersuchen, den Iran und seine Terror-Vertreter auf Kosten von Amerikas Verbündeten im Nahen Osten zu bereichern, ist ihre Sache, oder auch nicht. Aber was auch immer in Washington geschieht, Israel braucht eine parlamentarische Untersuchung des schockierenden Verhaltens der Lapid-Gantz-Regierung. Wenn dieses Schutzabkommen mit der Hisbollah umgesetzt wird, schafft es nicht nur einen, sondern gleich mehrere Präzedenzfälle, die sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit Israels nationale Sicherheit und seinen Wohlstand gefährden.

Caroline Glick ist eine preisgekrönte Kolumnistin und Autorin von The Israeli Solution: A One-State Plan for Peace in the Middle East.

Aus dem Englischen von Filip Gaspar

Jair Lapid kurzfristige Politik beim Libanon-Seeabkommen

Analysten erkennen die Gefahren des Seeabkommens mit dem Libanon und attestieren dem israelischen Premierminister Jair Lapid bei den Nachteilen des Abkommens für Israel deutlich untertrieben zu haben. Auch die wirtschaftlichen Vorteile des Deals werden allzu schöngefärbt. Israel zahlt aber einen hohen Preis, was seine Sicherheit angeht. Oppositionsführer Benjamin Netanjahu attackiert folgerichtig das Abkommen als eine beispiellose Kapitulation verzweifelter Politiker. (JR)

Von David Isaac/JNS.org

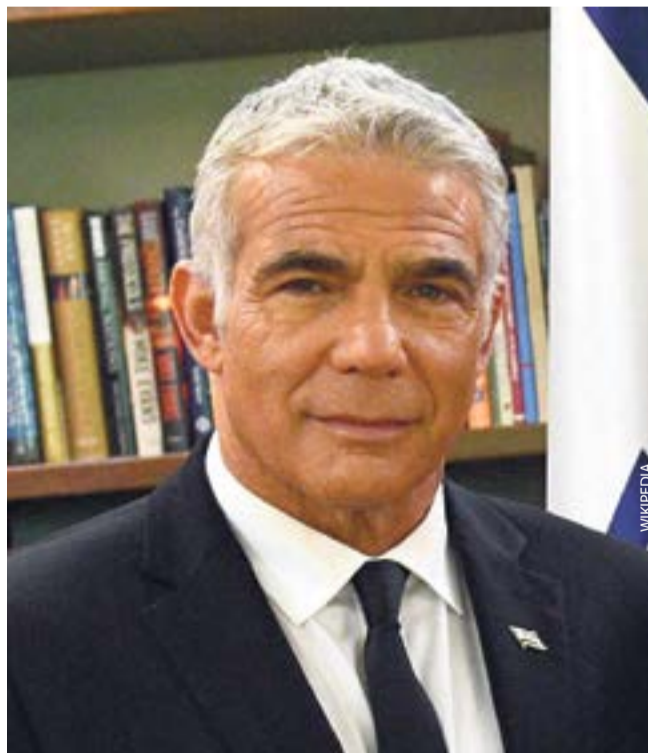
Das kürzlich getroffene libanesisch-israelische Seegrenzabkommen mag sich wirtschaftlich als vorteilhaft erweisen, aber es wird der Sicherheit Israels nicht zugutekommen, sagten Analysten während eines politischen Webinars, das am 13. Oktober vom Jewish Institute for National Security of America (JINSA) organisiert wurde. Ihre Ansicht legt nahe, dass der israelische Premierminister Jair Lapid bei den Vorteilen des Abkommens übertrieben hat.

„Ich denke, wirtschaftlich ist es ein gutes Geschäft. Strategisch könnten wir als Folge davon mit vielen Problemen konfrontiert sein“, sagte IDF Generalmajor a.D. Yaakov Amidror, ehemaliger israelischer nationaler Sicherheitsberater.

Das Abkommen regelt eine Meinungsverschiedenheit über einen 330 Quadratkilometer großen Abschnitt des gasreichen Territoriums, von dem sowohl Israel als auch der Libanon behaupteten, dass es in ihre ausschließlichen Wirtschaftszonen fiel. Ein Kompromiss zur Aufteilung des Gebiets um 55% für den Libanon und 45% für Israel wurde während der Obama-Regierung vorgeschlagen, kam aber nie zum Tragen.

In dem aktuellen Abkommen, das am 12. Oktober von der israelischen Regierung und am 13. Oktober vom Libanon gebilligt wurde, sagen Kritiker, dass Israel dem Libanon 100% seiner ursprünglichen Verhandlungsposition gegeben hat. Den Vorwürfen der Kritiker schenkte der plötzliche Rücktritt des israelischen Verhandlungsführers Ehud Adiri eine Woche vor der Bekanntgabe des Libanon-Abkommens noch mehr Glaubwürdigkeit.

Gegner des Abkommens, darunter Oppositionsführer Benjamin Netanyahu, beklagten ebenfalls, dass das Abkommen eine Kapitulation vor der Hisbollah, einem iranischen Stellvertreter und der mächtigsten Kraft im Libanon, sei. Im Juli startete die Terrorgruppe drei unbewaffnete Drohnen auf eine israelische Gasbohrinsel, und Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah warnte, dass „niemand“ Gas bohren würde, solange die „Rechte“ des Libanon, Gas zu fördern, nicht gewährt würden.



Jair Lapid verkauft das Seeabkommen mit dem Libanon als Erfolg

Amidror sagte, seine zentrale Frage sei, wie Nasrallah reagieren würde. „Wie wird Nasrallah einschätzen? ... Wenn er mit

seinen Leuten zusammensitzt und sagt: 'Leute, wir haben gewonnen. Israel brach unter dem Druck zusammen. ... Die Israelis haben sich zurückgezogen, weil sie keinen weiteren Krieg mit der Hisbollah wollen, und lasst uns darüber nachdenken, was der nächste Raum sein wird, in dem wir sie erpressen können.' ...es könnte zu einer Eskalation führen“, sagte Amidror.

David Schenker, stellvertretender Außenminister für Nahost-Angelegenheiten während der Trump-Regierung, teilte Amidrors Besorgnis während des JINSA-Webinars. „Die große Frage für mich ist, ob dieses Abkommen Israel sicherer macht. Und das ist es, was wir von der israelischen Regierung hören. Das haben wir von der IDF gehört. Ich denke, es ist noch zu bestimmen. Es könnte in beide Richtungen gehen. Und das Problem der Hisbollah verschwindet nicht wegen dieses Abkommens. Es könnte das Problem möglicherweise verschlimmern“, sagte er.

Aus dem Englischen von Filip Gašpar

Der spanische Fußball-Star Sergio Ramos trifft in Israel Sohn eines getöteten Grenzpolizisten

Die Fußball-Ikone Sergio Ramos ist einer der besten Verteidiger der Welt. In Israel traf er aus Anteilnahme und Sympathie den 5-jährigen Sohn eines ermordeten Grenzpolizisten, der sogar seinen Namen trägt. (JR)

Von Jürgen Th. Müller

Der kleine Ramos ist fünf Jahre alt und hat einen ungewöhnlichen Namen. Sein Vater, Haniel Sitawe, war ein großer Fan des spanischen Weltklasse-Fußballspielers Sergio Ramos. Deshalb benannte der 30 Jahre alte Grenzpolizist seinen Sohn nach dem Verteidiger von Real Madrid. Kurz darauf kam Haniel Sitawe bei einem Terroranschlag ums Leben, erzählt sein Bruder Husam: „Mein Bruder hieß Haniel Sitawe, er diente als Polizist in Jerusalem. Vor fünf Jahren wurde er auf dem Tempelberg ermordet, einem Platz, der vielen Religionen heilig ist. Das war am 14. Juli 2017. Er und sein Freund, der ebenfalls als Polizist arbeitete, wurden umgebracht. Zwei Wochen bevor er ermordet wurde, wurde ihm sein Sohn geboren, Ramos. Er war zum Zeitpunkt des Anschlags gerade zwei Wochen alt.“

Nur zwei Monate später hielt Fußball-Ikone Sergio Ramos bei einem Besuch in Israel das nach ihm benannte Baby erstmals in seinen Armen. Ramos spielt seit 2005 für die spanische Nationalmannschaft und ist Kapitän sowie Rekordspieler seines Landes. Er nahm an vier Weltmeisterschaften und an drei Europameisterschaften teil. Dabei wurde er 2008 und 2012 Europa- sowie 2010 Weltmeister.

Kleine Geste mit großer Wirkung

Vor wenigen Monaten trafen sich der große und der kleine Ramos erneut. Sergio Ramos war inzwischen von Real Madrid zu Paris Saint Germain gewechselt. Im Mannschaftshotel in Tel Aviv stellte der Weltstar den kleinen Ramos seinen Teamkollegen vor. Husam Sitawe erinnert sich:

„Ramos hat die Halle betreten und hat uns sofort gesucht. Er wusste genau, dass er uns treffen wird. Er hat uns auch erkannt. Es gibt ein Video, das alles dokumentiert. Er hat uns erkannt und dann zu einem seiner Freunde, der neben ihm stand, gesagt: Dort, das ist der kleine Ramos. Er hat ihm anscheinend die Geschichte erzählt. Er hat sich zu uns gesetzt, wir haben uns ein klein wenig unterhalten und ein paar Fotos geschossen. Dann hat er einen Fußball und ein Trikot unterschrieben.“

Für den kleinen Ramos, der sehr unter dem Verlust seines Vaters leidet, war das Treffen mit seinem Idol ein tolles Erlebnis. Es hat ihm Mut gemacht. Sein Onkel versucht, ihm den Vater zu ersetzen, aber das ist schwer.

In dem kleinen Drusendorf in Nordisrael, in dem die Familie Sitawe lebt, ist jeder begeistert von der großen Geste des spanischen Fußballstars. Dass sich einer der besten Profis der Welt Zeit nimmt für einen kleinen israelischen Jungen ist keine Selbstverständlichkeit.



Der große und der kleine Ramos bei ihrem Treffen im Mannschaftshotel in Tel Aviv.

Auch dem großen Ramos ging das Treffen nahe: Er hatte Tränen in den Augen, als er den Jungen auf den Schoß nahm.

Sergio Ramos sei eben nicht nur ein großartiger Fußballer, sondern auch ein Mensch mit einem großen Herzen,

erklärt Ersatz-Vater Husam Sitawe. Für den kleinen Ramos ist auf jeden Fall klar, was er später einmal werden will: Fußballprofi natürlich. Und dafür trainiert er fleißig auf der Terrasse seines Onkels, am liebsten im Ramos-Trikot.

Nach Terroranschlag: Traumabewältigung mit Kochlöffel und Gewürzen

Der Inhaber eines Schuhgeschäfts in Jerusalem verlor durch einen Terroranschlag seine Ehefrau und zog seine drei Töchter alleine groß. Das Kochen gab ihm die Motivation immer weiterzumachen und brachte ihn in die israelische Kochsendung „Master-Chef“. (JR)

Von Jürgen Th. Müller

Wenn Ciumars Malkan kocht, ist er glücklich. Im Lager seines Schuhgeschäfts an der Jaffastraße in Jerusalem hat er sich eine kleine Küche eingerichtet. Inmitten von Schuhkartons und Werkzeugen hat der 56-Jährige zwei Herdplatten und eine Mikrowelle untergebracht. Auch für einen Külschrank, Töpfe, Pfannen und Gewürze hat er noch einen Platz gefunden.

Ciumars wurde in Teheran geboren. Er war fünf Jahre alt, als seine jüdisch-zionistischen Eltern in Israel einwanderten. Schon als junger Mann eröffnete er seinen ersten Laden: „Meine Frau hat mit mir im Laden gearbeitet. Wir hatten unser Geschäft und haben es gemeinsam betrieben. Morgens sind wir zusammen in den Laden gekommen. Um 2 oder 3 Uhr nachmittags ist sie dann nach Hause gegangen, um sich um die Kinder zu kümmern. Die waren damals noch klein.“ Es sind drei Mädchen, darunter Zwillinge.

Der 9. August 2001 hat das Leben der Familie für immer verändert. In der beliebten Jerusalemer Pizzeria Sbarro

sprengte sich ein „palästinensischer“ Selbstmord-Attentäter in die Luft. Bei dem Blutbad wurden 15 Israelis getötet und 130 zum Teil schwer verletzt. Es war ein Bild des Grauens. Überall Tote, Blut und um Hilfe schreiende Verletzte. Ciumars und seine Frau Miri rannten auf die andere Straßenseite und leisteten Erste Hilfe.

Miri hatte große Schwierigkeiten, mit den schrecklichen Eindrücken fertig zu werden. Ciumars erinnert sich: „Sie war innerlich aufgewühlt und hatte Angstzustände. Sie bekam Herzrasen und konnte nicht mehr atmen. Sie sagte mir, sie hatte das Gefühl zu ertrinken.“ Letztlich verlor sie trotz psychologischer Hilfe den Kampf gegen ihre seelischen Wunden. Sie sprang von einem Hochhaus und nahm sich das Leben. Ciumars kommen noch heute, fast 20 Jahre später, die Tränen,



Ciumars Malkan bei einem Fernsehinterview in seinem Jerusalemer Schuhgeschäft. Seine Lebensgeschichte hat viele Israelis sehr beeindruckt. Foto: Jürgen Müller

wenn er berichtet, wie die Polizei ihm die Todesnachricht überbrachte.

Viel Zeit zum Trauern blieb ihm nicht. „Ich musste am Morgen aufstehen, ich hatte Kinder, und die Kinder schauten auf mich.“ Er schaffte es mit viel Selbstdisziplin, seine drei Töchter

alleine großzuziehen und gleichzeitig ein erfolgreicher Geschäftsmann zu sein. Heute sind seine Kinder erwachsen. Die Älteste ist verheiratet und er hofft, bald Großvater zu werden.

Geholfen hat ihm sein Hobby, das Kochen: „Ich mag es einfach. Das Kochen entspannt mich sehr, wirklich sehr! Ich habe klein angefangen, inzwischen kann ich für hundert Leute gleichzeitig kochen, das ist überhaupt kein Problem.“

Seine Kochkünste haben ihn in die beliebte israelische Fernsehsendung „Master-Chef“ geführt, wo die besten Köche des Landes ermittelt werden. Seine köstlichen persischen Gerichte haben das Publikum begeistert. Aber seine Lebensgeschichte, die er während des Kochens erzählte, hat Hunderttausende tief berührt.

Degussa 
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE



Augsburg Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg Hannover Köln München Nürnberg Pforzheim Stuttgart
Zürich Genf Madrid London

Wie nicht anders zu erwarten, läutet Joe Biden eine Ära des nuklearen Chaos und des Krieges im Nahen Osten ein

Das Atomabkommen, über das US-Präsident Joe Biden jetzt verhandelt, wird den iranischen Atomgeist nicht zurück in die Flasche bringen. Unter Bidens Abkommen wird der Iran bis 2030 eine Billion Dollar an Sanktions-erleichterungen erhalten – genug, um das System der Mord-Mullahs in eine regionale Wirtschaftsmacht zu verwandeln. Das verbrecherische Mullah-Regime steht kurz davor, eine Atommacht zu werden und verschärft seine Drohungen gegenüber Israel, es nuklear von der Weltkarte zu bomben. (JR)

Caroline Glick/JNS.org

Die Regierung Biden steht kurz vor dem Abschluss des lang ersehnten Atomabkommens mit der Islamischen Republik Iran. Die Europäer haben den Amerikanern und den Iranern einen „endgültigen Entwurf“ für ein Abkommen vorgelegt. Obwohl der Text als „take it or leave it“-Angebot bezeichnet wurde, gaben weder die Europäer noch die Amerikaner auf, als der Iran mit Vorbehalten zurückkam. Stattdessen befassen sich Präsident Joe Biden und seine Berater eifrig mit den Positionen des Irans und versuchen Berichten zufolge, diese in das Abkommen einzubringen, das wahrscheinlich schnell abgeschlossen werden wird, wenn die Iraner nur zustimmen.

Im Jahr 2015 löste die Nachricht, dass die Obama-Biden-Regierung kurz vor dem endgültigen Entwurf des späteren Atomabkommens mit dem Iran stand, einen großen öffentlichen Aufschrei aus. Die Mehrheit der Amerikaner sprach sich gegen das Abkommen aus. Viele wichtige Demokraten lehnten es ab. Die gesamte Republikanische Partei lehnte es ab. Die Nachricht über das Abkommen wurde mit Massenprotesten in Washington, New York und im ganzen Land begrüßt.

Heute ist das Gegenteil der Fall. Die Nachricht von Bidens Deal wird mit Gähnen und Gleichgültigkeit aufgenommen.

Der Unterschied ist umso bemerkenswerter, als sich die Warnungen der Gegner des Abkommens seit 2015 alle bewahrheitet haben. Genau wie die Gegner gewarnt hatten, begann der Iran gleich nach Abschluss des Abkommens zu betrügen: Der Iran hortete Uran über das erlaubte Maß hinaus und weigerte sich, den Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) reinen Wein einzuschenken, was seine früheren Atomarbeiten betraf.

Schlimmer noch: Der Iran nutzte die Schlupflöcher des Abkommens aus, vor allem die Nichtbeschränkung der Forschungs- und Entwicklungsarbeit. Unter dem Vorwand, sich an das Abkommen zu halten, entwickelte der Iran fortschrittliche Zentrifugen, die in der Lage sind, Uran zehnmal schneller und mit einem viel höheren Reinheitsgrad anzureichern als die Zentrifugen, die er 2015 einsetzte. Obwohl Regierungsvertreter und ihre Verbündeten darauf beharren, dass der Iran die fortschrittlichen Zentrifugen erst als Reaktion auf die Aufkündigung des Atomabkommens durch den damaligen Präsidenten Donald Trump im Jahr 2018 einsetzte, wurden die Aktivitäten des Irans in Wahrheit von seinem operativen Zeitplan diktiert. Iran schloss die Entwicklung der Zentrifugen Ende 2020 ab und nahm sie sofort in Betrieb.

Wie die Gegner des Abkommens gewarnt hatten, nutzte der Iran die Dutzende Milliarden Dollar, die er 2015 und 2016 durch die Erleichterung der Sanktionen erhielt, um seine Finanzierung von Terrororganisationen massiv auszuweiten. Die iranische Bevölkerung hat von dem Abkommen nicht profitiert. Ihre wirtschaftliche Entbehrung und ihr

Leid wurden nur noch größer. Aber die iranischen Stellvertreter, die Houthis, griffen saudische Öleinrichtungen mit Lenkraketen und Drohnen an. Die stellvertretende iranische Hisbollah baute ihre Fähigkeiten massiv aus, ebenso wie die stellvertretende iranische Hamas, der „palästinensische“ Islamische Dschihad und andere vom Iran unterstützte Terrorgruppen und Milizen im Irak und in Syrien.

Das Atomabkommen sollte den Iran ein Jahr vom Durchbruch entfernt halten, doch letzten Monat gab Teheran bekannt, dass es die nukleare Schwelle bereits überschritten habe und nach Belieben Bomben entwickeln könne. Das Atomabkommen, über das Biden jetzt verhandelt, wird den iranischen Atomgeist nicht zurück in die Flasche bringen. Der Iran wird dem Abkommen – sofern er zustimmt – als Schwellenatomstaat beitreten. Und er wird das Abkommen als Atommacht wieder verlassen.

Kein Protest gegen das Atomabkommen

Doch trotz der offensichtlichen Gefahren, die vom Iran ausgehen, und trotz allem, was wir seit 2015 gelernt haben, geht heute niemand auf die Straße und protestiert. Niemand führt eine Kampagne gegen Bidens Abkommen.

Die Apathie, mit der alle geschlagen sind, von gemäßigten Demokraten bis zu konservativen Republikanern, von jüdisch-amerikanischen Gruppen bis zu christlich-zionistischen Gruppen und nationalen Sicherheitslobbys, ist besonders deshalb erstaunlich, weil Bidens Atomdeal noch schlimmer ist als der von Obama. Nicht nur, dass er dem Iran eine nukleare Lizenz erteilt, Bidens Abkommen läutet auch eine Ära des nuklearen Chaos ein.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Abschluss des Atomabkommens zwischen Obama und dem Iran im Jahr 2015 war die Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen, insbesondere an Schurkenstaaten und -akteuren, eines der wichtigsten Ziele der nationalen Sicherheitspolitik der USA. Der Atomwaffensperrvertrag (über Nukleare Nichtweiterverbreitung, NVV) von 1970 war wohl der krönende Abschluss dieser 70-jährigen Politik. Das Abkommen gewährte den Unterzeichnerstaaten Zugang zu friedlichen Nukleartechnologien und versperrte ihnen gleichzeitig den Weg zu militärischen Nuklearfähigkeiten. Im Gegenzug für Kernkraftwerke erklärten sich die Staaten bereit, ihre kerntechnischen Anlagen für Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde zu öffnen.

Obamas Abkommen von 2015 stellte den NVV auf den Kopf und schwächte die IAEO. Anstatt den Iran zur Einhaltung des NVV zu verpflichten, belohnte das Abkommen von 2015 das illegale Verhalten des Irans. Es legitimierte die illegale Urananreicherung des Irans und lähmte die Untersuchungen der IAEO.

Bidens Politik ist in zweierlei Hinsicht weitaus schlimmer. Erstens wird sie durchgezogen, nachdem der Iran bekannt



Joos Bidens Verharmlosung der iranischen Nuklear-Ambitionen sind unverantwortlich

gegeben hat, dass er die nukleare Schwelle überschritten hat. Mit anderen Worten: Biden kann nicht plausibel behaupten, dass es sich um ein Nichtverbreitungsabkommen handelt. Es ist ein Abkommen, das die Weiterverbreitung von Atomwaffen belohnt – und zwar durch den führenden Sponsorstaat des Terrorismus auf der Welt. Unter Bidens Abkommen wird der Iran bis 2030 eine Billion Dollar an Sanktionserleichterungen erhalten – genug, um den Iran in eine regionale Wirtschaftsmacht zu verwandeln, während Teheran sein Atomwaffenarsenal zur Erpressung seiner Nachbarn nutzt.

Entmachtung der IAEO

Dies führt uns zum zweiten Grund, warum Bidens Abkommen schlechter ist als das von Obama. Während die Legitimierung des iranischen Atomwaffenarsenals und die Belohnung der illegalen nuklearen Aktivitäten des Irans mit einer Billion Dollar an Sanktionserleichterungen für regionales Chaos und Krieg sorgen, ist ein weiteres Zugeständnis der USA verheerend für die Welt als Ganzes. Medienberichten über den endgültigen Entwurf der EU zufolge hat Biden die Forderung des Irans akzeptiert, dass die IAEO ihre Untersuchungen der nicht deklarierten iranischen Atomanlagen einstellt. Mit anderen Worten: Die Vereinigten Staaten haben zugestimmt, alle verbleibenden Bemühungen zur Durchsetzung des NVV in Bezug auf den Iran einzustellen. Indem sie dieser iranischen Forderung zustimmen, zerstören Biden und seine Berater die verbleibenden Überreste des NVV und entkernen die IAEO.

Die Implikation ist atemberaubend. Das Abkommen selbst zerstört das Konzept der Nichtverbreitung von Kernwaffen. Sobald Biden und der Iran ihr Ab-

kommen abgeschlossen haben, wird die Aussicht auf einen Atomkrieg nicht länger eine ferne, wenn auch allgegenwärtige Sorge sein. Er wird zu einer Gewissheit, denn eine Nation nach der anderen wird sich in den Besitz von Atomwaffen begeben.

Wie lässt sich angesichts der schrecklichen und sicheren Folgen von Bidens Atomdiplomatie das Schweigen der Gegner des Abkommens erklären?

Die Antwort liegt in der Art und Weise, wie Barack Obama sein Abkommen im Jahr 2015 verkauft hat, und in den darauffolgenden Veränderungen in der US-Politik.

2015 konnte Obama seine Kritiker ins Abseits stellen und geißeln, indem er sein Atomabkommen mit dem Iran als Teil der Identitätspolitik darstellte. Obama und seine Berater behaupteten, dass die Befürworter des Abkommens fortschrittliche Ideale gegen kriegslüsterne Juden (auch bekannt als „ausländische Interessen“ und „zahlungskräftige“ politische Spender) verteidigen würden. Der beispiellose Einsatz antisemitischer Trillerpfeifen durch die Obama-Regierung, um die jüdischen und nichtjüdischen Gegner des Abkommens zu dämonisieren, trug wesentlich dazu bei, die Demokraten davon abzuhalten, sich mit der AIPAC gegen das Abkommen zu stellen.

Die Propagandakampagne war so wirkungsvoll, dass führende Demokraten, die gegen das Abkommen waren, darunter der damalige Minderheitenführer im Senat, Chuck Schumer, und Senator Ben Cardin, sich weigerten, ihre Kollegen zu beeinflussen, damit sie sich mit ihnen gegen das Abkommen stellten. Indem sie sich weigerten, ihre eigene politische Macht zu nutzen, um ein Abkommen mit verheerenden, vorhersehbaren Folgen zu

blockieren, sorgten Schumer, Cardin und ihre Kollegen dafür, dass es vom Senat gebilligt werden würde. Außerdem gaben sie ihre Macht ab.

In den dazwischen liegenden sieben Jahren ist die Identitätspolitik, die Obama in Fragen der nationalen Sicherheit eingeführt hat, so weit fortgeschritten, dass Biden das Argument nicht einmal mehr vorbringen muss. Es wird automatisch verstanden. Die einst gespaltene Demokratische Partei stellte sich 2018 geschlossen hinter Obamas Abkommen und verpflichtete ihre Mitglieder, es wieder in Kraft zu setzen, nachdem der damalige Präsident Donald Trump das Abkommen aufgegeben hatte.

Kritische jüdische Stimmen werden dämonisiert

Amerikanische Juden, die den Kampf gegen das Abkommen von 2015 angeführt haben, wurden in der Demokratischen Partei ins Abseits gedrängt und haben keine Lust auf weitere Auseinandersetzungen mit der Partei, die sie nicht nur im Stich lässt, sondern auch Parlamentariern wie den Abgeordneten Ilhan Omar und Rashida Tlaib, die sie dämonisieren, den Rücken stärkt.

Während des Kampfes gegen das Iran-Abkommen setzte Obama zum ersten

Mal US-Geheimdienste gegen US-Bürger ein. Wie das Wall Street Journal 2015 aufdeckte, spionierte die Regierung unrechtmäßig AIPAC-Lobbyisten aus und nutzte deren persönliche Kommunikation, um ihre Bemühungen zu untergraben und zu dämonisieren. Da die Republikaner derzeit in beiden Häusern des Kongresses in der Minderheit sind und daher wenig Macht haben, Bidens Abkommen zu blockieren, sind Aktivisten zweifellos weniger begeistert davon, sich ins Visier der Regierung zu begeben, indem sie sich aktiv gegen Bidens Atomdiplomatie mit Teheran stellen.

Letzte Woche sprang ein libanesischer schiitischer Muslim, der sich zum Iran bekannt hat, auf eine Bühne in New York und versuchte, den Schriftsteller Salman Rushdie zu ermorden. Irans Revolutionsführer Ayatollah Khomeini hatte 1989 eine Fatwa – eine islamische Gerichtsentscheidung – erlassen, in der er dazu aufrief, Rushdie zu töten, weil er seine auf dem Koran basierende Satire „Die satanischen Verse“ geschrieben hatte, und ein Kopfgeld auf ihn ausgesetzt. Sowohl Irans Erfolg bei der Rekrutierung schiitischer Terroristen in den Vereinigten Staaten als auch die Tatsache, dass Teherans Kopfgeld für Rushdie in den 33 Jahren seit Khomeinis erster Forderung

nach seiner Hinrichtung auf Millionen von Dollar angewachsen ist, zeugen von der Art der Bedrohung, die das iranische Regime für die Vereinigten Staaten und alle Menschen auf der Welt darstellt, die Freiheit schätzen.

Wie eine anderer muslimische Abtrünnige, der ein ähnliches islamistisches Todesurteil droht – Ayaan Hirsi Ali – diese Woche erklärte, hängt die Unfähigkeit des Westens, den dauerhaften Charakter von Khomeinis Fatwa gegen Rushdie anzuerkennen, mit seinem Wunsch zusammen, ein Atomabkommen mit dem Iran auszuhandeln.

Hirsi Ali schrieb: „Die Antwort des Westens auf die Fatwa wie auch auf die nuklearen Ambitionen des Irans war, zu verhandeln. Damals wie heute ist dies ein grundlegendes Missverständnis des Regimes. Die Welt des Westens und die Welt des Islamismus sind völlig unvereinbar. Je früher wir begreifen, dass die Fanatiker in Teheran durch nichts zu besänftigen sind, desto besser werden wir in der Lage sein, uns ihnen entgegenzustellen.“

Leider ist die Beschwichtigung des Iran heute ein fester Grundsatz der Identitätspolitik und des progressiven Dogmas. Und so geht es weiter und eskaliert. Medienberichten zufolge ist eine der Bedin-

gungen des Irans für ein Abkommen, dass die Vereinigten Staaten nichts unternehmen, um auf die Bemühungen des Korps der Iranischen Revolutionsgarde zu reagieren, den ehemaligen Nationalen Sicherheitsberater John Bolton, den ehemaligen Außenminister Mike Pompeo, den ehemaligen Iran-Beauftragten Brian Hook und andere hochrangige US-Beamte auf amerikanischem Territorium zu ermorden. Und Biden hat diese Forderung offenbar akzeptiert. In den Erklärungen des Außenministeriums zum Mordversuch an Rushdie wurde die Verantwortung des Irans tunlichst vermieden, obwohl der Angreifer über soziale Medien in direktem Kontakt zu Vertretern des Regimes stand.

Es ist schwer, ein Happy End dieser erschütternden Geschichte vor sich zu sehen. Der einzige Ausweg besteht darin, dass Amerikas gefährdete Verbündete im Nahen Osten ihre Kräfte bündeln, um Irans Weg zur nuklearen Hegemonie zu blockieren und die Regierung Biden von ihrem verheerenden Kurs abzubringen.

Caroline Glick ist eine preisgekrönte Kolumnistin und Autorin von „Die israelische Lösung: Ein Ein-Staaten-Plan für Frieden im Nahen Osten“.

Israels Zukunftssicherung: Die Chancen auf eine zionistische Regierung im echten Interesse Israels stehen nicht schlecht

Jair Lapid's desaströse politische Entscheidungen entlarven die Entschlossenheit der Lapid-Regierung, ihre Marschbefehle von der neuen Israel-feindlichen Politik der USA entgegenzunehmen. Nicht die souveränen Interessen Israels stehen dabei im Vordergrund, sondern ein schier paranoider Distanzierungszwang von der Politik Netanjahus und Trumps (JR).

Douglas Altabef/JNS.org

Wir befinden uns in der Zeit nach Sukkot, einem fröhlichen Fest. Eine seiner durchdringendsten und stärksten Botschaften ist die Zerbrechlichkeit des Lebens. Die Sukkah symbolisiert die Vorstellung, dass wir letztlich von der göttlichen Fürsorge und dem göttlichen Schutz abhängig sind.

Die Unbeständigkeit ist ein treffendes Thema für unsere Wahlen, denn wir haben uns an die Vorstellung gewöhnt, dass es keine wirkliche Wahl gibt, dass alles so weitergeht wie bisher und dass die Wahlen nur eine weitere Wiederholung des immer gleichen Ablaufs sind.

Das ist ein Irrtum. Neben dem Wiederauftauchen vertrauter Gesichter gibt es auch andere Themen, die unsere Aufmerksamkeit und Wahlfreiheit erfordern.

Manchmal verbergen sich die großen Verwerfungen unseres Gemeinwesens im Verborgenen und werden erst durch ein einziges Thema sichtbar und deutlich.

Der jüngste Streit um die von Israel und Libanon umstrittenen Gasfelder im Mittelmeer war ein solches Thema. Das übliche Geben und Nehmen einer solchen Verhandlung wurde durch die Tatsache verschärft, dass nicht ganz klar ist, mit wem Israel wirklich verhandelt. Gibt es ein souveränes libanesisches Gemeinwesen, das die Tantiemen, die der Libanon erhalten würde, für seine eigenen Zwecke verwenden würde, oder ist die Regierung im Grunde ein Handlanger der Hisbollah?

Fehleinschätzung der USA

Wir haben erfahren, dass die Regierung Biden ein Abkommen anstrebt, und natürlich sollte man sich fragen, warum. In einigen Berichten heißt es, dass die Gründe unter anderem darin liegen, dass sich der Libanon mit einer Finanzspritze in

Form von Lizenzgebühren von der Hisbollah distanzieren könnte und die Hisbollah sich vom Iran distanzieren könnte.

Sollte dies zutreffen, so wäre dies eine weitere völlig falsche Annahme, wie sie seit der zweiten Bush-Regierung häufig die unselige Nahostpolitik der USA kennzeichnet.

Für Israel stellt sich die Frage, wie es damit umgehen soll. Unsere plötzliche Bereitschaft, einem Abkommen zuzustimmen, das erheblich von unseren roten Linien abweicht und von Annahmen und Garantien abhängt, über die ein Sechsjähriger gelacht hätte, entlarvt die Entschlossenheit der Lapid-Regierung, ihre Marschbefehle von den USA entgegenzunehmen.

Die Tatsache, dass Israel wieder einmal durch die Manipulationen der anderen Seite gerettet wurde, die das „Ja“ zum Anlass nahm, noch mehr zu fordern, ändert nichts an der Tatsache, dass wir bereit waren, sozusagen nach den Anweisungen der USA zu handeln, anstatt nach unseren eigenen Interessen.

Lapid war ein Spiegelbild von Präsident Joe Biden in dem Sinne, dass die Biden-Regierung Purzelbäume schlug, viele davon ziemlich selbstzerstörerisch, um sich von Trump zu distanzieren, und auch Lapid hat sich verbogen, um zu zeigen, dass er nicht in die Fußstapfen von Benjamin Netanjahu tritt.

Netanjahu hat auch Fehler gemacht und es versäumt, dringende innenpolitische Probleme anzugehen. Auf der Weltbühne war er jedoch ein meisterhafter Hüter der Interessen Israels. Er räumte diesen Interessen Vorrang vor der Beruhigung der Beziehungen zu seinen Amtskollegen in den USA und Europa ein. Auf diese Weise verschärfte er die bereits bestehenden Gräben und wurde zu einem bequemen

Prügelknaben für israelfeindliche Kräfte.

Netanjahu verschaffte Israel Respekt

Doch Israels Ansehen auf der Weltbühne wurde, wenn überhaupt, durch Netanjahu respektvolle Bereitschaft, Nein zu sagen, um die Botschaft zu vermitteln, dass Israel seine eigenen Werte und Prioritäten hat und die Absicht, sie zu respektieren, gestärkt.

Es reicht jedoch nicht aus, uns nur von den Direktiven eines anderen Landes zu lösen, das von seinen eigenen internen Belangen und nicht von unseren eigenen besten Interessen geleitet wird. Wir müssen von unseren zukünftigen Führern auch verlangen, dass sie bewusst und zielgerichtet eine zionistische Plattform verfolgen, die Israels Status und sein Selbstverständnis als zionistischer jüdischer Staat stärkt.

Eine zionistisch-jüdische Staatsplattform umfasst folgende Politik, Richtlinien und Prioritäten:

Dieses Land ist unser Land. Ob in gemischten Städten, im Negev, im Osten Jerusalems oder im Gebiet C von Judäa und Samaria – Israel muss seine Souveränität und Kontrolle demonstrieren. Wir müssen begreifen, dass Kompromisse als Schwäche empfunden werden und dass nur eine klare Politik verfolgt werden sollte, die den Status unseres Landes und unserer Gemeinschaften schützt.

Der Oberste Gerichtshof muss als Über-Knesset abgeschafft und als zurückhaltende Kontrollinstanz für legislative und exekutive Entscheidungen wieder eingesetzt werden.

Der Tempelberg ist die heiligste Stätte des Judentums. Wir können dort keinen Dhimmi-Status akzeptieren, weder in den Augen unserer Gegner noch in unse-

ren eigenen. Wir müssen eine wohlwollende Kontrolle ausüben und vermitteln, dass die Rechte der Juden die Rechte der Muslime nicht verletzen und dass die Menschenrechte eine gemeinsame Nutzung des Ortes erfordern.

Der Unterricht im Tanach – den fünf Büchern Moses und den Büchern unserer Geschichte in unserem alten Land – muss in unseren säkularen Schulen wieder eingeführt und mit neuem Leben erfüllt werden. Unsere jungen Menschen müssen wissen, dass sie nicht nur Israelis sind, sondern Teil des jüdischen Volkes. Was sie mit diesem Wissen anfangen, ist letztlich jedermanns eigene Entscheidung, aber es sollte eine bewusste Entscheidung sein.

Die Symbole und Manifestationen unserer Souveränität zu respektieren, ist nicht ausgrenzend, chauvinistisch oder etwas anderes als ein Ausdruck der Liebe und Wertschätzung für unseren Staat. Ob bei einer Flaggenparade oder beim Singen der „Hatikvah“ bei öffentlichen und akademischen Zeremonien – wir müssen unseren Stolz und die unumstößliche Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass dies unsere Nation ist – menschlich, gerecht und dauerhaft.

Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen erkennen, dass die Zukunft der Nation nicht nur in ihren Händen liegt, sondern dass es Wahlmöglichkeiten gibt, und dass die Entscheidung bei ihnen liegt.

Mögen wir alle weise wählen und diejenigen umarmen, die Israel als zionistischen jüdischen Staat annehmen werden.

Douglas Altabef ist Vorstandsvorsitzender von Im Tirtzu, der größten zionistischen Basisorganisation Israels, sowie Direktor von B'yadenu und des Israel Independence Fund. Sie können ihn unter dougaltabef@gmail.com erreichen.

Die wahre Gefahr für die Beziehungen zwischen den USA und Israel geht von antisemitischen Democrats aus

Die Drohungen der mittlerweile allzu großen judenhasenden Linksaußengruppe in den Reihen der US-Democrats gegenüber Benjamin Netanjahu angesichts seiner möglichen erneuten Regierungsbeteiligung, spiegelt den gefährlichen Linksruck in den USA wider. (JR)

Elizabeth A. Berney/JNS.org

Schockierenderweise haben sich zwei der israelfreundlichsten Kongressabgeordneten der Demokratischen Partei, Senator Robert Menendez (D-N.J.) und Abgeordneter Brad Sherman (D-Calif.), kürzlich in die bevorstehenden Wahlen in Israel eingemischt. Es wurde berichtet, dass Menendez Benjamin Netanjahu privat wegen der Bildung einer Regierung mit einer rechtsgerichteten Partei, die wahrscheinlich die drittgrößte Partei Israels werden wird, gedroht hat.

Sherman ging sogar noch weiter. Auf Twitter rief er öffentlich dazu auf, rechtsgerichtete israelische Wahlkandidaten zu „ächten“ und nannte sie „Extremisten“. Beide Demokraten drohten empört, dass eine Nichtbeachtung ihrer Drohungen die bilaterale Unterstützung für die Beziehungen zwischen den USA und Israel beeinträchtigen würde.

Wenn Israel törichterweise den Drohungen von Menendez und Sherman nachgeben würde, wäre es wahrscheinlich nicht in der Lage, eine starke, stabile Mitte-Rechts-Regierungskoalition zu bilden, die Israels Bevölkerung schützt. Israel könnte sich mit einer weiteren undurchführbaren, wahrscheinlich scheiternden Koalition aus ideologisch gegensätzlichen Parteien konfrontiert sehen, die sich absurderweise auf die mit der Hamas verbündete Ra'am-Partei und andere arabische Parteien, die Israels Existenz ablehnen, stützt, um ihre Mehrheit zu erhalten.

Israel wäre wahrscheinlich auch nicht in der Lage, den enormen Schaden für Israels Sicherheit und Souveränität rückgängig zu machen, den der linke Interimspremierminister Yair Lapid angerichtet hat. Gegen den Willen der Mehrheit des israelischen Volkes und unter Missachtung seiner Rolle als Interimspremier gefährdete Lapid Israel, indem er in der UNO einen palästinensisch-arabischen Terrorstaat billigte und legitimierte und einen katastrophalen, nicht genehmigten und illegalen Deal zur Übergabe der israelischen Gasfelder an die Hisbollah abschloss.

Gegen Menendez und Shermans Einmischung in die israelische Demokratie gab es heftige Reaktionen. Auf Twitter forderten Israel National News und andere jüdische und israelische Nachrichtenseiten sowie zahllose Israelis und amerikanische Juden Menendez und Sherman auf, sich aus den israelischen Wahlen herauszuhalten und sich stattdessen darauf zu konzentrieren, die böartige, antisemitische, israelfeindliche „Riege“ in ihrer eigenen Partei zu ächten.

Die „Squad“ – zu der Ilhan Omar (D-Minn.), Rashida Tlaib (D-Mich.), Alexandria Ocasio-Cortez (D-N.Y.), Betty McCollum (D-Minn.), Cori Bush (D-Mo.) und andere gehören – ist hier in der Tat das wahre Problem. Die Furcht vor der wachsenden Macht der Gruppe könnte erklären, warum zwei traditionell israelfreundliche US-Democrats Israels demokratisches, souveränes Recht, seine eigene

Regierung zu wählen, angegriffen haben.

Die Furcht, die muslimischen und linksextremen Unterstützer der Squad zu verärgern, hat dazu geführt, dass ihre Angriffe auf Israel und die amerikanischen Juden ungebremst sind. Wären die Angriffe der Squad gegen irgendeine andere Minderheitsgruppe in den Vereinigten Staaten gerichtet, wären sie längst aus dem US-Kongress ausgeschlossen worden – oder ihre Mitglieder hätten zumindest ihre Ausschussmandate verloren.

Doch die Squad-Mitglieder sitzen weiterhin in den heiligen Hallen des Kongresses, versprühen antisemitisches Gift auf Twitter und im Plenarsaal des Repräsentantenhauses und behaupten, dass jeder Kongressabgeordnete, der sich antisemitischen Boykotten widersetzt, sich einer „doppelten Loyalität“ schuldig macht. Sie schlagen weiterhin Gesetze vor, die den jüdischen Staat fälschlicherweise verleumden und versuchen, ihn zu bestrafen und zu zerstören – wie McCollum wiederholte Gesetzesentwürfe zur Bestrafung Israels für die Verhaftung 17-jähriger arabischer Terroristen, die in jüdische Häuser einbrechen und unschuldige Juden ermorden. McCollum nennt diese arabischen Terroristen „Kinder“.

Bezeichnenderweise sitzen die Squad-Mitglieder weiterhin in wichtigen Kongressausschüssen und nutzen



Der „Democratic donkey“ ist das Wahl-Logo der US-Demokraten

ihren Einfluss, um ihre Zahl zu erhöhen. Das scheint es zu sein, wovor die verbliebenen pro-israelischen Demokraten Angst haben. Sie fürchten, eine Vorwahl gegen die nächste linksradikale Ocasio-Cortez zu verlieren.

Es ist besonders besorgniserregend und tragisch, dass Freunde wie Menendez und Sherman den antisemitischen Israel-Hassern in ihrer Partei zu folgen scheinen. Menendez hat sich mutig für Sanktionen gegen die terroristischen, nuklearen und anderen böartigen Aktivitäten des Iran eingesetzt, obwohl die Obama-Regierung enormen Druck ausgeübt hat, um solche Sanktionen zu verhindern. Sowohl Menendez als auch Sherman widersetzten sich mutig

dem katastrophalen Iran-Deal von 2015, trotz Obamas außerordentlichem Zureden. Sherman brachte auch einen parteiübergreifenden Gesetzentwurf ein, um zu untersuchen, ob die „Palästinensische“ Autonomiebehörde in ihren Schulen antijüdischen und israelfeindlichen Hass und Gewalt lehrt, und darüber zu berichten. Menendez sprach sich mutig gegen das noch schlechtere Abkommen aus, das die Regierung Biden mit dem Iran ausgehandelt hat, und war einer von nur zwei Demokraten, die für die Bestätigung des besten US-Botschafters in Israel aller Zeiten, David Friedman, stimmten.

Der Schaden für die bilateralen Beziehungen rührt nicht von Israels demokratischen Wahlen und der Wahl seiner eigenen Regierung her. Der wirkliche Schaden für die Unterstützung der Demokraten für die Beziehungen zwischen den USA und Israel ist der Einfluss und die Angst der Squad.

Israels langjährige Freunde in der Demokratischen Partei müssen an ihren Prinzipien festhalten, die Angst beiseite schieben, die Macht der Squad direkt konfrontieren und beschneiden und wieder für Israels Sicherheit und sein souveränes Recht, seine eigene Regierung zu wählen, eintreten.

Elizabeth A. Berney ist Anwältin.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

EU finanziert illegale Bauten im Westjordanland

Der Aufschrei linker Israel-Hasser ist immer dann laut, wenn die israelische Militärverwaltung illegale „palästinensische“ Bauten im Westjordanland abreißen lässt. Dass die großzügig von der Europäischen Union mitfinanzierten Häuser ohne Baugenehmigung in der militärischen Sperrzone errichtet worden sind, darüber schweigt u.a. auch der deutsche EU-Diplomat Sven Kühn von Burgsdorff, wenn er mit dem Finger auf Israel zeigt. (JR)

Von Elisabeth Lahusen
und Ulrich Sahn

Das Baurecht ist in einem geordneten Staat meistens streng geregelt. Besonders in Deutschland, wo bekanntlich jedes Bundesland seinen Strafkatalog für illegale Bauten hat. Was in den Notzeiten nach dem 2. Weltkrieg oft geduldet wurde und daher heute teilweise bis zum Ableben der Bewohner erlaubt ist, wird nun streng geahndet: Wer heutzutage auch nur ein Kinderzimmer ohne Genehmigung anbaut, dem flattert ein Bußgeldbescheid ins Haus.

Man sollte also meinen, dass deutsche Diplomaten im Ausland sich erst einmal nach den rechtlichen Gegebenheiten vor Ort erkundigen, bevor sie irgendwelche Bauten mit den Geldern deutscher Steuerzahler finanzieren, bzw. gegen deren Abriss protestieren.

Interessanterweise scheint die deutsche Vertretung in Ramallah sich aber zumindest für ihr eigenes Bewusstsein in einem besonderen Rechtsraum zu befinden. Dabei ist es gar nicht so schwierig, die Gegebenheiten vor Ort zu verstehen.

Im Rahmen der Oslo-Abkommen wurde das Westjordanland in drei nicht zusammenhängende Gebiete unterteilt, die neutral als Gebiet A, Gebiet B und Gebiet C bezeichnet wurden, weil man sich nicht auf eine Namensnennung einigen konnte. Etwa 90 % der drei Millionen „Palästinenser“ im Westjordanland leben in A und B. Etwa 180.000-250.000 „Palästinenser“ leben in der Zone C. Zu A gehören alle großen Städte, wie Ramallah, Nablus, Jenin, Tulkarem, Qalqilya, Bethlehem sowie das Gebiet von Jericho und 80% von Hebron.

Hier trägt die „Palästinensische“ Autonomiebehörde (PA) die volle Verantwortung für die innere Sicherheit (d. h. die Bekämpfung des Terrorismus), die öffentliche Ordnung (d. h. alle polizeilichen Aktivitäten, die nicht mit der inneren Sicherheit zusammenhängen) und alle zivilen Angelegenheiten. Mit anderen Worten, Bereich A wird ausschließlich von der PA kontrolliert. Zone B umfasst alle anderen „palästinensischen“, dicht besiedelten Gebiete im Westjordanland – rund 450 Städte, Dörfer, Flüchtlingslager und Weiler. In der Zone B kontrolliert die PA alle „palästinensischen“ Fragen der öffentlichen Ordnung und der zivilen Angelegenheiten und Israel kontrolliert in Abstimmung mit der PA, Fragen der inneren Sicherheit.

Gebiet C ist definiert als das gesamte Territorium des Westjordanlandes, das nicht als Gebiete A oder B zugewiesen ist. Es umfasst alle jüdischen Siedlungen (etwa 450.000 Menschen, die in Dutzenden von Siedlungen leben), militärische Einrichtungen der israelischen Verteidigungskräfte (IDF), Gebiete von Sicherheitsbedeutung und andere nicht bewohnte



An der Straße vom Herodion, den Resten des Palastes von König Herodes kann man auf dem Weg nach Jerusalem „palästinensische“ Prachtbauten bewundern.

Gebiete. In der Zone C kontrolliert Israel alle Fragen der inneren Sicherheit und der öffentlichen Ordnung sowie zivile Angelegenheiten, mit der Ausnahme, dass die PA alle zivilen Angelegenheiten für die „Palästinenser“ kontrolliert, die in der Zone C leben, mit Ausnahme derjenigen, die mit der Verwaltung des Landes zusammenhängen.

Alle brauchen Genehmigung israelischer Behörden

Das bedeutet für den Hausbau, dass jeder Mensch und jede Organisation, egal ob israelisch, europäisch oder „palästinensisch“, der oder die im Gebiet C ein Gebäude errichten will, eine Genehmigung der israelischen Behörden einholen muss. Genauso, wie die PA bestimmt, wer in den großen „palästinensischen“ Städten bauen darf.

Germany in Ramallah, nennt sich die deutsche Vertretung in den „palästinensischen“ Autonomiegebieten. Denn Palästina als Staat gibt es bekanntlich noch nicht. Was allerdings die Deutschen nicht daran hindert, es zumindest schon einmal als Hashtag

zu verkünden.

Man sollte meinen, dass Deutschland nur Leute zum diplomatischen Dienst zulässt, die fähig sind, eine Karte zu lesen, bzw. 3 Buchstaben des Alphabets zu unterscheiden. Aber die deutsche Vertretung in Ramallah retweetete am 12. August den Link zu einer bemerkenswerten Erklärung des deutschen EU-Diplomaten Sven Kühn von Burgsdorff, in der dieser sich darüber empörte, dass das Gebäude einer Kleinstschule für 17 Kinder sowie weitere Bauten in der Zone C von Abriss bedroht seien.

Was der Mann dabei zu erwähnen vergaß, ist die Tatsache, dass es sich um illegal errichtete Gebäude handelt. Und wer sich hinter den „Gebern“ versteckt, erfahren wir auch nicht:

„Ich bin heute hier zusammen mit meinen Kollegen aus der Europäischen Union und anderen gleichgesinnten Ländern, um Israel aufzufordern, nicht nur den Abriss der Ein Samiya School zu stoppen, sondern auch alle Abrisse, Vertreibungen und Beschlagnahmungen auf besetztem palästinensischem Land, einschließ-

lich von Gebern finanzierter Projekte.“

Illegale Bauten

Die Förderung von Billig-Bauten in Masafer Yatta, Ein Samiya und anderen Orten der Area C, also in dem Teil des Westjordanlandes, das unter israelischer Verwaltung steht, scheint ein besonderes Herzensanliegen deutscher Diplomaten zu sein. Jedenfalls wird es von ihnen auf Twitter auffallend häufig erwähnt. Die Dinge werden buchstäblich in den Sand gesetzt und anschließend wird regelmäßig beklagt, dass diese von wohlmeinenden Europäern meist ohne Frischwasserzufuhr, Abwasserregulierung und Stromversorgung wild und illegal in die Landschaft gepflanzten Gebäude gemäß der Gesetzeslage regelmäßig von den Israelis abgerissen werden. Beim Lesen dieser Tweets beschlich uns der Gedanke, was wohl in Deutschland los wäre, wenn z.B. Dänemark für darbenende Wohnungslose in Schleswig – Holstein irgendwo im Naturschutzgebiet Hohes Elbufer wild irgendwelche Blechcontainer aufstellen würde, ohne die zuständigen deutschen Behörden davon überhaupt vorher in Kenntnis zu setzen. Einfach nur, weil den Dänen die „armen Deutschen“ so leidtun.

Aber können die „Palästinenser“ denn wirklich nur mit deutscher Hilfe bauen? Und wäre da nicht mehr möglich als billige Blechkästen der EU? Die Frage trieb uns um, also mieteten wir ein Auto und fuhren los. Und wir fanden zu unserem Erstaunen Villen, die wie kleine Schlösser in der Wüste thronen.

„Palästinensische“ Bauarbeiter arbeiten zu Tausenden auch freiwillig in jeder jüdischen und arabischen Siedlung, sowie in allen Städten des israelischen Kernlandes. Warum nun Deutschlands Vertreter in der EU meint, von allen Gewerken ausgerechnet den „palästinensischen“ Hausbau befördern zu müssen, bleibt genauso ein Mysterium, wie die Tatsache, dass Deutschland zwar auffallend viele Millionen Euro nach „Palästina“ transferiert, aber wenig Anstalten macht, den Weg dieser Gelder zu kontrollieren. Der Anblick „palästinensischer“ Paläste und der dazugehörigen Traumautos lässt allerdings vermuten, dass zumindest einige „Palästinenser“ sehr genau wissen, wo das Geld geblieben ist.

Das erfundene Volk: „Palästinismus“ ist eine judenfeindliche Ideologie

In den 1960er Jahren wurden durch linkes Framing aus den Eroberern des historischen jüdischen Gebiets „Palästinenser“. Seither spricht man diesen Arabern faktenwidrig den Status von Ureinwohnern zu, während der Status der wirklichen Ureinwohner, der Juden, geleugnet wird. Das Bestreben der Feinde Israels aus der EU, der übrigen westlichen Welt und dem arabischen Lager ist davon gekennzeichnet, die jahrtausendlange Geschichte des jüdischen Volkes im Land Israel auszulöschen. (JR)

Von Victor Rosenthal/JNS.org

Der „Palästinismus“ ist ein geschlossenes System von Denkmustern, das ein historisches Narrativ, eine Sache, nach der die Gläubigen streben, und eine idiosynkratische Sprache umfasst, in der vertraute Wörter besondere Bedeutungen haben. Darin ähnelt es dem Marxismus, was angesichts seiner Ursprünge nicht verwunderlich ist. Zu den Anhängern dieses Systems gehören diejenigen, die sich selbst als „Palästinenser“ bezeichnen, und viele in der westlichen Linken, die die „palästinensische“ Sache unterstützen.

Der „Palästinismus“ hat seinen Ursprung in den 1960er Jahren und wurde von den kognitiven Kriegern des sowjetischen KGB entwickelt. Zu dieser Zeit unterstützten die Sowjets panarabische Nationalisten wie den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, um dem amerikanischen und britischen Einfluss im Nahen Osten entgegenzuwirken. Mit dem Niedergang des Panarabismus wurde der „Palästinismus“ zu einem nützlichen Mittel, um die arabische Welt gegen den Westen aufzuwiegen. Außerdem lieferte er einen Vorwand für den Widerstand gegen Israel, das die UdSSR nun als Feind betrachtete. Ironischerweise hatte der sowjetische Diktator Josef Stalin anfangs gehofft, dass Israel sich dem sozialistischen Lager anschließen würde, aber Mitte der 1950er Jahre war klar geworden, dass sich Israel dem Westen annäherte.

Anti-westliche Propaganda

Es war die Zeit der weltweiten Entkolonialisierung, und der KGB propagierte die Idee, dass der Konflikt zwischen Juden und Arabern um die Souveränität über das Land Israel in Wirklichkeit eine Bewegung der nationalen Befreiung durch ein einheimisches „palästinensisches“ Volk gegen die europäischen Kolonialisten sei. Die Sowjets wiederholten dies unaufhörlich, obwohl etwa die Hälfte aller Israelis Nachkommen der Diaspora aus dem Nahen Osten und Afrika sind.

Die Sowjets hatten die Rasse schon immer als Waffe in ihrer psychologischen Kriegsführung gegen die USA eingesetzt und erkannten richtig, dass die Verschärfung rassistischer begründeter Ressentiments ein äußerst wirksames Mittel war, um eine Spaltung der Amerikaner herbeizuführen. In den 1970er Jahren brachten sie das Element der Rasse in den arabisch-israelischen Konflikt ein, wie die Verabschiedung der Resolution der Vereinten Nationen „Zionismus ist Rassismus“ im Jahr 1973 zeigt.

Der „Palästinismus“ der Sowjets basierte auf einer klaren und konsistenten, wenn auch falschen Erzählung. Das zentrale Ereignis in diesem Narrativ ist der Verlust von Land, den die „palästinensischen“ Araber 1948 erlitten haben und den sie als Nakba (Katastrophe) bezeichnen. Was den Arabern in Palästina widerfuhr, war jedoch für die Verliererseite eines Krieges ganz normal. Nach dem Zweiten Weltkrieg beispielsweise flohen mindestens 12 Millionen eth-



Der damalige Terrorist Jassir Arafat erfand das Volk der „Palästinenser“

nische Deutsche aus Osteuropa oder wurden vertrieben. Nach dem Krieg von 1948 säuberte Jordanien Judäa, Samaria und den Osten Jerusalems vollständig von Juden. Etwa 800-900.000 Juden flohen oder wurden aus arabischen Ländern vertrieben, beginnend in den späten 1940er Jahren und bis in die 1960er Jahre hinein. Hätten die Araber den Krieg gewonnen, wäre den Juden in Israel sicherlich ein ähnliches Schicksal widerfahren.

Verdrehung geschichtlicher Tatsachen

Doch im Gegensatz zu den ethnischen Deutschen oder den Juden des Nahen Ostens akzeptierten die „palästinensischen“ Araber weder eine Umsiedlung noch irgendeine Verbesserung ihrer Lage. So wurde die Umkehrung der Nakba, die „Rückkehr in ihre Heimat“ der mehr als fünf Millionen Nachkommen der ursprünglich 600 000 Flüchtlinge, zu einem wesentlichen Bestandteil der „palästinensischen“ Sache.

Die Erzählung reicht auch in die Vergangenheit. Es wird fälschlicherweise behauptet, dass ein „palästinensisches“ Volk das Land Israel seit Hunderten, möglicherweise Tausenden von Jahren bewohnt. Einige „Palästinenser“, wie der verstorbene Diplomat Saeb Erekat, gingen sogar so weit zu behaupten, dass die „Palästinenser“ seit der Zeit der Kanaaniter und Philister im Land Israel gelebt hätten.

Die Erzählung spricht den Arabern den Status eines Ureinwohners zu, leugnet ihn aber gegenüber den Juden. Die lange Geschichte des jüdischen Volkes im Land Israel wird ausgelöscht, und manchmal wird fälschlicherweise be-

hauptet, dass es keinen Tempel in Jerusalem gab oder dass die heutigen Juden Nachkommen des mittelalterlichen Volkes der Chasaren sind, die keine Verbindung zum Nahen Osten haben.

Für die „Palästinenser“ ist die Nakba das wichtigste Ereignis ihrer Geschichte, so wichtig wie für die Juden der Auszug aus Ägypten. „Palästinenser“ vergleichen sie oft mit dem Holocaust. Die Nakba ist ein Unrecht, das nur durch seine Umkehrung – die Rückkehr der Flüchtlinge – wiedergutmacht werden kann. Und da die Flüchtlinge laut der Erzählung gewaltsam vertrieben wurden, ist Gewalt gerechtfertigt, um dies rückgängig zu machen.

Die „palästinensische“ Ehre kann also nicht durch einen Kompromiss wiederhergestellt werden. Die „Palästinenser“ akzeptieren die Idee einer Zweistaatenlösung nur als vorübergehendes Mittel, um ihr Ziel, die Nakba rückgängig zu machen, zu erreichen. Die „Palästinenser“ lehnen auch die Idee von „zwei Staaten für zwei Völker“ entschieden ab und bestehen darauf, dass die Rückkehr der Nachkommen der Flüchtlinge von 1948 nach Israel mit einer Neuaufteilung des Landes einhergehen muss. Somit würden die „zwei Staaten“ von einem einzigen Volk, den „palästinensischen“ Arabern, beherrscht werden.

Fragwürdige Identität

Es ist wichtig, die wesentliche Rolle des israelisch-palästinensischen Konflikts bei der Entwicklung einer spezifisch „palästinensischen“ Identität zu verstehen. Vor der Gründung Israels war der Clan die Quelle der „palästinensisch“-arabischen Iden-

tität. Jetzt ist es der Kampf um die Zerstörung Israels. „Palästinenser“ zu sein bedeutet, sich Israel zu widersetzen und der Besetzung des „palästinensischen Landes“ vom Fluss bis zum Meer zu „widerstehen“.

Der „Palästinismus“ als Ideologie ist ähnlich wie der Marxismus oder Scientology. Wenn „Palästinenser“ mit eindeutigen Fakten konfrontiert werden, wie den historischen und archäologischen Beweisen für die jüdische Präsenz im Land Israel seit Tausenden von Jahren, leugnen oder ignorieren sie diese einfach.

Mit ihrer Fachsprache verhält es sich ähnlich. Im normalen Englisch kann man ein Haus oder ein Land besetzen. Aber in der Sprache der „Palästinenser“ heißt es, Israel „besetzt das palästinensische Volk“. Nicht nur ein Ort, sondern auch ein Volk kann „besetzt“ werden. Das bedeutet, dass z. B. der Gazastreifen besetzt sein kann, ohne dass ein einziger israelischer Soldat anwesend ist.

Es gibt auch das Wort „Widerstand“, das an französische Partisanen erinnert, die Munitionszüge der Nazis in die Luft sprengten, für die „Palästinenser“ aber die Bombardierung einer Pizzeria in Jerusalem bedeutet. Ebenso bedeutet „gewaltloser Volkswiderstand“ die Ermordung beliebiger Juden mit Messern oder Autos statt mit Gewehren oder Bomben.

Auch wenn er auf einer falschen Erzählung, historischen Lügen und einer pervertierten Sprache beruht, hat der „Palästinismus“ den Vorteil, dass er ein in sich konsistentes System ist. Sein einziger Nachteil ist seine völlige Abkopplung von der Realität. Dennoch hat sich der „Palästinismus“ als bemerkenswert anpassungsfähig erwiesen. Er hat sich, wie der Antisemitismus, mit dem er eng verwandt ist, im Laufe der Zeit gewandelt.

Gefährliches Endziel

Dennoch bleibt das Endziel des „Palästinismus“, die „palästinensische“ Sache, dasselbe: Die Umwandlung Israels in einen arabischen Staat, verbunden mit der gewaltsamen Vertreibung der Juden und ihrer Ersetzung durch die Nachkommen der arabischen Flüchtlinge von 1948.

Die Annahme des „Palästinenserturns“ als wesentlicher Bestandteil der Identität der Araber im Lande Israel hat schreckliche Folgen, denn sie bedeutet, dass es keine Kompromisslösung für den Konflikt geben kann. Der „Palästinismus“ geht davon aus, dass das „palästinensische Volk“ der ewige Feind des jüdischen Volkes im Land Israel ist, was den Konflikt zu einem Nullsummenspiel macht. Letztlich bedeutet dies, dass der Konflikt so lange andauern wird, bis eine der beiden Gruppen im Land bleibt und die andere verschwindet.

Victor Rosenthal ist ein pensionierter Softwareentwickler, der in Israel lebt.

Dies ist eine überarbeitete Version eines Artikels, der ursprünglich im White Rose Magazine veröffentlicht wurde.

Neue Hoffnung am Literaturhorizont: Finn Jobs Israel-Sehnsucht in seinem Debütroman „Hinterher“

Die Jugend in Europa ist einer zähen Apathie verfallen, sie findet keine Abenteuer, keinen Sinn und verliert sich in Surrogaten für das wirkliche Leben: Friday for Future, Last Generation oder der Anti-Atomkraft-Bewegung. Der junge deutsche Autor Finn Job erzählt in seinem Erstlingswerk von der eignen Suche nach etwas Realem, seiner Begegnung mit dem Israeli Chaim, der ihm zeigt, wie die Jugend Israels lebt und feiert - obwohl alles ständig vom nächsten Raketen-Alarm abhängt. (JR)

Von Chaim Noll

In diesem kurzen Roman geschieht nicht viel, eigentlich fast nichts. Das Nichtgeschehen ist das Stigma einer Generation junger Europäer, die man an jeder bemerkenswerten Aktion gehindert, jeglicher Verantwortung beraubt hat. Abenteuer gibt es kaum noch zu bestehen, alles scheint geregelt, angepasst, finanziell einigermaßen gesichert – und im Osten ihres Erdteils braut sich das Gewitter zusammen. Diese Generation hat Surrogate für das wirkliche Leben gefunden, in Friday for Future, in der Anti-Atomkraft-Bewegung, in diffusen Projekten zur Rettung der Welt, in einem vorgeblichen „Linkssein“, das nichts anderes ist als Konformismus.

Nur wenige, die etwas dagegen setzen. Finn Job versucht es, er hat einen Trumpf im Ärmel, der die trügerische Ereignislosigkeit seiner Sphäre in Bewegung bringt. Zunächst reist ein junger Mann aus Berlin, schwul, in moderner Literatur belesen, berausenden Substanzen nicht abgeneigt, mit einem Gelegenheitsfreund im Porsche von dessen Mutter nach Frankreich, um dort... Ja, was? Zu vergessen? Zeit totzuschlagen? Denn die jungen Männer wissen, außer Kokain zu schnupfen und trübsinnigen Betrachtungen nachzuhängen, wenig mit sich anzufangen. Die Geschichte wäre banal, trüge sie nicht ein verzweifelt ironischer Unterton, genährt aus beginnender Abwendung und knallharten Beobachtungen. Die knapp skizzierten Milieus sind eine Stärke des Ich-Erzählers: Europas Apathie schärft seinen Blick.

Allmählich arbeitet sich der Plot aus sein Hüllen, aus den Watteschichten von Nichtgeschehen. Der unbeschäftigte Ich-Erzähler trauert einem israelischen Freund hinterher, einem gewissen Chaim, der Deutschland nach kurzem Aufenthalt angeödet wieder verlassen hat. Er war begeistert in das alte Land der „Dichter und Denker“ gereist, hatte extra Deutsch gelernt, um „Hegel und

Horkheimer lesen zu können“. Doch bei den jungen Deutschen war er nur auf Leere und Langeweile gestoßen, schlimmer noch: auf Besserwisserei. Er kam mit ihnen nicht ins Gespräch: „Nein, sie fragten auch nicht danach, fragten ihn eigentlich nie. Immerzu redeten sie ihn voll, meistens mit ihren Ansichten zum Nahostkonflikt, ließen ihn nicht zu Wort kommen. Und er nahm es hin – nicht aus Unsicherheit. Er wollte gar nicht zu Wort kommen, ganz einfach, weil er wusste, dass er von diesen Leuten, diesen Gesprächen nichts zu erwarten hatte.“

Verpasste Gelegenheit

Nun ist Chaim abgereist, entfliegen ins warme Tel Aviv, wie ein exotischer, buntgefiederter Vogel, der kurz in einem kalten Ambiente Station machte, und der Ich-Erzähler trauert ihm hinterher. Daher der Titel der Erzählung: Hinterher. Der junge Israeli hätte Bewegung und Leben in die Ereignislosigkeit bringen können, neue Gedanken, aufregende Diskussionen, schillernde Facetten des Nachdenkens. Der Ich-Erzähler erkennt erst nachträglich, „dass Chaim meine einzige Chance war, dass es ein historischer Glücksfall war, dass wir uns überhaupt kennen und lieben gelernt hatten.“

Doch die Gelegenheit wurde vertan. Autor Finn Job wagt, eingehüllt in eine depressiv getönte Erzählung, etwas Sensationelles zu thematisieren. Etwas, was für viele Deutsche noch immer ein Reizthema darstellt: dass Israel eine anregende, inspirierende Größe für das

”

Trotzdem lebt dieses Land, wird immer lebendiger...

“

demoralisierte Europa sein könnte, eine wirkliche Hilfe, ein, wie es die Popsängerin Madonna nannte, „power house“. Man hat sich mühsam an den Gedanken gewöhnt, dass Israel existiert und weiterhin existieren wird, doch man will



ein eher hilfsbedürftiges, armes kleines Land darin sehen, dem man herablassend ein „Existenzrecht“ zugesteht. Und nun stellt sich heraus, dass dieses kleine Land stark ist, vital, reich und voller Ideen, ein Kraftquell, ein magischer Ort.

Wie stark dieses Juwel im Wüstensand leuchtet, beweist nicht zuletzt der Hass seiner Feinde. Dieser Hass ist ein sicherer Indikator für Israels unerträglichen Erfolg. Israel-Hasser haben es mit offenen Kriegen versucht, in denen sie schmachliche Niederlagen einstecken mussten, mit Terrorismus und Guerilla-Aktionen, die außer Blutvergießen

heftiger man ihn bedrängt, immer nur stärker wird?

Israel floriert, trotz Raketenbeschuss

Die klügeren von Israels früheren Gegnern haben sich eines Besseren besonnen und versuchen es mit Kooperation. Einige alte Feinde halten verbissen zu den bekannten Methoden des Terrors und der überraschenden Raketenangriffe. Mitten auf einem seiner ziellosen Gänge am Strand, auf denen Finn Jobs Protagonist vor sich selbst wegzulaufen versucht, wird er vom Vibrieren seines Handys überrascht: „Bomben auf Israel! Raketen auf Sderot, auf Ashkelon und Ein HaSloscha. Kurz verstummten die Meldungen, aber schon ging es weiter: wieder auf Ashkelon, wieder auf Sderot – jetzt sogar auf Beer Sheva.“

So schlägt die Bombe Wirklichkeit ein ins entrückte Milieu der apathischen Kokain-Schnupfer und Proust-Leser. Die daneben auch noch ein Smartphone besitzen, das sie wie auf Zauberflügeln an den ersehnten, umkämpften Ort bringt: „Ich hatte die Red-Alert-App heruntergeladen, (...) einfach damit ich wusste, ob er in Sicherheit war. In Deutschland las man bloß von den israelischen Vergeltungsangriffen, niemals aber von den palästinensischen Offensiven – meist nicht einmal von den jüdischen Toten. Es vibrierte, es summte; ich starrte auf das leuchtende Etwas. Es war an sich nichts Ungewöhnliches, dieses Vibrieren – nein, ständig schlug die App Alarm, ständig wurde auf Israel geschossen.“

Trotzdem lebt dieses Land, wird immer lebendiger... Und hoffentlich wird auch Chaim, der Entschwundene zurückkehren, wenigstens als Besucher. Der Leser wünscht es dem unglücklichen Helden dieses deutschen Romans, sich so offen zum Land seiner Sehnsucht bekennt.

Finn Job, *Hinterher*. Roman, Wagenbach Verlag Berlin 2022, 186 S., 19 Euro

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU! Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung! Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Martin Buber: Das dialogische Prinzip

Der jüdische Religionsphilosoph und Zionist Martin Buber war der Vater des „Dialogischen Prinzips“ in der Pädagogik und der Psychologie. Er verwehrt sich gegen die Etablierung einer „gesichtslosen“ Menge, die am Judenmord der Nationalsozialisten beteiligt war. Buber war davon überzeugt, dass man dem einzelnen Menschen vergeben könne, doch nicht dem Kollektiv. (JR)

Von Theodor Joseph

Mit seiner Selbsteinschätzung, er habe keine Lehre, er führe nur ein Gespräch, hat Martin Buber den zentralen Punkt seiner Universalität benannt – das dialogische Prinzip, das er selbst auf die griffige Formel brachte: Der Mensch wird am Du zum Ich. Welch ein humaner Gedanke! Bubers Denken kulminiert in seinem personal-dialogischen Daseinsverständnis – in der Zwiesprache des Menschen mit Gott. Dennoch: Leben und Werk dieses großen Gelehrten, auf ein „Prinzip“ zu reduzieren, hieße, ihm nicht gerecht zu werden.

Bubers Werke - (religions-)philosophische, zionistische, pädagogische Schriften, Reden und Briefwechsel – liegen nahezu vollständig gedruckt vor: Von 1906 an erschienen seine chassidischen Schriften, in denen er die literarischen Zeugnisse der ostjüdischen Lebens- und Frömmigkeitsform zuerst erzählend, später deutend für die Nachwelt aufbereitete.

Die in vielen Universitätsbibliotheken noch zugängliche von ihm mitbegründete und von ihm bis 1924 geleitete Zeitschrift „Der Jude“ ist immer noch eine unverzichtbare, sprudelnde Quelle jüdischen Denkens. Diese Monatschrift war seit 1916 das Sprachrohr jüdischer Neubesinnung und Sammlung. Sein religions- und philosophiegeschichtliches Hauptwerk ist und bleibt „Ich und Du“, bereits 1923 erschienen, auf das nachfolgende Schriften fußen. Der Katalog seines in der Jüdischen National- und Universitätsbibliothek Jerusalem lagernden Gesamtarchivs ist auf Microfiche zugänglich.

Renaissance mit und um Buber

Schon zu seinen Lebzeiten erschienen die ersten Biographien: Hans Kohn war 1930 der erste bedeutende Buber-Biograph (Neuaufgabe 1961, 1979). Nach 1945 setzte in Deutschland geradezu eine Renaissance mit und um Buber ein, die Einfluss auf den Zeitgeist Nachkriegsdeutschlands genommen hat: Buber schien besonders geeignet, als Kronzeuge des (christlich-)deutsch-jüdischen Versöhnungsgesprächs herzuhalten. Folgerichtig wurden dem seit 1951 die Bundesrepublik besuchenden jüdischen Gast aus Jerusalem hohe deutsche Ehrungen zuteil - was ihn in Israel isolierte.

Schon während des Ersten Weltkriegs hatte Buber als Chronist und Deuter des Chassidismus bei der deutsch-jüdischen Jugend für eine diffuse Schwärmerei für das Ostjüdische gesorgt, die von einer Begeisterung für Palästina verdrängt wurde. Diese Begeisterung (zumeist junger) deutscher Juden, die auf der Suche nach dem verlorenen Judentum waren, hat Gershom Scholem in seinen Erinnerungen als „Bubertät“ glossiert. Hinsichtlich der weitverbreiteten Abneigung der autochthonen deutschen Juden gegenüber den Ostjuden kannte der Westjude Buber keine Kompromisse: Seinen Freund Jakob



Martin Buber in der Hebräischen Universität Jerusalem

Wassermann, der sich abfällig über die Ostjuden geäußert hatte, zog er zur Rechenschaft – und dann entzog er ihm die Freundschaft.

Schließlich war es der im kalifornischen San Diego lehrende Buber-Schüler Maurice Friedman (1921-2012), der 1991 die Biographie „Encounter on the Narrow Ridge: A Life of Martin Buber“ herausbrachte, die auf seiner zwischen 1981 – 1983 veröffentlichten dreibändigen „ultimativen“ Biographie „Martin Buber's Life and Work“ basiert und die, 16 Jahre nach dem Erscheinen des dritten Bandes und acht Jahre nach der amerikanischen Originalausgabe in einer deutschen Ausgabe vorliegt. (Maurice Friedman, Begegnung auf dem schmalen Grat. Martin Buber – ein Leben, agenda Verlag Münster 1999).

Der politische Verfechter des Dialogs

Paul Mendes-Flohr, US-amerikanischer Forscher über die Entwicklung jüdischen Denkens, Mitherausgeber der Martin Buber Werkausgabe, Autor des Buches „Jüdische Identität“. Die zwei Seelen der deutschen Juden (2004), ist Bubers aktueller Biograph. Für Mendes-Flohr ist Buber eine der prägenden Gestalten der deutsch-jüdischen Geschichte, Buber, der Philosoph und politische Verfechter des Dialogs.

Was hat uns Buber heute noch zu sagen? Buber, 1878 in Wien geboren, in Lemberg (Lwiw), heute Ukraine, aufgewachsen, in Deutschland gelebt und dort lehrend, sammelte früh Zeugnisse des chassidischen Lebens. Im Jahre 1938 emigrierte Buber nach Jerusalem und lehrte an der dortigen

Hebräischen Universität. Vierzig Jahre lebte Buber in Deutschland, war ein deutscher Schriftsteller, – von seinem Freund Hermann Hesse für den Nobelpreis vorgeschlagen - der zwar in Palästina/Israel eine Anzahl wichtiger Bücher auf Hebräisch schrieb, seine wichtigsten jedoch in Deutsch verfasste. Seine philosophischen Werke schrieb er bis zu seinem Tod auf Deutsch. Seine letzte Arbeit vor seinem Tod im Juni 1965 galt der Revision der Buber-Rosenzweig-Übersetzung der hebräischen Bibel ins Deutsche.

Dass nach dem großen Judenmord Forschungen zum deutschen Judentum – wenn auch zunächst nicht auf deutschem Boden - wieder möglich wurden, auch das ist ein Verdienst Bubers. Zehn Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager wurde im Jahre 1955 von einem kleinen Kreis bedeutender deutscher Juden das Leo-Baeck-Institut gegründet, um das geschichtliche Erbe des deutschen Judentums zu bewahren – sinnigerweise in der Wohnung Bubers in Jerusalem. Hatte Buber nicht schon bis zu seiner Emigration im Rahmen seiner Lehraustätigkeit Akzente eines christlich-jüdischen Gesprächs gesetzt?

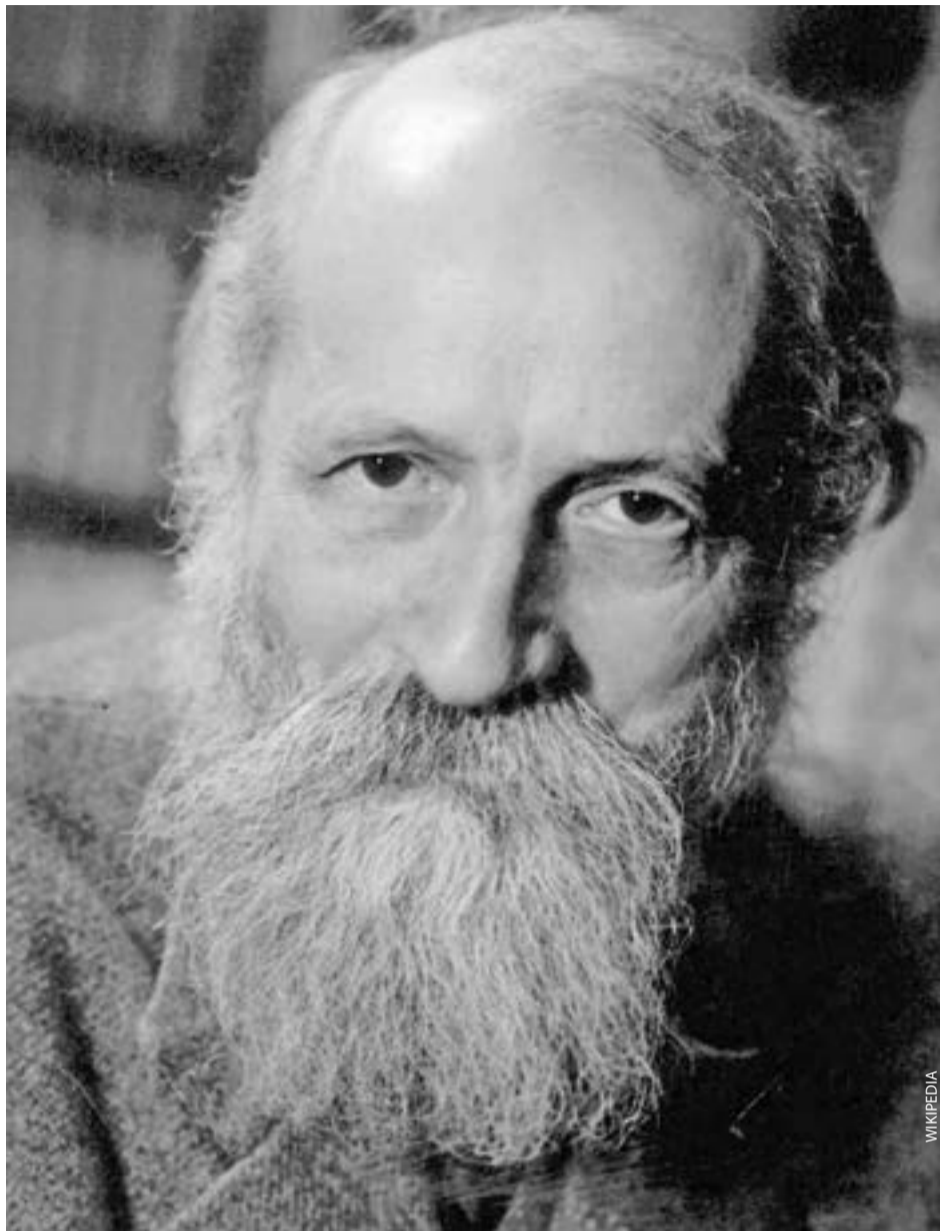
Theodor Heuss, erster Bundespräsident der Bundesrepublik, erinnerte 1949 in seiner berühmt gewordenen Rede anlässlich einer Feierstunde der Wiesbadener Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit - wo er das Wort von der „Kollektivscham“ einführte - an Buber als einen Juden, der immer noch „ein Stück Deutschland“ in sich trage. So hatten es sich die Deutschen nach 1945 immer gewünscht, die versöhnungsbereiten Juden, die das „im deutschen Namen“

Geschehene verziehen und nicht ständig das Wort von der „Kollektivschuld“ im Munde führten. Um so besser, wenn man mit diesen – nach Möglichkeit außerhalb der Bundesrepublik lebenden – bedeutenden Juden in ein Gespräch eintreten konnte.

Der „gesichtslose“ Judenmord

Der Vereinnahmung zum Zwecke der Versöhnung mit den Deutschen wollte dieser sich indes nicht bedenkenlos hingeben: Im Jahre 1960 beschied er die Mitglieder der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Darmstadt, die beabsichtigten, an seinem ehemaligem Wohnhaus in Heppenheim eine Erinnerungstafel anzubringen mit einem unmissverständlichen Hinweis in einer für ihn typischen klaren Sprache: „Es hieße, meine ich, der Wahrheit nicht gerecht werden, wenn an dem von mir und den meinen ... bewohnten Haus ... eine Tafel angebracht würde, die nur die Tatsache dieses Wohnens erinnerte, aber unerwähnt ließe, dass es Plünderung und Enteignung gewesen sind, die diesem Wohnzusammenhang ein Ende setzten“. So verwundert es auch nicht, dass Buber im Januar 1939 - 23 Jahre vor Gershom Scholems Verdikt - ein für allemal das Ende der „deutsch-jüdischen Symbiose“ festgestellt hat. Dieses Axiom galt ihm kollektiv – zu Einzelnen zu reden, das vermochte er sehr wohl.

Buber bekundet zwar sein ungemindertes Interesse für deutsche Menschen guten Willens, sich indes deutschen öffentlichen Institutionen zur Verfügung zu stellen, dazu reicht der Grad seiner Verbundenheit nicht mehr. Der Deutsche als Vielheit, als Menge, als öffentliches Wesen, war



Der Religionsphilosoph Martin Buber

ihm durch den Judenmord „gesichtslos“ geworden, und reden wollte er nur noch zu „Menschengesichtern“, die mit ihren persönlichen Sinnen sein Wort aufzunehmen bereit waren.

In seiner Friedenspreis-Rede in der Frankfurter Paulskirche am 27. September 1953 ließ Buber keine Zweifel an der deutschen Verantwortung für den Holocaust aufkommen. In einer Sprache, die niemals zuvor – und lange nicht danach – so deutlich von einer so hohen Tribüne gebraucht wurde, sagte er: „Ich ... habe mit denen, die an jener Handlung in irgendeiner Funktion teilgenommen haben, die Dimension des menschlichen Daseins nur zum Schein gemein; sie haben sich dem menschlichen Bereich so dimensional entrückt, so in eine meinem Vorstellungsvermögen unzugängliche Sphäre der monströsen Unmenschlichkeit versetzt, dass nicht einmal ein Hass, geschweige denn eine Hassüberwindung in mir hat aufkommen können. Und was bin ich, dass ich mich ermesen könnte, hier zu ‚vergeben‘?“ Dennoch zeigte er sich auch in Frankfurt überzeugt, dass ein Volk nicht als Ganzes verurteilt werden könne und erwähnte ehrfurchtsvoll jene, die sich den Mordbefehlen widersetzt hatten.

An die Zeit gerichtete Worte

Friedman verehrt Buber als eine über alle Kritik erhabene zeitlose Persönlichkeit, gegenwärtig, geistesgegenwärtig: In ihrer menschlichen Bedeutsamkeit transzendiert Bubers Gegenwart seinen weltweiten Einfluss und illuminiert seine Schriften. Im tiefsten Sinne, so Friedman, könnten alle Werke Bubers, sogar seine Übersetzungen, Interpretationen und Nacherzählungen, als an die Zeit gerichtete Worte verstanden werden.

Gewiss war Buber ein Friedensakti-

vist, aber ein Heiliger, der jedem Konflikt auswich, war er deswegen noch lange nicht: Mit seinem kulturellen Zionismus war er ein erbitterter Gegner Herzls, seine Ehe mit einer (zum Judentum übergetretenen) Nicht-Jüdin, sein Wirken für einen libertären Sozialismus Landauerschen Prägung, sein jahrzehntelanges Eintreten für einen bi-nationalen Staat Palästina und einen Friedensbund mit den Arabern, seine Annahme des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels (den er für die jüdisch-arabische Verständigung stiftete) – viele Jahre vor Martin Walser –, seine Weigerung, Partei im Kalten Krieg zu ergreifen, seine Befürwortung nuklearer Abrüstung, seine zahlreichen Konflikte mit David Ben-Gurion wegen seiner Rolle im „Brith Shalom“ („Friedensbund“), das alles taucht nicht zu einer Hagiographie.

Buber war immer eine Person voller Widersprüche und Mehrdeutigkeiten, gerade das macht ihn für die Gegenwart aktuell und bedeutsam. In diesem Sinne ist Bubers eigenes Wort vom „schmalen Grat“ die zentrale Metapher seines Lebens. Seinen Freunden gegenüber hat Buber dieses Wort häufig verwendet, um damit auszudrücken, dass er sich nicht auf den weiten Höhen eines Systems ausruhen wollte, sondern auf einem felsigen schmalen Grat zwischen Abklüften bewegte, wo es keine Sicherheit ausdrückbaren Wissens gibt, sondern nur die „Gewissheit des Zusammenstoßes mit dem Ungesicherten“. Für Friedman charakterisiert dieser Satz Qualität und Bedeutung von Bubers Leben und Denken als „schmales Grat“. Dieses Wort bringt nicht nur die „heilige Unsicherheit“ seiner existenzialistischen Philosophie zum Ausdruck, sondern auch das „Ich-Du“ oder seine

dialogische Philosophie, welche sein Biograph als eine echte dritte Alternative zu den vielen Entweder-Oder unserer Zeit betrachtet.

Schreiben als Pflicht

Das Schreiben fiel Buber nicht leicht, er hielt sich nicht für einen Literaten: „Schreiben ist nicht mein Beruf, sondern meine Pflicht – eine fürchterlich schwere dazu. Wenn ich schreibe, dann unter schrecklichem Druck“. Ein schwer nachvollziehbares Eingeständnis, wenn man Bubers sprachmächtige Texte liest, die, vor Jahrzehnten verfasst, auch in der Gegenwart alles andere als verstaubt zu lesen sind, im Gegenteil, seine Schriften sind grandios formuliert. (Vor allem dann, wenn man an seine Bibel-Übersetzung denkt.)

Paul Mendes-Flohr hat sage und schreibe über 50.000 erhaltene im Martin Buber Archiv der Nationalbibliothek Israels archivierte Briefe, die Buber mit Hunderten von Korrespondenten gewechselt hat, durchforstet und in seiner Biographie verarbeitet. Buber war bewusst, dass über ihn geschrieben wird und würde, und betonte, dass dann auf sein Denken Bezug genommen werde und dabei konstruktive Elemente in Betracht zu ziehen seien: „Meine Philosophie. ... Ich habe keine Lehre. Ich zeige nur etwas. Ich zeige die Wirklichkeit. Ich zeige etwas an der Wirklichkeit, was nicht oder zu wenig gesehen worden ist. Ich nehme ihn, der mir zuhört, an der Hand und führe ihn zum Fenster.

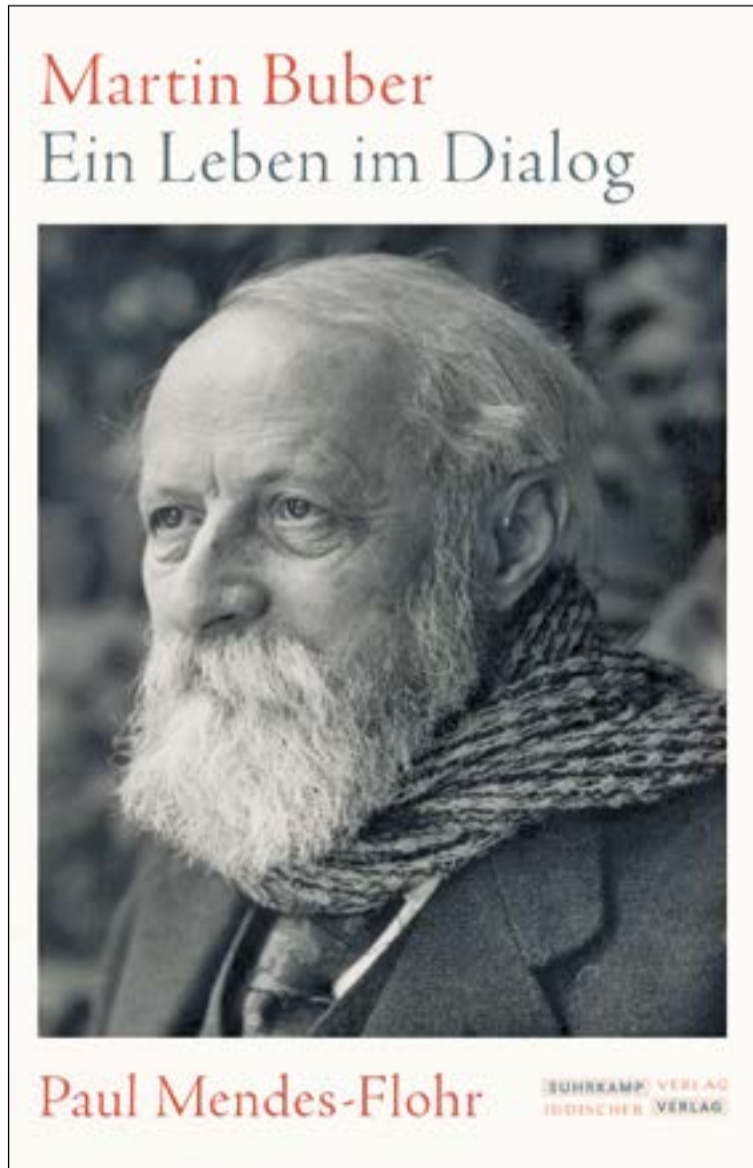
ten zu zeigen und suchte das so getreu wie möglich zu tun.

Die Alternative der Dualität

Was gemeinhin als Alternativen betrachtet wird, ist bei Buber eine paradoxe Einheit: „Ich und Du, Liebe und Gerechtigkeit, Abhängigkeit und Freiheit, die Liebe Gottes und die Furcht vor Gott, ... Einheit und Dualität“.

Anlässlich ihres Besuchs bei dem hochbetagten Buber 1958 zeigte sich Hannah Arendt tief beeindruckt von dessen Offenheit gegenüber unterschiedlichen Anschauungen: „[Buber hat] eine wirkliche Neugier und Lernfähigkeit für die Welt, [...] und er ist mit seinen beinahe 80 Jahren lebendiger und empfänglicher als alle diese dogmatischen Rechthaber und Besserwisser“. Dazu bemerkte Buber später einmal: „Altsein ist ein herrliches Ding, wenn man nicht verlernt hat, was anfangen heißt ...“

Buber selbst, wie er einmal bekannte, bedauerte, ein „komplizierter und schwieriger Gegenstand“ zu sein. Paul Mendes-Flohr verschweigt Bubers Schwächen keinesfalls: Buber konnte narzisstisch und egozentrisch sein, ein Verhalten, das mit seinen eigenen Grundsätzen nicht übereinstimmte und seiner Dialogfähigkeit widersprach. Wie dem auch sei: Buber war eindeutig kein vollkommener Mensch – wohl aber vollkommen menschlich. Shmuel Yosef Agnon, hebräischer Romancier und erster (und einziger) hebräisch-schreibender Literatur-Nobelpreisträger, bemerkte dazu: „Es



Ich stoße das Fenster auf und zeige hinaus, ich öffne das Fenster und zeige auf das, was draußen ist“. Dieser Mann wollte nicht schreiben können? Welch eine persönliche Fehleinschätzung!

Eigener Aussage nach wollte Buber die Welt beeinflussen, wollte aber nicht, dass diese sich „von ‚Mir‘“ beeinflusst fühlte. Er spürte in sich den Auftrag, den Menschen Wirklichkei-

gibt Leute, bei denen du dich irgendwann entscheiden musst, ob du sie liebst oder hasst. Ich entschied mich, Buber zu lieben“.

Paul Mendes-Flohr: Martin Buber. Ein Leben im Dialog. Suhrkamp Verlag/Jüdischer Verlag, Berlin 2022, 414 S., 36 Euro.

Jedes Opfer hat einen Namen: Ein Jahr Shoah Namensmauern Gedenkstätte in Wien

Es ist ein Ort des Gedenkens und der Begegnung: Im Ostarrichipark sind auf 160 Namensmauern 64.440 Namen und Geburtsjahre ermordeter Juden eingraviert. Hinter jedem Namen steht ein Leben, steht ein Schicksal und steht ein Tod. Allen Männern, Frauen und Kindern, denen man ihren Namen entzogen hat und Nummern gab, soll auf der Namensmauer wieder ein Stück Identität zurückgegeben werden. Der Shoa-Überlebende und Künstler Kurt Yakov Tutter, dessen Eltern in Auschwitz ermordet worden sind, setzte sich für die Verwirklichung dieser Gedenkstätte ein, um die Opfer des Nationalsozialismus aus dem Schatten der Anonymität zu holen. (JR)

Von Lioba Lobmayr

Am 9. November 2021, dem 83. Jahrestag der Terrornacht der Novemberpogrome von 1938, wurde die Shoah Namensmauern Gedenkstätte im Ostarrichi-Park in Wien eröffnet.

Das Projekt zur Errichtung der Gedenkstätte wurde im Jahr 2000 von Kurt Yakov Tutter initiiert und gemeinsam mit dem Verein zur Errichtung einer Shoah Namensmauern Gedenkstätte forciert. Kurt Yakov Tutter wurde 1930 in Wien geboren. 1939 flüchtete er mit seiner Familie nach Belgien. Seine Eltern wurden 1942 aus Brüssel nach Auschwitz deportiert. Eine belgische Familie in Gent versteckte Kurt und seine Schwester Rita und rettete ihnen so das Leben. 1948 wanderte Kurt Tutter nach Kanada aus, er wohnt seither in Toronto.

Das Projekt wurde 2018 vom damaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz aufgegriffen und die Finanzierung des Projekts zugesagt. So wurde das Projekt in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) konkret begonnen. Das Konzept der Gedenkstätte wurde von Kurt Tutter seit 2000 erarbeitet.

Die fertig gestellte Gedenkstätte wurde in Anwesenheit des Initiators am 9. November 2021, dem Jahrestag der Novemberpogrome 1938, feierlich der Öffentlichkeit übergeben. Seit einem Jahr ist die Shoah Namensmauern Gedenkstätte ein Ort der Erinnerung und Begegnung.

Von der Idee zur Realisierung der Shoah Namensmauern Gedenkstätte

Kurt Tutter forderte seit Ende der 1990er Jahre die Errichtung von Gedenkmauern, die die Namen der rund 65.000 ermordeten österreichischen Juden nennen sollte. Das Mahnmal für die österreichischen jüdischen Opfer der Shoah am Judenplatz in der Wiener Innenstadt, initiiert von Simon Wiesenthal und errichtet im Jahr 2000 von der britischen Bildhauerin Rachel Whiteread, sei unzureichend. Sein Vorschlag sah zwei Meter hohe Gedenkmauern aus poliertem hellen Granit vor - mit den eingravierten Namen und Geburtsjahren der Toten, stellvertretend für eine Grabstätte, da eine Grabstätte im Judentum einen hohen Stellenwert bedeute.

Bis Anfang 1938 lebten in Österreich 210.000 Juden, kaum 3% der Bevölkerung des Landes. Von diesen 210.000 Juden war es 65.000 nicht möglich der Shoah zu entkommen.

Diese Juden, die sich auch als Österreicher identifiziert hatten, hatten hier gelebt, Familien gegründet, in Werkstätten gearbeitet, Geschäfte geführt und verschiedene Berufe ausgeübt, sich in Wissenschaft, Kunst, Literatur und Musik ausgezeichnet. Mit ihren Talenten und Loyalität haben in ihrer Heimat



64.440 Namen und Geburtsjahre sind auf den Namenstafeln eingraviert

Österreich beigetragen.

Mit der Namensmauern Gedenkstätte soll diesen 65.000 österreichischen Juden ihre Namen und die menschliche Würde zurückgegeben, derer sie beraubt worden waren.

Um seiner Idee mehr Gehör zu verschaffen, gründete Kurt Yakov Tutter im Jahr 2000 eine Initiativgruppe und stellte ein Proponenten-Komitee auf, die gemeinsam 2006 den Verein für die in der Shoah ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich (kurz: Verein Gedenkstätte Namensmauern) gründeten.

Anlässlich der feierlichen Versetzung der ersten Granitafel meinte Kurt Yakov Tutter auf die Frage in einem ORF Interview, ob er von der Politik instrumentalisiert worden sei: „Achtzehn Jahre lang habe ich für die Gedenkstätte wie ein Löwe gekämpft, gegen das spürbare Desinteresse in Österreich, gegen amtsführende Leute in Stadt und Bund, die schöne Worte für das Projekt hatten, es aber keineswegs realisieren wollten. Mit meinem Mut und meiner Beharrlichkeit habe ich die Zustimmung für die Shoah-Namensmauern Gedenkstätte erreicht. Im Jahr 2018 haben Bundeskanzler Sebastian Kurz, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und (der Wiener, Anm. der Redaktion) Bürgermeister Michael Ludwig entschieden, dass die Gedenkstätte ein bedeutendes Projekt war für Österreich und für Wien. Damit haben sie viel Mut wie auch tiefes Verständnis bewiesen.

Niemand, am allerwenigsten ich, wurde davon instrumentalisiert.“

Wenige Tage nachdem er den Brief vom Generalsekretär des Gedenkstätte Vereins, Kurt Yakov Tutter, erhalten hatte, empfing der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz ihn am 13.03.2018 im Bundeskanzleramt und teilte ihm seine Entscheidung persönlich mit, dass die Finanzierung des Projektes durch den Bund für mehr als 80% der Projektkosten von EUR 5,3 Millionen sichergestellt sei, und die Restfinanzierung durch Beiträge der Bundesländer sowie privater Sponsoren gewährleistet würde.

Das Gedenkjahr 2018 – 100 Jahre Ende des ersten Weltkriegs, 80 Jahre Anschluss Österreichs (13.03.1938) – war für die Republik Österreich Anlass, um sich auch mit den dunkelsten Kapiteln der Geschichte intensiv auseinanderzusetzen.

Die Gedenkstätte nimmt Gestalt an

Am 25. März 2021 wurde die erste mit Namen gravierte Steintafel (aus einem sehr hellen Granit, Kashmir Gold) der Namensmauern Gedenkstätte im Ostarrichi-Park versetzt. Die Gedenkstätte für die in der Shoah ermordeten jüdischen Menschen aus Österreich nahm mit dem Versetzen der ersten Steintafel als sichtbares Zeichen der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus Gestalt an.

Kurt Yakov Tutter meinte in einem ORF Interview: „Zur feierlichen Verset-

zung der ersten, mit Namen gravierten Granitplatte im Ostarrichi-Park am 25. März 2021 konnten nur 15 Leute eingeladen werden. Alle Anwesenden waren aber von der Ansicht der Granitplatte tief sinnig beeindruckt. Die Namen sind auch sehr gut lesbar. Ich bin davon überzeugt, dass Wien nicht nur eine längst überfällige Gedenkstätte haben wird, sondern auch ein bedeutendes Kunstwerk im öffentlichen Raum.“

Bundeskanzler Sebastian Kurz hielt fest: „Es ist unsere Pflicht dafür zu sorgen, dass aus einem "Nie Wieder Vergessen" ein "Nie Wieder" wird. Mit dem Versetzen des ersten Steins der Shoah Namensmauern Gedenkstätte nimmt eines der wichtigsten Projekte unserer Gedenkkultur Gestalt an. Damit setzen wir ein immerwährendes Zeichen nicht nur für unsere, sondern auch für nachfolgende Generationen. Als Republik Österreich kommen wir so unserer historischen Verantwortung nach.“

Der Präsident des Nationalrats, Wolfgang Sobotka, ergänzte: „Das Vergessen des Bösen ist die Erlaubnis zu seiner Wiederholung. Diese Gedenkstätte ist unerlässlich. Männer, Frauen und Kinder – alle, denen man ihren Namen entzogen hat, indem man ihnen eine Nummer gab, finden eine Identität, einen Grabstein und eine Ewigkeit. Ihre in Stein gemeißelten Namen sorgen dafür, dass sie niemals vergessen werden.“

Die Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler erläuterte: „Shoah Gedenkstätten und Mahnmale sind nicht nur

wesentlicher Teil einer aktiven Erinnerungskultur, sondern sie tragen auch zur Auseinandersetzung mit – und Sichtbarmachung – der Geschichte und Reflexion bei. Österreich hat vor dem Hintergrund des dunkelsten Kapitels unserer Geschichte eine besondere historische Verantwortung. Nur wer sich erinnert, wer sich mit der Geschichte auseinandersetzt, wer sensibilisiert ist für die Gräueltaten der Vergangenheit, kann die Zukunft positiv gestalten. Ich freue mich, dass wir mit dem ersten Gedenkstein der Namensmauern den sichtbaren Beginn der Errichtung der Gedenkstätte und damit ein wichtiges Zeichen der Erinnerung setzen.“

„Die Shoah-Namensmauern erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus und verleihen durch die Nennung der Namen in Stein dem ethischen Imperativ 'Niemals vergessen' Sinn. Die Gedenkstätte soll an das Grauen des Nationalsozialismus mahnen, an Zivilcourage appellieren und ein wichtiges Signal für Demokratie, Menschenrechte und Solidarität sein. Umso wichtiger in einer Zeit, in der auf Demonstrationen wieder antisemitische Untertöne sicht- und hörbar werden“, betonte Wiens Kulturstadträtin, Veronica Kaup-Hasler.

Der Gouverneur der Österreichischen Nationalbank, Robert Holzmann, führte weiter aus: „Die heutige Situierung stellt im wahrsten Sinne des Wortes einen Meilenstein dar – für die Gedenkstätte per se, vor allem aber für das gerade jetzt so wichtige Nicht-Vergessen.“

Der IKG-Präsident Oskar Deutsch: „Wie wir mit Geschichte umgehen, definiert unsere Gesellschaft heute und in der Zukunft. Es geht dabei nicht um die Frage der Schuld, sondern der Verantwortung. Eine Verantwortung, die Österreich spät, aber doch wahrzunehmen begonnen hat. Hinter jedem der über 64.000 Namen, die hier verewigt sein werden, steht ein Mensch. Mit den Namensmauern werden sie alle als Individuen sichtbar, auch für spätere Generationen.“

Walther Lichem, Vorstand des Vereins zur Errichtung der Namensmauern Gedenkstätte, sagte: „Diese Gedenkstätte soll den Österreicherinnen und Österreichern die Möglichkeit geben, unser Gestern mit dem Heute und dem Morgen zu verbinden. Zeitphasen unserer Geschichte sind nicht getrennt voneinander wahrzunehmen und können nicht getrennt voneinander verstanden werden. Aus der Geschichte, auch aus dem Horror der Shoah, müssen wir lernen und aus diesem Lernprozess die Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart erkennen und damit auch die Kernelemente einer friedlichen, menschenwürdigen Zukunft erkennen. [...] Wir gedenken der Opfer des Nationalsozialismus als Brücke in eine uns alle einschließende gemeinsame Zukunft.“

Hannah Lessing, Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus: „Seit mehr als 20 Jahren unterstützt und begleitet der Nationalfonds Kurt Yakov Tutter und sein Ringen um die Shoah Namensmauern. Die Familien der Ermordeten finden hier einen Platz, an dem sie ihrer Lieben gedenken können. Und Österreich erhält einen würdigen Erinnerungsort, der die Namen der Opfer im Gedächtnis der Menschen bewahrt.“

Gestaltung der Gedenkstätte

Kurt Tutter konzipierte die Shoah Namensmauern Gedenkstätte als Ort der Andacht. Die gestalterische Planung und Realisierung der Gedenkstätte er-



Die Gedenkstätte im Osterreichipark ist ein Ort des Gedenkens und der Begegnung

folgte durch Wehofer Architekten ZT GmbH auf Basis der Idee von Tutter und einer Visualisierung des Architekten Dr. John Cirka (University of Toronto,

Nachfahren die Möglichkeit gibt, ihrer Angehörigen zu gedenken. Und sie soll ein Ort sein, der den Besucherinnen und Besuchern das Ausmaß des Men-

Die bloßen Zahlen werden immer unfassbar sein. Die Namen jedoch erreichen die Herzen.

Canada) aus dem Jahr 2010.

Als Ort wurde schließlich ein zentral gelegener Park von der Stadt Wien und der Nationalbank zur Verfügung gestellt, der öffentlich gut erreichbar ist und mit dem jüdischen Leben in Verbindung steht: der Osterreichi-Park vor der Österreichischen Nationalbank und beim Campus Altes AKH der Universität Wien, wo viele jüdische Ärzte an der Poliklinik Wien bis zum zweiten Weltkrieg wirkten.

Die 160 Steinplatten aus hellem Granit sind um eine elliptische Grünfläche angeordnet, wobei die Namen und Geburtsjahre auf der Innenseite graviert sind. Diese grüne Fläche, die mit Sträuchern und Bäumen bepflanzt ist, steht für die Schönheit der Natur, der wir uns bewusst sein sollten, auch in traurigen Umständen. Dennoch soll diese grüne Fläche, die in ihrer Mitte ungefähr 30 cm höher ist als der Rand, auch an die Massengräber von Maly Trostinec (Weißrussland) erinnern, wo über 10.000 Wiener Juden grausam umgebracht wurden.

Feierliche Eröffnung der Shoah Namensmauern Gedenkstätte

Anlässlich der Eröffnung der Shoah Namensmauern Gedenkstätte hob die Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler die Bedeutung dieser Gedenkstätte hervor: „Mit der Shoah Namensmauern Gedenkstätte setzt die Republik Österreich ein sichtbares Zeichen ihrer Verantwortung. Auf 160 Namensmauern sind die Namen der Opfer in Stein eingemeißelt. Damit geben wir ihnen ihren Namen und damit zumindest einen Teil ihrer Würde zurück. Und wir führen uns vor Augen, dass hinter den 64.440 Namen einzelne Menschen – Kinder, Mütter, Väter und Nachbarn – mit individuellen Geschichten und menschlichen Schicksalen stehen. Diese Gedenkstätte ist ein Ort, der den

schenhasses der Nationalsozialisten vermitteln soll. Ein besonderer Dank gilt vor allem Kurt Yakov Tutter, der sich mit großer Beharrlichkeit der Verwirklichung dieses Projekts verschrieben hat.“ Und abschließend: „Wir sollten uns und kommenden Generationen immer wieder bewusst machen, zu welchen Grausamkeiten der Mensch fähig ist. Gerade deshalb gilt es dafür einzutreten, dass das gemeinsame Europa für immer



Ermordete Familienangehörige des jüdischen Psychoanalytikers Viktor Frankl

ein Ort des Friedens und der Freiheit bleibt.“

Die Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, Hannah Lessing, bekräftigte: „Die Shoah Namensmauern Gedenkstätte gibt den Opfern einen Platz im kollektiven Gedächtnis. Sie ist eine Einladung, an die Familien der Opfer und an alle Menschen in Österreich: Kommt und gedenkt! Erinnert Euch an ihre Schicksale und ehrt ihr Leben! Die Gedenkstätte ist zudem ein Ort mit großer suggestiver Kraft: Wenn man im weiten Oval der Granittafeln steht, umgeben von den 64.440 eingravierten Namen, erahnt man erst, welch gewaltigen Verlust der Holocaust mit sich gebracht hat: Die steinernen Stelen machen jedes einzelne Opfer sichtbar, jeden einzelnen Namen fühlbar, die 64.440 geraubten Leben begreifbar. Die bloßen Zahlen werden immer unfassbar sein. Die Namen jedoch erreichen die Herzen. Es ist eine beeindruckende

Mahnung, solche Verbrechen nie wieder zuzulassen.“

Die auf den Shoah Namensmauern eingravierten 64.440 Namen und Geburtsdaten beruhen auf der Opferdatenbank des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW). Der wissenschaftliche Leiter des DÖW, Gerhard Baumgartner, betonte: „Wir gratulieren im Namen all unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Kurt Yakov Tutter und seinen MitstreiterInnen zum Erfolg seiner jahrzehntelangen Bemühungen um die Errichtung einer Shoah Namensmauern Gedenkstätte. Es erfüllt uns mit Stolz, dass es uns durch unsere langjährigen Forschungen gelungen ist, die genauen Namen und Daten von über 64.440 österreichischen Opfern der Shoah zu dokumentieren und so zum Gelingen dieses großen Erinnerungsprojektes beizutragen.“

Ein Ort der Andacht und Begegnung

Bei meinen mehrfachen Besuchen dieser Gedenkstätte konnte ich Familienmitglieder, die die Shoah überlebt hatten, und deren Nachkommen beobachten, wie sie die Namen ihrer umgekommenen Eltern und Großeltern oder Geschwister suchten, die Buchstaben mit der Hand berühren, ein Gebet sprachen, eine Gedenkerze anzündeten, Steine niederlegten. Und oft wurde mit den sie begleitenden Freunden aus Österreich ein Gespräch über das Leben der ermordeten Angehörigen in Österreich geführt.

Dieser Gedenkort bietet allen Besuchern, besonders jenen aus Österreich einen Ort der Stille, wo sie der Schicksale ihrer jüdischen Landsleute gedenken und deren Leben ehren können. Dieser Ort regt auch dazu an, sich die Frage zu stellen, wie es möglich war, dass Österreicherinnen und Österreicher sich damals an den Verfolgungen und den Ermordungen beteiligt hatten.

So habe ich die Namen und Geburtsdaten der Angehörigen von mir vertrauten Personen, die oft als einzige die Shoah überlebt hatten, wie Viktor Frankl (Psychoiater) und Gerhard Bronner (Kabarettist) an den Tafeln gesucht und das Leid und die schwierige Zeit des Neubeginns gedanklich und emotional nachvollzogen. Viele Personen, die ich aus wissenschaftlichem, kulturellem oder politischem Kontext kannte, die während der Shoah umgekommen waren, habe ich ebenfalls entdeckt, einige Universitätsprofessoren wie Stephan Brassloff, Elise Richter, Josef Hupka, Norbert Jokl oder politisch tätige Personen wie Robert Danneberg (Jurist, Sozialdemokrat), Jakob Ehrlich (Jurist), Desider Friedmann (Israelit. Kultusgemeinde), Robert Hecht (Jurist), Hans Kotányi (Gewürzhandel), Fritz Löhner-Beda (Librettist, Buchenwald-Lied) und einige andere, die bereits 1938 im ersten Prominententransport (gemeinsam u.a. mit den späteren Bundeskanzlern Leopold Figl und Alfons Gorbach) nach Dachau deportiert wurden, und dort oder in anderen Konzentrationslagern umkamen.

Der Besuch dieser Gedenkstätte berührt, macht betroffen und lädt dazu ein, sich mit der Geschichte des 20. Jh. erneut kritisch auseinanderzusetzen und über die Shoah nachzudenken.

Besorgter Vater! Sucht für seinen etwas schüchternen Sohn, 24, 175, dunkelh. NR. ordentlich, zuverlässig, mehr Bärchen als Adonis, eine zukünftige warmherzige und fürsorgliche Lebenspartnerin gleichen Alters zur Familien Gründung. Tel. 0157 310 35 689

75 Jahre UN-Teilungsplan für Palästina

Am 29. November 1947 beschloss die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Teilung des britischen Mandatsgebiets in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Zudem bestimmte die Resolution 181 Jerusalem als „Sondergebiet“ unter UN-Verwaltung. Im jüdischen Teilgebiet wurde mit Ablauf der Mandatszeit am 14. Mai 1948 der Staat Israel ausgerufen. Das junge und noch schwache Israel wurde sofort von vereinten arabischen Kräften mit dem Ziel der Vernichtung des Staates und seiner Bevölkerung angegriffen. Der kriegsartige Angriff konnte abgewehrt werden und führte zwar nicht zu einem Untergang des jüdischen Staates, wohl aber zur Teilung Jerusalems und der jordanischen Okkupation seines Ostteils, der erst während des Sechs-Tage-Krieges 1967 durch die Juden befreit werden konnte. Ein Anspruch sogenannter Palästinenser auf den von Jordanien besetzten Ostteil Jerusalems wurde damals bezeichnenderweise zu keinem Zeitpunkt erhoben und entstand erst nachdem die Juden Ostjerusalem von der jordanischen Okkupation befreit hatten. Ihr oberstes Ziel ist die Vertreibung der Juden und die Vernichtung Israels ist und nicht das Wohl der Menschen. (JR)

Von Wladimir Bader

Wenn man glaubt, dass die Geschichte keine Konjunktivstimmung hat, dann ist die verstrichene Zeitform immer noch so, wie sie ist. Und das ist Teil des Konjunktivversprechens. Die Überprüfung der Geschichte mit den Regeln der Grammatik ist eine ebenso schlechte Sache wie das Messen der Entfernung in Kilogramm, aber ich habe es nicht begonnen und fortgesetzt, nur um die Bedeutungslosigkeit des Axioms zu zeigen, von der häufigen Verwendung der wahrgenommenen unerschütterlichen Wahrheit.

Also, die Vergangenheitsform, oder besser gesagt die Vergangenheit, setzte sich fort, Past Continuous, um eine genauere Analogie aus dem Englischen zu verwenden.

Zwei Versionen

Vor 75 Jahren verabschiedete die UN-Generalversammlung einen Plan zur Teilung Palästinas in jüdische und arabische Staaten. Das Ergebnis dieser Entscheidung ist bekannt: Das jüdische, später Israel genannt, erhob sich, aber das arabische nicht.

Warum nicht?

Es gibt eine arabische Version, die von den vielen Hütern der „palästinensischen“ Staatlichkeit auf der ganzen Welt, einschließlich der israelischen Linken, wiederholt wird. Demnach wurden die Weltmächte vom Hass auf das europäische Judentum während der Kriegsjahre und dem Gefühl ihrer eigenen Schuld am Holocaust durchdrungen und wiesen als Wiedergutmachung den Juden einen Staat in Palästina zu, und die Araber, die wahren Herren dieses Landes, wurden umzingelt. Jemand anderes hat für seine eigenen Sünden gut bezahlt, und deshalb muss diese Ungerechtigkeit korrigiert werden.

Es gibt die häufigste jüdische oder vielmehr zionistische Version. Die UNO teilte Palästina zwischen Juden und Arabern auf. Keiner von ihnen war zufrieden mit dem, was angeboten wurde, aber die Juden stimmten zu, das zu nehmen, was sie bekommen, und sei es nur, um ihren eigenen Staat zu schaffen, und die Araber lehnten ab. Sie spielten um eine Gehaltserhöhung - und verloren. Es passiert im Geschäft und in einem Kartenspiel.

Die erste ist nur eine Lüge, die zweite ist nicht die ganze Wahrheit.

Jenseits der Barmherzigkeit

Niemand auf der Welt – zumindest nicht auf staatlicher Ebene – bereute den Holocaust und versuchte, die Juden für ihre Verluste zu entschädigen – weder die menschlichen Verluste noch den Verlust ihres Besitzes. Das war weder vor, während des Krieges noch danach der Fall. Obwohl jeder einen Grund dafür hatte.

Nur wenige Menschen wissen (gerade



Tel Aviv feiert die Verabschiedung der UN-Resolution über die Teilung Palästinas 1947

weil sie sich lieber nicht daran erinnern wollen), dass die „Judenfrage“ – in dem Sinne, wie die Nazis diesen Euphemismus formulierten – nicht auf der Wannseekonferenz von 1942 begonnen hatte. Anfangs hatte Hitler nicht die Absicht, die Juden Europas auszurotten. Er plante, sie einfach auszurauben und rauszuschmeißen. Aber sie hatten keinen Ort, zu dem sie fliehen konnten. Niemand wollte die verarmten Ausgestoßenen aufnehmen. Das wurde schließlich auf einer internationalen Konferenz im französischen Evian-les-Bains enthüllt.

32 Länder nahmen teil. Niemand stimmte zu, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Die USA sagten, die Einwanderungsquoten für Deutschland und Österreich seien ausgeschöpft. Großbritannien weigerte sich, die Beschränkungen des Weißbuchs für die jüdische Einwanderung nach Palästina zu erhöhen. Auch der Rest lehnte ab, wegen der katastrophalen Wirtschaftslage und der hohen Arbeitslosigkeit. Wenn die deutschen Behörden Juden erlaubt hätten, Kapital und Wertsachen mitzubringen, dann hätte es irgendwie funktionieren können, aber die Behörden des Reiches entschieden anders und die Angelegenheit war vom Tisch.

Damals erkannte Hitler, überzeugt, dass sich die ganze Welt nicht um die Juden kümmerte, dass niemand ihn daran hindern würde, mit den verhassten Menschen so umzugehen, wie er es wollte, und beschloss, sie zu töten. Im selben Jahr fand die Kristallnacht statt, und der

Alptraum der Juden begann, zuerst in Deutschland, dann in Österreich und dann in den übrigen eroberten Ländern.

Die sowjetischen Behörden wussten, was mit den Juden in den von Deutschland besetzten Gebieten geschah. Die Führung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens wurde sich des wahren Ausmaßes der "Todesfabriken" in Polen spätestens ab Ende 1943 bewusst, aber die Bombardierung durch die alliierten Flugzeuge umging fleißig die Vernichtungslager. Gaskammern und Krematorien funktionierten bis zum Winter 1945 einwandfrei.

Nach der Befreiung der Gefangenen der Lager und Ghettos durften die wenigen Überlebenden nicht mehr auf die Schwelle ihrer Häuser, Pogrome wurden in Polen organisiert, mit jüdischen Grabsteinen wurde in der Ukraine gepflastert. Juden wurden auf den Straßen und an öffentlichen Plätzen angegriffen, sie wurden nicht angeheuert, ihr während des Krieges geplündertes Eigentum wurde schamlos einbehalten.

Über welche Art von Entschädigung könnten wir sprechen? Darüber hinaus empfand niemand die Schaffung eines jüdischen Staates als Ausgleichsmaßnahme. Mehr noch, es gab genug Barmherzigkeit für ihre eigenen Juden, aber als Bürger ihrer eigenen Länder, und selbst dann nur in Westeuropa. Die Einstellung zum Holocaust, die wir heute kennen, begann im öffentlichen Bewusstsein des Westens viel später,

erst in den 1960er Jahren, Gestalt anzunehmen.

Eigene nationale Interessen

Warum also gingen Länder, denen das Schicksal des jüdischen Volkes so gleichgültig war, am 29. November 1947 zur Gründung ihres Staates (zusammen mit dem arabischen – lassen Sie mich daran erinnern)? Vor allem auf der Grundlage ihrer eigenen Interessen und zu einem großen Teil dank der geschickten Politik der jüdischen Führung.

Zunächst zu den Interessen.

Eine Abstimmung, bei der jeder UN-Mitgliedsstaat, wie es jetzt der Fall ist, eine Stimme hat (nur die UdSSR hatte drei), ist nur die letzte Phase. Nicht weniger wichtig war, welche Resolution, in welchem Wortlaut der Generalversammlung vorgelegt wurde. Hier hatten die Großmächte Priorität.

Allen voran die siegreichen Länder, denen es gelang, den Wiederaufbau der Welt nach dem Krieg auf Gipfeltreffen während des Krieges (1943 in Teheran) und unmittelbar danach (1945 in Potsdam) zu bestimmen. Erstens war Europa geteilt, Palästina blieb außerhalb der Abkommen. Als es nach dem Krieg darum ging, waren die alliierten Länder bereits zu unversöhnlichen Rivalen geworden.

In dieser Frage hatte Großbritannien unter den Mitgliedern des Dreier Bundes die schwächste Stimme. Sie war eine interessierte Partei, ohne Glaubwürdigkeit, eine Mandatsträgerin, mit der sie nicht

umgehen konnte, die sie selbst loswerden wollte, und die Mandatszeit neigte sich dem Ende zu. Daher gehörte das entscheidende Wort den Vereinigten Staaten und der UdSSR.

Die Beziehung zwischen ihnen war bereits in allen Fragen wie zwischen einer Katze und einem Hund, aber das war nur ein Zufall: Beide Großmächte wollten das alte Großbritannien seiner traditionell führenden Rolle im Nahen Osten berauben, und Palästina schien ein gutes Sprungbrett dafür zu sein. Beide profitierten davon, die Briten da rauszuholen. Aber wessen heiliger Ort wäre es, wenn er ohne britische Macht leer wäre?

Hartnäckiger Baptist

In den Vereinigten Staaten gab es Meinungsverschiedenheiten in dieser Angelegenheit. Das gesamte politische Establishment verließ sich auf die Araber: Es gibt mehr von ihnen, sie haben Öl, sie haben bereits ihre eigenen Staaten und Armeen. Das Außenministerium neigte zu der Option, nationale Enklaven in Palästina unter einem internationalen Protektorat anstelle des britischen zu schaffen – und sich darauf zu beschränken.

Nur der Präsident nahm eine andere Position ein. Als eifriger Evangelist demonstriert er seit seiner Zeit als Senator die Unterstützung der Zionisten. Als Präsident änderte Truman seine Ansichten nicht. Sein gesamtes Gefolge widersetzte sich ihnen vehement.

Diplomaten glaubten, dass die Vereinigten Staaten auf der Seite des Öls stehen sollten, und es gehört den Arabern, mit denen Amerika streiten würde, wenn es die Zionisten unterstützen würde. Verteidigungsminister James Forrestal drängte den Präsidenten, dass 40 Millionen Araber unweigerlich 400.000 Juden ins Meer stoßen würden – und amerikanische Truppen müssten geschickt werden, um sie zu retten. Der maßgeblichste Politiker, der Außenminister – der berühmte General des jüngsten Krieges und der zukünftige Retter des Nachkriegseuropas, George Marshall – drohte mit Rücktritt: Sinnlose Unterstützung für dem Untergang geweihten Juden würde die Vereinigten Staaten angesichts des sich zusammenbrauchenden militärischen Konflikts in Europa mit den Sowjets ohne Öl zurücklassen.

Dass die Araber einen Krieg beginnen würden, in dem der jüdische Staat keine Chance hätte, wurde von allen Militärspezialisten, nicht nur in den Vereinigten Staaten, vorhergesehen. Der große Befehlshaber der Alliierten im Zweiten Weltkrieg, Marschall Montgomery, damals Chef des britischen Generalstabs, glaubte, dass die Juden nicht länger als zwei Wochen überleben würden.

Aber Truman hatte neben persönlichen Sympathien und religiösen Überzeugungen ein politisches Argument: jüdische Stimmen, die damals in den Staaten mehr waren als Muslime und Araber. Juden überschwemmten das Weiße Haus mit Briefen, Telegrammen und Petitionen, ihre Zahl überstieg Hunderttausende. Im November empfing Truman heimlich Chaim Weizmann, den er für den klügsten Mann hielt, und befahl unmittelbar nach diesem Treffen der UN-Vertretung, mit "Ja" zu stimmen.

Kehrtwende der Sowjets

In der sowjetischen Führung konnte es solche Meinungsverschiedenheiten nicht geben. Die Position der UdSSR war, zur Unterstützung der Bildung des jüdischen Staates zu entscheiden – nicht nur wegen des Besitzes von drei Stimmen zum Preis von einer, sondern auch, weil die UdSSR die einzige Großmacht war, die sofort, offen und entschlossen für die Teilung

Palästinas und die Selbstbestimmung der beiden Völker eintrat. Die Reden des ständigen Vertreters der UdSSR bei den Vereinten Nationen, Andrej Gromyko, im Mai 1947 vor der Kommission für die Teilung Palästinas und im November vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen waren so wohlwollend in Bezug auf die Einstellungen gegenüber Juden und ihre Träume von einer eigenen Staatlichkeit, die selbst die zukünftigen Gründerväter erstaunten. Chaim Weizmann bemerkte erstaunt, dass sie angeblich von einem Zionisten ausgesprochen wurden.

Was steckte hinter dieser Kehrtwende der Position des sowjetischen Imperiums, wo seit Lenins Zeit die Zionisten gefangen gehalten und erschossen worden waren, Hebräisch verboten und Religion (nicht nur jüdisch) verfolgt worden war? Natürlich Stalins leidenschaftlicher Wunsch, England Steine in den Weg zu stellen und zu demonstrieren, dass der sowjetische Führer weiterhin eine imperialistische Hauptmacht ist. Aber Stalin hatte auch Pläne für das jüdische Palästina.

Die Zionisten dort erinnerten sich an sich selbst. Bereits zu Beginn des Krieges zwischen der UdSSR und Deutschland, 1941, kam Chaim Weizmann in Kontakt mit dem sowjetischen Botschafter in Großbritannien, Ivan Maisky. Sie hatten

Maisky selbst sah all dies im November 1943 mit eigenen Augen. Auf dem Weg von London nach Moskau (während des Krieges war es der kürzeste Weg) hielt er sich einige Tage in Palästina auf. Sie akzeptierten ihn als Ehrengast der britischen Behörden des Mandatsgebiets, aber zu ihrem Missfallen bestand er darauf, sich mit den Vertretern des Jischuw zu treffen. Er wurde in einen Kibbuz am Stadtrand von Jerusalem gebracht, wo der Gast mit der ganzen Leidenschaft der kommunistischen Bruderschaft gestreichelt wurde.

Auf dem Weg zum Kibbuz Maisky kam er selbst mit Ben-Gurion über die Nachkriegszukunft Palästinas ins Gespräch. Er sagte, er müsse sich auf die Aufnahme von 2,5 Millionen Juden aus Europa vorbereiten. Ben-Gurion war sowohl von dem Angebot als auch von der Figur verblüfft. In ihren wildesten Träumen erwarteten die sozialistischen Zionisten (und sie waren immer noch Träumer) ein solches Ausmaß nicht. Die britischen Behörden beschränkten die Quote von 75.000 für fünf Jahre, und damit versuchte das Protektorat, die jüdische Einwanderung zu stoppen. Das heißt, es ging definitiv nicht nur um die Abschaffung des Mandats nach dem Krieg, sondern auch um die Schaffung

ihrer Wirtschaft und Ideologie, einer Armee, die eher einer Miliz ähnelte. Nur ein Mandat fehlte. Am 29. November war es ein großer strategischer und diplomatischer Sieg für den Zionismus. Und danach folgte ein völlig unerwarteter militärischer Sieg.

Prinzipien statt Staat

Was ist mit den Arabern? In all den komplexen Showdowns der Weltmächte wurde der arabische Staat in Palästina nur als Idee diskutiert. Die Araber selbst hatten es nicht einmal in den Umrissen. Es gab ein Ziel: die Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina zu verhindern. "Mit Feuer und Blut", so Jamal al-Husseini, Chef des Obersten Arabischen Rates.

Sein Bruder Amir, der Vater des „palästinensischen“ Nationalismus, rief gerade als zionistische Führer versuchten, Kontakte mit der gegen die Nazis kämpfenden UdSSR herzustellen und eine jüdische Brigade als Teil der britischen Armee zu schaffen, einen pro-deutschen Aufstand im Irak auf, schwor Hitler die Treue, schlug vor, eine arabische Legion in der Wehrmacht zu schaffen und beteiligte sich an der Bildung der muslimischen SS-Division in Bosnien. Schließlich ließ er sich in Berlin nieder.

Die Araber haben auf das falsche Pferd gesetzt und sie hatten das falsche Ziel. Weder die Arabische Liga noch der Oberste Arabische Rat hatten irgendwelche Pläne für einen arabischen Staat in Palästina. Die Palästinenser und die Etatisten waren damals nur Juden. Und die arabische nationale Idee war, die jüdische Präsenz in diesem Land loszuwerden, nicht einen Zentimeter davon aufzugeben, keine Kompromisse einzugehen.

Wenn sich die Juden genauso verhalten hätten, hätten sie seit 1922 gegen die Briten kämpfen müssen, als Großbritannien entgegen der Balfour-Deklaration und den Bedingungen des Mandats für Palästina einen arabischen Staat gründete: Transjordanien. Sie mussten als Araber den Plan für die Teilung Palästinas 1947 ablehnen, weil die Grenzen des vorgeschlagenen jüdischen Staates unrealistisch waren, um sie zu schützen. Ohne Judäa und Samaria, die ursprünglichen jüdischen Länder, und Jerusalem, ihrem heiligen Ort. Und dann hätten wir keinen Staat. So wie die Araber, die sich "Palästinenser" nennen, keinen haben. Ihr Ansatz hat sich bis heute nicht geändert. So leben sie immer in der Vergangenheit – kontinuierlich Past Continuous. Ohne Staat, aber mit Prinzipien. Sie haben verloren. Und wir haben gewonnen. Es ist ein sauberer und ehrlicher Sieg.

Aus dem Russischen von Filip Gašpar

„ Sie haben verloren. Und wir haben gewonnen. Es ist ein sauberer und ehrlicher Sieg. “

ein Treffen, eine Korrespondenz begann. Der zukünftige erste Präsident Israels versicherte dem Botschafter die freundliche Haltung der Juden Palästinas gegenüber der UdSSR. Das war wahr, und es konnte nicht anders sein.

Der Jischuw (Jüdische Gemeinde in Palästina vor der Staatsgründung Israels, Anm. d. Red.) bestand hauptsächlich aus "russischen" Juden und wurde von Sozialisten geführt. Ihre Haltung gegenüber dem Land der Sowjets war romantisch enthusiastisch. Und als dieses Land begann, die Nazis zu bekämpfen, die Juden vernichteten, verstärkte sich diese Haltung um ein Vielfaches. 1942 wurde in Palästina eine Organisation zur Unterstützung der UdSSR gegründet – die Liga V, die Gelder, Medikamente, Kleidung für sowjetische Brüder sammelte, Kundgebungen organisierte, sowjetische Literatur verteilte und Filme zeigte. Porträts von Stalin hingen in Kibbuzims. Seine Reden wurden von Teenagern anstelle der Tora bei Bar Mitzvah-Zeremonien rezitiert.

des jüdischen Staates. Moskau war bereit, außerdem spornte es es an.

Sie können also verstehen, woher die unerwartete Unterstützung der UdSSR in der UNO kam. Auf der von Stalin gezeichneten Landkarte der Nachkriegswelt sollte der zukünftige jüdische Staat nicht nur England aus Palästina vertreiben, nicht nur eine Hochburg der UdSSR im Nahen Osten werden, sondern auch die überlebenden europäischen Juden entsorgen, wodurch die Notwendigkeit beseitigt wurde, diese heimatlosen Massen in den kriegsmüden Ländern des Sowjetblocks auszurüsten. Auf einen Schlag wollte der Kremlchef drei Probleme lösen.

Jetzt wissen wir, dass es nach seinem Drehbuch nicht geklappt hat. Aber zu diesem Zeitpunkt mussten die Juden die Legitimität der Staatsgründung erlangen. Es existierte bereits tatsächlich. Mit einem eigenen, wenn auch Patchwork-Territorium, einer kleinen Bevölkerung, einer eigenen Sprache, die tot war und wiederbelebt wurde, ihren Institutionen,

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website

www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Wie Franklin D. Roosevelt vor 80 Jahren die Juden verraten hat

Trotz der Nachrichten über den Massenmord an den Juden durch die Nationalsozialisten und trotz der verzweifelten jüdischen Hilferufe, unternahm die keinesfalls den Juden zugeneigte US-Regierung unter dem Demokraten Franklin D. Roosevelt ganz im Sinne auch der heutigen Politik der Democrats so gut wie nichts zur Rettung der Juden vor der bestialischen deutschen Mordmaschinerie. Ganz im Gegenteil: Die Einreisebestimmungen für europäische Juden wurden durch die Roosevelt-Administration sogar noch verschärft. (JR)

Von Sol Stern

Am 8. August 1942 erhielt das amerikanische Konsulat in Genf einen dringenden Besuch von Gerhart Riegner, dem Schweizer Vertreter des Jüdischen Weltkongresses. Ein Konsularbeamter bemerkte, dass der junge Anwalt in einem Zustand „großer Aufregung“ erschien, als er die verheerenden Informationen übermittelte, die er gerade von einem deutschen Industriellen mit hochrangigen Kontakten innerhalb der Nazi-Bürokratie erhalten hatte. Nach Angaben des Industriellen (dessen Identität Riegner geheim zu halten versprach) hatte das Hitler-Regime eine weitreichende Operation zur Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Europas mittels Giftgas in geheimen, industriell geführten Tötungszentren im Osten gestartet.

Riegner bat darum, dass ein Telegramm, das diese Enthüllungen zusammenfasste, an das Außenministerium geschickt und dann an Rabbi Stephen H. Wise, den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses in New York, weitergeleitet werde. Für die amerikanischen Diplomaten klang dies „fantastisch“, nur ein weiteres Gerücht über Kriegsgräuelt. Dennoch stimmten sie zu, Riegners Telegramm an ihre Vorgesetzten in Washington weiterzuleiten. Es war das erste Mal, dass zuverlässige Informationen über Hitlers Endlösung die US-Regierung erreichten.

Gerhardt Riegner hielt sein Versprechen, den Namen seines deutschen Informanten niemals preiszugeben. Mehr als 40 Jahre später gelang es den Historikern Walter Laqueur und Richard Breitman jedoch, Riegners geheime Quelle als Eduard Schulte zu identifizieren, den Chef eines großen Bergbauunternehmens, das das deutsche Kriegsministerium mit strategischen Metallen belieferte. In *Breaking the Silence: The German Who Exposed the Final Solution* („Der Deutsche, der die Endlösung aufdeckte“) erzählten die Autoren die dramatische Geschichte eines „rechtschaffenen Nichtjuden“, eines anderen Oskar Schindler, der sein Leben riskierte, um die Welt auf den Holocaust aufmerksam zu machen. Ein Teil von Schultes Informationen stammte indirekt von SS-Chef Heinrich Himmler, der auf dem Weg zu einer geheimen Militäreinrichtung in der Nähe der kleinen Stadt, die früher Oswiecim hieß und direkt an der alten deutsch-polnischen Grenze lag, einen Zwischenstopp bei den Bergwerken von Schulte eingelegt hatte. Wie Laqueur und Breitman in ihrem Buch beschreiben, erfuhr Schulte zu diesem Zeitpunkt, dass Himmler bei der Vergasung von 450 Juden im Bunker 2 des Vernichtungslagers Auschwitz zugeschaut hatte.

Schulte hoffte, dass die Informationen, die er an Riegner weitergab, amerikanische Regierungsfunktionäre und die jüdischen Führer des Landes erreichen und eine energische Reaktion der Vereinigten Staaten und der Alliierten auslösen würden. Er war davon überzeugt, dass „die Nazis sich nicht abschrecken lassen,



US-Präsident Franklin D. Roosevelt bei einer Wahlkampfrede 1936

wenn sie nicht mit einer greifbaren größeren Bedrohung konfrontiert werden“, so Laqueur und Breitman. Leider hatte Schulte eine etwas überzogene Vorstellung vom Einfluss der jüdischen Führer. Und er konnte sich nicht vorstellen, dass der amerikanische Präsident, der Führer der Allianz der freien Welt gegen die Nazis, bei dieser historisch beispiellosen moralischen Herausforderung nicht dabei sein würde.

Gerhardt Riegner konnte auch nicht ahnen, dass die verzweifelte Warnung, die er dem amerikanischen Volk zukommen lassen wollte, über drei Monate lang vom US-Außenministerium unterdrückt werden würde.

Nicht im „nationalen Interesse“

In den Jahren vor dem Kriegseintritt der USA schloss die Regierung Roosevelt politischen Protest für die in Deutschland zunehmend verfolgten Juden aus, weil das nicht als im „nationalen Interesse“ betrachtet wurde – also nicht im wirtschaftlichen Interesse eines Landes, das noch immer in der Großen Depression steckte. Der stellvertretende Außenminister Breckinridge Long, ein

Bewunderer Mussolinis und bekannter Antisemit, wurde daraufhin der für die Flüchtlingspolitik zuständige Mann in der Regierung. Long errichtete ein Labyrinth bürokratischer Hürden („Papiermauern“, wie der Historiker David Wyman sie später nannte), die es unmöglich machten, selbst die sehr restriktiven Einwanderungsquoten zu erfüllen, die von den republikanischen Regierungen in den 1920er Jahren festgelegt worden waren. Hunderttausende von Juden, die vor den Nazis flohen, wurden effektiv an der Einreise in die Vereinigten Staaten gehindert.

Im Dezember 1940 stoppte das Außenministerium ein Untergrund-Netzwerk, das von dem mutigen Journalisten und Harvard-Literaturredakteur Varian Fry geleitet wurde und mehr als tausend jüdischen Künstlern und Wissenschaftlern zur Flucht vor den Nazis über Südfrankreich verhalf. Das Ministerium, das die diplomatischen Beziehungen zu Frankreichs kollaborierender Vichy-Regierung aufrechterhalten wollte, betrachtete Frys nicht genehmigte Aktion als politisches Ärgernis. Es weigerte sich, Frys Pass zu verlängern und forderte die

Vichy-Polizei auf, ihn in Marseille zu verhaften und seine Rückkehr in die USA zu erzwingen.

Nach dem Kriegseintritt der USA war die Regierung Roosevelt davon überzeugt, dass die Hilfe für die im besetzten Europa gefangenen Juden Ressourcen von der militärischen Kampagne gegen die Achsenmächte abziehen würde. Als das Riegner-Telegramm am 10. August 1942 im Außenministerium eintraf, wurde es nicht nur mit der gebotenen Skepsis, sondern mit regelrechter Obstruktionspolitik behandelt. Aus Angst, dass die Nachricht von der Vernichtung unerwünschten öffentlichen Druck erzeugen würde, etwas für die gefährdeten europäischen Juden zu tun, weigerte sich das Außenministerium, Riegners Bericht an Rabbi Wise weiterzuleiten. Ein hoher diplomatischer Funktionär warnte, dass Wise „einen Aufstand machen könnte“, wenn er herausfände, dass das Ministerium Informationen über das Schicksal der Juden zurückhielt. Das Außenministerium forderte daraufhin das Genfer Konsulat auf, keine weiteren Berichte von Riegner zu übermitteln, es sei denn, sie seien nachweislich im „nationalen Interesse“.

Hinhalten und Vertuschung

Riegner hatte jedoch die Weitsicht, die Informationen von Schulte an das britische Konsulat in Genf weiterzuleiten, mit der Bitte, sie nach London und dann an Rabbi Wise weiterzuleiten. So erhielt Wise das Riegner-Telegramm nicht von Vertretern seiner eigenen Regierung, sondern von einem britischen Funktionär. Schockiert und verzweifelt, aber in dem Wissen, dass Riegner zuverlässig war, rief Wise sofort den Unterstaatssekretär Sumner Welles an, um ihm die seiner Meinung nach wichtigen neuen Informationen über die jüdische Katastrophe in Europa mitzuteilen. Er drängte auch auf ein direktes Treffen mit Präsident Roosevelt.

Welles verriet nicht, dass das Außenministerium fast drei Wochen lang auf dem Riegner-Bericht gesessen hatte. Auch Rabbi Wise bekam kein Treffen mit dem Präsidenten. Stattdessen forderte Welles den Rabbiner auf, Stillschweigen zu bewahren, während das Ministerium angeblich den Wahrheitsgehalt des Berichts überprüfte. Wise willigte ein, die Angelegenheit unter Verschluss zu halten, und verzichtete darauf, öffentlichen Protest zu organisieren.

Während der nächsten drei Monate des von der US-Regierung erzwungenen Schweigens rollten weiterhin Züge voller Juden nach Auschwitz, Treblinka, Sobibor und anderen Tötungszentren im Osten. Es stimmt, dass die Regierung Roosevelts immer noch nichts von der geheimen Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 wusste, auf der hochrangige Nazifunktionäre die Logistik der Endlösung minutiös planten. Auf einer Kundgebung in Berlin 10 Tage nach der Wannsee-Konferenz verkündete Hitler jedoch kühn, dass „das Ergebnis dieses

Krieges die vollständige Vernichtung der Juden sein wird“. Die Rede des Führers wurde in Washington und London verfolgt. Jede halbwegs interessierte amerikanische Regierung hätte in der Lage sein müssen, die Zusammenhänge zu erkennen – zusammengenommen würden Hitlers „Vernichtungs“-Rede und die Monate später erfolgten Enthüllungen des „deutschen Industriellen“ die Wahrheit über das laufende, systematische Massaker an den europäischen Juden bestätigen.

Je mehr Informationen über die Todeslager aus anderen Quellen in Washington eintrafen, desto schwieriger wurde es für das Außenministerium, die Nachrichtensperre aufrechtzuerhalten. Schließlich teilte Unterstaatssekretär Welles am 24. November, mehr als drei Monate nachdem Riegners ursprüngliches Telegramm in Washington eingetroffen war, Rabbi Wise mit, dass das Telegramm überprüft worden sei und nun veröffentlicht werden könne. Am selben Abend hielt Wise eine Pressekonferenz in Washington D.C. ab, um zu verkünden, dass die US-Regierung bestätigt habe, dass Hitler „die Vernichtung aller Juden in Europa befohlen“ habe und dass 2 Millionen bereits ermordet worden seien.

Kein Interesse der Medien

Fünf Reporter nahmen an der Pressekonferenz von Rabbi Wise teil, keiner von der New York Times oder der Washington Post. Die beiden führenden Zeitungen des Landes übernahmen ein paar Absätze von den Presseagenturen und vergruben Wises Ankündigung tief in den Zeitungen des nächsten Tages. Time und Newsweek ignorierten die Nachricht völlig. Der Glaubwürdigkeit von Wise bei der Presse war es nicht zuträglich, dass das Außenministerium es ablehnte, seine Erklärung zu kommentieren. Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, dass die „Mainstream-Medien“ (wie wir sie jetzt nennen) einen Knüller über den größten Massenmord in der Geschichte angeboten bekamen und lediglich mit den Schultern zuckten.

Innerhalb von zwei Jahrzehnten nach Kriegsende wurden große Biografien über FDR veröffentlicht, unter anderem von angesehenen Wissenschaftlern wie James MacGregor Burns, Frank Freidel und Eric Goldman. Diese Studien leisteten wichtige Beiträge zur amerikanischen politischen Geschichte – mit Ausnahme eines entscheidenden Punktes. Fast durchweg schlossen sich die Biographen unkritisch der selbstentschuldigenden Darstellung der Regierung Roosevelt an, dass Amerika den europäischen Juden nicht zu Hilfe gekommen sei. Nach der übereinstimmenden Auffassung, die zunächst von Regierungsmitgliedern verbreitet wurde und später von Journalisten und Historikern aufgegriffen wurde, konnten die USA nichts zur Rettung der von Hitler kontrollierten Juden tun, weil solche Bemühungen Ressourcen von der ersten und obersten Priorität, dem Sieg im Krieg, abgezogen hätten. Nazideutschland auf dem Schlachtfeld zu besiegen, sei die einzige Möglichkeit, eine nennenswerte Anzahl von Juden zu retten.

Keine Hilfe für Auschwitz

David Wymans umfangreiche Studie von 1984, *The Abandonment of The Jews: America and The Holocaust, 1941-1945* („Das im-Stich-Lassen der Juden: Amerika und der Holocaust, 1941-1945“) enthüllte, dass im Sommer 1944 US-Kriegsflugzeuge auf dem Weg zu einem Angriff auf deutsche Ölraffinerien weiter nördlich über Auschwitz flogen. Die Bomber hätten einen Teil ihrer Ladung auf die Todesfabriken abwerfen können

– die damals in Überstunden arbeiteten – oder auf die Eisenbahnlinien, die zum Lager führten – ein Vorschlag, der von vielen jüdischen Führern in den Vereinigten Staaten und Palästina befürwortet wurde. Doch die verzweifelten Bitten um Maßnahmen wurden von der Regierung rundweg abgelehnt. Einem offiziellen Vermerk des Kriegsministeriums zufolge hätte ein Militäreinsatz gegen Auschwitz dazu geführt, dass Ressourcen abgezweigt worden wären, „die für den Erfolg unserer Streitkräfte, die jetzt an anderen entscheidenden Operationen beteiligt sind, unerlässlich sind“.

Wyman wies nach, dass die Argumentation der Regierung von Täuschung und Heuchelei durchsetzt war. Zur gleichen Zeit, als die Regierung die Bombardierung von Auschwitz ausschloss, zog die US-Militärführung mehr als 100 schwere Bomber von ihren regulären strategischen Einsätzen ab, um Nachschub für Einheiten der polnischen Heimatarmee abzuwerfen, die sich in Warschau gegen die Nazis erhoben hatte. Die Operation hatte keine nennenswerten Auswirkungen auf den zum Scheitern verurteilten polnischen Aufstand, und der größte Teil des Materials fiel in die Hände des Feindes. Dennoch heißt es in einem Bericht des Kriegsministeriums, dass „trotz der greifbaren Kosten, die die erzielten greifbaren Ergebnisse bei weitem überstiegen, der Schluss gezogen wird, dass diese Mission reichlich gerechtfertigt war. Amerika hat seinem Verbündeten die Treue gehalten“. Das jüdische Volk wurde von der US-Regierung eindeutig nicht als ein Verbündeter angesehen, dem sie „die Treue halten“ musste.

„Franklin Roosevelts Gleichgültigkeit gegenüber einem so bedeutenden historischen Ereignis wie der systematischen Vernichtung des europäischen Judentums erweist sich als das größte Versagen seiner Präsidentschaft“, schloss Wyman.

Rettung wurde aktiv verhindert

DuBois stellte ein 18-seitiges Dossier mit dem Titel „Report to the Secretary on the Acquiescence of This Government in the Murder of the Jews“ (Bericht an den Minister über die Duldung dieser Regierung bei der Ermordung der Juden) zusammen und übergab es seinem Chef, Finanzminister Henry Morgenthau Jr. In dem Bericht hieß es, dass Funktionäre des Außenministeriums (in erster Linie Long) „es nicht nur versäumt haben, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel

der Regierung zu nutzen, um Juden vor Hitler zu retten, sondern sogar so weit gegangen sind, diese Mittel der Regierung zu nutzen, um die Rettung dieser Juden zu verhindern“.

Minister Morgenthau übergab den Bericht an Präsident Roosevelt. In einem persönlichen Gespräch stellte Morgenthau den Präsidenten vor die Qual der Wahl: Entweder er richtet selbst eine Rettungsagentur ein oder er muss sich mit einem großen Skandal auseinandersetzen und eine politische Demütigung hinnehmen, wenn der Kongress seine eigene Rettungsresolution verabschiedet.

Am 22. Januar 1944, zwei Tage bevor der gesamte Senat über die Rogers-Gillette-Resolution abstimmen sollte, schuf der Präsident die neue Behörde per Durchführungsverordnung und nannte sie Kriegsflüchtlingsrat. Die Roosevelt-Biographen bescheinigten dem Präsidenten später, dass er die Rettungsbehörde ins Leben gerufen hatte, doch in Wahrheit musste er mit Händen und Füßen dazu gezwungen werden, endlich etwas Anständiges für die jüdischen Opfer der Nazis zu tun.

Aufgrund der späten Stunde ihrer Gründung konnte die WRB viel zu wenig erreichen. Schätzungen zufolge trug die Rettungsstelle jedoch zur Rettung von bis zu 200 000 Juden bei, die andernfalls in die Vernichtungslager geschickt worden wären. Die größte Leistung des WRB wurde in Ungarn erbracht, wo der heldenhafte schwedische Diplomat Raoul Wallenberg als einer der geheimen Abgesandten des WRB tätig war. Durch die Nutzung seiner diplomatischen Fähigkeiten und die Einrichtung von sicheren Unterkünften, um die Razzien und Deportationen der Nazis zu vereiteln, war Wallenberg für die Rettung Tausender von Juden allein in Budapest verantwortlich. Selbst als die Regierung Roosevelt sich weigerte, Auschwitz zu bombardieren, holte Wallenberg buchstäblich Juden aus Eisenbahnwaggons, die für das Vernichtungslager Auschwitz bestimmt waren.

Viele Leben hätten gerettet werden können

Wir wissen nicht, wie viele Juden überlebt hätten, wenn eine Rettungsstelle der US-Regierung eingerichtet worden wäre, wie es schon bald nach dem Eintreffen des Riegner-Kabels im Außenministerium mit seinem tödlich genauen Bericht über die Endlösung hätte geschehen

müssen. Was wir mit Sicherheit wissen, ist, dass jeder einzelne der vom WRB geretteten Juden und die Hunderttausende ihrer Nachkommen ein lebendiges Zeugnis für die Absurdität des Mantras der Regierung Roosevelt sind, dass nichts für die Juden getan werden könne, solange der Krieg nicht gewonnen sei.

Die Welt muss daran erinnert werden, dass es nicht nur die Täter des Holocausts gab, sondern auch die Zuschauer, die sich weigerten, das Risiko einzugehen und einzugreifen. Die eindringliche Frage von Dara Horn sollte immer wieder gestellt werden: „Warum sind nicht alle zu Dänemark geworden?“

Jedes Gedenken an den Holocaust muss feststellen, dass einige wenige außergewöhnliche Menschen „zu Dänemark“ wurden. Es gab die Retter, wie Varian Fry, Eduard Schulte und Raoul Wallenberg, die ihr Leben riskierten. (In Wallenbergs Fall verlor er sein Leben, als er nach der Eroberung Budapests durch die Rote Armee in einem sowjetischen Gulag verschwand). Und es gab die Befürworter der Rettung wie Peter Bergson, Ben Hecht und die Whistleblower des Finanzministeriums, die mutig ihre Stimme erhoben und handelten. Sie sollten geehrt werden, nicht zuletzt, weil sie ein kleines Stück der Ehre der freien Welt gerettet haben.

Und schließlich sollten wir diese wesentliche Lehre des Holocausts für Amerika bedenken: Es kann keine amerikanische Größe geben, wenn es keine amerikanische moralische Führung gibt, eine Führung, die den Vereinigten Staaten befiehlt, manchmal Risiken einzugehen, selbst auf Kosten einer engen Definition des „nationalen Interesses“. Während wir Auschwitz gedenken, sollten wir den Imperativ in der Frage „Warum sind nicht alle zu Dänemark geworden?“ ehren und uns fragen – wenn nicht Amerika, wer dann?

Sol Stern ist ehemaliger Stipendiat des Manhattan Institute und hat für zahlreiche Publikationen geschrieben, darunter City Journal, Commentary, The Daily Beast und das Wall Street Journal.

Der Artikel erschien zuerst auf www.tabletmag.com und darf mit freundlicher Genehmigung in der Jüdischen Rundschau abgedruckt werden.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITE.DE



70 Jahre Reparationsabkommen Deutschland-Israel

Mit dem „Luxemburger Abkommen“ 1952 erklärte sich Deutschland unter internationalem Druck bereit, die Verantwortung für die NS-Verbrechen zu übernehmen und einigte sich mit Israel über Entschädigungszahlungen für sechs Millionen ermordete Juden. Das Abkommen wird heute gemeinhin als Beginn der deutsch-israelischen Beziehungen bezeichnet, doch die Verhandlungen mit dem „Volk der Täter“ stellten auch Israel, das Heimat für einen Teil der viel zu wenigen Shoah-Überlebenden geworden ist, vor eine innenpolitische Zerreißprobe. (JR)



Von Maya Buenos

Menachem Begin protestiert gegen den Abschluss des Abkommens, März 1952

Vor 70 Jahren, sieben Jahre nach dem Holocaust und vier Jahre nach der Gründung des Staates Israel, erlebte die Regierung des jungen jüdischen Landes die erste und vielleicht schwerste Spaltung in seiner Geschichte. Grund war die Unterzeichnung eines Vertrages mit Nachkriegsdeutschland über die Zahlung von Reparationen um den bis heute gestritten wird: Viele glauben, dass die Bundesrepublik Deutschland davon profitiert hat und Israel immer noch Zahlungen schuldet. Ist dieses Abkommen ein Rettungsanker oder eine Schande für Israel?

Im Rahmen einer am 10. September 1952 im Luxemburger Rathaus unterzeichneten Vereinbarung verpflichtete sich die bundesdeutsche Regierung, Israel eine Entschädigung in Höhe von fast 3,4 Milliarden DM zu zahlen, was etwa 880 Millionen Dollar entspricht. David Ben-Gurion befahl Goldman, Konrad Adenauer dazu zu bringen, Israels Anspruch zuzustimmen, der im März 1951 als Grundlage für Verhandlungen eingereicht wurde: Israel forderte etwa 1,5 Milliarden Dollar von der Bundesrepublik Deutschland. Am 10. Dezember übergab Goldman Ben-Gurion ein vom Kanzler unterzeichnetes Genehmigungsschreiben, auf dessen Grundlage das Thema bei der Regierung besprochen wurde.

Der Historiker Tom Segev, Autor des Buches "Die siebte Million" und Ben-

Gurions Biographie "Der Staat um jeden Preis", erklärt, dass die Möglichkeit, Reparationen von Deutschland zu verlangen, bereits vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Jewish Agency diskutiert wurde. Nach dem Ersten Weltkrieg war Deutschland bereits wieder aufgebaut worden, so dass die Anwälte des Yishuv glaubten, dass sie nach einer Niederlage Deutschlands in der Lage sein würden, eine ähnliche Forderung einzureichen. „Im einleitenden Teil des Abkommens hieß es, dass Deutschland die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes nicht dulden werde und äußerte den Willen, die dadurch verursachten Schäden im Rahmen seiner Möglichkeiten wiedergutzumachen“, erklärt Segev. „Aber Deutschland hat nicht sofort Reue gezeigt. Adenauers historische Erklärung vor dem Bundestag im September 1951, die größtenteils in Jerusalem verfasst wurde, sprach nicht von einem Schuldeingeständnis, sondern von einer Übernahme von Verantwortung.“

Was bedeutet "geschrieben in Jerusalem"?

Adenauer schickte seine Entwürfe an den Gesandten Maurice Fischer in Paris, der sie Goldman übergab. Goldman bearbeitete sie in roter Tinte wie ein Schullehrer und leitete die korrigierten Seiten nach Jerusalem weiter, wo sie ebenfalls korrigiert und nach

Bonn zurückgebracht wurden. Ben-Gurion brauchte Adenauers Erklärung, um direkte Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu rechtfertigen. Das Abkommen wurde am Ende eines monatelangen Kampfes mit der Opposition und Aufrufen zum Boykott Deutschlands unterzeichnet. Schon vor der Unterzeichnung gab es eine hitzige Debatte darüber, ob Israelis überhaupt Deutsch sprechen und nach Deutschland reisen können. Aber Ben-Gurion rief nie zu einem Boykott des Landes auf. Er unterhielt fast immer Verbindungen zwischen der BRD und Israel, weil er vor langer Zeit entschieden hatte, dass Israel Teil des westlichen Blocks sein würde.

Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR?

Ja. Kleine Länder mussten entscheiden, wen sie ins Visier nehmen sollten. Während des Koreakrieges von 1950-1953 konnten sie nicht länger neutral bleiben, und Ben-Gurion entschied, dass unser Platz im Westblock war. Zu einer Zeit fantasierte er sogar, dass Israel Teil der NATO werden würde - die Denkweise des alten Mannes wurde vollständig von den Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen des jüdischen Staates geleitet. Und die ersten Kontakte mit der Bundesrepublik Deutschland waren tatsächlich militärischer Natur: Wir verkauften ihnen Granaten oder Stahlkapseln

und sie versorgten uns mit Equipment und Unterstützung auf der internationalen Bühne.

Das Abkommen hieß übrigens Wiedergutmachung, was den Kern der Kontroverse widerspiegelt. Für viele Mitglieder der israelischen Öffentlichkeit gibt es für die Verbrechen der Nazis keine Vergebung, und die Opposition lehnte das Abkommen entschieden ab. Die Zeitung Maariv protestierte damals mit 12.000 Lesern, 80% sprachen sich gegen das Abkommen aus. Bei einem Treffen im Schriftstellerverband hieß es: "Wir werden keine Verhandlungen mit Deutschland aufnehmen, befleckt mit dem Blut von Millionen unserer Brüder." Die israelische Straße brodelte so sehr, dass die Proteste fast in einen Bürgerkrieg mündeten.

Am 7. Januar 1952, dem Tag, an dem die Knesset über das Abkommen diskutierte, fand eine große und laute Demonstration auf dem Zion-Platz der Hauptstadt statt. Am Morgen wurden Polizeibarrieren und Barrieren in den Straßen errichtet, die zum Knesset-Gebäude führten. Die Route des Transports wurde auf alternative Routen umgeleitet, 600 bewaffnete Polizisten bewachten das Gebäude, IDF-Einheiten waren bereit, in die Schlacht einzutreten.

Oppositionsführer Menachem Begin erinnerte vor der Menge auf dem Platz an den Angriff auf das Schiff

„Altalena“ und wandte sich an Ben-Gurion: „Als Sie mit einer Kanone auf mich geschossen haben, gab ich den Befehl 'Antworte nicht!'“ Heute werde ich „Ja!“ befehlen. Und dieses Mal werden wir kein Mitleid mit dir haben, es wird ein Krieg auf Leben und Tod sein.“ Begin ging zur Knesset, um seinen Kampf fortzusetzen, die Menge folgte ihm und ließ sich auf dem Platz in der Nähe des Parlaments nieder. Die Gemüter erhitzten sich, die Demonstration eskalierte in Gewalt, die Demonstranten durchbrachen die Polizeiabsperrungen, warfen Steine auf das Knesset-Gebäude und zertümmerten die Fenster. 92 Polizisten und 36 Zivilisten wurden verletzt.

Nach dreitägigen Diskussionen fand eine Abstimmung statt, vor der jedes Lager seine ganze Kraft sammelte. Ein Abgeordneter der Cherut-Partei, der einen Herzinfarkt erlitt, wurde sogar auf eine Bahre gebracht, und ein Abgeordneter der Mapai wurde aus dem Ausland herbeigerufen. Das Abkommen wurde mit 61 zu 50 Stimmen angenommen.

Warum war der Widerstand so stark?

Es geht nicht nur um emotionale Ablehnung. In den frühen Tagen seiner Existenz lebte der jüdische Staat im Schatten des Holocaust. Die Nazis töteten ein Drittel von uns - was könnte der Preis für eine solche Gräueltat sein? Es ist wahr, dass die deutsche Nation den Krieg verloren hat, dass sie eine neue Regierung hat, aber das ist das Deutschland, das wirklich ein Rückfluggticket in die menschliche Zivilisation bekommen will und der einzige Weg dorthin ist, die Juden zu bezahlen.

Aber ein Land, das einen Krieg verliert, zahlt immer Reparationen...

„Es war kein Krieg, es war Völkermord. Es hat eine ganz andere Qualität. Als ich ein Kind war, brachten sie mir einmal ein Geschenk, ein kleines Boot, in das man eine brennende Kerze stellen und in der Badewanne treiben lassen konnte. Es hat mir sehr gut gefallen, aber abends kam mein Vater von der Arbeit nach Hause und sah die Aufschrift „Made in Germany“ auf dem Boot. Er nahm mich an der Hand und führte mich zu einer Mülltonne auf der Straße. Er warf das Spielzeug weg und sagte: „Wir haben nichts Deutsches.“ Ich fragte meinen Vater: „Warum erlauben Sie mir nicht, Briefmarken aus Deutschland zu sammeln, aber erlauben Sie mir, Briefmarken der arabischen Länder zu sammeln, die gegen uns gekämpft haben?“ Es gab einen Krieg, der Krieg war vorbei. Die Deutschen haben uns nicht bekämpft, sie haben uns vernichtet.“

Ben-Gurion behauptete, dass „ein anderes Deutschland“ geboren sei, aber Begin brachte keine gegenteiligen Argumente vor. 13 Jahre später, 1965, als der Kampf wieder aufgenommen wurde – diesmal um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland – zitierte er in der Knesset ein offizielles Schreiben der Firma Topf & Söhne aus den Kriegsjahren: Lieferung der Öfen nach Auschwitz: „Wir bieten eine nützliche Anlage zum Laden von Kohle und Entfernen von Asche und Metallgabeln, um Körper in den Öfen zu schieben.“ Diese Firma existiert immer noch, sagte Begin, und derjenige, der diesen Brief geschrieben hat, lebt. Wie lebendig ist der Ingenieur, der dieses satanische Gerät entwickelt hat? Wie lebendig sind die Arbeiter, die die Öfen gegossen haben? IG Farben, die Firma, die Zyklon B-Gas produzierte, existiert



Tom Segev

ebenfalls, und ihre Arbeiter produzieren immer noch Gas. Dr. Gerhard Peters, Geschäftsführer des Gasversorgungsunternehmens Degesch aus Dessau, wurde in Deutschland zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, aber jetzt ist er auf freiem Fuß. Allerdings konnte Ben-Gurion, der immer sagte, er denke nicht an das, was die Menschen wollten, sondern an das, was die Menschen brauchten, die Überlegungen zur wirtschaftlichen Machbarkeit nicht ignorieren.

Das war aus wirtschaftlicher und politischer Sicht richtig. Doppelt so viele Menschen kamen ins Land wie im Yishuv (die Zeit vor der Staatsgründung

2009 nahm ich an der Prager Konferenz über die Rückgabe jüdischen Eigentums aus der Zeit des Holocaust teil. Es nahmen Delegationen aus 46 Ländern teil, darunter die BRD. Ich hatte die Gelegenheit, mit einem Vertreter des Bundesfinanzministeriums zu sprechen. Er leitete die Abteilung für den Zweiten Weltkrieg. Wir fingen an, über Restitution zu reden, und er sagte mit einem Lächeln zu mir: „Sie wissen sicherlich, dass das Reparationsabkommen eine Subvention für die deutsche Industrie war.“ Das heißt, die Deutschen haben Ziele erreicht, die ohne ein Abkommen undenkbar gewesen wären.

„ Die Nazis töteten ein Drittel von uns – was könnte der Preis für eine solche Gräueltat sein? “

Israels, Anm. d. Red.) – eine Million Einwanderer, und sie hatten keinen Ort zum Leben. Es gab keine Schulen oder Arbeitsplätze, und viele begannen, das Land zu verlassen. Im Rahmen eines Abkommens mit Deutschland erhielt Israel 822 Millionen Dollar, teils in Form von Waren, teils in Fremdwährung, einiges in israelischer Währung. Der damalige Leiter der Devisenabteilung des Finanzministeriums, Zvi Dinstein, und der Leiter der Einwanderungsbehörde von Sokhnut, Pinchas Sapir, rieten Ben-Gurion, das Abkommen nicht zu unterzeichnen, weil sie den Betrag für zu viel hielten. Unbedeutend. Aber im Herbst 1952 drängten sich 300.000 neue Einwanderer in Zelten, jeder fünfte Einwohner des Landes, weshalb Ben-Gurion beschloss, das Abkommen zu unterzeichnen.

Waren die Zahlungen gleichzeitig eine Subvention für Deutschland?

Erstens, wie ich bereits angemerkt habe, war die Menge gering, und der Großteil davon kam in Form von deutschen Waren. Zweitens, sieben Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, zögerten viele Länder immer noch, deutsche Waren zu kaufen, aber sobald Juden sie „koscher“ machten, begann Deutschlands Wirtschaft zu florieren.

Zur gleichen Zeit florierte auch die israelische Wirtschaft – fast 5% Wachstum jährlich. Das heißt, Deutschlands Geld hat immer noch geholfen?

Vor der Gründung des jüdischen Staates wurde das Geld von Einwanderern ins Land gebracht. Dieses Geld und zionistische Spenden deckten das Defizit der Yishuv-Zahlungsbilanz. Aber 1948 endete diese Geschichte. Warum? Weil es Einwanderer gab, die kein Geld hatten. Armut, Schwarzmarkt, Arbeitslosigkeit. Und viele glaubten, dass das Reparationsabkommen ein Rettungsanker sein würde. Wenn man zurückblickt, war es das: Der Aufbau begann, neue Arbeitsplätze entstanden. Das städtische Leben begann sich vor unseren Augen zu verändern. Das Land kam aus der Lähmung heraus und gewann langsam an Stärke. Ohne Reparationen wäre es schwierig gewesen, militärisch und wirtschaftlich zu überleben, es wäre schwierig gewesen, neue Einwanderer aufzunehmen. Auf emotionaler Ebene... Ich würde kein Geld vom Mörder meines Vaters annehmen wollen, um mein Leben besser zu machen, aber die Realität basiert nicht nur auf dem emotionalen Aspekt. Ich sage nicht, dass moralische Erwägungen die wirtschaftlichen Erwägungen überwiegen sollten, und

ich kann nicht umhin zu sehen, dass der Mangel an deutschem Geld und Gütern es Israel nicht erlauben würde, sich schnell zu entwickeln. Eine unparteiische Analyse legt nahe, dass das Reparationsabkommen unserem Land einen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben hat.

Das war auch politisch richtig, denn es legte den Grundstein für eine tiefe Beziehungen zu Deutschland, noch bevor diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden. Deutschland ist heute nach den Vereinigten Staaten das zweitwichtigste Land für uns und ich glaube, dass das Reparationsabkommen eine der wichtigsten Entscheidungen Ben-Gurions war.

Eine der Hauptbehauptungen der Gegner von Reparationen war, dass dies zum Vergessen des Holocaust führen würde. Wie Sie sehen können, ist in den letzten 70 Jahren genau das Gegenteil passiert.

Wie bereits erwähnt, verklagte Israel Deutschland auf 1,5 Milliarden Dollar, erhielt aber nur 882 Millionen Dollar. Das verbleibende Drittel wurde als der Teil definiert, den Ostdeutschland zahlen muss, und wurde auf der Grundlage seiner Fläche und Bevölkerung im Verhältnis zum Land als Ganzes berechnet. Im Laufe der Jahre wurde das verbleibende Drittel als „vermisst“ bezeichnet, womit sich Dr. Aaron More, der in der Abteilung für Internationale Beziehungen beschäftigte. Er verhandelte das erste Mal 1998 mit dem Finanzministerium, als er zum Vertreter der World Jewish Property Restitution Organization ernannt wurde.

„Zwei Dinge sind aus den Untersuchungen und Gesprächen, die ich geführt habe, klar geworden: Erstens hat Israel den fehlenden Teil nie aufgegeben; zweitens hat die israelische Regierung gegenüber der deutschen Regierung nie formelle Ansprüche darauf erhoben. Im Januar 1990, wenige Monate vor der deutschen Wiedervereinigung, traf sich der israelische Außenminister Moshe Arens mit seinen deutschen Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher und fragte ihn: „Was ist mit dem fehlenden Teil der Reparationen aus Ostdeutschland?“ Genscher antwortete: „Es wird organisiert, wir werden reden.“ Ich habe Arens einmal gefragt: „Warum hast du nicht immer wieder darauf bestanden?“ Und er sagte: „Ich war Außenminister, dann wurde ich Verteidigungsminister, und ich habe mich nicht mehr mit diesem Thema beschäftigt.“ Dann wurde uns gesagt, dass zusätzliche Anfragen gestellt wurden, aber wir haben sie oder die Antworten der Deutschen nicht gesehen, so dass die Frage offen bleibt.

Über welchen Betrag sprechen wir?

Über viele Milliarden Schekel inklusive Zinsen. Können Sie sich vorstellen, was Sie mit einer solchen Menge machen können? Aber bisher ist es nicht einmal angefragt. (Fairerweise ist es erwähnenswert, dass Deutschland bis Ende 2021 insgesamt 80,526 Milliarden Euro an individuellen Entschädigungen an Holocaust-Überlebende gezahlt hat.)

Kann die israelische Regierung heute die Rückerstattung dieses Betrags verlangen?

Absolut! Regelmäßige jährliche Treffen der beiden Regierungen finden statt, und in deren Rahmen kann die israelische Regierung die deutschen Behörden auffordern, diese ungelöste Frage zu diskutieren, ohne zu viel Lärm zu machen.

Aus dem Russischen von Filip Gašpar

Heinz Galinski: „Ich habe nicht überlebt, um zu schweigen“

Vor 110 Jahren wurde Heinz Galinski in Westpreußen geboren. Er überlebte den furchtbaren Schrecken des Nationalsozialismus, der in Deutschland und Europa wütete und glaubte nach dem Holocaust wieder an ein jüdisches Leben im Nachkriegsdeutschland. In seine Amtszeit fiel die Einwanderung und die Integration Tausender Juden aus der Sowjetunion nach Deutschland. Heinz Galinski war zweimal Vorsitzender des Zentralrats der Juden und Zeit seines Lebens der jüdischen Sache verbunden. (JR)

Von Esther Ginsburg

Heinz Galinski, dieser streng aussehende, kleine Mann mit großer Brille wurde „das Gewissen des jüdischen Volkes“ genannt. Er ging durch alle Ebenen der Nazi-Hölle, verlor geliebte Menschen und war ein aktiver Teilnehmer an der Wiederbelebung der Demokratie im Nachkriegsdeutschland, ständiger Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland. Er glaubte an die Zukunft des jüdischen Lebens in Hitlers Land, als die meisten daran zweifelten. Auf seine Initiative und mit seiner direkten Beteiligung hin begann die Einwanderung sowjetischer Juden in die Bundesrepublik Deutschland. Er war immer der erste, der den Kopf gegen Extremismus jeglicher Art erhob, wenn die Rechte von Juden und anderen Minderheiten verletzt wurden, wofür er von Gegnern angegriffen und bedroht wurde. Auch nach seinem Tod wurde sein Andenken zweimal geschändet - der Grabstein wurde von Neonazis gesprengt.

Heinz Galinsky wurde am 28. November 1912 im damaligen Westpreußen Marienburg als einziges Kind einer streng religiösen jüdischen Familie geboren. Sein Vater Albert besaß ein kleines Textilgeschäft. Als schwerverletzter Veteran des Ersten Weltkriegs leitete er den Ortsverband der Kaiserlichen Vereinigung jüdischer Frontsoldaten sowie eine Reihe anderer jüdischer öffentlicher Organisationen, die das Leben der jüdischen Gemeinde Marienburgs prägten.

In den frühen 1930er Jahren breitete sich die antijüdische Stimmung auf Betreiben der Nazis im ganzen Land aus. „Eines der unbegreiflichen Ereignisse meiner Jugend“, erinnerte sich Heinz, „war, dass meine Klassenkameraden, mit denen ich in Marienburg befreundet war, mich plötzlich wie einen Ausgestoßenen behandelten, aus dem Nichts, nur wegen meines Judentums.“

1933 fand Heinz nach Abschluss der Handelsschule eine Anstellung in Rathenow. Zu dieser Zeit waren Hitler und seine Anhänger bereits an der Macht. „Es gab keinen Zweifel mehr“, erinnerte sich Galinsky, „die neuen Zeiten brachten eine Zunahme antisemitischer Manifestationen gegenüber den Juden mit sich, obwohl die Willkür und Tyrannei des Nationalsozialismus noch nicht begonnen hatten.“ Die weitgehende „Arisierung“ von Betrieben führte zum Verlust von Arbeitern im Dorf. Heinz und sein Vater verloren ihre Arbeit, der Laden ging in den Besitz einer „wahrhaft arischen“ Familie über.

Trotz allem, was geschah, war sein Vater, der seine Gesundheit in den Kämpfen um die deutsche Heimat opferte, bis zu seinen letzten Tagen absolut sicher, dass das „braune Gespenst“ bald verschwinden würde und dass er, ein ehemaliger behinderter Veteran, und seine Familie nichts zu befürchten hatten.

In dieser Zeit der Unruhen in Rathe-

now lernte Heinz seine spätere Frau Gisela Jacobson kennen, im Herbst 1938 fand ihre Hochzeit statt. Die Jugendlichen beschlossen, das provinzielle Rathenow, wo sich jeder kennt, zu verlassen und in die Großstadt zu ziehen, um sich darin aufzulösen und zu versuchen, Erlösung zu finden. Gemeinsam mit ihren Eltern ziehen Heinz und Gisela nach Berlin, wo sie sich an der Schönhauser Allee niederlassen.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 führten die Nazis ein anti-jüdisches Pogrom durch, das als Kristallnacht berüchtigt war. Synagogen wurden niedergebrannt, jüdische Geschäfte geplündert, Friedhöfe geschändet; Tausende Juden, die von den Nazis aus ihren Häusern geworfen wurden, wurden verstümmelt oder getötet, viele wurden verhaftet. Heinz, der die Ruinen der völlig abgebrannten Großen Synagoge in der Fasanenstraße sah, war fassungslos. „In dieser Nacht brach die Welt für mich zusammen.“

Trotz der Möglichkeit, aus dem Land auszuwandern, entschied sich Galinski, in Berlin zu bleiben, weil er seine Eltern nicht verlassen wollte. Ein Jahr später wurden Heinz und seine Frau und Mutter, wie alle jüdischen Einwohner Berlins, zur Zwangsarbeit in einem Wehrunternehmensgeschick.

Anfang 1943 begann die Deportation von Juden in Konzentrationslager. Am 26. Februar fuhren die Männer der Estrapade die Familie Galinsky zu einer Sammelstelle, um nach Auschwitz geschickt zu werden. In dieser monströsen Todeshöhle wurden Heinz' Mutter und Frau sofort bei ihrer Ankunft zerstört. „Als ich mich in Auschwitz für immer von ihnen verabschiedete“, sagte Heinz, „lag mein behinderter Vater im Jüdischen Krankenhaus in Berlin im Sterben.“ Albert Galinsky wurde zur Polizeiwache des Jüdischen Krankenhauses gebracht. So hieß der Teil des Krankenhauses, der unter den Schutz der Gestapo gestellt wurde und in dem jüdische Patienten, die auf ihre Deportation in das Jüdische Krankenhaus warteten, behandelt wurden. Kzs. Heinz' Vater verbrachte vor seinem Tod kurze Zeit dort und erfuhr glücklicherweise vom Tod seiner Frau und seiner Schwiegertochter in Auschwitz...

Heinz wurde gezwungen, für die Korporation I G Farben in der Buna-Monowitz-Zone (Auschwitz III) zu arbeiten,



Heinz Galinski vor dem Jüdischen Gemeindezentrum Berlin (Januar 1967)

wo Sklavenarbeit von KZ-Häftlingen aktiv eingesetzt und medizinische Experimente an ihnen durchgeführt wurden. Mehr als eine Million Häftlinge wurden durch das dort in Auschwitz produzierte Zyklon B-Gas getötet.

Nach fast zwei Jahren harter Arbeit in gefährlicher Produktion, Hunger, Schlägen und Demütigungen musste Heinz am 18. Januar 1945 zusammen mit Tausenden anderen Auschwitz-Häftlingen an einem Todesmarsch ins KZ Gleiwitz teilnehmen. Dann gab es Mittelbau-Dora und schließlich Bergen-Belsen, von wo Galinsky am 15. April 1945 von britischen Soldaten befreit wurde. „Er teilte“, und wenn Sie mich fragen, wie es möglich war, werde ich antworten, dass ich zufällig überlebt habe.“

Er war einer von 15.000 auf wunderbare Weise Holocaust-Überlebende deutscher Juden aus der geschätzten 550.000-köpfigen jüdischen Gemeinde-Deutschlands, einer von denen, die sich weigerten, aus dem Land auszuwandern, das seine Lieben zerstörte, obwohl viele seiner jüdischen Landsleute nach dem Krieg in den Vereinigten Staaten, Lateinamerika oder Palästina landeten.

Nach dem Krieg

Im August 1945 kehrte Galinsky in die zerstörte Hauptstadt zurück und be-

gann sofort, den Überlebenden aktiv zu helfen, Strukturen zu schaffen, die es ermöglichen würden, jüdisches Leben in Deutschland wiederzubeleben. Um dieses Ziel zu erreichen, würde er sein Leben der Zukunft nach Auschwitz widmen, trotz Widerstand und Unzufriedenheit vieler jüdischer Überlebender des NS-Regimes. Sie befürworteten die Umsiedlung deutscher Juden nach Israel. „Damals“, erinnert sich Galinski, „glaubten viele, dass jüdisches Leben in Deutschland zu Ende sei. Ich hatte Verständnis für diese Meinung, aber ich teilte sie nicht.“

Heinz Galinski beschloss, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um einen neuen Holocaust zu verhindern, da er dies als seine Lebensaufgabe betrachtete. Er wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptkomitees für die Opfer des Faschismus ernannt. In dieser Position war Galinski direkt an der Ausarbeitung der ersten Gesetze über Reparationen und soziale Sicherheit für diejenigen beteiligt, die aus rassistischen, politischen und religiösen Gründen verfolgt wurden. Er war auch aktiv an der Gründung der Vereinigung der Opfer des NS-Regimes beteiligt, einem Zentrum für jüdische Überlebende, das ihnen half, Wohnung und Arbeit zu finden und ihre Teilnahme am religiösen und sozialen Leben sicherzustellen.

1947 traf Galinski Ruth Weinberg, die Kapitänin der Makkabi-Handballmannschaft, genau wie er selbst, eine Holocaust-Überlebende. Ruth gab ihre Pläne auf, nach Argentinien zu ziehen, wohin ihre Eltern gezogen waren. Sie wurde seine zweite Frau und treue Verbündete. 1949 wurde ihre Tochter Evelyn geboren.

Während Galinskis ursprüngliches Ziel darin bestand, den jüdischen Überlebenden grundlegende Hilfe zu leisten, bestand seine wichtigste Aufgabe darin, die jüdische Gemeinde in Berlin wieder aufzubauen. Nach Kriegsende war ihr erster Vorsitzender Erich Nehlhans, der 1947 von der sowjetischen Militäradministration verhaftet und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er verschwand spurlos, und an seine Stelle trat sofort Hans-Erich Fabian, der 1949 nach Amerika emigrierte. Nach seiner Emigration wurde Heinz Galinski am 1. April 1949 in dieses Amt gewählt.

1954 wurde Galinski der erste Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland. 1957 wurde der Grundstein für das Gebäude des jüdischen Gemeindezentrums in der Fasanenstraße gelegt. Es wurde an der Stelle der Synagoge errichtet, die Heinz in der Novemberpogromnacht 1938 brennen sah. Bei der feierlichen Eröffnung des Gemeindezentrums am 27. September

1959 überreichte der damalige Regierende Bürgermeister von West-Berlin, Willy Brandt, Heinz Galinski einen symbolischen goldenen Schlüssel für das Gebäude.

Er machte „sein“ Gemeindezentrum zu einem diplomatischen Zentrum jüdischen Lebens in Deutschland. „Das aufregendste Ereignis“, erzählte Galinski 1982, „war der Tag, an dem ich, ein ehemaliger Häftling von Auschwitz, den israelischen Ministerpräsidenten im Gemeindezentrum in der Fasanenstraße begrüßen konnte, dessen restauriertes Gebäude noch die alten Teile der Fassade mit Spuren der Zerstörung der Nacht bewahrt. Ein großartiges historisches Ereignis war für mich der Besuch bei Golda Meir, der Premierministerin von Israel. Ich erinnere mich, wie sie, ohne ein Wort zu sagen, vor unserem Denkmal niederkniete. Das werde ich nie vergessen.“

Das zweite Mal leitete Galinski den Zentralrat der Juden 1988 nach dem Tod des Vorsitzenden Werner Nachmann.

Als Chef des Zentralrats der Juden warnte Heinz Galinski die Deutschen unermüdlich davor, die Vergangenheit zu vergessen und neue antisemitische Tendenzen zu schaffen. „Das darf nie wieder passieren! Unsere Aufgabe ist es, die Gesellschaft, insbesondere junge Menschen, zu warnen und deutlich zu machen, dass ein Verbrechen wie das Genozid an den Juden niemals zugelassen werden kann! Nur die Verschärfung der Gesetze allein kann die Wiederbelebung des Nationalsozialismus in Deutschland nicht verhindern.“

1982 wurde an der Technischen Universität Berlin auf Initiative Galinskis das Center for the Study of Antisemitism gegründet, das einzige Forschungszentrum seiner Art in Europa. Im Oktober dieses Jahres feierte es sein 40-jähriges Bestehen.

Es sei darauf hingewiesen, dass Heinz Galinski in all seinen Ämtern Staatsfunktionäre aus dem Kreis derjenigen kontaktieren musste, deren Väter (oder sogar sie selbst) einst Hitlers Aufstieg zur Macht unterstützten. Daher ist es nicht verwunderlich, dass je länger er am Ruder des jüdischen Lebens stand, desto lauter wurden die Rufe nach einem Wechsel in der Führung der Gemeinde. Dennoch wurde er bis zu seinem Tod in diese Position gewählt, und doch scheute er nie die entstandenen Konflikte.

In allen Streitigkeiten war seine Frau Ruth stets auf seiner Seite. Sie betonte immer, dass sein Kampf gegen das Vergessen ihn für viele unerwünscht machte: „Er wurde gehasst, aber trotzdem sagte er immer die Wahrheit. Er hätte es nicht anders machen können, das war sein Leben.“

Einsatz für die Juden aus der UdSSR

Nach dem Fall der Berliner Mauer im Oktober 1989 und der anschließenden Wiedervereinigung Deutschlands appellierte Galinski an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und ihren Bundeskanzler Helmut Kohl mit einem Vorschlag, Juden aus der ehemaligen Sowjetunion aufzunehmen.

Galinskis Vorschlag provozierte gemischte Reaktionen unter deutschen Politikern und religiösen Persönlichkeiten. Viele von ihnen unterstützten ihn nicht, äußerten ihre Proteste und Zweifel. Und davon gab es viele. Unklar blieb beispielsweise, ob die Aufenthaltsdauer von Juden aus der

ehemaligen UdSSR in Deutschland festgelegt werden würde, wie sie auf die Bundesländer verteilt werden würden, wie ihr rechtlicher Status aussehen würde, wie ihre finanzielle und Wohnunterstützung organisiert sein würde.

Auf der Konferenz der Innenminister der Länder vom 14. bis 15. Dezember 1990 in Dresden wurde beschlossen, jüdische Flüchtlinge aus der UdSSR (sowie deren nichtjüdische Ehepartner) mit einem Status aufzunehmen, der dem Status der sogenannten "Kontingentflüchtlinge" gleichgestellt ist.

Dank dieses Abkommens sind in den vergangenen drei Jahrzehnten rund 240.000 Menschen mit einem "jüdischen Ticket" aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen. Aber nur etwa die Hälfte von ihnen schloss sich jüdischen Gemeinden an. Einer der Hauptgründe war, dass in den Botschaften die Zugehörigkeit zum Judentum meist durch die väterliche Linie bestimmt wurde, während nur halachische Juden, die das Judentum von der mütterlichen Linie geerbt hatten, in deutsche Gemeinden aufgenommen wurden. Außerdem kamen viele Familien nach Deutschland, die von jüdischen Großeltern mitgebracht wurden und in denen es viele nichtjüdische Familienmitglieder gab. Ein Artikel im Magazin „Stern“ trug den Titel: „Wir warteten auf die Juden, und die Russen kamen!“ Dennoch hat sich die jüdische Gemeinde Deutschlands, die 1990 nur etwa 30.000 Mitglieder zählte, mehr als verdreifacht, eine Tatsache, die für Heinz Galinski und seine Anhänger zur Erfüllung eines lang gehegten Traums wurde.

Was brachte Juden dazu, aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland zu ziehen? Als jahrhundertlanges „unbequemes Volk“ waren die Juden dort aufgrund der politischen Unsicherheit, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Perestroika-Ära der 1990er Jahre und des damit verbundenen Antisemitismus äußerst unsicher über die Zukunft.

Es sei darauf hingewiesen, dass es im Allgemeinen nicht einfach war, nach Deutschland zu ziehen. Neben politischen und wirtschaftlichen Gründen gab es auch Schwierigkeiten ideologischer Natur. Für diejenigen, die durch die Ghettos und Konzentrationslager gingen, die dort Angehörige verloren haben, war es eine äußerst schwierige Aufgabe, sich zu entscheiden, in die Heimat des Nationalsozialismus zu ziehen.

Im Februar 1991 öffneten sich die „Türen nach Deutschland“, und vor den Konsulaten der Bundesrepublik Deutschland in Moskau und Kasachstan bildeten sich sofort lange Schlangen.

Seither hat sich das jüdische Leben in Deutschland merklich wiederbelebt. Die Zahl der jüdischen Gemeinden hat zugenommen, religiöse Schulen werden eröffnet und eine neue Generation von Juden, die sich an die Tradition halten, wächst heran.

Ein großes Erbe

Heinz Galinski war schon immer das Herz der jüdischen Gemeinde. Kämpfte furchtlos und unermüdlich für die Interessen der Juden gegen alle, die versuchten, ihnen zu schaden. Er wurde Ehrenbürger von Berlin, Ehrendoktor der Bar-Ilan-Universität in Israel. Seit 1989 wird der Preis der Heinz Galinski Stiftung jährlich im Land verliehen.



Heinz Galinski und der spätere JR-Herausgeber Raphael Korenzecher (erster von links)

1995 wurde eine Schule der Jüdischen Gemeinde zu Berlin nach Heinz Galinski benannt. In der Hauptstadt gibt es eine Straße, die seinen Namen trägt. 43 Jahre lang, bis zu seinem Tod, blieb er die Stimme und das Gewissen der Juden Deutschlands.

Heinz Galinski starb am 19. Juli 1992. Er wurde auf dem jüdischen Friedhof in der Heerstraße in Berlin beigesetzt. Wir müssen mit Bitterkeit feststellen, dass die helle Erinnerung an Heinz Galinski auch nach seinem Tod gestört war. Im September und Dezember 1998 wurden auf seinem Grab zwei Anschläge von unbekanntem

Kriminellen verübt, die bis heute nicht gefunden wurden. Der damalige Innenminister Otto Schily bewertete den Vorfall wie folgt: „Dummer antisemitischer Hass hat in Deutschland noch gefährliches Potenzial.“ Es ist schwierig, dem etwas hinzuzufügen ...

„Ich fühle mich unwohl, weil ich energisch und kompromisslos gegen diejenigen kämpfe, die, nachdem sie nichts gelernt haben, nichts aus der Vergangenheit gelernt haben.“ sagte Heinz Galinski.

Aus dem Russischen von Filip Gašpar

Alles Gute zum Geburtstag!



In dem hier wiedergegebenen Artikel aus der Zeitung „Allgemeine“ (Vorgänger von Jüdische Allgemeine) vom 24. Februar 1978 wird berichtet, dass im Großen Saal der Jüdischen Gemeinde Berlin anlässlich der Hochzeit des Gemeindetagsabgeordneten Raphael Korenzecher eine große Feier stattfand. Die Zeitung zitiert eine schriftliche Gratulation des Vorsitzenden der Gemeinde, Heinz Galinski, der an jenem Tag auf dem 29. Zionistenkongress in Jerusalem war. Hier heißt es: „Lieber Raphael Korenzecher, ich schätze Sie als engagierten jungen Juden sehr und bin dankbar für die gute Zusammenarbeit, die auch schwierigen Situationen immer standgehalten hat. Dies ist zu einem großen Teil auf Ihre große Offenheit gegenüber den Problemen der jüdischen Gemeinschaft und insbesondere gegenüber den Bedürfnissen des Staates Israel zurückzuführen. Durch diese persönlichen Qualitäten, die sich während Ihrer Amtszeit als Ko-Vorsitzender des Bundesverbandes jüdischer Studierender so überzeugend und tatkräftig manifestiert haben, haben Sie ein reiches Arsenal an Vertrauen erworben. Das war der Anstoß für Ihre Nominierung als Abgeordneter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin – Eine verantwortungsvolle Funktion, die Sie im vollen Bewusstsein der sich daraus ergebenden Verantwortlichkeiten ausüben. Nur wenn junge Menschen wie Sie verstehen, dass es ohne ihre Beteiligung unmöglich ist, jüdisches Leben weiterzuentwickeln, und nur wenn unsere ältere Generation bereit ist, junge Menschen voll in alle Entscheidungsprozesse einzubeziehen, werden wir mit Zuversicht in eine Zukunft blicken können, in der die jüdische Existenz für alle Zeiten gesichert sein wird.“

Zufälligerweise sind die Geburtstage von Heinz Galinski und Raphael Korenzecher weniger als eine Woche voneinander entfernt, und in diesem Jahr feiert der Herausgeber des Jüdischen Panoramas und der Jüdische Rundschau einen runden Geburtstag. Die Redaktion gratuliert ihm herzlich zu diesem Ehrentag und wünscht ihm Gesundheit, Glück, Erfolg und Kraft für die Fortsetzung seiner vielfältigen Aktivitäten. Mazel tov und bis zu 120!

Chaim Weizmann: Vom zionistischen Visionär zum 1. israelischen Präsidenten

Neben Theodor Herzl und David Ben Gurion stritt Chaim Weizmann voller Leidenschaft und Überzeugung für die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina. Unter anderem war die Balfour-Deklaration, die den Juden eine eigene Heimstätte auf uraltem historischem Gebiet garantieren sollte, auch seinem diplomatischen Geschick und menschlichen Charisma zu verdanken. Chaim Weizmann war von 1949 bis 1952 der erste israelische Staatspräsident. Er war ein Zionist und bedeutender Wissenschaftler. Sein Tod im Jahre 1952 fiel auf den 14. Jahrestag der Reichspogromnacht in Deutschland. Am 9. November betrauern wir seinen 70. Todestag. (JR)

Von Juri KRAMER

In einem der Briefe an seine Verwandten, als er noch Schüler im Cheder in Pinsk Real war, schrieb Chaim Weizmann: „Ich werde die Gebote halten und die Sprache unserer Heiligkeit und die Vorschriften der Weisen nicht vergessen ... Und denkt nicht, meine lieben Lehrer, dass ich, wenn ich aufs Gymnasium komme, das Judentum verwerfen werde. Nein! Das werde ich nicht tun. In meinem Herzen habe ich beschlossen, das Judentum zu bewahren.“ Der Schüler wuchs auf, wurde Chemiker, Präsident nicht nur der Zionistischen Weltorganisation, sondern auch der erste Präsident des Staates Israel. Aber was auch immer er in seinem Leben getan hat – als ein Wissenschaftler, als eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens und als ein Staatsmann, diesen Worten blieb er immer treu.

Pinsk – Berlin

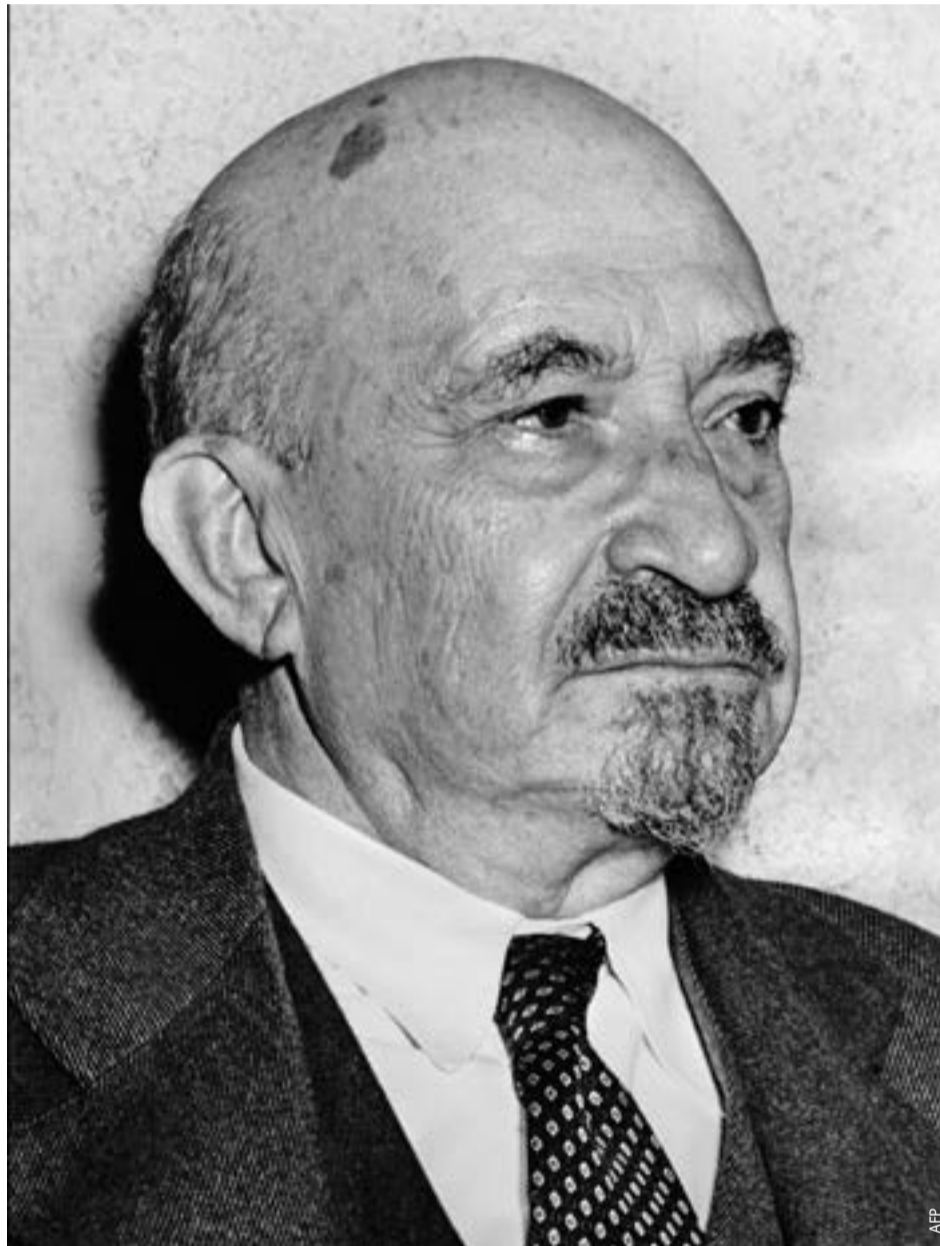
Er sagte einmal: „Vielleicht sind wir die Söhne von Kaufleuten, aber wir sind die Enkel der Propheten.“ Er bezog sich auf "Söhne" und "Enkelkinder" und sprach über die Menschen - nicht über sich selbst.

Jede Verallgemeinerung ist lahm, aber jeder von uns greift auf die eine oder andere Weise auf Verallgemeinerungen zurück. Nicht alle Enkel der Propheten sind auch alle Söhne von Kaufleuten. Weizmann selbst stammte aus der Familie eines durchschnittlichen Beamten: Sein Vater verschwand den ganzen Tag im Büro zum Holzhandeln, seine Mutter führte ein großes Haus - es gab sieben Schwestern und fünf weitere Brüder in der Familie.

Die Stadt Motal, in der Chaim am 27. November 1874 geboren wurde, lag im Gouvernement Grodno, einer Provinz, die Teil des Russischen Reiches war, und vielleicht wäre es ein Name auf der Karte geblieben, wenn der dritte Sohn von Evzor und Rachel Weizmann, benannt nach seinem Großvater Chaim, nicht der erste Präsident des Staates Israel geworden wäre.

Motal war ein verlassener Ort am Rande des Imperiums. Der Vater wollte, dass sein Sohn seine Ausbildung nach dem traditionellen Chejder fortsetzte. Chaim ging nach Pinsk und schrieb sich in einem echten russischen Gymnasium ein, und da schrieb er: „Ich werde die Gebote halten...“ Das Gymnasium war nicht das Beste, die Lehrer waren mehr Formalisten als Lehrer, aber es gab Ausnahmen, wie den Chemielehrer Kornienko, der sich in den berühmten Schüler in seinem Fach „verliebte“. Ein halbes Jahrhundert später erinnerte sich Weizmann, wem er den Beruf des Chemikers zu verdanken hatte: „Ich fragte mich oft, wer ich geworden wäre, wenn mich der Zufall nicht mit einem so talentierten und inspirierten Lehrer zusammengebracht hätte.“

Seine Wahl traf er im Alter von 18 Jahren: Vom Russischen Reich ging



Chaim Weizmann

er ins Deutsche Reich, von Pinsk nach Darmstadt, wo er in das Polytechnische Institut eintrat. Dann studierte er mehrere Semester in Berlin „Darmstadt eine kleine Stadt war“, Berlin die „Hauptstadt der Welt“ war und „das Polytechnikum dort als eine der drei besten Bildungseinrichtungen Europas galt“. Dann zog er, seinem Lieblingsprofessor Bystritsky folgend, nach Freiburg, Schweiz, wo er seine Ausbildung abschloss und promovierte.

Noch während seines Studiums in Berlin ließ sich Chaim von den Ideen des wenig bekannten Wiener Journalisten und Feuilletonisten Theodor Herzl inspirieren, der 1896 zeitgleich in Leipzig und Wien eine Broschüre „Der jüdische Staat“ herausgab. Er schließt sich dem lokalen zionistischen Kreis an - das öffentliche Temperament verlangte nach einem Ventil - und er ist aktiv an seiner Arbeit beteiligt. Und nach einer Weile nimmt er bereits am Zweiten Zionistenkongress in Basel teil.

"Uganda-Projekt"

In der Zwischenzeit bewegte die Frage der Errichtung eines jüdischen Staates nicht nur die Gemüter zionistischer

Persönlichkeiten. Am 14. August 1903 schlug der britische Kulturminister Joseph Chamberlain dem Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation, Theodor Herzl, ein Programm zur Ansiedlung von Juden auf dem Gebiet Ostafrikas vor.

Großbritannien verfolgte seine eigenen Interessen – auf Kosten von Juden, die vor Pogromen aus Russland flohen, wollte es den Flüchtlingsstrom von Europa nach Ostafrika umleiten, um seine Kolonisierung zu stärken. Der Plan wurde "Uganda-Projekt" genannt. Herzl, der hoffte, engere Beziehungen zur britischen Regierung aufzubauen, unterstützte die Idee und stellte das Projekt dem 6. Zionistenkongress vor, der 1903 in Basel stattfand. Aber unerwartet stieß er auf Widerstand einiger Delegierter, insbesondere aus Russland.

Weizmann, der bereits Differenzen mit Herzl hatte (am Vorabend des 5. Zionistenkongresses in Basel 1901 organisierte er zusammen mit anderen jungen Zionisten - Motzkin, Buber, Bernstein-Kogan - die Demokratische Fraktion innerhalb der zionistischen Bewegung), unterstützte Gegner der Ansiedlung von Juden in Uganda.

Viele Jahre später schrieb er: „Der Zionismus war für mich nicht nur ein spontaner Durst der Exilanten, ihren eigenen Ort zu finden. Ich konnte Herzl nicht zustimmen, dass die Entstehung der zionistischen Bewegung nur auf die Tragödie des Judentums, Verfolgung und Armut zurückzuführen war. Ich glaubte nicht, dass diese Faktoren allein der Grund für den Wunsch waren, eine jüdische nationale Heimstätte zu schaffen. In etwas Unzugänglichem unerreichbar zu sein, ist selbst negativ; die größten Errungenschaften des Menschen entstehen aus positiven Bestrebungen. Jüdische Obdachlosigkeit bedeutete nicht nur rein körperliche Unannehmlichkeiten; vielleicht in viel größerem Maße bedeutete es eine Tragödie ungenutzter Fähigkeiten. Wenn das Judentum so viele Jahrhunderte des Exils überlebte, war das kein biologischer Zufall, sondern eine Folge der Ausstattung mit enormen schöpferischen Kräften, die in all diesen Jahrhunderten in sich erhalten geblieben ist.“

Chamberlains Plan wurde auf dem nächsten, dem 7. Zionistischen Kongress, dessen Delegierte sich verpflichteten, einen jüdischen Staat in Palästina zu errichten, abgelehnt, aber es brauchte 43 Jahre kontinuierlichen Kampfes und Anstrengungen.

Balfours Epiphanie

Am 2. November 1917 richtete der britische Außenminister Arthur James Balfour einen Brief an Lord Lionel Walter Rothschild, einen der reichsten Untertanen der britischen Krone. Der Lord war nicht nur Bankier, sondern auch Mitglied des Parlaments sowie der Führer der britischen Zionisten. Deshalb appellierte der Außenminister an den Erben des ersten Rothschild - Nathan, der eine herausragende Rolle im öffentlichen Leben des Landes spielte.

Der Brief wurde Balfour-Deklaration genannt und erklärte, dass die Regierung Seiner Majestät „mit Zustimmung die Frage der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina prüfen und alle Anstrengungen unternehmen wird, um dieses Ziel zu fördern; Es ist klar, dass keine Maßnahmen ergriffen werden dürfen, die die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status, die Juden in irgendeinem anderen Land genießen, verletzen könnten.“

Der Erklärung ging ein Treffen zwischen Weizmann und Balfour voraus, das von Charles Dreyfus, dem Vorsitzenden der Manchester Zionist Society, organisiert wurde.

1922, fünf Jahre nachdem die britische Regierung öffentlich ihre Unterstützung für die Errichtung einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“ in Palästina angekündigt hatte, diskutierte das House of Lords die Frage der Aufhebung des Mandats für Palästina. Und

dann, unter den Bögen des alten Palace of Westminster, erklang die starke Stimme von Lord Balfour: „Großbritannien hat die Chance, nicht nur das Heilige Land nach der Verwüstung unter muslimischer Herrschaft wieder zum Leben zu erwecken, sondern auch etwas Echtes zu tun, um den alten Makel unserer eigenen Zivilisation wegzuwaschen.“

„You met the wrong Jews“

Balfour fragte warum einige Zionisten so stark gegen den Uganda-Plan seien. Die britische Regierung wolle wirklich das Leid der Juden in irgendeiner Weise lindern; Diese Frage ist rein praktisch und erfordert den gleichen praktischen Ansatz. Als Antwort darauf hielt ich eine lange Rede über die Bedeutung der zionistischen Bewegung. Ich berührte die spirituelle Komponente des Zionismus und wies darauf hin, dass nur ein tiefes religiöses Gefühl, ausgedrückt in modernen politischen Begriffen in der Lage ist, das Leben der Bewegung zu erhalten und dass dieser Glaube auf Palästina und nur auf Palästina basieren muss. In diesem Sinne wäre der Verzicht auf Palästina gleichbedeutend mit einer Rückkehr zum Götzendienst. Ich fügte hinzu, wenn Moses auf dem VI. Kongress erschienen wäre, als dort die Resolution zu Uganda angenommen wurde, hätte er wahrscheinlich seine Tafeln noch einmal zerschlagen. Wir verstehen, sagte ich, dass Uganda uns aus den edelsten Gründen angeboten wurde, und auf den ersten Blick scheint diese Option völlig akzeptabel zu sein. Aber egal wie zugänglich und geeignet irgendein angebotenes Gebiet sein mag, niemals werden die Juden genug Geld sammeln oder genug Energie zeigen, um ein Ödland aufzubauen und es bewohnbar zu machen, wenn dieses Land nicht Palästina ist. Palästina hat eine magische und romantische Anziehungskraft auf Juden. Unsere gesamte Geschichte ist es.

Plötzlich sagte ich: „Mr. Balfour, wenn ich Ihnen Paris statt London anbieten würde, würden Sie zustimmen?“ Und er richtete sich auf, sah mich an und sagte: „Aber, Dr. Weizmann, wir haben schon London.“ „Stimmt“, sagte ich, „aber wir hatten Jerusalem, als es anstelle von London einen Sumpf gab.“

Er lehnte sich in seinem Stuhl zurück, startete mich weiter an und sagte zwei Dinge, an die ich mich gut erinnerte. Die erste Frage war: „Gibt es viele Juden, die so denken wie Sie?“ Ich antwortete: „Ich kann Ihnen versichern, dass diese Meinung von Millionen von Juden geteilt wird, die Sie nie getroffen haben und die ihre Meinung nicht äußern können, die aber die Straßen des Landes füllen, aus dem ich kam.“

Dann bemerkte Balfour: „Wenn das der Fall ist, dann wirst du eines Tages eine große Kraft sein.“ Ich wollte gerade gehen, als er sagte: „Wie seltsam... Die Juden, die ich getroffen habe, sind völlig anders.“ Ich sagte: „Mr. Balfour, Sie haben die falschen Juden getroffen.“

Der Chemiker

In der wissenschaftlichen Welt erlangte Chaim Weizmann großen Ruhm, nachdem er einen Weg gefunden hatte, durch bakterielle Fermentation große Mengen gewünschter Substanzen herzustellen und das Bakterium *Clostridium acetobutylicum* (eine Art anaerober stäbchenförmiger Bakterien) verwendete, um gleichzeitig Butanol, Aceton und Ethanol aus Stärke herzustellen. Es gibt hier eine Menge wissenschaftlicher Terminologie, aber es führt kein Weg daran vorbei - Weizmann war nicht nur ein herausragender zionistischer Führer, sondern



Chaim Weizmann legt den Amtseid ab, nachdem er zum ersten Präsidenten des Staates Israel gewählt wurde. 17. Februar 1949

auch ein herausragender Wissenschaftler. Tatsache ist, dass Aceton bei der Herstellung von sogenannten Korditprengstoffen verwendet wurde, die für die Kriegsführung entscheidend sind.

Weizmanns Experimente wurden 1915 in einer speziellen Fabrik in London abgeschlossen, die Produktion von Aceton begann im Winter 1916, und während des Ersten Weltkriegs produzierten die Briten 30 Tausend Tonnen davon.

Eine interessante Anmerkung: 1910 unterzeichnete Churchill, der damals Innenminister war, derselbe Churchill, der sagte, dass es in England keinen Antisemitismus gebe, weil die Briten sich nicht für dümmer hielten als die Juden, Dokumente, die Weizmann die britische Staatsbürgerschaft gewährten. Auf der Insel war er als Charles Weizmann bekannt. Unter diesem Namen meldete er etwa 100 Forschungspatente an.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs entdeckten Historiker Dokumente, die Folgendes feststellten: Die SS stellte eine Liste von 3.000 Juden zusammen, die in Großbritannien lebten. Unter den ersten hundert befand sich auch Weizmann, der hätte verhaftet werden sollen, wenn die Operation Seelöwe (so die deutsche Landungsoperation auf den britischen Inseln, die Hitler selbst im Sommer 1940 geplant hatte) durchgeführt worden wäre.

Weizmann lebte etwa 30 Jahre in Manchester und verzichtete 1948 nach seiner Wahl zum Präsidenten des Staates Israel auf seine britische Staatsbürgerschaft.

Die Gründung des Staates Israel

Wovon Juden jahrhundertlang geträumt haben und wofür Chaim Weizmann sein ganzes Erwachsenenleben lang gekämpft hat, geschah am 14. Mai 1948. Als David Ben-Gurion am Tag vor dem Ende des britischen Mandats Palästina im Museumsgebäude am Rothschild-Boulevard in Tel Aviv die Gründung des unabhängigen Staates Israel verkündete.

Am selben Tag wurde die Unabhängigkeitserklärung des jüdischen Staates verabschiedet, die von der Bildung von Übergangsbehörden, der Offenheit für die Rückführung von Juden aus der gan-

zen Welt und der Garantie der „vollen sozialen und politischen Gleichheit aller ihrer Bürger ohne Unterschied nach Religion, Rasse oder Geschlecht“ sowie von Religions- und Gewissensfreiheit, dem Recht, ihre Muttersprache zu gebrauchen, dem Recht auf Bildung und Kulturen, sprach.

Der erste Staat, der Israel anerkannte, waren die Vereinigten Staaten von Amerika, wie Präsident Truman nur 11 Minuten nach der Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung durch Ben-Gurion verkündete.

Am 17. Mai verkündete die Sowjetunion die Anerkennung des jüdischen Staates.

Und es dauerte fast ein Jahr, bis Israel in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde.

Am 25. Januar 1949 fanden die ersten Wahlen zur Knesset statt. Am 16. Februar wählte die Knesset Chaim Weizmann zum Präsidenten des Staates Israel.

Aus Weizmanns Memoiren:

„Mein erster offizieller Schritt als Präsident des Staates Israel bestand darin, die Einladung des Präsidenten in die Vereinigten Staaten von Amerika anzunehmen, um sein Gast in Washington zu sein. Ich wurde ins Weiße Haus gebracht, wo bereits Vertreter der amerikanischen Regierung und Elyahu Epstein (Eilat), den die Provisorische Regierung zu unserem Botschafter in den Vereinigten Staaten ernannt hatte, warteten.“

Ich dankte dem Präsidenten dafür, dass er der erste war, der unsere Nation anerkannte, und überreichte ihm eine Tora-Rolle. Dann gingen wir zu den praktischen Fragen über - um die politische und wirtschaftliche Hilfe zu diskutieren, die Israel in den kommenden kritischen Monaten brauchen wird. Der Präsident interessierte sich besonders für die Vergabe eines Darlehens für Entwicklungsprojekte und machte auch auf die Idee aufmerksam, amerikanische Unterstützung zu nutzen, um die Sicherheit Israels zu gewährleisten. Der Einsatz von Kräften, um eine arabische Aggression zu verhindern oder, wenn uns immer noch Krieg aufgezwungen wird, uns mit den notwendigen Waffen zu versorgen.“

Zeitgenossen über Chaim Weizmann

David Ben-Gurion, Israels erster Premierminister: „Er war vor allem ein jüdischer Jude.“ Er wuchs in einem jüdischen Umfeld auf, inmitten der jüdischen Massen. Mit der Muttermilch nahm er jüdische Qualitäten wie Weitsicht, Humor und Weisheit auf. Herzl fand Eretz Israel im Zuge seiner Suche nach einer territorialen Lösung der Judenfrage. Für Weizmann war die Lösung für das Schicksal des jüdischen Volkes nur die Schaffung eines Staates. Mit der Muttermilch nahm er seine Liebe zu Eretz Israel auf, mit der er aufgewachsen war; ein organischer Teil seiner Persönlichkeit war die Liebe zum Hebräischen, das er perfekt beherrschte. Unwiderstehlich war sein Einfluss auf die Nichtjuden, mit denen er sich traf. „Sie waren unauslöschlich beeindruckt von seinem Stolz auf sein Volk, seinem zutiefst wahren 'Judentum', seiner Fähigkeit, die innersten Gefühle des jüdischen Volkes auszudrücken.“

Harry Truman, 33. Präsident der Vereinigten Staaten: „Weizmann war ein bemerkenswerter Mann, einer der weitesten Männer, die ich je getroffen habe, ein geborener Führer, einzigartig... Es war ein Schlag von enormer Leistung und außergewöhnlichen persönlichen Qualitäten.“

Isaiah Berlin, Philosoph, Historiker, Schriftsteller: „Dr. Chaim Weizmann war der erste völlig freie Jude der modernen Welt, und der Staat Israel, ob er es weiß oder nicht, wurde nach seinem Bild konstruiert. Im Wesentlichen war er kein Theoretiker, sondern ein Erfinder und Baumeister; Er nutzte Chancen, als sie sich boten. Aber er besaß von Natur aus die einzigartige Intuition und Tugenden eines Intellektuellen und die Natur eines Künstlers und ein instinktives Verständnis dessen, was im Herzen von Gesellschaften und Nationen liegt, und insbesondere eine Kombination der Qualitäten eines Wissenschaftlers und eines Menschen in sich; und durch all dies wurde er ein Staatsmann und ein Diplomat von seltenem Genie.“

Aus dem Russischen von Filip Gašpar

Die USA müssen die Religionsfreiheit für Juden auf dem Tempelberg unterstützen

Es ist an Absurdität nicht zu überbieten: Juden dürfen ihren eigenen Tempelberg kaum besuchen, geschweige denn dort beten. Die Diskriminierung und Verweigerung des jüdischen Gebets ausgerechnet an der heiligsten Stätte des Judentums und gleichzeitig dem Fanal des islamischen Unrechts, das der frühmittelalterliche Bau der Eroberungs- und Demütigungsmoschee Al-Aqsa gegenüber den Juden darstellt, wird besonders durch Jordanien geschürt: Jordanien, das im seinerseits eroberten Ostjerusalem 58 der 59 jüdischen Synagogen zerstört hat, finanziert heute die islamische Stiftung „Waqf-Behörde Jerusalem“, die das jüdische Tempelareal verwaltet, trotz der im Sechs-Tage-Krieg 1967 von der jordanischen Okkupation erfolgten Befreiung der Stadt. Auch der vermeintlich westlich orientierte jordanische König Abdullah unterstützt den faktenwidrigen arabischen Geschichtsrevisionismus und bietet „palästinensischen“ Terroristen sogar einen sicheren Hafen vor internationaler Strafverfolgung. Die USA hält sich unter der Biden-Administration wieder bei Gewalt gegen Juden mit Verurteilungen zurück und fordert ein an die arabischen Täter und jüdischen Opfer gleichermaßen gerichtetes nichtssagenendes Ende des „Kreislaufs der Gewalt“, als ob beide Parteien gleichermaßen gewaltbereit oder im Unrecht seien. (JR)

Farley Weiss/JNS.org

Das jüdische Recht, an der Klagemauer zu beten, wird immer wieder von Steinen angegriffen, die von Muslimen vom Tempelberg geworfen werden. Israel handelte, um die Angriffe zu stoppen, aber selbst die USA unterstützten die israelischen Bemühungen nicht und verurteilten die Angriffe auf jüdische Gläubige nicht. Stattdessen forderte sie ein Ende des „Kreislaufs der Gewalt“, als ob beide Parteien gleichermaßen schuldig wären.

Jordanische Regierungsbeamte gingen sogar noch weiter. Premierminister Bisher Al-Khasawneh gab den Angriffen auf jüdische Gläubige seine volle Unterstützung und sagte in einer Parlamentssitzung: „Ich gratuliere allen Palästinensern und allen jordanischen islamischen Waqf-Arbeitern, die so hoch wie ein Turm stehen, und denen, die Steine auf Pro-Zionisten werfen, die die Al-Aqsa-Moschee verunreinigen.“ König Abdullah von Jordanien traf sich dann mit US-Präsident Joe Biden, um sich für die jordanische Kontrolle über den Tempelberg einzusetzen, was sehr wohl zum Ende der jüdischen Gebete an der Klagemauer führen könnte.

Dies ist nicht das erste Mal, dass Jordanien versucht, die heiligen jüdischen Stätten zu kontrollieren. Erst vor wenigen Jahren bat Jordanien das UNESCO-Welterbekomitee, die Klagemauer als muslimische Stätte neu einzustufen, und versuchte, das Grab der Patriarchen in Hebron und Rachels Grab in der Nähe von Bethlehem als heilige Stätten für Muslime allein zu klassifizieren und ihre Heiligkeit für Juden auszulöschen.

Während ein Großteil der arabischen Welt beginnt, seine Haltung gegenüber Israel zu ändern, war König Abdullah von Jordanien nicht Teil dieses Trends. Stattdessen ignoriert er den Politikurs seines Vaters, König Hussein. Hussein startete 1967 einen Angriff auf Israel, aber nachdem Israel sein Regime 1970 gerettet hatte, indem es syrische Truppen daran hinderte, den Putschversuch der Terrororganisation Schwarzer September zu unterstützen, änderte Hussein seine Haltung.

Fragwürdige Haltung des jordanischen Königs

Am 16. März 1997 kondolierte Hussein sieben israelischen Familien, deren Töchter von einem jordanischen Soldaten ermordet wurden. Anstatt den Soldaten als Helden zu feiern, sperrte Hussein ihn ein und bot seinen Opfern eine finanzielle Entschädigung an.



Für Juden ist es gesetzlich verboten, auf dem Tempelberg zu beten

Obwohl König Abdullah behauptete, er unterstütze die Kondolenzbesuche seines Vaters, sagen seine Handlungen etwas anderes. Am 12. März 2017 ließ Abdullah den jordanischen Soldaten Ahmed Dagamseh frei, obwohl Dagamseh keine Reue zeigte.

Dies war nicht das einzige Mal, dass Abdullahs Regime Unterstützung für antiisraelische Terroristen gezeigt hat. Im November 2014 hielt das jordanische Parlament eine Schweigeminute für zwei „palästinensische“ Terroristen ab, die getötet wurden, nachdem sie fünf Menschen bei einem Angriff in einer Synagoge in Har Nof abgeschlachtet hatten. Im März 2019 stand der jordanische Abgeordnete Khalil Atiyeh während einer Parlamentssitzung auf und begrüßte den 18-jährigen Terroristen, der den 19-jährigen IDF-Sergeant Gal Keidan erstochen und Rabbi Achiad Ettinger, einen Vater von 12 Kindern, erschossen hatte.

Unterdessen bietet Jordanien immer noch einen sicheren Hafen für die Terroristin Ahlam Tamimi, die im August 2001 an einem Selbstmordanschlag auf ein Jerusalemer Restaurant beteiligt war, bei dem 15 Menschen getötet wurden, darunter zwei US-Bürger. Tamimi wurde angeklagt und auf die Liste der zehn meistgesuchten Personen des FBI gesetzt, aber Jordanien hat wiederholt die US-Auslieferungsanträge abgelehnt. Bisher hat Jordanien aufgrund

seiner Weigerung keine negativen Auswirkungen erlitten.

Taten sagen mehr als Worte. Jordaniens Weigerung, Tamimi trotz seines Auslieferungsabkommens mit den USA auszuliefern, ist nicht die Aktion eines US-Verbündeten gegen den Terrorismus. Nach 9/11 sagte der ehemalige US-Präsident George W. Bush, dass die USA Terroristen und diejenigen, die Terroristen Zuflucht gewähren, als gleichermaßen moralisch schuldig behandeln werden. Jordanien bietet Tamimi einen sicheren Hafen.

Einseitige Religionsfreiheit

Der Tempelberg ist die heiligste Stätte im Judentum. Es war die Heimat der beiden jüdischen Tempel. Juden blicken in seine Richtung, wann immer sie beten. Wenn das Recht auf Religionsfreiheit unantastbar ist, dann ist es falsch für Israel, Juden und Christen daran zu hindern, auf dem Berg zu beten. Stattdessen schützt es nur die Religionsfreiheit der Muslime. Das ist eine eklatante Diskriminierung. Darüber hinaus hat diese Diskriminierung den muslimischen Hass auf Juden ermutigt, wie wir sehen, wenn Tausende von Muslimen auf dem Berg zum Tod von Juden aufrufen und Steine auf jüdische Gläubige werfen.

Ironischerweise haben die Muslime jedoch selbst zugegeben, dass ihre Herrschaft über den Berg auf einer

Lüge basiert. 1925 veröffentlichte der Oberste Islamische Rat einen Führer zum Tempelberg für Touristen. Darin heißt es, dass die „Identität des Ortes mit dem Ort des Salomonischen Tempels unbestritten ist. Auch dies ist nach dem universellen Glauben die Stelle, an der David dort einen Altar für den Herrn errichtete und Brandopfer und Friedensopfer darbrachte.“ Bei der Erörterung der muslimischen Herrschaft über den Berg, von der der Führer sagt, dass sie 637 n. Chr. begann, hieß es: „In diesem Jahr besetzte der Kalif Omar Jerusalem“. Der Oberste Muslimrat verstand, dass Jerusalem jüdisch war und die Muslime Jerusalem „besetzt“ hatten.

Historische Wahrheiten dürfen nicht ignoriert werden

Historische Wahrheiten und der Schutz der Religionsfreiheit gehören zusammen. Im Jahr 1925 sagte der Oberste Muslimrat, es sei unbestritten, dass der Tempelberg der Ort des Salomonischen Tempels ist und daher der heiligste Ort für Juden und das Judentum ist. Muslime auf dem Tempelberg, die das jüdische Recht, dort zu beten, angreifen, Steine auf Juden werfen, die an der heiligen Klagemauer beten und zum Tod von Juden aufrufen, sind nicht Teil eines „Kreislaufs der Gewalt“. Stattdessen sind die Angriffe auf jüdische Gläubige der Inbegriff von Antisemitismus. Jordaniens Unterstützung für diesen Antisemitismus sollte eine verstärkte jordanische Kontrolle des Berges ausschließen. Stattdessen sollte es bedeuten, dass sie keinerlei Kontrolle über den Tempelberg ausüben.

Das Versäumnis der Biden-Regierung, sich in dieser Frage auf Israels Seite zu stellen, ist nicht nur schlechte Politik. Es unterstreicht auch sein Versagen, sich gegen Antisemitismus in einer Zeit zu stellen, in der der Antisemitismus auf der ganzen Welt explodiert. Das Weiße Haus muss eine stärkere israelische Kontrolle über den Tempelberg und die Religionsfreiheit an der Stätte unterstützen und antisemitische Angriffe auf jüdische Gottesdienste an der Klagemauer verurteilen.

Farley Weiss, der ehemalige Präsident des National Council of Young Israel, ist Anwalt für geistiges Eigentum der Anwaltskanzlei Weiss & Moy. Die geäußerten Ansichten sind die des Autors und nicht unbedingt repräsentativ für NCYI.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Abonnementspreis
einschliesslich LITERATURBLATT
vierteljährlich:

1. durch die Expedition:
a) in Berlin — 50 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement: 1,25 Mark.

Insertionspreis
die viergespaltene Petit-Zelle oder deren Raum 25 Pfennig.

**Allgemeine
Jüdische Zeitung.**

Redaktion:
BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.
Telephon: II, 3387.

**Expedition und
Adresse für Geldsendungen
und Bestellungen:**
Verlag Jüdische Rundschau, E. O. m. b. H.
Berlin N. 54, Auguststr. 49a.

Geschäftsstunden der Expedition
täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 Uhr.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 45 | Berlin, 20. Marcheschwan 5667 — 9. November 1906 | XI. Jahrgang

Inhalt

Jüdische Arbeit in Palästina
Referat in der Versammlung der Berliner Zionistischen Vereinigung
• Von Dr. Franz Oppenheimer
(Schluss)

Der Hauptmann von Köpenick
Von Ma'arabi

Rundschau
Der „Hauptmann“ von Köpenick
Bezalel
ISRAELIT und Misrachist
Von der NATIONALZEITUNG
Kroatische Drohungen
Russische Freiheit
Juden in Sibirien
Stöckers Gessinnungsgenossen

Sprechsaal

Aus Gemeinden und Vereinen

Kleine Mitteilungen

Persönliches

Beilage: Aus d. zion. Bewegung
Berliner Zionistische Vereinigung

**Mitteilungen des Zentralbureaus der
Zionist. Vereinigung f. Deutschland**

Unter dem Szepter des Sultans
Von Ali Nouri
(Fortsetzung)

Aus den Ortsgruppen
Berlin — Hamburg — Hannover —
Leipzig — Stettin — Fürth — Strass-
burg — Marienbad — Russland

Nationalfond

Literaturblatt No. 23

Ein hebräisches Gymnasium in Jaffa

Weltliche Lieder eines Geistlichen

Literaturbericht

Notizen

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

NATIONALFOND-VERWALTUNG
Adresse für Geldsendungen
Max Wollsteiner,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10

ZENTRALBUREAU
Berlin W. 66
Mauerstrasse 2 III

SHARE-KLUB-ZENTRALE
Adresse für Anmeldungen
M. Goldschmidt,
Hamburg, Stadthausbrücke 12/14.

Der Zionismus erstrebt für das Jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina (Baseler Programm.)

Daf Yomi – Stellen aus dem Talmud

1923 hat Rabbi Meir Shapira aus Lublin die Initiative „Daf Yomi“ angeregt. Heute befinden wir uns im 14. Zyklus. Als Teil davon können Juden überall auf der Welt dasselbe Blatt aus dem Talmud lernen. Der Beitrag stellt eine Fortsetzung der in der Jüdischen Rundschau im Januar 2022 begonnenen jüdischen Lern-Initiative dar. (JR)

Von Patrick Casiano

Das Gebot der Beschneidung

Auf den Seiten 31-32 des Talmud-Traktates Nedarim, die am 25./26. November 2022 gelesen werden, finden sich mehrere Aussagen zu dem hohen Wert des Gebotes der Beschneidung. Unter anderem wird dort Bezug genommen auf das Kapitel 17 des ersten Buches Moses – der Bundesschluss zwischen Gott und Abraham. Auszugsweise steht an dieser Bibelstelle folgendes (eigene Übersetzung, mit Auslassungen):

„(2) Ich werde meinen Bund zwischen mir und dir errichten und dich vielfach mehren. (4) Dies ist mein Bund mit dir und du wirst der Vater vieler Völker werden. (6) Ich werde dich sehr fruchtbar machen, Völker werden aus dir entstehen und Könige aus dir hervorgehen. (7) Ich werde meinen Bund mit dir errichten und mit deinen Nachfahren nach dir. Ein ewiger Bund, dir und deinen Nachfahren nach dir Gott zu sein. (8) Ich werde dir und deinen Nachfahren nach dir das Land deines Wohnsitzes geben, das ganze Land Kanaan, als ewigen Besitz und ihnen Gott sein.“ (9) Und Gott sprach zu Abraham: „Und du, bewahre meinen Bund, du und deine Nachfahren nach dir, in alle Ewigkeit. (10) Folgendes ist mein Bund, den ihr bewahren sollt, zwischen mir und euch und deinen Nachfahren nach dir: All eure Männer sollen beschnitten werden. (11) Ihr sollt das Fleisch eurer Vorhaut beschneiden und es wird als Zeichen des Bundes dienen zwischen mir und euch. (12) Mit acht Tagen soll jeder eurer Männer beschnitten werden [...] (13) [...] und mein Bund soll in eurem Fleisch sein zum ewigen Bund. (14) Und ein unbeschnittener Mann, der das Fleisch seiner Vorhaut nicht beschneiden lässt, diese Seele soll von seinem Volk abgetrennt werden, denn er hat meinen Bund übertreten.“

Neben diesem Text, der den Grundstein für das Gebot legt, setzt sich die Talmudstelle auch noch mit anderen Bibelstellen auseinander, die einen Bezug zur Beschneidung haben.

Die Beschneidungsdebatte

Vor einigen Jahren wurde in Deutschland über ein Beschneidungsverbot für Minderjährige diskutiert. Zu einem solchen Gesetz ist es glücklicherweise nicht gekommen, jedoch zeigt es, auf wie wackeligen Füßen das jüdische Leben in Deutschland steht. Ein solches Gesetz einer zukünftigen Regierung würde der jüdischen Existenz in Deutschland den Boden unter den Füßen wegziehen. Noch mehr als das ebenfalls diskutierte Schächtungsverbot, auf das man evtl. noch durch Fleischimporte aus dem Ausland oder durch Fleischerzucht reagieren könnte. In der Debatte wurde die Beschneidung häufig als jüdischer „Brauch“ bezeichnet. Aber das ist irreführend. Es ist kein bloßer Brauch, sondern ein verpflichtendes Gesetz und die Unterlassung der Beschneidung ist somit aus jüdischer Sicht eine Straftat. Jüdische Eltern müssen ihre Kinder beschneiden lassen. Eine Kriminalisierung der Eltern und eine eventuelle Entführung der jüdischen Kinder durch den deut-



Giovanni Bellini: Die Beschneidung Jesu

schen Staat unter dem Deckmantel des Kindeswohls nach einer „illegal“ vollzogenen Beschneidung, muss jeden gottesfürchtigen Juden zur Flucht aus Deutschland treiben.

Es ist verständlich, dass eine medizinisch nicht notwendige und nicht umkehrbare Operation an einem Kind, das keine Zustimmung dazu geben kann, generell verboten sein sollte. Jedoch muss es Ausnahmen geben, wenn die Religionsfreiheit der Eltern so extrem betroffen ist, wenn es sich um einen so kleinen Eingriff ohne medizinische Nachteile handelt – (die harmlose Beschneidung an Männern darf nicht mit der desaströsen Beschneidung an Frauen verwechselt werden, die in einigen afrikanischen Ländern praktiziert wird) – und wenn auch die nationale Existenz eines Volkes davon abhängt. Ich verwende den Begriff der „Nationalität“ hier nicht im heute üblichen Sinn der Staatsangehörigkeit, sondern im ideengeschichtlich ursprünglicheren Sinn der Volksangehörigkeit, d.h. der Zugehörigkeit zu einer gewissen Ethnie. Bekanntlich ist das Judentum sowohl eine Religion als auch ein Volk (z.B. Sanhedrin 44a: Auch ein sündiger Jude ist ein Jude) und die Tatsache, dass der deutsche Volksbegriff pervertiert ist, verpflichtet Juden nicht dazu ihren Volksbegriff aufzugeben. Es wäre wünschenswert, dass der deutsche Staat anerkennt, dass es interne jüdische Belange gibt, in die er sich nicht einmischen soll.

Die Beschneidung hat seit Jahrtausenden neben ihrer religiösen Relevanz auch einen nationalen Charakter. In der Talmudstelle in Nedarim 31-32 wird erklärt, dass Nicht-Juden generischer als unbeschnitten bezeichnet werden und Juden als beschnitten – unabhängig von ihrem wirklichen Zustand. Unter verschiedenen Bibelversen, die dies belegen, findet sich, was der noch jugendliche David (bevor er König wurde) dem damaligen König Scha'ul sagte, um als derjenige ausgewählt zu werden, der gegen Goliath zum Duell antritt:

„Sowohl den Löwen als auch den Bären hat dein Knecht geschlagen. Und dieser unbeschnittene Philister soll wie einer von ihnen sein [...]“ (1. Samuel, Kapitel 17, Vers 36). Obwohl

David natürlich nicht wissen konnte, ob Goliath beschnitten ist oder nicht, hat er diese Ausdrucksweise gewählt, um auf den nationalen Unterschied zwischen den Israeliten und den Philistern Bezug zu nehmen.

Eine Bevölkerungsgruppe in einem kleinen Aspekt von einem Gesetz (hier: die angebliche Körperverletzung des Kindes) auszunehmen, muss für eine Demokratie kein Problem sein. In Ländern wie Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland – alles Länder, die als Teil des ehemaligen britischen Imperiums viele Immigranten aus Indien/Pakistan angezogen haben – wurden Gesetze beschlossen (oder zumindest ernsthaft debattiert), die Angehörige der Sikh-Religion von der Pflicht des Tragens eines Schutzhelms auf Motorrädern freistellen. Denn ihre religiöse Pflicht des Tragens eines voluminösen Turbans hindert sie an der Aufsetzung eines Helms.

Medizinische Aspekte der Beschneidung

Eine jüdische Beschneidung ist nicht identisch mit einer rein medizinischen. Denn es gibt rein medizinische Beschneidungen, bei der nicht alle Teile der Vorhaut entfernt werden, die das jüdische Gesetz vorsieht. Abgesehen davon kommt auch der Intention der Beschneidung eine große Rolle zu.

Jedoch kann man jüdische Beschneidungen unter medizinischen Bedingungen durchführen. So könnte ein jüdischer Beschneider seine Arbeit z.B. in der Praxis eines kooperierenden Arztes und in dessen Anwesenheit durchführen. Außerdem sind einige jüdische Beschneider nebenbei auch selbst Ärzte. Auch die Verwendung von lokaler oder allgemeiner Anästhesie kann ab einem bestimmten Alter ins Auge gefasst werden – bei Säuglingen ist sie jedoch zu gefährlich.

Sollte jemand eine vollständige Beschneidung durchlaufen haben, die aus rein medizinischen Gründen – oder aus anderen religiös-kulturellen Gründen als den jüdischen – vorgenommen wurde, so befreit ihn das noch nicht von der jüdischen Beschneidungspflicht und in diesem Fall muss ein Ritual namens „hattafat dam brit“ durchgeführt werden.

Die Beschneidungspflicht gilt für alle jüdischen Männer ab dem achten Tag, selbst wenn dieser auf einen Schabbat oder Feiertag fällt. Die Verursachung einer Blutung ist an diesen Tagen für gewöhnlich verboten – und es ist bekannt wie streng orthodoxe Juden Schabbat und Feiertage nehmen – aber für eine Beschneidung am achten Tag wird dieses Verbot zur Seite gedrängt. Die besagte Talmudstelle sagt, dass man auch hieraus die Bedeutung der Beschneidung erkennen kann.

Wenn die Beschneidung zur passenden Zeit versäumt wurde (z.B. Verbot der Beschneidung im Ostblock), dann muss sie sogar im hohen Alter nachgeholt werden – solange der Gesundheitszustand diesen Eingriff ohne Gefährdung erlaubt. Abraham war bei seiner Beschneidung 99 Jahre alt (vgl. 1. Buch Moses, Kapitel 17, Vers 24). Auch ob man verheiratet ist oder nicht – oder anders ausgedrückt sexuell aktiv ist oder nicht – spielt keine Rolle, das Gebot besteht in jedem Fall.

Die Verpflichtung zur Beschneidung ergibt sich natürlich aus den zitierten Quellen (wie dem Kapitel 17 des ersten Buches Moses), aber daneben gibt es auch medizinische Vorteile, die sich in der Fachliteratur recherchieren lassen. Eine Beschneidung reduziert für den Mann das Risiko sich mit einer sexuell übertragbaren Krankheit anzustecken. Sie reduziert sowohl für den Mann als auch für die Frau das Risiko an verschiedenen Krebsarten zu erkranken. Außerdem erhöht eine Beschneidung die Ausdauer beim Intimverkehr, also die Fähigkeit länger „durchzuhalten“.

Eltern, ihre Kinder und die Beschneidung

An dem Thema der Beschneidung gibt es nichts Anrüchiges und es wurden hier die größten Anstrengungen unternommen, den Sachverhalt professionell darzustellen. Das Zeichen des Bundes mit Gott befindet sich aus guten Gründen an eben jener Stelle des Körpers. Zum Beispiel sitzt dort das enorme Potential, Leben zu erzeugen. Die Existenz eines jeden Menschen basiert auf dem geschlechtlichen Akt seiner Eltern.

Überhaupt scheint das Verhältnis eines Kindes zu seinen Eltern in jüdischen Kreisen anders angesehen zu werden als in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. In letzterer dominiert eine Tendenz zum Individualismus des Kindes (so als wäre es nur rein zufällig eben jenen Eltern geboren worden) und somit ist eine gegen die Selbstbestimmung verstoßende Beschneidung im Säuglingsalter nur schwer zu akzeptieren. In jüdischen Kreisen hingegen dominiert ein Drang zur Kontinuität, dazu dass auch die nächste Generation noch als Juden leben werden – und dazu gehört auch die Beschneidung.

Bitte wenden Sie sich zwecks der Beschneidung Ihres Sohnes oder Ihrer eigenen Beschneidung an einen orthodoxen Rabbiner, der alles in die Wege leiten kann.